Mittwoch, 6. April 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 80 Dr. Großbritannien 55 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 63,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 79 - 14. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 80 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,60 sfr. Spanien 110 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts

Verhältnis Paris–Moskau jetzt nahe dem absoluten Tiefpunkt

Steht Ausweisung von 47 Sowjets auch in Zusammenhang mit zwei Morden?

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

In einer für Frankreich bisher einmaligen, nur von der konservativen Regierung Heath in London 1971 übertroffenen Maßnahme hat die sozialistische Pariser Regierung gestern 47 sowjetische Staatsbürger in Frankreich, darunter eine ungenannte Zahl von Diplomaten mit ihren Frauen, binnen kürzester Frist aus Frankreich ausgewiesen. Als Grund wurden Handlungen genannt, die gegen den Status der Sowjetbürger verstoßen hätten – eine Umschreibung für Spionagetätigkeiten.

Die Beschuldigten bestiegen um 15.00 Uhr eine aus Moskau eingetroffene Iljuschin 18 der Aeroflot auf dem Flughafen Charles de Gaulle in Richtung Moskau. Sie waren sämtlich erst am Morgen von ihrer Ausweisung unterrichtet worden, einige durch Zeitung und Rundfunk. Ein Wunsch der sowjetischen Behörden, den Betroffenen etwas mehr Zeit zum Ordnen ihrer Privatsachen zu lassen, wurde abgewiesen. Die Bitte eines sowjetischen Botschaftsvertreters, bei Premierminister Mauroy vorgelassen zu werden, blieb ebenfalls ohne Antwort. Zunächst hatte es die französische Regierung sogar abgelehnt, daß eine Sondermaschine die Diplomaten abholen sollte. Der Erste Sekretär der Botschaft, Nicolas Tschetwerikow, der sich unter den Ausgewiesenen befindet, protestierte daraufhin vehement gegen die „vollkommen unbegründete und bösartige Entscheidung der französischen Behörden".

Unter den Ausgewiesenen befinden sich auch zwei Journalisten, der Chef des Pariser Tass-Büros, Oleg Chirikow, und sein Stellvertreter Wladimir Kulikowskik. Weitere Betroffene sind Mitglieder der umfangreichen sowjetischen Unesco-Delegation, von der es im Innenministerium heißt, daß gegen sie die schwersten Spionagevorwürfe erhoben werden. Der Chef der Pariser Delegation, Juri Zerakin, ist ebenfalls unter den Ausgewiesenen.

Die massive Ausweisungsaktion geht, wie aus sicherer Quelle zu vernehmen ist, direkt auf Weisungen aus dem Elysée-Palast zurück. Das Außenministerium am Quai d'Orsay war nie in die Angelegenheit eingeschaltet. Außenminister Cheysson, der sich auf einer Dienstreise im Elsaß befand, sagte nur, er habe von den ganzen Vorgängen keine Ahnung gehabt, und sein Ministerium sei mit Ausweisung nicht beschäftigt. Eine Reihe von Vorkommnissen der vergangenen Tage hat den Entschluß der französischen Staatsführung, einen exemplarischen Schlag zu führen, offenbar beschleunigt: Die Ermordung, nahe von Nizza, eines hohen Offiziers des französischen Spionageabwehrdienstes, Oberstleutnant Bernard Nut, der sich angeblich auf der Spur des bulgarischen von Moskau gesteuerten Geheimdienstes in der Attentatsaffäre gegen den Papst befand, und eines französischen Industriellen in Meaux bei Paris, der mit einem sowjetischen Handelsattaché in Verbindung war. Über die reine Spionageaffäre hinaus aber ist hier ganz offensichtlich auch ein Exempel für Moskau statuiert worden, das die französische Regierung mit der Forderung, französische Raketen in die Abrüstungsgespräche zwischen Amerikanern und Sowjets in Genf einzubeziehen, außerordentlich erzürnt hatte. Die französisch-sowjetischen Beziehungen sind auch in der Pariser Beurteilung zur Zeit auf einem absoluten Tiefststand angelangt.

Seite 2: Massen-Hinauswurf

POLITIK

Garski in der Karibik verhaftet

hrk. **Berlin**

Der frühere Berliner Architekt Dietrich Garski (52), der 1980 einen Bau-Skandal mit einem 128-Millionen-Verlust auslöste und damit den Sturz des als Bürgen verpflichteten SPD/FDP-Senats auslöste, ist jetzt auf der Karibikinsel Curacao (Niederländische Antillen) festgenommen worden. Er wies sich bei der Einreise mit einem gefälschten Paß aus. Gegen ihn liegt seit Sommer 1982 ein internationaler Haftbefehl vor. FDP-Mitglied Garski hatte mit seiner Firma „Bautechnik" umfangreiche Aufträge in Saudi-Arabien abgewickelt und dabei Landesbürgschaften in Höhe von rund 115 Millionen Mark erhalten. Als sein Unternehmen in Konkurs ging, einigten sich später die städtische „Berliner Bank" und der neugewählte CDU-Senat darauf, daß die Stadt zu Lasten des Steuerzahlers 93 Millionen Mark als Bürgschaftssumme erstattete. Im Zuge des Bauskandals traten Wirtschaftssenator Wolfgang Lüder (FDP) und Finanzsenator Klaus Riebschläger (SPD) zurück. Als der Regierende Bürgermeister Stobbe (SPD) am 15. Januar 1981 den Senat umbilden wollte, verweigerten ihm SPD- und FDP-Abgeordnete die Gefolgschaft.

ZITAT DES TAGES



„Die Parteiführung muß jeden Zweifel an der Haltung der SPD zur NATO beseitigen."

Karl Liedtke, SPD-Parteiratsvorsitzender, in der „Bild"-Zeitung zur Kritik Oskar Lafontaines an der NATO. Der Streit um NATO-Doppelbeschluß und Nachrüstung müsse aufhören, bis ein Verhandlungsergebnis in Genf vorliege.
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Flucht mit dem Seil

dpa/DW. **Berlin**

Zwei Ostberlinern ist an einem über die Grenzsicherungsanlagen der „DDR" hinweggeschossenen Stahlseil die Flucht nach West-Berlin geglückt. Der Vorfall ereignete sich nach einem Bericht der Berliner „BZ" bereits am Mittwoch vergangener Woche. Danach sind die Flüchtlinge mit einer am Seil befestigen Rolle in 20 Meter Höhe über die Mauer hinweg nach West-Berlin gerollt. Seite 3

Anklage gegen Schulz

DW. **Karlsruhe**

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hat die mutmaßliche Terroristin Adelheid Schulz (28) vor dem 5. Strafsenat des Oberlandesgerichtes Düsseldorf angeklagt. Die Bundesanwaltschaft wirft ihr Mitgliedschaft in der RAF und Beteiligung an der Ermordung des Bankiers Jürgen Ponto und an der Entführung und Ermordung von Hanns-Martin Schleyer sowie an der Ermordung seiner vier Begleiter vor.

PLO-Beobachter

AFP, **Lissabon/Madrid**

Die PLO wird an dem Kongreß der Sozialistischen Internationale (SI) vom 7. bis 10. April in Montechoro, Portugal, als Beobachter teilnehmen. SI-Präsident Willy Brandt sagte im protugiesischen Rundfunk, die PLO sei zwar keine sozialistische Formation, ihr komme jedoch eine Bedeutung zu, die ihre Präsenz in Montechoro rechtfertige. Der israelische Oppositionsführer Shimon Peres bekräftigte am selben Tag in Madrid, daß die israelische Arbeiterpartei eine Mitgliedschaft der PLO in der SI ablehne.

WIRTSCHAFT

3,2 Prozent mehr in der Metallindustrie

gba. **Neuss**

In der deutschen Metallindustrie wird es rückwirkend zum 1. Februar 3,2 Prozent mehr Lohn und Gehalt geben. Der neue Tarifvertrag hat eine Laufzeit von zwölf Monaten. In ihrer sechsten Verhandlungsrunde haben sich gestern Arbeitgeber und IG Metall in Neuss auf diesen Abschluß für das Tarifgebiet Nordrhein-Westfalen geeinigt. Unmittelbar danach nahmen die Vorstände des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall und der Industriegewerkschaft Metall sogenannte „Übernahmeverhandlungen" für die übrigen Tarifgebiete auf. Sie einigten sich schon nach kurzer Zeit auf eine Übernahme-Empfehlung, die jetzt noch formal in den regionalen Tarifgebieten nachvollzogen werden muß. Der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Dieter Kirchner, erklärte in einer ersten Stellungnahme, noch selten habe ein Abschluß „so nahe an den beiderseitigen Zielvorstellungen" gelegen. Die Arbeitgeber hätten erreicht, daß die neue Lohnzahl, wie beabsichtigt, erheblich unter dem Vorjahresabschluß (4,2 Prozent) liege. Die IG Metall habe ihr Ziel des Inflationsausgleichs voraussichtlich ebenfalls erreicht.

Beschleunigung

rtr, **Bonn**

Bund und Länder wollen die derzeit Jahre dauernden Genehmigungsverfahren für Anlagen des Kernbrennstoff-Kreislaufs beschleunigen. Das Bundesinnenministerium veröffentlichte gestern einen Ende März beschlossenen Bericht der Bundesregierung, in dem zu diesem Zweck eine Reihe von organisatorischen und personellen Maßnahmen angekündigt werden. Änderungen von Rechtsgrundlagen, etwa des Atomgesetzes, sind nicht vorgesehen. Auch werde die Sicherheit der Anlagen und der Rechtsschutz der Betroffenen nicht eingeschränkt, versicherte die Regierung. Nach den Absprachen zwischen Bund und Ländern ist unter anderem eine verbesserte Koordination aller am Verfahren beteiligten Stellen vorgesehen.

Für Privatinitiative

dpa/VWD, **Belgrad**

Jugoslawien will künftig verstärkt die Privatinitiative fördern. Entsprechende Investitionen in den mittleren und kleinen Betrieben erhofft sich die Regierung auch von den in ihre Heimat zurückkehrenden Gastarbeitern. Dies betonte das Präsidiumsmitglied der Massenorganisation Sozialistische Allianz, Marian Rozic. Die Planer gehen davon aus, daß in diesen Unternehmen – Handwerk, Dienstleistungen und kleinen Produktionsstätten – in den nächsten Jahren mehr als eine Million Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Höhere Einnahmen

AP, **Wiesbaden**

Die Gemeinden haben im vergangenen Jahr insgesamt 51 Milliarden Mark Steuern eingenommen. Das sind einer Mitteilung des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden zufolge eine Milliarde (2,1 Prozent) mehr als im Jahr zuvor. 23 Milliarden Mark flossen den Kommunen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und 19,9 Milliarden Mark aus der um die Gewerbesteuerumlage gekürzten Gewerbesteuer zu.

Aktien freundlich

DW. **Frankfurt**

Der Aktienmarkt war nach den Osterfeiertagen weiter freundlich. WELT-Aktienindex 133,3 (133,2). Am Rentenmarkt blieben öffentliche Anleihen gut behauptet. Dollar-Mittelkurs 2,4170 (2,4265) Mark. Goldpreis je Feinunze 425,75 (414,75) Dollar.

WETTER

Bewölkt und regnerisch

DW. **Essen**

In ganz Deutschland wechselnd bewölkt mit einzelnen Schauern, im Bergland mit Schnee vermischt. Tagestemperaturen zwischen 7 und 11 Grad, in der Nacht 1 bis 4 Grad. Frischer bis mäßiger Wind aus Südwest bis West.

Heute in der WELT

Tokio wehrt sich gegen Gromyko

Japan äußert sich enttäuscht über die sowjetische Haltung in Genf

AP/DW. **Tokio**

Die japanische Regierung hat sich „enttäuscht" über die Haltung der Sowjetunion bei den Genfer Raketen-Gesprächen geäußert. Der japanische Botschafter in Moskau, Masuo Takashima, informierte den sowjetischen Ministerpräsidenten Nikolai Tichnonow über die Position Tokios.

Japan sei angesichts der in Fernost stationierten atomaren sowjetischen Mittelstreckenraketen dazu entschlossen, seine Verteidigungskraft auf den niedrigsten notwendigen Stand auszubauen, und Takashima habe Tichonow dies während der Unterredung am Montag auch mitgeteilt, berichtete ein Sprecher des japanischen Außenministeriums. Der Diplomat habe ferner Andeutungen des sowjetischen Außenministers Andre Gromyko zurückgewiesen, wonach die USA in Japan Atomwaffen stationiert hätten. Takashima habe von einer Behauptung Gromykos gesprochen, mit der die sowjetische Ausrüstung gerechtfertigt werden solle. Zugleich habe der Botschafter keinen Zweifel daran gelassen, daß das japanisch-amerikanische Verteidigungsabkommen auch künftig Eckpfeiler der Politik Tokios bleiben werde.

Gromyko hatte auf seiner Pressekonferenz am vergangenen Samstag gesagt, angesichts der Stärke Japans brauche die Sowjetunion Raketen in asiatischen Teilen ihres Landes. Er wies kategorisch die Forderung Präsident Reagans zurück, daß aus Europa abgezogene sowjetische SS-20-Raketen nicht in Asien aufgestellt werden dürfen. „Das ist aber unser Recht", sagte Gromyko.

SEITE 2:
Reagans Nahost-Plan: Vom Fehlansatz zum Fehlschlag
SEITE 5:
Bis zur Stationierung will Moskau nur politische Panik schüren

Bereits am vergangenen Sonntag wandte sich der japanische Ministerpräsident Nakassone gegen die sowjetischen Darstellungen, sein Land sei ein Stützpunkt für Atomwaffen und Abschußsysteme. Auf einer Pressekonferenz sagte er, es gebe „keine nuklearen Waffen oder Stützpunkte auf Okinawa oder in irgendeinem anderen Teil Japans". Sein Land halte entschlossen an der Politik fest, die Produktion oder Präsenz von Atomwaffen auf japanischem Gebiet oder in den Territorialgewässern seines Landes nicht zuzulassen.

Andrej Gromyko hatte während seiner Moskauer Pressekonferenz unter anderem davon gesprochen, daß die Insel Okinawa ein gewaltiger Stützpunkt von nuklearen Waffen sei. Auf der Japan 1972 zurückgegebenen Insel liegt mit der Kadena-Basis eine der größten amerikanischen Luftwaffenstützpunkte. Er ist in der Lage, strategische B-52-Bomber aufzunehmen.

Bei seiner Begegnung mit Tichonow brachte der japanische Botschafter Takashima den Wunsch der Regierung in Tokio nach einer Verbesserung der japanisch-sowjetischen Beziehungen zum Ausdruck. Er trug die Tokioter Auffassung vor, daß wirtschaftliche und politische Fragen voneinander nicht zu trennen seien. Takashima habe in diesem Zusammenhang auch die fortdauernde Besetzung der Kurilen-Inseln durch die Sowjetunion zur Sprache gebracht, erklärte das japanische Außenministerium.

Senator Grolle attackiert die USA

Ehmke kündigt SPD-Papier zur Strategiedebatte in der NATO an

UWE BAHNSEN, **Hamburg**

Nach dem saarländischen SPD-Landesvorsitzenden Oskar Lafontaine hat der sozialdemokratische Hamburger Schulsenator Professor Joist Grolle scharfe Angriffe gegen die Politik der USA gerichtet. Auf der Abschlußkundgebung der Hamburger Ostermarschierer auf der Mönckebergstraße hart an der Bannmeile des Rathauses warf Grolle als Hauptredner der Regierung in Washington vor, sie mache die Drohung mit dem Krieg wieder zum Mittel der Politik.

„Wer zu dieser mörderischen Philosophie schweigt, der macht sich mitschuldig", sagte Grolle, Präsident der Kultusministerkonferenz. „Laßt uns das Wettrüsten verlieren, damit wir den Frieden gewinnen." Es sei an der Zeit, „uns zu verweigern, damit die Eskalation von Schrecken und Gegenschrecken endlich gestoppt" werde.

In dem offenkundigen Bestreben, sich gegen Kritiker innerhalb wie außerhalb der eigenen Partei vorsorglich abzusichern, hatte Grolle sich in seiner Rede auf die Präambel der Hamburger Landesverfassung bezogen, in der es heißt, die Stadt wolle „im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein".

Diesen Passus interpretierte der SPD-Politiker in der Weise, daß Hamburg „keine Frontstadt" sein „sollte und wollte". Man habe sich jedoch an die „in unmittelbarer Nachbarschaft unserer Stadt" deponierten „atomaren NATO-Raketen" wie an die „Atomraketen des Warschauer Paktes auf der anderen Seite der Elbe" gewöhnt, die auf Hamburg gerichtet seien. Weiter meinte Grolle, der in der Verfassung festgelegte Auftrag, dem Frieden zu dienen, werde in Frage gestellt, wenn in Hamburg „Kriegsschiffe für Diktatoren gebaut", in der Umgebung der Stadt ringsum Atomraketen stationiert, Kriegsdienstverweigerer hochnotpeinlich befragt würden und die Erziehung in der Schule in den Dienst der Verteidigungspolitik gestellt werde.

Mit diesem Hinweis bezog sich Grolle, der erkennbar auf dem Wege zu einer Art „Lafontaine des Nordens" ist, auf den Streit innerhalb der Kultusministerkonferenz um die Friedenserziehung.

gba, **Bonn**

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke hat sich gegen eine Verbindung der Strategiedebatte mit der Frage eines etwaigen Austritts der Bundesrepublik Deutschland aus dem westlichen Bündnis gewandt. Dies könne nur als „demagogisch" gewertet werden, erklärte Ehmke gestern in Bonn. Er kündigte an, daß die SPD in Kürze ein von einer Arbeitsgruppe zur Strategiedebatte der NATO erarbeitetes Papier vorlegen werde, in dem es unter anderem um die Frage gehe, ob eine Strategie, die sich auf Abschreckung durch Androhung gegenseitiger Vernichtung stütze, moralisch und politisch vertretbar sei.

Zu der Ablehnung des US-Vorschlags einer Zwischenlösung bei den Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen hatte Ehmke zuvor erklärt, die „ebenso schnelle wie brüske Ablehnung" durch Moskaus Außenminister Gromyko sei offensichtlich auf die Ostermärsche im Westen gezielt gewesen. Die Sowjetunion wisse aber selbst, „daß sie mit einem bloßen Nein ihrer Verantwortung nicht gerecht wird. Schließlich hat sie durch die europäische Sicherheitsinteressen mißachtende Aufstellung von SS-20-Raketen den Doppelbeschluß der NATO überhaupt erst provoziert".

Genscher: KSZE vor wichtiger Phase

Bundesaußenminister lobt das Kompromiß-Angebot der neutralen Länder

BERNT CONRAD, **Bonn**

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat sich gestern dafür eingesetzt, das Madrider KSZE-Folgetreffen auf der Grundlage des Vermittlungsvorschlages der neutralen und ungebundenen Teilnehmer möglichst bald abzuschließen. Nach intensiver Prüfung könne er sagen: „Das Dokument trägt zahlreichen wesentlichen Konferenzzielen des Westens positiv Rechnung." Die verbleibende Konferenzzeit sollte genutzt werden, um auf weitere Verbesserungen zu drängen, bemerkte Genscher in einer in Bonn veröffentlichten schriftlichen Erklärung.

„Eine Einigung könnte es möglich machen, daß die Außenminister der Teilnehmerstaaten persönlich die Endfassung des Schlußdokuments billigen und die Schlußerklärungen abgeben. Dabei würde ich für unser Land sprechen", teilte der Bundesaußenminister mit, der zur Zeit als EG-Ratsvorsitzender eine besondere Rolle im westlichen Lager spielt.

Die KSZE-Konferenz in Madrid ist vor Ostern bis zum 19. April unterbrochen worden. Die Neutralen hätten am 15. März ein nach Genschers Worten „durchdachtes und abgewogenes Angebot" für ein Schlußdokument gemacht. In der nächsten Woche werden zunächst die EG-Partner und dann die NATO-Verbündeten in Brüssel über ihr weiteres Vorgehen beraten. Nach Bonner Angaben ist die westliche Grundstimmung gegenüber dem Vorschlag der Neutralen positiv. Allerdings haben besonders die USA offenbar noch zahlreiche Korrekturwünsche.

Genscher will sich nun bemühen, den Verbündeten die Vorteile eines Abschlusses auf der Grundlage der neutralen Initiative vor Augen zu führen. In seiner gestrigen Erklärung wies er darauf hin, daß der Kommuniqué-Entwurf entsprechend dem westlichen Wunsch die Einsetzung einer europäischen Abrüstungskonferenz unter Einbeziehung des europäischen Teils der Sowjetunion in die militärische Vertrauensbildung vorsehe. Ferner seien eine Expertenkonferenz über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie konkrete Verbesserungen für die Menschen, insbesondere bei der Familienzusammenführung, geplant.

Zwar seien naturgemäß nicht alle westlichen Ziele in vollem Umfang berücksichtigt, fuhr Genscher fort. Aber gerade in einer Zeit der Spannungen sollte jede Chance zu Verbesserungen genutzt werden.

DER KOMMENTAR

Ölpest

ADALBERT BÄRWOLF

Wer einmal Zeuge einer Ölpest war, die sich wie Lava über einen der schönsten Strände der Welt wälzte, der weiß, was den Staaten am Persischen Golf bevorsteht, wenn dort die ölige Masse die Küsten erreicht. Erstarrte Vögel mit verklebten Schwingen und aufgedunsene Fische werden den Strand überschwemmen, der sich in eine schwarze Mondlandschaft verwandelt.

Was vor einigen Jahren im kalifornischen Santa Barbara geschah, wird sich an den Stränden der Golfstaaten ereignen, nur schlimmer noch. Nicht nur die reiche Fauna in den warmen Gewässern ist gefährdet, sondern auch die Trinkwasserversorgung von Zigtausenden von Menschen.

Seit vielen Wochen sprudeln aus zerstörten Bohrlöchern im iranisch-irakischen Kriegsgebiet Millionen Liter Rohöl ins Meer. Mit einer Geschwindigkeit von zehn Kilometern am Tag wälzt sich der Ölteppich südwärts, ändert, je nach den Strömungsverhältnissen, seine Richtung. Flugzeuge verfolgen den Kurs der Ölwalze. Die Gegenmaßnahmen, soweit es sie überhaupt gibt, sind unkoordiniert. Noch nicht einmal die Art des auslaufenden Öls ist bisher genau ermittelt.

Öl läßt sich bei großem Aufwand „einfangen" und von der Wasseroberfläche absaugen. Öl läßt sich auch chemisch binden; das verklumpt absinkende Öl richtet – möglicherweise – am Meeresboden weniger Schaden an. Andererseits: Je größer die Ölverklumpung, desto weniger schnell können Bakterien das Öl zersetzen.

Die größte Gefahr für die Bewohner der Golfstaaten ist aber eine Unterbrechung der Trinkwasserversorgung. Arabische Staaten gewinnen bis zu 70 Prozent ihres Süßwassers aus Meerwasser-Entsalzungsanlagen. Ohne dieses Wasser bricht am Golf vieles zusammen.

Die Öl-Katastrophe im Persischen Golf wirft viele Fragen auf: Sie umfassen auch das ganze Spektrum von der toxikologischen bis zur mikrobiologischen Forschung. Doch die wichtigste Frage lautet: Wie lange können die Meere die Vergiftung überhaupt noch abwehren? Wie lange bleibt der Blaue Planet, der zum Großteil aus Wasser besteht, noch blau? Gerät nicht eines Tages die ökologische Balance völlig aus den Fugen?

Aber die Grünen schweigen, so wie sie geschwiegen haben, als kürzlich der sowjetische Atomsatellit zerplatzte und mit seinen vergifteten Fragmenten in die Weltmeere stürzte.

Vietnamesen bedrohen Flüchtlingslager

AFP/rtr/AP, **Bangkok**

Bei ihrer Offensive gegen die Widerstandskämpfer in Kambodscha bedrohten die Truppen Vietnams gestern das Flüchtlingslager von Ban Sa-Ngae, in dem rund 20 000 kambodschanische Zivilisten leben. Das Lager ist Hauptquartier der „Nationalen Befreiungsfront des Khmer Volkes" unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten Son Sann.

Die Hauptstützpunkte der beiden anderen Widerstandsgruppen, Phnom Chat, wo sich die Roten Khmer festgesetzt hatten, und „Sihanoukville" des ehemaligen Staatschefs Prinz Sihanouk, waren bereits an den beiden Ostertagen überrannt worden.

Hanoi hat nach Angaben thailändischer Militärs im Grenzgebiet etwa 10 000 Soldaten mit schweren Panzern zusammengezogen. Vietnams Truppen stehen unter Zeitdruck: Wenn der Monsunregen in etwa einem Monat einsetzt, können die motorisierten Verbände nicht mehr operieren.

Die „Trockenzeit"-Offensive der Vietnamesen hat eine große Fluchtbewegung nach Thailand ausgelöst. Rund 80 000 Kambodschaner sind bislang nach Thailand geflohen. Mindestens 250 Zivilisten sollen getötet worden sein.

Auch gestern kam es wieder zu Feuergefechten zwischen den Vietnamesen und thailändischen Truppen. Am Vortag hatte Thailand zum ersten Mal seine Luftwaffe gegen vietnamesische Stoßtrupps eingesetzt, die bei der Verfolgung von Partisanen etwa zwei Kilometer tief nach Thailand eingedrungen waren.

Washington hat die Offensive der Vietnamesen scharf verurteilt.

Seite 5: Tod und Terror

Feuerpause zur Bekämpfung der Ölpest?

dpa, **Manama**

Iran und Irak haben nach Berichten aus Manama im Golfkrieg eine begrenzte Feuerpause vereinbart, um Technikern die Abdichtung beschädigter Bohrlöcher im iranischen Ölfeld Nowruz zu ermöglichen. Der stellvertretende iranische Ministerpräsident Riza Hussein Taheri teilte in Kuwait mit, sein Land werde bei der heute in Kuwait stattfindenden Sitzung der Golf-Umweltorganisation ROPME seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit im Kampf gegen die Ölpest im Arabischen Golf erklären. Das bedeutet, daß der bekannte amerikanische Spezialist zur Bekämpfung von Öldesastern, Red Adair, der sich bereits in der Region aufhält, seine Arbeit zur Abdichtung der beschädigten Bohrlöcher beginnen könnte.

In Bahrain hatten in der Nacht zum Dienstag Techniker der ROPME über Maßnahmen zur Beseitigung der Ölverschmutzung beraten. Ihre Empfehlungen sollen auf der heutigen Sitzung in Kuwait auf ministerieller Ebene unter den ROPME-Mitgliedsstaaten beraten werden. Der Organisation gehören neben Iran und Irak Saudi-Arabien, Qatar, Bahrain, die Arabischen Emirate, Kuwait und Oman an.

Der Gesundheitsminister von Bahrain, Jawad al-Arrayed, sagte, es werde sechs bis acht Monate dauern, bis der Golf gesäubert sei. Der Ölteppich im Golf bedeckt bereits eine Fläche von 12 0.0 Quadratkilometern.

Irak hatte zur Bedingung gemacht, daß Iran während der Feuerpause weder Minen räumen noch Waffen auf dem Seeweg transportieren dürfe.

EG: Immer mehr Energie aus Kernkraftwerken

Mineralölverbrauch in der Gemeinschaft zurückgegangen

dpa/VWD, **Brüssel**

Der Energieverbrauch in der Europäischen Gemeinschaft war 1982 rückläufig. Während der private und öffentliche Verbrauch noch stieg, hat vor allem die anhaltende Rezession in der Industrie zu dem Rückgang beigetragen. Insgesamt sei der Verbrauch um 4,1 Prozent auf 872 Millionen Rohöl-Einheiten zurückgegangen, berichtete das Statistische Amt der EG in Brüssel.

Immer mehr Energie wird nach Angaben der Statistiker aus Atomkraftwerken gewonnen, 1982 rund 7,4 Prozent (6,2 Prozent 1981). Der Anteil der Kohle blieb bei 24,2 Prozent unverändert. Demgegenüber nahm der Erdölanteil um einen Prozentpunkt von 49,7 auf 48,7 Prozent ab. Der Naturgasanteil sank von 18,2 auf 17,8 Prozent.

Die schwache Energienachfrage sowie ein größeres Aufkommen aus Gemeinschaftsquellen, vor allem britisches Nordseeöl und die Steigerung der Atomenergie, führten zu einer Verringerung der Energieabhängigkeit der EG von Importen aus Drittländern. Sie sank von 47,5 Prozent 1981 auf 45,6 Prozent 1982. Dabei ging die Abhängigkeit der Zehn von Erdöleinfuhren von 38,2 Prozent 1981 auf 36,1 Prozent 1982 zurück.

Der Mineralölverbrauch in der EG sank um 20 Millionen Tonnen oder 4,9 Prozent auf 398 Millionen Tonnen. Seit dem ersten Ölschock im Jahre 1973 ist der Bedarf in der EG um 22 Prozent oder 114 Millionen Tonnen zurückgegangen. Dabei ist die Nachfrage nach Motorenbenzin leicht gestiegen. Dieselkraftstoff und leichtes Heizöl für die privaten Haushalte wurden dagegen 1982 um 5,8 Prozent weniger als 1981 abgenommen. Rückläufige Industrietätigkeit und der Einsatz anderer Energieträger sorgten für einen um 15prozentigen Rückgang der Käufe von schwerem Heizöl.

dpa/VWD, **Berlin**

In der „DDR" gehört der Kernenergie „eindeutig die Zukunft". Das hat nach einem Bericht des Informationsbüro West der Energiewissenschaftler Professor Lutz-Günther Fleischer unterstrichen. Als grundsätzliche, tatsächlich alternative Lösung zu fossilen Energieträgern sei die Kernenergie aber nur dann anzusehen, wenn sie erhebliche Teile der Wärmeversorgung übernehmen könne.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Massen-Hinauswurf

Von August Graf Kageneck

Siebenundvierzig sowjetische „Diplomaten", Journalisten und Kulturbeauftragte auf einen Schlag aus Frankreich ausgewiesen – das *ist eine bisher nicht* dagewesene, einem diplomatischen Affront gleichkommende Warnung an die Sowjetunion. Die Aktion erhält besonderen Nachdruck insofern, als sie direkt von Staatspräsident Mitterrand angeordnet wurde, nach immer eindrucksvolleren Hinweisen auf verstärkte Aktivitäten sowjetischer Ausspäher auf französischem Boden.

Der Vorgang läßt aufhorchen in einem Land, das sich bisher als Champion der Entspannung und *auch als ein* Hüter über die deutschen Entwicklungen im Osten und im Westen des Kontinents verstanden hat. Hier wurde ein Exempel für die spektakuläre Verschlechterung des Verhältnisses zwischen zwei Ländern statuiert, die sich spätestens seit dem Besuch General de Gaulles in Moskau 1966 ihrer besonders guten, um nicht zu sagen privilegierten Beziehungen gerühmt hatten. Was ist vorgefallen?

François Mitterrand ist nicht Georges Pompidou und nicht Valéry Giscard d'Estaing, die regelmäßig ihre Pflichtbesuche in Moskau machten, um diese angeblich guten Beziehungen am Leben zu erhalten. Der Sozialist im Elysée erwies sich nicht nur als ein verläßlicher atlantischer Partner Amerikas, sondern als ein besonders engagierter Vertreter einer westlichen Nachrüstung für den Fall, daß die sowjetischen SS 20 ihre Bedrohung Europas nicht rückgängig machen. Der Besuch seines Außenministers Claude Cheysson in Moskau verlief so schlecht, daß es beinahe einer Beleidigung Frankreichs gleichkam. Dies alles mag ihn bewogen haben, nun der Welt vor Augen zu führen, daß sich Frankreich, auch ein sozialistisches Frankreich, nicht jede Behandlung durch die Sowjets gefallen läßt – daß eine souveräne Nation zu reagieren weiß.

Gleitet für Moskau

Von Adalbert Bärwolf

Es liegen jetzt Bilddokumente vor, die die Wasserung eines unbemannten sowjetischen Satelliten mit Flügeln im Indischen Ozean zeigen. Die Fotos enthüllen einen kleinen deltaförmigen Auftriebskörper, der aerodynamisch elegant geschneidert ist. Das Gerät, das, umgeben von Froschmännern in Schlauchbooten, südlich der Kokosinsel im Ozean schaukelte, erinnert sehr an den pechschwarzen amerikanischen Raumflieger namens „Dyna Soar" der sechziger Jahre.

Traurig ist nur, daß das US-Modell von damals Modell geblieben ist und nie gebaut wurde. Moskau aber testet die Technik schon im fortgeschrittenen Flugstadium. Der soeben wieder erfolgreich getestete amerikanische Space Shuttle, zwar auch geflügelt, ersetzt Dyna Soar nicht: Es gibt nicht genug Space Shuttles, und sie sind nicht flexibel genug.

Montiert auf der Spitze einer Rakete, kann der kleine sowjetische Raumflieger ständig in Alarmbereitschaft stehen, schnell auf sich plötzlich ergebende Situationen reagieren. Er könnte Rettungsboot im Vakuum sein oder außerirdische Stationen mit Post versorgen. Er könnte aber auch Satelliten angreifen und vernichten. Er könnte ein bemannter „Killer" werden, der mit Strahlen schießt.

Moskaus Weltraumprogramm ist breit gefächert. Die Startfrequenz der Sowjets ist alarmierend. Die Russen arbeiten mit Wegwerfraketen, und sie arbeiten an wiederverwendbaren Geräten. Sie planen schwere und leichte Satelliten mit Schwingen. Diese Maschinen geben dem militärischen Apparat mehr Flexibilität. Amerika muß trotz seines Vorsprungs mit dem Shuttle auf der Hut sein, daß es nicht auf die Dauer im Vakuum ausgekurvt wird.

Mehr als das Messer

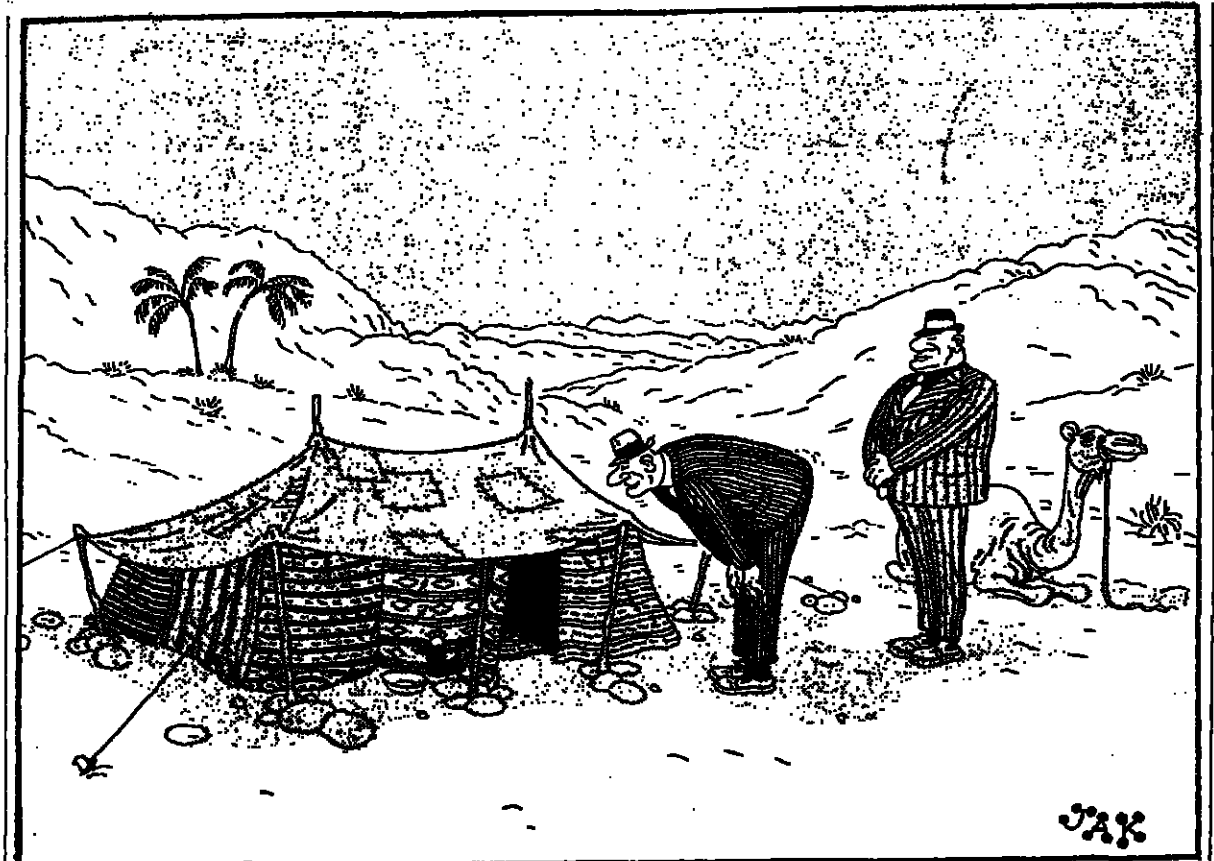
Von Jochen Aumiller

Jubiläum bei den deutschen Chirurgen: In Berlin, dem Geburtsort der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie, beginnt heute ihr 100. Jahreskongreß. Daß die obligate Festmusik der Eröffnungsfeierlichkeiten von Friedrich dem Großen gewählt wurde, ist kein Zufall. Er gilt als „Ahnherr" zukunftsweisender Qualitäts- und Ausbildungskriterien in der Chirurgie.

Dem diesjährigen Jubiläums-Präsidenten Professor Hans Wilhelm Schreiber, Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik in Hamburg, fällt die schwere Aufgabe zu, in einer turbulenten Entwicklungsphase der Chirurgie die Richtung zu weisen: Wird künftig die Ersatzteilmedizin dominieren, wird der Operateur zum Reparaturtechniker? Der Mensch als Baukastensystem, bei dem gleichsam nur die Module auszuwechseln bleiben? Was die amerikanischen Herzchirurgen mit dem Zahnarzt Barney Clark in Utah gemacht haben, gibt ja schon einen Vorgeschmack: die Antriebs- und Energieaggregate für die Herzprothese im Begleitkoffer.

Wann beginnt das Nachdenken, ob eine geglückte Korrektur auch sinnvoll ist, ob dem Patienten damit wirklich ein qualitativ befriedigendes Leben ermöglicht wird? Es fällt doch auf, daß nach amerikanischen Meldungen nur ein Fünftel der Patienten, denen ein fremdes Herz eingepflanzt wurde, ihren Job behalten haben. Die anderen sind arbeitslos.

Dio Medizin muß ihre weiteren Schritte überlegen. Sonst geraten Chirurgen in den Ruf von karrierebesessenen Messerkünstlern, denen kein Opfer zu groß ist, um wissenschaftlich zu brillieren. Beängstigend ist auch die weiterschreitende Spezialisierung: Wer kümmert sich denn dabei noch um die urpersönlichen Anliegen des Kranken, etwa der klinische Psychologe? Die Chirurgen haben aber immer genug Pioniergeist bewiesen. Sie können gewiß auch einen neuen Aufbruch meistern.



„Ja, wo ist er denn, der böse, böse Opec-Scheich, der seine Spielschulden nicht zahlen kann?"
ZEICHNUNG JAK/EVENING STANDARD

Blenden, teilen, herrschen

Von Herbert Kremp

Die Sowjetunion nutzt bei den Verhandlungen über die Rüstungsbegrenzung den Vorteil der „inneren Linie". Sie teilt, wie sich am Beispiel der Mittelstrecken-Raketen nachweisen läßt, ihr strategisches *Umfeld gleich einem Reich* der Mitte in mehrere Sektoren auf, in denen sie zu jeweils gesonderten Abmachungen zu gelangen trachtet: In Genf spricht sie über das europäische Gleichgewicht – wie sie es definiert. Über das asiatische Gleichgewicht – wie sie es sieht – soll dort nicht verhandelt werden. Verhandlungen darüber bleiben einem anderen Zeitpunkt vorbehalten.

Dieses Verfahren, das Andrej Gromyko bei seiner Pressekonferenz in Moskau bestätigte, bietet den Sowjets eine Reihe militärischer und politisch-propagandistischer Vorteile. *Die Regionalisierung* der Verhandlungen bringt die Verbündeten, die Vertragspartner und das globale Stützpunktsystem der USA unmittelbar ins Spiel. In erster Linie zu diesem Zweck wurde die fünftausend Kilometer weit reichende SS-20-Rakete entwickelt und disloziert. Die Waffe bedroht von der Okzident-Orient-Linie der Sowjetunion aus Westeuropa, den Nahen und Mittleren Osten, Süd- und Südostasien, China und Japan. Entscheidend für die sowjetische Strategie ist es nun, die Stationierung von entsprechenden amerikanischen Gegenwaffen in *diesen Zonen zu verhindern.* Gelingt dies, ist der äußere Abwehrring der USA um die Sowjetunion zerbrochen.

Es lag in der Logik der Methode, zwei Drittel des SS-20-Potentials zunächst gegenüber Westeuropa zu massieren. Die europäischen Demokratien bilden zusammen mit den USA die elliptischen Brennpunkte des atlantischen Verteidigungssystems. Ohne Gleichgewicht in Europa, also ohne westliche Nachrüstung oder Abbau der sowjetischen modernen Mittelstrecken-Raketen, existiert dieses System in Wirklichkeit nicht mehr. In diesem Falle tritt die Vorherrschafts-Funktion der sowjetischen Waffen in Kraft. Da es der kontinentalen Weltmacht genau darum geht, setzt sie das Angstpotential der überlegenen Raketensysteme gegen die Nachrüstung ein. Sie lehnt konsequent Null- und Zwischenlösung ab, läßt aber durchblicken, daß sie im Falle des europäischen Wohlverhaltens zu einem Teil-Abzug der SS 20 bereit sei.

Andropow und Gromyko erklären seit Dezember 1982 immer wieder öffentlich, Kontingente der SS 20 würden nach Fernost verlegt. Die Mobilität der Rakete erweist damit ihren politischen Zweck. Ihre asiatische Dislozierung – Andropow sprach darüber mit Hans-Jochen Vogel Anfang Januar in Moskau, Gromyko erwähnte sie jetzt erneut in Moskau – soll die Europäer, insbesondere die Deutschen, ermuntern, nur an die „Entlastung" ihrer Region zu denken. Der laute Hinweis, die mobilen Raketen würden nach Fernost verschoben, ist aber auch für die sensible Öffentlichkeit Japans und für China bestimmt. Mit der Massierung von Drohpotentialen in der asiatischen Region soll auch dort jede amerikanische Nachrüstung verhindert und die hegemoniale Position Moskaus gesichert werden.

Die Japaner haben darauf jetzt deutlich reagiert. Premierminister Nakasone muß sich vor der eigenen kritischen Bevölkerung gegen den propagandistischen Hieb Gromykos zur Wehr setzen, Japan und die umliegenden Gewässer seien mit amerikanischen Atomwaffen „vollgestopft". Er betonte (was Moskau gern hört), Tokio halte sich an das Prinzip, Atomwaffen weder herzustellen, noch zu besitzen, noch ins Land zu lassen. In der Tat: Hiroshima ist weiterhin atomwaffenfreie Zone, was die Stadt allerdings seinerzeit nicht vor der Vernichtung bewahrt hat. Gromyko schlug den Bogen dann aber weit über Japan hinaus nach Südkorea, zum Indischen Ozean (US-Stützpunkt Diego Garcia) bis zum Persischen Golf. Überall in dieser breiten asiatischen Zone lauere die amerikanische Gefahr, gegen die Moskau SS 20 in Sibirien auffahren müsse.



Japans Atomwaffenfreiheit nützt ihm nichts: Nakasone FOTO: AP

Es fällt auf, daß Gromyko in seiner Aufzählung China nicht erwähnte. Die Volksrepublik ist die einzige asiatische Atommacht. Sie verfügt über ein Zerstörungspotential, das die Sowjetunion von Moskau bis Wladiwostok zu erreichen vermag. Peking lehnt den Ersteinsatz dieser Waffen ab, doch bleiben die Erklärungen vage. Den potentiellen Gegner in Ungewißheit zu halten, ist ein Prinzip der Abschreckung. Die Sowjets müßten im Falle eines Angriffs auf China (der allein konventionell dort gar nicht vorgetragen werden kann) mit fürchterlichen Gegenschlägen rechnen. Systematisch baut Peking seine atomare Streitmacht und deren Unverletzlichkeit aus. Die SS 20 wird als Bedrohung empfunden, als propagandistisches Drohpotential ist sie gegenüber China aber nicht anwendbar. In dem leninistisch regierten Land gibt es keine öffentliche Diskussion.

Die sowjetische Methode, mit der gefährlichen Mittelstreckenwaffe die Sinne des Gegners zu blenden, Bündnis*systeme der Gegenseite aufzu*schmelzen und als Hegemon Gehorsam zu erzwingen, greift im Falle Chinas nicht. Deshalb befleißigt sich Moskau gegenüber Peking eines anderen diplomatischen Stils als gegenüber den anfälligeren Europäern und Japanern. Es verhandelt „oben" und läßt gleichzeitig *„unten", in Indochina, von* den Vietnamesen Druck ausüben. Dies rundet das Schema der sowjetischen Regionalisierung ab.

IM GESPRÄCH Günter Hartkopf

Schweigen ist Gold

Von Eberhard Nitschke



Boß der Staatssekretärs-Gewerkschaft: Hartkopf FOTO: JUPP DARCHINGER

Das Bibelwort, mit dem er 1969 seinen Dienst als beamteter Staatssekretär im Bundesinnenministerium begann, paßt jetzt nach beinahe vierzehn Bonner Dienstjahren auch zu seinem Fortgang. Damals zitierte Günter Hartkopf, der jetzt auf eigenen Wunsch das Amt verläßt, Matthäus 12, Vers 13: „Ich sage euch aber, daß die Menschen müssen Rechenschaft geben am Jüngsten Gericht von einem jeglichen unnützen Wort, das sie geredet haben." Jedermann hat es also zu genügen, daß „Staatskopf", wie ihn seine Freunde nannten, „Minenhund meiner Minister", wie er selber meinte, „allgemeinpolitische Gründe" und sonst nichts für seinen Schritt angab. Übrigens nach einer ausdrücklichen Loyalitätserklärung für die neue Bundesregierung und den Innenminister Friedrich Zimmermann anläßlich der Tagung des NATO-Umweltausschusses im November vorigen Jahres in Brüssel.

Nichts Überflüssiges zu sagen, aber alles andere mit höchstem Sachverstand für seinen Zuständigkeitsbereich und mit ebensolcher Überzeugungskraft, das war für den ranghöchsten Umweltschutz-Beamten der Bundesrepublik (will man die jeweiligen Minister, denen er diente, nicht als Nummer eins einstufen) die Maxime. Seine programmatischen Reden über die Umwelt-Politik der Regierungen, denen er diente, sind berühmt. Seine Kompromißlosigkeit, das als richtig Erkannte auch in der Praxis durchzusetzen, machte seinen Namen „in der Industrie zum Synonym für außerordentlich lästige behördliche Aktivitäten", wie es in einer Laudatio anläßlich einer Preisverleihung an Hartkopf hieß. Seine Ansicht über das Verhältnis zwischen Industrie und Umweltschutz: „In der Höhle des Löwen kann das Werben für den Vegetarismus immer nur begrenzte Erfolge zeitigen."

1975 weigerte sich Günter Hartkopf, den Innenminister Willi Weyer in Düsseldorf im Amt abzulösen. Das war einer der seltenen Momente, in denen die FDP-Parteizugehörigkeit Hartkopfs eine Rolle spielte. Immerhin hatte er in Hans-Dietrich Genschers Nachbarwahlkreis, in Remscheid, für die Freien Demokraten einmal anläßlich Wahlen achtbare 7,1 Prozent herausgeholt. 1979 kam der zweite Ruf auf einen Ministerstuhl in Nordrhein-Westfalen, diesmal sollte der Innenminister Burkhard Hirsch abgelöst werden. Hartkopf sagte wieder ab. Wartete er darauf, in Bonn Minister zu werden?

Wer ihn neben den Bundesinnenministern Genscher, Maihofer und Baum sitzen sah, wenn er nach allgemeinen einleitenden Worten der Herren zu seinem Umweltschutz das Eigentliche sagte, dem mochte sich der Gedanke aufdrängen. Hier sprach die Kompetenz. Nicht umsonst nannte sich Hart*kopf selbst, halb scherzhaft* nur, den „Boß der Staatssekretärs-Gewerkschaft". Er war – mit Abstand – ihr dienstältestes Mitglied.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Süddeutsche Zeitung

Das Blatt kommentiert die brüske Ablehnung („Aprilscherz") der US-Abrüstungsvorschläge durch den Sowjetaußenminister Gromyko:

Der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko ist weder ein Ostermarschierer noch hat er den Demonstranten einen großen Dienst erwiesen. Bleibt die Sowjetunion bei der von ihm verkündeten unnachgiebigen Haltung gegenüber den Vorschlägen Präsident Reagans für die Genfer Euroraketen-Verhandlungen, dann ist schon jetzt klar, wer für deren Scheitern verantwortlich zu machen wäre – allein die Kremlführung ... In der Sache sind Gromykos Forderungen unseriös: Wenn Schiffe und Flugzeuge mitgezählt werden sollen, dann auch die sowjetischen; wenn die französischen und britischen Atom-U-Boote Teil des Handels sein sollen, dann auch die sowjetischen; wenn die Sowjetunion das „Recht" verlangt, so stark wie der Rest der Welt zu sein, muß sie sich sagen lassen, daß es dieses Recht nicht gibt. Ihre Einkreisungsfurcht wird dann zur selffulfilling prophecy.

RHEINISCHE POST

Die in Düsseldorf herausgegebene Zeitung befaßt sich mit dem Vorschlag des IG-Metall-Vorsitzenden Loderer, Rationalisierungsfortschritte mit einer Art „Maschinensteuer" zu belegen:

Den Bedrohungen der sozialen Systeme kann zunächst einmal entgegengewirkt werden durch Beschneidungen der Leistungen. Dieser Prozeß läuft. Aber irgendwann ist auch hierfür einmal das Ende der Fahnenstange erreicht. Andernfalls würden letztlich weitere Gruppen der Sozialhilfe anheimfallen. Was bisher fehlt, sind die politischen Folgerungen aus dem Trend zur Roboterisierung unserer Arbeitswelt. Der von Loderer wieder aufgetischte Vorschlag einer Abgabe für Maschinen, die menschliche Arbeitskraft ersetzen, sollte endlich einmal vorurteilsfrei diskutiert werden. Schließlich werden wir uns auch nicht einer vom Ernst der Zeit geprägten Bemühung um Formen der Arbeitszeitverkürzung entziehen können. Das Argument, dies bringe arbeitsmarkttechnisch nichts und sei nicht finanzierbar, ist zutiefst unpolitisch. Politik heißt gestalten, auf Herausforderungen die richtigen Antworten finden. Der drohende Zustand, daß immer weniger immer mehr arbeiten, während zugleich für immer mehr keine Arbeit vorhanden ist, darf wohl schlechterdings nicht als Antwort gelten.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Das Pariser Blatt merkt zu Meldungen über eine Vergiftungswelle in Cisjordanien an:

Eine derartige Epidemie – wenn es überhaupt eine Epidemie ist – würde gerade zehn Zeilen auf den Innenseiten einer Zeitung einnehmen, wenn sie in einem französischen Gymnasium aufgetreten wäre. Aber es geht eben um den Nahen Osten, genauer gesagt um das von Israel besetzte Cisjordanien, und was anderswo nur ein unschönes Ereignis wäre, nimmt hier die Formen des Terrors an. Das wirkliche Übel ist der Haß, der die beiden Gemeinschaften, die *auf der* gleichen Erde leben, gegeneinander treibt.

LES ECHOS

Die Pariser Wirtschaftszeitung schreibt über die vietnamesische Offensive in Kambodscha:

Die Vietnamesen haben beschlossen, in Kambodscha zuzuschlagen, damit die Diplomaten ihre Trümpfe ziehen können. Die von ihnen an der thailändischen Grenze geführte Offensive ist nur der sichtbare Teil eines diplomatischen Eisberges, der in Bewegung gekommen ist, seit die Russen und Chinesen beschlossen haben, ihre Beziehungen zu befrieden ... Für Hanoi handelt es sich darum, die Kräfte Sonn Sans und Sihanuks auszuschalten, aber nicht Sihanuk selbst und die Roten Khmer zu schwächen, sie aber nicht auszulöschen ... Letztere sind zahlenmäßig mehr und von China besser bewaffnet. Ihre Kraft dient den Vietnamesen aber als Alibi, um ihr Eingreifen zu rechtfertigen. Kein Zweifel, daß Moskau grünes Licht für die Operation gegeben hat.

Reagans Nahost-Plan: Vom Fehlansatz zum Fehlschlag

Zu viele Störer bekamen ihre Chance / Von Peter M. Ranke

Präsident Reagans Nahost-„Friedensplan", der volle Autonomie für die seit 1967 israelisch besetzten Gebiete und ihre föderative Verbindung mit Jordanien vorsieht, Ost-Jerusalem praktisch darin einschließt und den Arabern auf dem Westjordanufer die innere Sicherheitspolitik überläßt, ist zum Scheitern verurteilt, weil er von falschen Ansätzen ausgeht. Israels Regierung Begin lehnte ihn gleich nach seiner Verkündung am 1. September vorigen Jahres ab. Begründung: Die USA hätten die Abmachungen von Camp David verlassen, da ein für Israel ungünstiges Ergebnis der fünfjährigen Übergangsperiode bereits vorher festgeschrieben werde. Außerdem könne Jordanien dann das Westufer der PLO übergeben oder dazu gezwungen werden. Zunächst müsse die Autonomie mit Ägyptern und Palästinensern ausgehandelt werden. Der Plan war von Washington nicht mit der israelischen, wohl aber mit der saudischen und der jordanischen Regierung abgesprochen worden.

Nachdem Israel als Partner des Reagan-Plans ausgefallen war, richteten sich alle Hoffnungen auf König Hussein (47). Der sicherte sich bei PLO-Chef Arafat und beim saudischen Königshaus ab. Diese wiederum verfolgen gemeinsam mit der arabischen Liga einen eigenen „Friedensplan", den Fes-Plan mit unannehmbaren Vorbedingungen für Israel und Amerika. Vor allem aber stellte Hussein seinerseits Bedingungen gegenüber Washington: Erst müssen die Israelis Libanon räumen. Dann müsse Amerika beweisen, daß es genügend Druck auf Israel zur Einstellung der Besiedlung auf dem Westufer ausübe.

Washington willigte ein. Damit waren Reagans Vorschläge mit dem Libanonkonflikt unglücklich verknüpft. Nun konnten Syrien und die PLO als dortige Besatzungsmächte, mit Moskau im Hintergrund, die Bedingung stellen, Israel dürfe keinerlei Sicherheitsabkommen oder friedliche Vereinbarungen mit Libanon schließen, sonst würden sie nicht Nord- und Ostlibanon räumen. Ein Ergebnis dieser Querschüsse ist, daß es noch kein Abzugsabkommen gibt. Dafür, daß Syrien und die PLO Libanon freiwillig räumen, wenn erst einmal die Israelis abgezogen seien, existieren keine Vereinbarungen oder auch nur Hinweise. Auch im vorigen Sommer räumten PLO und Syrer West-Beirut erst unter dem militärischen Druck der israelischen Truppen, nicht wegen des guten Zuredens von US-Sonderbotschafter Habib. Israel hat keinen Grund, *sich auf lebensge*fährliche Vorbedingungen gegenüber erklärten Feinden einzulassen.

Eine irrige Voraussetzung für Reagans Vorschläge ist auch die amerikanische Einschätzung König Husseins und seiner Politik. Seit 1967, seit sechzehn Jahren, hätte dieser Monarch mit Israel verhandeln können, doch stellte er stets die Vorbedingung, Israel müsse alle besetzten Gebiete räumen. Warum soll er jetzt wegen Reagan alles aufs Spiel setzen, auch sein Leben und seinen Thron? Nicht nur sind Syrien und seine saudischen Geldgeber gegen Verhandlungen mit Israel. Auch die PLO erkennt Hussein als Verhandlungsführer der Palästinenser nicht an und wird stets – ob mit oder ohne Föderation – alles tun, um die Macht in Jordanien und auf dem Westufer an sich zu reißen. Deshalb versucht Hussein jetzt, in der Stunde der Wahrheit, noch einen Kompromiß mit Arafat über Reagan- und Fes-Plan auszuhandeln. Aber die Bedingungen dafür stellt Arafat, nicht Hussein.

Ein weiterer falscher Ansatz des Reagan-Plans ist: man geht in Washington offenbar – daß für Ex-Präsident Carter und Außenminister Shultz nur PLO-freundliche Gesprächspartner ausgesucht wurden, deutet darauf hin – von einer PLO-freundlichen Mehrheit in den besetzten Gebieten aus. Tatsächlich ist die Mehrheit dort für Autonomie, da man weder von Hussein noch von der PLO regiert werden will. Aber diese Kreise werden entmutigt, weil sie das Gefühl bekommen, Amerika arrangiere sich mit der PLO. Irrig ist auch die Washingtoner Annahme, die saudischen Prinzen seien maßvolle Verbündete bei der Friedenssuche, weil sie gute Waffenkäufer sind. Ebenso hat Washington die Stärke des syrischen Einflusses unterschätzt.

Es ist bedauerlich, daß die Realisten und Praktiker in Nahost, die die arabische Mentalität kennen, die mit Arabern zur Schule gegangen sind und mit ihnen zusammenleben, die Israelis nämlich, von den Planern im Weißen Haus und im Außenministerium nicht mehr zu Rate gezogen werden. Washington hat die frühere enge Zusammenarbeit mit Israel gekündigt. Das Ergebnis spricht für sich.

Toxteth – die Trümmer sind fort, die Angst bleibt

Von FRITZ WIRTH

Colin Bedford sagte: „Allein würde ich im Dunkeln nicht durch diese Straße gehen." Wir fuhren in seinem geliehenen Renault. Es regnete, und der linke Scheibenwischer arbeitete nicht. Die Straße schaute mich durch schwere Regentropfen an wie durch gebrochenes Glas. Links und rechts vernagelte Fenster in einst stolzen Bürgerhäusern.

Die Straße heißt Princes Road und liegt in Liverpool. Die Chance, daß Colin Bedford und diese Straße sich einmal im Dunkeln begegnen würden, war bisher gering. Colin Bedford ist Pfarrer der St. Philemon's Kirche, und Princes Road ist der „red light district" von Liverpool, der Boulevard der leichten Damen. Sie nennen sich in dieser Stadt „Geschäftsfrauen".

Der Pfarrer biegt in die Upper Parliament Street ein und zeigt auf ein Bankgebäude. „Nat West", sagt er, „sieht heute schöner aus als je zuvor. Rialto Centre – stand plötzlich hell in Flammen. Racquet Club – der Brand drohte auf's benachbarte Krankenhaus überzugreifen. Die Patienten mußten evakuiert werden. Die Hooligans kamen ins Krankenhaus und klauten ihre Habe." Colin Bedford spricht beiläufig und monoton wie ein Reiseführer.

„Ich habe um diese Stadt geweint", sagt er. Er spricht nicht von Liverpool, er meint Toxteth. Es liegt oberhalb der Docks am Mersey. 1960, als noch Schiffe ankamen in Liverpool, wohnten 85 000 Menschen in Toxteth. Heute sind es noch 30 000. 45 Prozent von ihnen sind ohne Arbeit. In Granby, oberhalb der Princes Road, wo die Farbigen wohnen, arbeitet kaum noch jemand. Und das ist der Grund, warum man im Dunkeln möglichst nicht mehr allein durch Princes Road geht. Im Granby-Viertel glaubt man an Selbstbedienung. Ein kleiner Straßenüberfall oder Einbruch ersetzt den Weg zum Arbeitsamt. Die Hälfte aller Gewaltverbrechen in Liverpool ereignen sich in Toxteth.

„Ich habe in den letzten zwei Jahren oft um diese Stadt geweint", wiederholt sich Colin Bedford. Vor zwei Jahren geschah hier das Unerklärliche: Es war eine Nacht, in der es nicht dunkel wurde in Toxteth. „Ich stand mit meiner Frau am Fenster und zählte 40 Brände. Ich sah Kinder, die mit Äxten und Steinen in der Hand gegen hilflose Polizisten anstürmten, und ich sah Polizisten, die um ihr Leben fürchteten. 268 von ihnen wurden in einer einzigen Nacht verletzt. Der Sachschaden: 10 Millionen Pfund."

In Brixton in London hatte es vor zwei Jahren in den ersten Apriltagen begonnen: eine plötzliche Eruption der Gewalt auf den Straßen. Sie breitete sich aus wie ein Flächenbrand und erreichte drei Monate später Toxteth in Liverpool. „Wir waren vorbereitet", sagt Colin Bedford", „und wurden dennoch überrascht."

Toxteth heute – zwei Jahre danach. In Upper Parliament Street, wo die „Schlacht von Toxteth" begann, haben sie Bäume gepflanzt. In Myrtle Street, der „Rennstrecke von Toxteth", wo gestohlene Autos jauchzend zu Bruch gefahren wurden, feiern sie Richtfest. Der Umweltminister ist erschienen und nennt das Ereignis ein Symbol der Renaissance von Toxteth.

Die Trümmer sind beseitigt, die Erinnerung ist geblieben. Doch die Erklärung dafür, warum das alles geschah, ist heute so dünn wie vor zwei Jahren. Arbeitslosigkeit? Rassismus? Wohnungselend? Colin Bedford mag sich auf keines der drei Stichworte festlegen. „Dies war der Aufstand der Hilflosen und der Hoffnunglosen", sagt er. Er horcht den Satz ab und findet ihn dennoch nicht zu pathetisch. „Wer das Problem von Toxteth lösen will, muß die jungen Leute in dieser Stadt verstehen lernen", sagt er.

Colin Bedford lebt mit ihnen seit zwölf Jahren zusammen. Vor acht Jahren gründete er den St. John's Jugendclub in Steble Street, mitten in Toxteth. Eine abgewetzte, schweißriechende Halle. Harte, dröhnende Rockmusik schlägt erbarmungslos auf den Besucher ein. Unser Gespräch wird zum Geschrei. „Die jungen Leute in Toxteth sind aggressiv." Er sagt das überhaupt nicht entschuldigend. „Sie sind aggressiv gegen jeden, auch gegen sich selbst."

In der Halle sind 25jährige Burschen, die in ihrem Leben noch keine geregelte Arbeit hatten. Kein Einzelfall. Unter den 16 bis 25jährigen Farbigen in Toxteth sind 80 Prozent arbeitslos. Sie haben es schwerer als andere. Einmal, weil sie aus Liverpool 8 kommen, zum anderen, weil sie Farbige sind. In Toxteth zahlt man als Farbiger eine „Haut-Steuer": Die Arbeit für Farbige ist knapper, das Wohnen teurer. Wer aus Toxteth kommt, ist härter als jeder andere „Liverpudlian". Er hat es gelernt, gegen Mauern des Mißtrauens und der Vorurteile anzulaufen.

Wir flüchten vor dem Lärm in die Kantine. „Das Problem von Toxteth ist, daß nur wenige diese jungen Leute verstehen. Der Grund: das Establishment geht Toxteth aus dem Wege. Durch Toxteth fährt man hindurch ohne anzuhalten. Und wer hier bleibt, um zu arbeiten, tritt am Abend um halb sechs die Flucht an: die Ärzte und die Herren Stadträte, die Architekten und die Polizisten. Es sind nur noch zwei Profis übrig geblieben, die Tag und Nacht in Toxteth wohnen. Es ist der katholische Pfarrer von nebenan und ich."

Tommy Newman spielt mit den jungen Leuten im St. John's Zentrum jeden Abend Fußball. Colin Bedford hat ihn angestellt, um sie von den Straßen herunterzuholen. Newman kennt sie alle. „95 Prozent von ihnen sind ohne Arbeit. Viele wollen auch keine Arbeit mehr", sagt John. „Sie leben in einer eigenen Welt. Der Vater ist arbeitslos, der Bruder und der Nachbar. Da gibt es nicht mehr den Ehrgeiz, besser dazustehen als der andere. Sie schaffen sich ihre eigenen Gesetze. Viele von ihnen sind auf dem Stand von 16jährigen stehengeblieben."



Eine Orgie der Gewalt: Toxteth in einer jener Nächte im Juli 1981, in denen es nicht dunkel wurde

Die Regierung hat ihnen Arbeit angeboten. „Youth Opportunities Programme (YOP) heißt das Schema. Es garantiert ein Jahr Arbeit und Ausbildung. Die jungen Leute von Toxteth lachen darüber. 24 Pfund die Woche wird ihnen als Lohn garantiert. Wer nicht arbeitet, erhält 16,50 Pfund Stempelgeld. Die Differenz sind 7,50 Pfund (etwa 25 Mark). „7,50 Pfund für 40 Stunden Arbeit?" Da lachen sie gar nicht mehr, sondern legen nur noch den Zeigefinger an die Schläfe. Sie kennen leichtere Wege, das Stempelgeld aufzubessern.

„Wie kam es vor zwei Jahren zum Aufstand?"

„Ich weiß es immer noch nicht", sagt Tommy Newman. „Diese Leute sind aggressiv, aber sie sind keine Revolutionäre. Sie wissen nur, daß es um sie herum eine Welt von Mauern und Widerständen gibt. Sie können das nicht greifen, und so nennen sie es ‚das System'. Und weil dies so ungreifbar ist, identifizieren sie die Polizei mit dem System. Denn es sind Polizisten, die sie nachts auf den Straßen anhalten und durchsuchen, und es sind Polizisten, die glauben, daß das Auto, das du fährst, geklaut ist. Sie fühlen sich eingeengt und belästigt."

Der Polizeichef von Toxteth heißt David Wilmot, 40 Jahre alt, Super-Intendent. „Der schwerste Polizei-Job im Lande?" – „Nein", sagt er, „denn mein Job macht mir immer noch Spaß. Sonst hätte ich schon lange um Versetzung gebeten."

„Die Polizei ist in jenen Nächten vor zwei Jahren schrecklich verhauen worden. Was sind die Lehren aus diesem Konflikt?" Statt einer Antwort gibt er mir vier Bogen Papier, auf denen von A bis Z die Ziele und das Programm der „neuen Welle" in Toxteth aufgegliedert sind.

„Wir haben den guten alten Bobby wieder reaktiviert. Die Polizei-Streife, der Mann vor Ort, ist unser wichtigstes Instrument geworden. Und alle diese Männer sind erfahrene, routinierte Polizisten. Jungrekruten sind aus dem Streifendienst abgezogen worden. Jeder hat feste Bezirke und jeder bleibt dort so lange wie möglich. Die Leute sollen sich an ihre Gesichter gewöhnen und die Polizisten an die Gesichter der Leute. Sie sollen Teil der Bürgerschaft werden. Wir haben außerdem unseren Stil geändert. Wir sind nicht sanfter, aber einfühlsamer und pragmatischer."

„Ist das nicht ein Schuldeingeständnis?" „Wir alle machen Fehler. Wir haben aus unseren Fehlern gelernt, und wir haben Erfolg damit. Die Verbrechensrate in Toxteth ist zurückgegangen. Wir haben den Ort im Griff."

„Kann es wieder passieren?" Wilmot zögert lange mit der Antwort: „Ich weiß es nicht. Aber wenn es wieder passieren sollte, dann nicht, weil wir etwas falsch gemacht haben. Wir werden unsere neue Welle fortsetzen."

Sieben Kirchen sind in den letzten 25 Jahren in Toxteth geschlossen worden. Dafür sind inmitten der Slums zwei riesige Kathedralen emporgewachsen, die der Katholiken kühn geschwungen, elegant – die der Anglikaner wuchtig, burgähnlich, als gäbe es für den lieben Gott auch noch in 500 Jahren eine Zukunft in Toxteth. Die Kirchen liegen eine Meile auseinander. Die Straße, die sie verbindet, heißt Hope Street, Straße der Hoffnung.

Hoffnung in Toxteth? Die Adresse für Hoffnung in dieser Stadt heißt Basil Dean, Royal Liver Building, Pierhead. Basil Dean, Chef der Entwicklungs-Corporation in Merseyside, sitzt am gleichen Schreibtisch, den vor zwei Jahren der damalige Umweltminister Michael Heseltine unmittelbar nach den Unruhen für drei Wochen übernahm. Heseltine war von Frau Thatcher nach Liverpool geschickt worden, um schnell und unbürokratisch Hilfe zu bringen. Er kam nicht mit großen Plänen, und er kam nicht mit der großen Staatskasse. Seine Botschaft: Ihr müßt euch selbst helfen. Ich sorge dafür, daß die Hürden des Bürokratismus abgeräumt werden.

Basil Dean, einer der Statthalter Heseltines, ist ein ruhiger, sachlicher Mann: „Die Zukunft Liverpools als großer Industriestadt ist vorbei. Die Zukunft gehört den kleinen Unternehmern, der Service-Industrie und dem Tourismus." Liverpool als Touristenziel? Dean meint das ernst. Wie ernst, erfahren wir, als wir in seinem Landrover südlich von Toxteth über die größte Baustelle der Stadt fahren. Dort werden künstliche Berge gebaut, Fundamente für eine riesige Sporthalle gelegt und 320 000 Bäume gepflanzt.

„Blumen als Antwort auf Sozialproteste und wirtschaftlichen Verfall? Disneyland als Schutzschild gegen die Wirklichkeit?"

„Natürlich nicht", versichert Dean. „Der Plan ist älter als die Unruhen von Toxteth. Er wird uns 14 Millionen Pfund kosten. Zur Internationalen Gartenbauausstellung 1984, der ersten in Großbritannien, erwarten wir drei Millionen Besucher. Das Projekt wird 4000 neue Arbeitsplätze schaffen. Vor allem aber: dieser Park soll mehr sein als eine Attraktion für Touristen, es soll ein Park der Bürger dieser Stadt werden. Es soll ihr Festival werden, sie sollen sich damit identifizieren. Wir wollen sie wieder stolz machen auf diese Stadt. Wenn es uns nicht gelingt – erst dann betrachten wir uns als gescheitert."

Von diesem Park der Hoffnung bis zur Wirklichkeit von Toxteth sind es zwei Kilometer. Colin Bedford, Pfarrer von St. Philemon's, sagt mir, daß er große Dinge tun könnte, wenn er 10 000 Pfund hätte, um einen gebrauchten Bus zu kaufen. „Ich möchte gern noch mehr alte Leute aus ihren verfallenen Häusern herausholen und sie für ein paar Tage in eine andere Umgebung und heilere Welt fahren."

Zum Abschied gibt er mir ein Buch, das er über Toxteth geschrieben hat. Es heißt „Weinen um diese Stadt". „Sie begreifen den Titel besser, wenn Sie ein zweites Buch lesen", sagt er. Das Buch heißt „Gute Nachrichten für Toxteth". Es ist eine Sammlung von Bibelworten. Die Tränen um diese Stadt, so machen sie deutlich, sind Tränen, die Jesus einst weinte, als er auf Jerusalem schaute. Er weinte um jene Stadt, weil er um ihre Zukunft wußte. Lukas XIX.41.

Gute Nachrichten für Toxteth?



„Ich habe um diese Stadt geweint", sagt Colin Bedford. Er meint Toxteth, wo er Pfarrer von St. Philemon's ist, und er hat ein Buch über das soziale Elend dieses Teils von Liverpool geschrieben: „Weinen um diese Stadt". Seine Sorge gilt der Jugend von Toxteth, die scheinbar keine Zukunft hat. FOTOS: CAMERA PRESS

Mit Pfeil, Bogen und Drahtseil in die Freiheit

Von F. DIEDERICHS

Ein schwarzes Stahlseil, 90 Meter lang und sechs Millimeter dick, ist für zwei junge Männer aus Ost-Berlin zur Brücke in die Freiheit geworden. Gestern erst wurde durch einen Bericht der Berliner „BZ" bekannt, was bereits am letzten Donnerstag glückte: Eines der spektakulärsten Fluchtunternehmen seit dem Bau der Mauer im Jahre 1961.

Im Schutz der Nacht seilten sich der 23jährige Heizungs-Installateur Michael B. und sein 24jähriger Freund in 20 Meter Höhe ab: vom Dachboden eines fünfgeschossigen Mietshauses in Treptow zum Dach eines fünfgeschossigen Mietshauses in Neukölln. Dazwischen unter ihnen, auf 30 Meter Breite: Mauer, Todesstreifen, Wachttürme. Die Sperranlagen durchteilen die Bouchéstraße, eine ruhige Wohnstraße im Neuköllner „Kiez" der Länge nach.

Der Drahtseilakt von Ost nach West, um „endlich in Freiheit zu leben", wie beide die Flucht begründen, war seit Jahresbeginn mit Akribie vorbereitet worden. Immer wieder fuhren die beiden Männer mit einem geliehenen Wartburg durch Ost-Berlin und suchten ein Haus an der Mauer, das sich für ihre Zwecke eignete. Die Wahl fiel auf das Haus Schmollerstraße 5 in Treptow, Altbau, fünf Geschosse und ein geräumiger Boden unter dem Schrägdach. Es liegt nur knapp zehn Meter von der Mauer entfernt.

Alle Bewohner sind werktätig, deshalb ist das Gebäude um die Mittagszeit fast menschenleer. Am Mittwoch, um die Mittagszeit, fuhren Michael B. und sein Freund, wieder im geliehenen Wartburg, vor dem Hauseingang vor. Sie trugen blaue Monteuranzüge und brachten unbemerkt mehrere Gegenstände auf den Dachboden: Ein Stahlseil, 90 Meter lang, 34 Kilo schwer, sechs Millimeter stark. Dazu eine 100 Meter lange Angelschnur, Karabinerhaken und Rollen, die auf das Stahlseil passen und einen Griff zum Festhalten haben, zwei Pfeile und einen Fiberglasbogen.

Die Männer warten auf dem Dachboden mehr als 15 Stunden lang. Am Donnerstag, um fünf Uhr morgens, befestigen sie in völliger Dunkelheit das Stahlseil an einem Schornstein. Das andere Seilende wird mit der Angelschnur verbunden, die wiederum wird an einem Pfeil festgemacht. Dann spannt Michael B. den Bogen und schießt durch die geöffnete Dachluke in Richtung des Hauses Bouchéstraße 68 a in Neukölln.

Der Pfeil mit der Angelschnur fliegt über das Westberliner Haus und landet hinter dem Gebäude auf einer Feuerwehr-Stichstraße. Dort wartet ein Fluchthelfer, der mit der Angelschnur das Stahlseil heranzieht, an einem Wagen befestigt und so das Seil strafft.

Die Brücke in die Freiheit ist geschlagen – 30 Meter lang und nur sechs Millimeter breit. Am Stahlseil hängt die Rolle mit dem Griff an dem sich der erste der Männer festhält. Dann stößt er sich ab und rollt, hin- und herpendelnd, zum Dach des Neuköllner Hauses. Sein Freund folgt ihm wenige Sekunden später und kann, beim Blick auf den beleuchteten Todesstreifen unter ihm sogar noch feststellen: „Der Grenzposten im Wachhäuschen ist eingenickt." Dann ist es geschafft: Beide hocken auf dem Dach des Westberliner Gebäudes, kriechen durch eine Luke ins Innere. Die Polizei bringt sie später in das Berliner Aufnahmelager Marienfelde.



Michael B. (links) und sein Freund im Westen. Hinter der Mauer das Haus Schmollerstraße 5, der Ausgangspunkt ihrer Flucht. FOTO: HARALD PAULENZ/BZ

Kirchen bemüht um gemeinsames Luther-Wort

hrk. Berlin

Weil vor allem viele Christen in der „DDR" ein gemeinsames Wort der beiden protestantischen deutschen Kirchen über den Reformator vermissen, bemühen sich nun die Kirchen in beiden deutschen Staaten um eine einheitliche Stellungnahme. Sie wird als Nachbetrachtung über das Luther-Jahr frühestens im Spätherbst angestrebt. Nach Angaben der EKD in Hannover war ein gemeinsames Leitwort beider Kirchen an der fehlenden Bereitschaft des „DDR"-Kirchenbund-Sekretärs Christoph Demke gescheitert.

Daraufhin veröffentlichte die EKD vor einiger Zeit zum Auftakt des Luther-Jahres eine eigene Betrachtung. Die „DDR"-Kirche steht jedoch ihrer bundesdeutschen Partnerkirche nicht nach und gibt zum sogenannten „Luther-Tag" am 4. Mai auf der Wartburg ebenfalls eine grundlegende Äußerung über die Bedeutung Luthers für den evangelischen Christen in der „DDR" heraus. Wie die WELT erfuhr, wurde die Textfassung auf der jüngsten Sitzung des kirchlichen Luther-Komitees der „DDR" am 17. März in Ost-Berlin verabschiedet, aber noch nicht veröffentlicht.

Der Sprecher der EKD in Hannover, Dietrich Sattler, teilte gestern auf Anfrage der WELT das Bedauern vieler Protestanten drüben über ein fehlendes gemeinsames Luther-Wort: „Aber es ist eine Legende, zu behaupten, dies hätte an uns gelegen. Es gab darüber bereits vor einem Jahr Gespräche, aber „DDR"-Kirchenbund-Sekretär Demke meinte, beide Kirchen hätten schon auf so vielen Gebieten gemeinsame Unternehmungen vorgenommen, so daß man ruhig zwei getrennte Luther-Worte haben könnte."

Im übrigen seien die Entwürfe des EKD-Luther-Wortes dem Kirchenbund in Ost-Berlin zugeleitet worden. Demke – von September 1983 an als Nachfolger von Werner Krusche Bischof in Magdeburg – gilt in der Ostberliner Kirchenspitze als Anhänger strikter Eigenständigkeit der „DDR"-Kirche, während andere führende Protestanten die grenzüberschreitende Gemeinsamkeit mit der EKD betonen.

Am Luther-Tag auf der Wartburg nehmen 37 Vertreter der EKD teil. Darunter befindet sich, wie gemeldet, auch der Regierende Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker, als EKD-Ratsmitglied.

Münchens SPD will Grundstein legen für eine bessere Zukunft

An diesem Wochenende fällt die Entscheidung, ob Kronawitter gegen Kiesl antreten wird

Von PETER SCHMALZ

Im Münchner Löwenbräukeller, wo sich die Genossen der bayerischen Landeshauptstadt jahrelang in der Kunst des ideologischen Zerfleischens geübt haben, bis die CSU im Rathaus Mehrheit und Oberbürgermeister stellen konnte, soll am kommenden Samstag der Grundstein gelegt werden für eine erfreulichere Zukunft der SPD. Die Parteitags-Delegierten müssen sich auf einen Kandidaten einigen, mit dem die Partei im März nächsten Jahres bei der bayerischen Kommunalwahl nach sechs dürren Oppositionsjahren zur Rückeroberung des Rathauses am Marienplatz antreten will.



Liegt in der Gunst der Münchner vorn: „Schorsch" Kronawitter.

FOTO: THOMAS K. SCHUMANN

Die Rathauswahl wird für die Sozialdemokraten eine weit über die zahlenmäßige Zusammensetzung des Stadtrates hinausgehende Bedeutung haben. Das Abschneiden der SPD kann ein Jahr nach der Bundestagswahl beispielhaft dafür sein, ob und wieweit es Parteichef Willy Brandt und seinem Geschäftsführer Peter Glotz gelingen wird, an der Basis und in den Kommunen den Weg zu ebnen, der einmal wieder zur Rückkehr an die Regierungsmacht in Bonn führen soll.

Im Augenblick werden die Chancen für ein zumindest achtbares Abschneiden der SPD als gut eingeschätzt. Münchens SPD-Chef Hans-Günter Naumann hofft, daß sich die von ihm eingeleitete Konsolidierungsphase der Partei, die ihre einst öffentlich ausgetragenen Bruderkämpfe fast völlig eingestellt hat, positiv im Wählerverhalten auswirken wird. Er vermutet: „1978 haben viele Münchner CSU gewählt, weil sie den Streit in der SPD nicht mehr ertragen konnten."

Die absolute Mehrheit war der CSU vor fünf Jahren wie ein Ostergeschenk unerhofft zugefallen. Noch 1972 war der Abstand zur SPD zu groß, als daß die Christsozialen trotz der zum Siedepunkt getriebenen Zerstrittenheit unter Münchens Genossen auf einen solchen Sieg bauen konnten: '72 hatte die SPD mit 52,5 Prozent ihr drittbestes Nachkriegsergebnis eingefahren und die CSU mit 35,7 Prozent klar abgeschlagen.

Sechs Jahre später hatten sich die Zahlen nahezu umgekehrt: Die CSU kam auf exakt 50 Prozent, die SPD rutschte auf 37,7 ab. Der gleichzeitige Sieg des CSU-Oberbürgermeister-Kandidaten Erich Kiesl dagegen war erwartet, nachdem der SPD-Amtsinhaber Georg („Schorsch") Kronawitter für seine Partei „nicht vermittelbar" war und aus dem Rennen ausscheiden mußte.

Wie die CSU bei der nächsten Kommunalwahl abschneiden wird, hängt wesentlich vom kommenden Samstag ab. Kiesl verkündete zwar nach der Bundestagswahl, bei der nur München-Mitte als einziger bayerischer SPD-Kreis direkt gehalten werden konnte, er sehe „weit und breit keinen Gegner, vor dem ich Angst haben müßte". Doch für ihn wie für seine Partei wird es sich in Prozentzahlen niederschlagen, für welchen der drei Kandidaten sich die SPD in dieser Woche entscheidet:

Landesbericht Bayern

- Mit dem Bundestagsabgeordneten Manfred Schmidt hätte Kiesl einen Wunschgegner, denn dieser konnte sogar nach seinem – allerdings sehr knappen – Wahlsieg am 6. März in München-Mitte seinen Freundeskreis innerhalb der Münchner SPD kaum erweitern. Er ist zudem in der Bevölkerung kaum bekannt und gilt auch unter Parteifreunden als einer, den „man zum Jagen tragen muß", wie vor einiger Zeit ein Genosse meinte.
- Fast ein Traumkandidat wäre für Kiesl der einstige Münchner Kreisverwaltungsreferent Klaus Hahnzog, ein introvertierter Jurist, dessen Ausstrahlung sich dem Gefrierpunkt nähert. Er ist der Favorit der Parteilinken und hat reelle Chancen, aufs Kandidaten-Schild gehoben zu werden.
- Kiesls mit Sicherheit schwerster Gegner hat aber im parteiinternen Wettbewerb die Nase leicht vorn: Kronawitter, der in Jahren mühsamer Basisarbeit den Makel der Nichtvermittelbarkeit tilgen konnte, dürfte gut die Hälfte der 20 Münchner SPD-Vorstandsmitglieder auf seiner Seite haben und kann inzwischen auf drei von elf Kreisverbänden sicher bauen.

Nun wird Kronawitter voraussichtlich auch nicht das gelingen, was bisher noch kein bayerischer OB-Herausforderer nach dem Krieg geschafft hat: den Amtsinhaber vom Stuhl zu stoßen. Aber er könnte Kiesl durchaus in einen zweiten Wahlgang zwingen, denn nach Meinungsumfragen liegt Kronawitter auch fünf Jahre nach seinem unfreiwilligen Abgang aus dem Rathaus in der Gunst der Münchner vor Kiesl.

Als Grundlage für die kommunalpolitische Herausforderung hat die SPD einen Leitfaden „Für eine menschliche Stadt" erarbeitet und in überraschender Eintracht abgesegnet. Auf 52 Seiten wird unter anderem ein Beschäftigungsprogramm für die Stadt ebenso wie der Ausstieg aus der Kernenergie gefordert. Es wird auch der erneute Beweis geliefert, daß Papier geduldig selbst Widersprüchliches erträgt: Da wird einerseits die durch das Wohnraumbeschaffungsprogramm der CSU mitverursachte Betonierung Münchens beklagt und auf der anderen Seite zusätzlicher billiger Wohnraum gefordert.

Seinen Freunden und Skeptikern hat Kronawitter aber inzwischen verdeutlicht, daß er als Oberbürgermeister weniger aufs Geldausgeben als aufs kostenlos Ideelle setzen würde. Ihm schwebt ein „geistig-ideelles stadtpolitisches Leitbild" vor, das Orientierung geben soll „in einer Zeit, in der vieles fragwürdig geworden ist". Seine Überlegungen faßt er unter dem Begriff „solidarische Stadtgemeinschaft" zusammen.

Und dabei liegt er nicht weit von der von Erich Kiesl geführten Münchner CSU, die bis zum Herbst ein kommunalpolitisches Programm unter dem Titel „Unsere Heimat" verabschieden will. „Wir wollen damit zum Ausdruck bringen", meint die CSU zu ihrem Plan, „daß es nach unserer Überzeugung heute mehr denn je notwendig ist, den Menschen nicht nur soziale, sondern auch kulturelle und ideelle Sicherheit zu geben."

Der SSD lockt Agenten mit „Studentinnen" an

Stuttgart: Spione bevorzugen wieder militärische Objekte

XING-HU KUO, Stuttgart

Auch 1982 hatten östliche Geheimdienste, allen voran das Ostberliner „Ministerium für Staatssicherheit" (SSD), für das wirtschaftsstärkste und militärisch offenbar sehr interessante Bundesland Baden-Württemberg eine besondere „Vorliebe". Dies geht aus dem Verfassungsschutzbericht des Landes hervor, den Innenminister Roman Herzog (CDU) der Öffentlichkeit vorstellte.

Die verstärkten Aktivitäten der Warschauer-Pakt-Staaten im Südwesten waren im vergangenen Jahr deshalb eine „besondere Herausforderung" für die Spionageabwehr in Baden-Württemberg, heißt es in dem Bericht. Dabei machten die Sicherheitsbehörden des Landes die Beobachtung, daß erstmalig seit 1971 die kommunistischen Nachrichtendienste sich vor allem wieder für „militärische Ziele" interessierten. Das Stuttgarter Innenministerium sieht hier einen Zusammenhang mit den „Überlegungen und Plänen für die Abrüstung in den beiden Machtblökken" und dem gestiegenen Interesse der Ost-Spionage für die konventionellen und atomaren Stärkeverhältnisse gerade auch in Baden-Württemberg.

Während 1980 die Zahl der erkannten Spionagefälle im militärischen Bereich in Baden-Württemberg „nur" 25,2 Prozent ausmachte, stieg dieser Anteil nach dem Bericht auf 32,7 Prozent. Fast zwei Drittel aller Spionagefälle seien vom „DDR"-Geheimdienst initiiert worden (69,8 Prozent), gefolgt von Polen (9,6 Prozent) und der Sowjetunion (8,6 Prozent).

Nach dem militärischen Bereich interessierten sich die östlichen Spionagezentralen vor allem für die Bereiche Politik (28,6 Prozent), „vorbereitende und unterstützende Aufträge" (24,1 Prozent) und erst in letzter Linie für Wirtschaft und Wissenschaft (14,6 Prozent).

Der militärische Nachrichtendienst der „DDR" hat eine neue Methode der Anwerbung entwikkelt: Von angeblichen „Studentinnen" erhielten Schüler und Studenten in Baden-Württemberg in letzter Zeit Briefe, in denen sie um eine „Briefpartnerschaft" gebeten werden. Die potentiellen West-Agenten, die zuvor „sorgfältig" vom „DDR"-Geheimdienst ausgefiltert worden sind, werden dann zu einem Besuch nach Mitteldeutschland eingeladen. Erkennen die „Studentinnen" – in Wirklichkeit attraktive Mitarbeiterinnen des Ostberliner Spionagedienstes –, daß die westlichen Briefpartner an einer „festen Bindung" interessiert sind, wird eine nachrichtendienstliche Werbung versucht.

Hat der verliebte Westler erst einmal eine „Verpflichtung" zur „Mitarbeit" unterschrieben, verschwindet die schöne Mata Hari von der Bildfläche, und der Geköderte wird von einem männlichen „Kollegen" übernommem.

Einem 24jährigen Studenten, der aus Geldmangel der Einladung seiner „Kommilitonin" in der „DDR" nicht folgen konnte, unterbreitete diese den Vorschlag, er könne sich einen Nebenerwerb eröffnen durch „journalistische Tätigkeit" in der Bundesrepublik für ihren angeblichen Cousin, einen „erfolgreichen Redakteur" in der „DDR". Der mißtrauische Student informierte jedoch das Landesamt für Verfassungsschutz.

Ein 25jähriger Kellner inserierte in einer Fachzeitschrift, er suche eine Aushilfstätigkeit. Ein Unbekannter rief ihn daraufhin an und bot ihm eine „lukrative Nebentätigkeit" in Ost-Berlin an, angeblich für ein „Ingenieurbüro". Als ihm in Ost-Berlin eröffnet wurde, das Büro sei an Informationen über Großprojekte (Straßen, Brücken usw.) in der Bundesrepublik interessiert, informierte der arbeitslose Kellner die Sicherheitsbehörden in Stuttgart.

Schon „klassisch" zu nennen war der Versuch des tschechoslowakischen Geheimdienstes, einen Ingenieur zur Agententätigkeit zu erpressen, der zu Verwandten in die Bundesrepublik reisen wollte. Dies könne nur gestattet werden, wenn er „mitarbeiten" wolle, erklärten ihm Mitarbeiter des Prager Geheimdienstes. Zum Schein ging der Akademiker auf diese Forderung ein, bat jedoch in Baden-Württemberg um politisches Asyl und berichtete von diesem Ansinnen.

In Baden-Württemberg wurden im vergangenen Jahr vom Oberlandesgericht Stuttgart vier Personen wegen geheimdienstlicher Tätigkeit verurteilt. Drei der enttarnten Spione handelten im Aufrage Ost-Berlins, einer arbeitete für den Prager Geheimdienst. Die Hälfte aller Werbungsversuche geschieht bei privaten Ost-Reisen, gefolgt von Ansprachen durch Briefe (14,1 Prozent) und telefonische oder persönliche Kontaktaufnahmen (ebenfalls 14,1 Prozent). 12,4 Prozent der Kontaktversuche erfolgen nach Stellengesuchen, wurde weiter mitgeteilt.

Bayern: Schärfere Verhaltensregeln für Beamte

dpa, München

Bayern hat die Vorschriften zur politischen Betätigung von Beamten und Richtern verschärft. Nach einer Bekanntmachung in der neuesten Ausgabe des „Staatsanzeigers" tritt die neue Richtlinie zum 1. Mai in Kraft. Darin wird festgelegt, daß mit den Pflichten eines Beamten „eine Kritik an den Verfassungsorganen in gehässiger, agitatorischer und aufhetzender Weise" unvereinbar sei. Die Staatsdiener waren schon bisher zu politischer Zurückhaltung außerhalb des Dienstes angehalten. Die neuen Verhaltensmaßregeln, so heißt es in der gemeinsamen Bekanntmachung der Staatskanzlei und aller Ministerien, gelten auch bei der Betätigung in Bürgerinitiativen. Beamte müßten sich im gegebenen Fall auch von Kräften distanzieren, die mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbarende Ziele verfolgen.

Die SPD kritisierte gestern die neue Richtlinie als eine Ausweitung des Radikalenerlasses. Wegen „bloßer Kritik an der Obrigkeit" müßten Bayerns Beamte künftig mit Disziplinarmaßnahmen rechnen, meinte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Karl-Heinz Hiersemann. Erneut unternehme die Staatsregierung den Versuchen, „aus Bayern einen preußischen Untertanenstaat zu machen und seine Beamten zu meinungslosen Jasagern zu degradieren".

Rumänien beharrt auf Kopfsteuer

rtr, Meir

Der rumänische Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu hat die von seiner Regierung erhobene Auswanderungssteuer verteidigt und die USA indirekt aufgefordert, auf die deswegen angekündigten Handelssanktionen gegen Rumänien zu verzichten. In einem Interview mit der kuwaitischen Zeitung „Al Seyassan", das die amtliche rumänische Nachrichtenagentur Agerpres am Dienstag veröffentlichte, sagte Ceausescu, diese Steuer sei eine ausschließlich interne Angelegenheit.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Dr. Hans Börnsen

27. Januar 1907 3. April 1983

Mit bewegtem Herzen geben wir den am Ostersonntag-Morgen erfolgten Erdenabschied unseres hochverehrten Vorstandsmitgliedes bekannt.

Er folgte seinem ihm in langjähriger Arbeit verbundenen Freund Dr. med. Julius Solti nach wenigen Wochen zu weiterem gemeinsamen Wirken in der geistigen Welt.

Wir bleiben mit ihm in großer Dankbarkeit für sein unermüdliches Streben als Schüler Rudolf Steiners und im Bewußtsein fortdauernder Geist-Gemeinschaft verbunden.

Der Vorstand
der anthroposophischen Gesellschaft
Hamburg

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 8. April 1983, 15.00 Uhr, im Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle B.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen, Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.), Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.), Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke, Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm, Zeitgeschichte: Walter Görlitz, Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Klaus Müller; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.), Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Gunther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Merker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon, Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gisela Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in: 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Für den „feinen Franken" hat Strauß keine Hand gerührt

Von MANFRED SCHELL

Richard Stücklen, der mit seinem liebenswürdigen und lebensfrohen Wesen das Amt des Bundestagspräsidenten populär gemacht hat, ist enttäuscht und verbittert, obwohl er sich Mühe gibt, seine wahre Gefühlslage vor der Öffentlichkeit zu verbergen. Dabei geht es nicht so sehr darum, daß im Zuge der Neubildung der Bundesregierung das Amt des Parlamentspräsidenten von ihm, dem CSU-Politiker, an Rainer Barzel von der CDU übergegangen ist. Gewiß, das hat Stücklen zwar weh getan, aber er ist lange genug im politischen Geschäft, um zu wissen, daß es hier keine Erbhöfe gibt. Und deshalb hat er sich, ohne zu zögern, in die Reihe der vier Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages gestellt. Verbittert hat Stücklen vielmehr jenes Stück Unehrlichkeit, mit dem man ihm in den zurückliegenden Wochen begegnet ist.

Vor der ersten Regierungsbildung, am 1. Oktober vergangenen Jahres, hatte Helmut Kohl ihn aufgesucht und gefragt, ob er Bundestagspräsident bleiben oder aber im Kabinett Bundespostminister werden wolle. Stücklen, einst unter Konrad Adenauer und Ludwig Erhard erfolgreicher Postminister, hat sich für das Amt an der Spitze des Parlaments entschieden. Natürlich ging er dabei davon aus, daß diese Übereinkunft auch für die Zeit nach den ins Haus stehenden Neuwahlen am 6. März 1983 gelten werde. Daß dies dann nicht so war, kann man am wenigsten Helmut Kohl anlasten. Die CSU, die Partei Richard Stücklens, hat nicht um ihn und dieses Amt gekämpft – weder Franz Josef Strauß, noch Friedrich Zimmermann, noch Theo Waigel.

Stücklen selbst hatte sich honoriger verhalten. Vor dem Wahltag hatte er Strauß wissen lassen, daß er mit seinem Amt nicht im Wege stehen werde, wenn es um die Verwirklichung „übergeordneter Ziele" gehe. Damit gemeint war, Strauß den Weg nach Bonn und die Vizekanzlerschaft zu erleichtern. In den entscheidenden Verhandlungsrunden zwischen CDU und CSU hat Helmut Kohl dann das Amt des Bundestagspräsidenten für die CDU reklamiert. Richard Stücklen war im Mai 1979 als Nachfolger von Karl Carstens, dem Bundespräsidenten, gewählt worden. 1980, nach der Wahlniederlage des Kanzlerkandidaten Strauß und der Union, blieb er Bundestagspräsident. Kohl hat dies jetzt, im nachhinein, mit der besonderen Situation auch der CSU damals gerechtfertigt. Außerdem brauchte Kohl, um die Gewichte innerhalb der CDU auszutarieren, Spielraum. Und dazu gehörte das sogenannte „Einser"-Amt des Bundestagspräsidenten.

Dieser eindeutigen und berechenbaren Interessenlage des Bundeskanzlers stand eine CSU gegenüber – Stücklen gehörte nicht zur Verhandlungsdelegation –, die eine andere Prioritätenliste in der Hand hatte. Bis zuletzt war das Vorgehen der CSU ausschließlich darauf konzentriert, für den Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß einen herausgehobenen Ministerposten zu sichern, oder, falls er verzichten sollte, eine zahlenmäßig starke Ministerriege zu erstreiten. Stücklens Chancen, Parlamentspräsident zu bleiben, bestanden nur so lange, als Kohl signalisierte, er werde, wenn Strauß ins Kabinett gehe, der CSU vier Ministerämter überlassen.

In dieser Situation brachte die CSU zwar halbherzig, aber immerhin, das Amt des Parlamentspräsidenten ins Spiel. Von der Tatsache, daß er dies in der neuen Legislaturperiode nicht mehr sein wird, hat dann Richard Stücklen auf einer Vorstandssitzung der CSU in München erfahren. Eine Stunde vorher hatte sich Strauß in einem Telefongespräch mit Kohl entschieden, in München zu bleiben. Die CSU erhielt nunmehr fünf Minister. Richard Stücklen, den die Fraktionsführung später zu Recht als einen „Mann der ersten Stunde" im politischen und parlamentarischen Leben der Bundesrepublik Deutschland würdigte, war bei dem Machtpoker zu kurz gekommen.



Richard Stücklen (CSU) ist enttäuscht und verbittert. FOTO: POLY PRESS

Seit 1949 gehört er ununterbrochen dem Deutschen Bundestag an; über mehr als drei Jahrzehnte hinweg hat er die Geschicke des Landes in herausgehobenen Ämtern und Funktionen mitgestaltet: als stellvertretender Fraktionsvorsitzender, als Vorsitzender der CSU-Landesgruppe. Von 1957 bis 1966 als Bundespostminister, als Vizepräsident des Parlaments und seit 1979 als Bundestagspräsident. Seine Verdienste um Ausgleich und Verständigung im Parlament sind unumstritten. CDU und CSU haben deutlich gemacht, daß sich die Entscheidung für Rainer Barzel nicht gegen die Amtsführung oder die Person von Richard Stücklen richtet.

Hier muß man allerdings schon Fragezeichen setzen. Das Verhältnis zwischen Stücklen und Franz Josef Strauß, beide im besten Sinne alte Kameraden, war immer schwierig und Schwankungen unterworfen, aber auch von gegenseitiger Wertschätzung geprägt. Wenn Strauß weniger gut auf Stücklen gestimmt war, hat er ihn den „feinen Franken" genannt, der die Niederungen der (bayerischen) Politik scheue. Die Diskussion, die dem Trennungsbeschluß der CSU von Kreuth vorausgegangen ist, kann freilich dafür nicht als Beispiel herangezogen werden. Stücklen war in der Sache dafür, aber er hatte auch in Kreuth die Frage gestellt, ob damit die CSU „nicht kalt erwischt wird?" Daraus sprach die Sorge, die Partei sei auf ein so weitreichendes Ereignis nicht genügend gerüstet. Die Entwicklung hat Stücklen bestätigt.

Bei der Suche nach eventuellen Motiven dafür, daß Strauß keine Hand für Stücklen gerührt hat, muß man auch an das Jahr 1981 denken. Für Außenstehende mag es eine Lappalie sein, aber die Korona um Strauß sah es anders: Damals sollte Stücklen die Laudatio auf Strauß halten, der 20 Jahre lang Parteivorsitzender war. Einen Tag vor der Jubiläumsfeier sagte Stücklen ab, wegen einer Darmverstimmung. Überzeugend war dies freilich nicht. Friedrich Zimmermann hat dann die Rede auf Strauß gehalten; viel genützt hat ihm dies später aber auch nicht. Oder: Vielleicht hat es Strauß als bayerischen Ministerpräsidenten hin und wieder geärgert, daß einer aus der CSU, Richard Stücklen, als Parlamentspräsident protokollarisch höher stand als er? Auch dies ist nicht nachgewiesen. Realistischer ist die Annahme, daß viele Gründe zusammengekommen sind.

Strauß mußte seinen Verzicht auf Bonn in den eigenen Reihen möglichst gut „verkaufen". Und in Bayern und in der CSU zählen leibhaftige Minister nun einmal mehr als Parlamentspräsidenten. Andererseits hat Strauß jetzt fünf Minister durchgesetzt und sich dennoch die Option für ein Spitzenamt – man denke an die 1984 fällige Wahl des Bundespräsidenten – offengehalten. Zwar ist es unwahrscheinlich, daß Strauß selbst Bundespräsident werden möchte oder dafür einen anderen CSU-Politiker, etwa Kultusminister Hans Maier, vorschlägt. Aber er kann für diesen Verzicht eine andere Position für die CSU beanspruchen.

Unehrlich war auch die Stimmung, die gegen Stücklen aus der Unionsfraktion heraus gemacht worden ist. Die Abgeordneten haben ihm angelastet, daß es nicht zu einer Diätenerhöhung gekommen ist. Rigoros hat er als Parlamentspräsident auch Reiseanträge von Abgeordneten – Stücklen sprach von „Lustreisen" – gestrichen. Das haben ihm die Betroffenen nicht verziehen. In der Diätenfrage hat Stücklen pflichtgemäß gehandelt: Er hat den alle zwei Jahre anfallenden Bericht zur Einkommensentwicklung erstattet und dabei Vergleiche zum Beispiel zum öffentlichen Dienst angestellt. Das Ergebnis war einleuchtend: Die Abgeordneten sind unterbezahlt. Aber vor allem die Sozialdemokraten unter ihrem Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner waren es, die sich gegen eine Diätenerhöhung gesperrt haben, und auch die Parlamentarier von CDU/CSU und FDP haben sich nicht aus der Deckung gewagt. Bei Stücklen sind Briefe von Abgeordneten eingegangen, in denen sie Diätenerhöhungen forderten. Gleichzeitig aber hatten diese in der Öffentlichkeit publikumswirksam erklärt, das Parlament solle angesichts der angespannten Finanzlage auf einen solchen Schritt verzichten.

Die Enttäuschung, die Stücklen jetzt befallen hat, ist verständlich, aber sie müßte dennoch bald überwunden sein. Richard Stücklen, der in diesem Jahr 67 Jahre alt wird, muß sich in einer ehrlichen „Bestandsaufnahme" attestieren, daß er seine Möglichkeiten optimal genutzt hat. Wie oft hat er gegenüber Freunden gesagt, er habe, als er 1949 als jüngster Abgeordneter nach Bonn gekommen ist, nicht im Traum daran gedacht, einmal Minister oder Parlamentspräsident zu werden.

Hartkopf ließ sich nicht umstimmen

GÜNTHER BADING, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann will in der kommenden Woche nach seinem Osterurlaub dem Wunsch seines beamteten Staatssekretärs Günter Hartkopf nach Versetzung in den einstweiligen Ruhestand entsprechen. Der Innenminister bedauere den Entschluß des Staatssekretärs, erklärte ein Ministeriumssprecher gestern auf Anfrage, wegen der „guten persönlichen und auch sachlichen Zusammenarbeit".

Auch der FDP-Vorsitzende Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hatte Hartkopf, der seit 1958 FDP-Mitglied ist, in den vergangenen Tagen davon abgeraten, aus dem Amt zu scheiden. In der FDP-Spitze wurde gestern bedauert, daß sich Hartkopf vom Parteivorsitzenden nicht hat umstimmen lassen. Hartkopf, seit Ende 1969 ununterbrochen beamteter Staatssekretär im Innenministerium, war jahrelang das einzige FDP-Mitglied auf einem solchen Posten. Erst Verteidigungsminister Wörner (CDU) holte bei der Regierungsneubildung im Herbst den damaligen stellvertretenden Regierungssprecher Lothar Ruehl als beamteten Staatssekretär auf die Hardthöhe.

Hartkopf wollte schon bei früherer Gelegenheit eigentlich aus dem Amt scheiden, so, als Mitte 1978 Gerhart Baum neuer Bundesinnenminister wurde. Damals hatte er sich noch von Genscher umstimmen lassen. Offiziell gibt Hartkopf jetzt „allgemeinpolitische Gründe" für seinen Antrag auf Versetzung in den einstweiligen Ruhestand an. Dem Vernehmen nach ist der Staatssekretär allerdings in der jüngsten Zeit zunehmend von Parteifreunden des linken FDP-Spektrums kritisiert worden, weil er sich mit dem CSU-Innenminister Zimmermann allzu gut zu verstehen schien. Unter Zimmermanns Vorgänger, der dem linken Flügel zugerechnete Gerhart Baum, galt Hartkopf eher als Bremser bei dessen Bemühungen um eine Lockerung des Dienstrechtes für Beamte. Außerdem wurde ihm wohl vorgeworfen, daß er mit dem CSU-Minister bestens zusammenarbeite, obwohl doch der FDP-Bundesparteitag im November vergangenen Jahres den Beschluß gefaßt habe, daß bei einer Regierungsneubildung nach der Bundestagswahl die Freien Demokraten das Bundesinnenministerium erneut „anstreben" sollten.

Über einen Nachfolger will Innenminister Zimmermann ebenfalls erst in der kommenden Woche entscheiden. Presseberichte, daß die Position Hartkopfs in den Koalitionsverhandlungen irgendeine Rolle gespielt habe, wurden gestern von führenden CSU-Politikern, die an den Verhandlungen teilgenommen hatten, ausdrücklich dementiert. Dagegen spreche schon, daß sich Innenminister Zimmermann auch CSU-intern stets positiv über den Staatssekretär geäußert habe. Da das Beamtenrecht lediglich vorsieht, daß der Beamte jederzeit um seine Entlassung bitten kann, die mit dem Verlust aller Rechte aus dem Beamtenverhältnis verbunden werde, muß über die Bitte Hartkopfs um Versetzung in den einstweiligen Ruhestand letztlich der Bundespräsident entscheiden.

Beim Deutschen Beamtenbund (DBB) wurde die Entscheidung von Hartkopf gestern bedauert. Er sei in den vergangenen 13 Jahren ein Garant für die Kontinuität im Dienstrecht gewesen, hieß es. Daß die Arbeit des Innenministeriums unter den relativ häufigen Ministerwechseln nicht gelitten habe, sei wesentliches Verdienst der beiden beamteten Staatssekretäre gewesen.

Seite 2: Schweigen ist Gold

Bis zur Stationierung will Moskau nur politische Panik schüren

Die Behauptungen Gromykos haben propagandistische Ziele / Die wirkliche Lage

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Sowjetunion wird wohl künftig ihre Instrumente öffentlicher Einwirkung noch intensiver nutzen, um den westlichen Regierungen das mit dem NATO-Doppelbeschluß gefundene Konzept zur sicherheitspolitischen Abfederung des sowjetischen Vorsprungs in der nuklearen Mittelstreckenrüstung aus der Hand zu schlagen. Moskau hofft, dieses Ziel mit Hilfe der „Friedensbewegungen" in den offenen Gesellschaften Westeuropas, Amerikas und Japans zu erreichen.

Nicht anders ist der Auftritt zu deuten, den der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko vor Journalisten aus aller Welt in Moskau gab.

Die Frage stellt sich, ob die Sowjetunion wirklich damit rechnet, die Demonstranten in Westeuropa, die sich mit den „Ostermärschen" einen Überblick über ihre eigene Stärke verschaffen wollten, könnten mit Rechtsverstößen, die sie „zivilen Ungehorsam" und „passiven" und „gewaltfreien Widerstand" nennen, die Aufstellung neuer atomarer Waffensysteme von Großbritannien bis Italien verhindern. Oder hat der frühere Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Eugene Rostow, die sowjetischen Absichten besser erkannt? Trotz der brüsken Zurückweisung der westlichen Vorschläge für die Genfer Mittelstreckenverhandlungen durch Gromyko meinte er: „Ich habe immer wieder gesagt, daß ich keine Bewegung der sowjetischen Seite bis fünf vor zwölf, bis kurz vor der geplanten Stationierung, erwarte." Gromykos Äußerungen nannte er im US-Fernsehen Verhandlungstaktik, die sich mit dem Näherrükken des Stationierungstermins ändern könne. Vorher wolle Moskau offenbar unter den Verbündeten der USA „politische Panik" säen.

Das versuchte der sowjetische Außenminister tatsächlich, indem er Behauptungen über die westliche Sicherheitspolitik aufstellte, die mit den Tatsachen nichts oder wenig gemein haben.

Erste Behauptung Gromykos, gekleidet in die Frage, wie könne sich Präsident Reagan auf die „stolzen moralischen Werte" seiner Außenpolitik berufen, wenn er sich gleichzeitig auf einen Atomkrieg vorbereite? Den USA zu unterstellen, sie wollten einen Nuklearkrieg „führ- und gewinnbar" machen, ist eine häufig nicht nur von sowjetischer Seite angewandte Taktik, sondern auch in linksgerichteten Kreisen Westeuropas sehr beliebt.

Dabei sind die Tatsachen eindeutig, nachzulesen erst wieder im jüngsten Jahresbericht des Pentagon an den Kongreß vom 1. Februar 1983. Darin heißt es über die amerikanische Verteidigungsstrategie (Seite 32): „Unsere Strategie ist auf Verteidigung ausgerichtet. Sie schließt aus, daß die USA einen Krieg gegen die Streitkräfte oder die Territorien anderer Staaten beginnen oder gegen sie einen präemptiven (dem Angriff der Gegenseite zuvorkommenden, die Red.) Schlag führen ... Unsere Strategie ist, gegen einen Krieg abzuschrecken ... Sollte die Abschreckung versagen, ist unsere Strategie, den Frieden zu ertragbaren Bedingungen wiederherzustellen ... Wir würden versuchen, dem Feind seine politischen und militärischen Ziele zu verwehren und mit Hilfe von Gegenangriffen in genügender Stärke die Feindseligkeiten auf dem niedrigstmöglichen Niveau von Zerstörung für die USA und ihre Verbündeten zu beenden."

Zweite Behauptung Gromykos: Zu ihrer eigenen Sicherheit benötige die Sowjetunion Mittelstreckenwaffen in Asien, da die USA einen Ring von Militärstützpunkten in Japan, Südkorea, im Indischen Ozean und im Persischen Golf um die UdSSR gezogen habe. Japans Ministerpräsident hat schon geantwortet, sein Land sei kein Stützpunkt für amerikanische Atomwaffen und Abschußsysteme. Im übrigen existieren in keiner der genannten Regionen westliche Mittelstreckenwaffen, die die Sowjetunion bedrohen könnten.

Dritte Behauptung Gromykos: Es sei „bewußte Lüge" westlicher Geheimdienste, seit dem vor einem Jahr von der Sowjetunion verkündeten Moratorium habe sie rund 50 weitere Raketen des Typs SS 20 aufgestellt. Nichts bei der sowjetischen Rüstung ist besser belegbar als dies. Durch die ständige und sorgfältige Beobachtung mit Hilfe von Fotos, die von Satelliten aus gemacht werden, weiß die amerikanische Aufklärung genau, daß der Aufbau unvermindert weiter geht und inzwischen 351 Werfer für Mittelstreckenraketen vom Typ SS 20 einsatzbereit sind.

Vierte Behauptung Gromykos: Die von amerikanischer Seite in Genf angebotene Kompromißformel würde den USA eine anderthalbfache Überlegenheit an atomaren Sprengköpfen sichern. Rechnet man seriös, läßt sich diese Darstellung nicht einmal in der Tendenz als richtig hinnehmen. Zählt man nur Raketen, ist die Lage so: Gegenüber dreimal 351 Sprengköpfen auf SS-20-Werfern, die mobil sind, und 275 plus 16 SS-4- und SS-5-Raketen, die nicht beweglich sind (zusammen 1344), verfügt die NATO heute über nichts Vergleichbares.

Zählt man hingegen Flugzeuge, hat die Sowjetunion 2688 für den Atombombenwurf mit Reichweiten zwischen 4025 und 400 Kilometern (nach „Military Balance" 1982/83 von IISS, London), die NATO dagegen nur 1301 Flugzeuge für den Atombombenwurf (einschließlich der französischen) mit Reichweiten zwischen 2800 und 560 Kilometern.

Tod und Terror an Kambodschas Grenze

Hanois Offensive trifft vor allem Zivilisten / Asean verurteilt die „barbarische" Attacke

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Die vietnamesischen Truppen, die in der vergangenen Woche eine Offensive gegen kambodschanische Stützpunkte jenseits der thailändischen Grenze begonnen hatten, graben sich nach Angaben aus Bangkok in Stellungen auf thailändischem Territorium ein. Ein Sprecher des Militäroberkommandos sagte gestern, die vietnamesischen Streitkräfte hielten Gebiete innerhalb Thailands nahe der Grenzstadt Phnom Pan und der direkt an der Grenze gelegenen Siedlung Phnom Chat. Die thailändische Luftwaffe flog vor zwei Tagen Angriffe auf das Gebiet nördlich der thailändischen Grenzstadt Aranyaprathet.

Thailands Außenminister Siddhi Sawetsila verurteilte die jüngsten Panzer- und Artillerieattacken der Vietnamesen als „Mord am kambodschanischen Volk". Die Opfer sind fast ausschließlich Zivilisten – Menschen, die in den primitiven Hüttenlagern der verschiedenen Widerstandsgruppen Schutz vor Krieg, Hunger und den vietnamesischen Invasoren suchten.

Die Bilder von Tod und Terror, Blut und Tränen, Kindern, die nach ihren Müttern schreien, verhärmten Gestalten, die apathisch auf dem Boden hocken, sind in das Grenzgebiet zurückgekehrt. Hanoi will offensichtlich den Krieg in Kambodscha mit allen Mitteln gewinnen. Monatelang haben Hanois Strategen und deren Freunde im Kreml diese Offensive vorbereitet. Fronttruppen wurden verstärkt, mit Massen schweren Materials wie Panzern und Artillerie versorgt. Der Generalsekretär des thailändischen Sicherheitsrats, Prasong Soonsiri, gab bekannt, Moskau habe seine Waffenhilfe für Kambodscha seit 1981 nahezu vervierfacht.

Daß die Offensive nicht eher begann, erklären Beobachter mit der Konferenz der Asean- und EG-Außenminister, die Ende März in Bangkok stattfand, und dem anschließenden Besuch des französischen Außenministers, Cheysson, in Hanoi. Die Asean-EG-Konferenz brachte statt dem von Hanoi vielleicht erhofften Einschwenken auf seine Verhandlungsposition das Gegenteil. Die Asean- und EG-Minister beharrten auf dem vollständigen Abzug aller vietnamesischen Truppen als Voraussetzung für eine dauerhafte politische Lösung des Kambodscha-Konflikts. Dann brachte Cheysson statt der erwarteten Wirtschaftshilfe nur eine Nahrungsmittelspende.

Die Offensive begann. Die Fünfte Division der vietnamesischen Streitkräfte entlud ein intensives Panzer- und Artilleriebombardement auf die gut verschanzten Dschungelbasen, einige Einheiten versuchten gar, noch eine Westfront zu errichten. Sie drangen bis auf thailändischen Boden vor, wurden aber in schweren Kämpfen von Thai-Truppen zurückgeschlagen. Fünf Soldaten fielen, elf wurden verwundet. 20 000 Kambodschaner flohen nach Thailand. In einer gemeinsamen Erklärung verurteilten Minister der Asean-Staaten diese vietnamesischen Angriffe auf zivile Lager der Kambodschaner als „barbarisch und kriminell" und appellierten an die internationale Gemeinschaft, mit Sofortspenden zu helfen.

Washington hat gegen die Angriffe der Vietnamesen protestiert. Was aber nutzen verbale Proteste, wenn Hanoi genau weiß, daß ihnen die Kraft einer realen Abschrekkung fehlt?

Unbeeindruckt weitete Hanoi das Kriegsgeschehen aus und überrannte auch das Hauptquartier der Widerstandsgruppe des ehemaligen kambodschanischen Staatschefs Sihanouk im Nordosten des Grenzgebiets. Mit intensivem Artillerie- und vermutlich auch Panzerbeschuß setzten vietnamesische Truppen das riesige Lager in Brand und trieben 30 000 Menschen erneut in die Flucht. Die Hälfte von ihnen war erst vor wenigen Wochen hier angesiedelt worden.

In Frankreich breitet sich ein Klima der Ungewißheiten aus

Das Sparprogramm überzeugt weder Unternehmer noch Gewerkschaften

A. GRAF KAGENECK, Paris

Frankreichs Premierminister Pierre Mauroy steht am heutigen Mittwoch eine der bisher schwersten Prüfungen seiner knapp zweijährigen Amtszeit bevor. Zum dritten Mal in seiner bewegten Karriere muß der breitschultrige Lehrersohn aus dem Norden eine Regierungserklärung vor der neu zusammengetretenen Nationalversammlung abgeben. Aber diesmal wird es heißer hergehen als je zuvor. Mauroy – vor 12 Tagen zum dritten Mal an die Spitze der Regierung berufen – muß eine Politik verteidigen, die schlechterdings von niemandem im Lande, nicht einmal von seinen eigenen Parteigängern gebilligt wird und einer Bankrotterklärung des Sozialismus gleichkommt. Das neueste Sparprogramm ist so unpopulär, daß die Opposition es nicht einmal für nötig befunden hat, einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung zu stellen.

Die Osterpause hat der Premierminister dazu benutzt, sich die Klagen der Sozialpartner anzuhören. Nacheinander empfing er die Vertreter des Unternehmerverbands, die „kleinen Patrons", die Organisation der höheren Angestellten (Mader) und die Arbeitergewerkschaften. Das Klima der Gespräche war eisig.

Hier saß also der Mann, der vor vier Wochen im Fernsehen erklärt hatte, daß das Schwerste hinter dem Lande liege, und der nun einen Austerity-Plan zur Anwendung bringen muß (den zweiten in acht Monaten), der seinesgleichen in der westlichen Welt sucht, der außerdem ohne sein Zutun gemacht wurde und diejenigen am härtesten trifft, die 1981 durch ihre Abkehr von Giscard den Sieg der Sozialisten ermöglichten.

Wie weiland der Schmied Winkelried in der Schlacht von Sempach, der seinen Eidgenossen eine Gasse brach, indem er die Speere der österreichischen Ritter in seine Brust aufnahm, wird sich Pierre Mauroy heute nachmittag in der Nationalversammlung für seinen Chef Mitterrand in die Bresche werfen müssen.

Am deutlichsten unter seinen Gesprächspartnern wurde Bernard Bernasconi, der Chef der sogenannten kleinen Patrons, der Kaufleute, Handelsunternehmer, Handwerker, Klein-Industriellen, eines Haufens von drei Millionen Arbeitgebern, deren Betriebe bis zu 200 Angestellte und Arbeiter umfassen. Bernasconi ist für seine offene Sprache bekannt. Auch bürgerliche Präsidenten und Minister lernten vor ihm das Fürchten. Diesmal nahm er kein Blatt vor den Mund. „Ein Klima der Unsicherheit breitet sich aus", warnte er von der Treppe des Matignon herunter. „Es kann zu Zornausbrüchen führen, die keiner mehr kontrollieren kann." Die Händler seien wütend über die Anschuldigungen des Wirtschaftsministers Delors, die Preisdisziplin gebrochen und damit die Inflationsspirale wieder in Gang gesetzt zu haben. Wer sei denn wirklich der Preisbrecher im Lande, der Staat, der mit Wirkung vom 1. April sämtliche öffentlichen Tarife um acht Prozent erhöht und Sondersteuern erhoben habe, oder die Händler, die seit Monaten ihre Margen nicht hätten steigen sehen?

Bernasconi kündigte als unausweichliche Folge Massenentlassungen in den Betrieben an, eine Warnung, die vor ihm schon der Präsident des Unternehmerverbandes, Gattaz, ausgesprochen hatte. Selbst in der Sozialistischen Partei wird eine Erhöhung der Arbeitslosenzahl (zur Zeit etwas über zwei Millionen) als eine der Folgen des neuen Sparprogramms angesehen.

Ein anderer Vorwurf der Unternehmer: Die vom Wirtschaftsminister versprochene und vom Staatspräsidenten feierlich bekräftigte Zurücknahme der Sozialabgaben der Unternehmer läßt seit Jahresanfang auf sich warten. Unter der Last dieser von den Sozialisten unverhältnismäßig erhöhten Sozialleistungen brechen immer mehr kleine und mittlere Betriebe zusammen. Selbst der Gewerkschaftsführer Edmond Maire von der sozialistischen CFDT empfiehlt eine „Pause" in den Sozialreformen.

Nur die kommunistische CGT billigt das Sparprogramm bisher, verlangt aber eine Verlagerung der Lasten, insbesondere der Sondersteuer für die Sanierung der Sozialversicherung und der Zwangsabgabe zur Modernisierung der Industrie, auf die höheren Einkommen.

Offenbar hat Premierminister Mauroy bei seinen Gesprächspartnern ein Argument vorgebracht, das er heute auf der Bühne der Nationalversammlung enthüllen will: Das sozialistische Experiment in Frankreich kann nicht gelingen, wenn es sich in einem feindlichen kapitalistischen Umfeld, charakterisiert vor allem von der Bundesrepublik und ihrer „forciert deflationären Politik", entfalten muß. Zumindest bei den Unternehmern, aber auch bei der gemäßigten Gewerkschaft FO ist er aber damit dem Vernehmen nach nicht angekommen. Hier wurde ihm entgegengestellt, daß nur eine Rückkehr zur gewinnorientierten freien unternehmerischen Initiative die Lage wiederherstellen kann.

Mit Todesstrafen will Guatemala des Terrors im Lande Herr werden

Die Sondergerichte des Rios Montt / Wird auch ein Amerikaner demnächst hingerichtet?

WALTER H. RUEB, Guatemala

Guatemalas Regierung hat sich damit einverstanden erklärt, daß der englische Lord Colville Viscount of Culroes als Sonderbeauftragter der UNO die Menschenrechts-Situation in dem mittelamerikanischen Land untersucht. Der guatemaltekische Beobachter in der UNO-Menschenrechts-Kommission, Arturo Fajardo Maldonado, begrüßte die Ernennung des Engländers, und Guatemalas Außenminister Eduardo Castillo Arriola sagte mit Nachdruck: „Wir haben nichts zu verbergen."

Angesichts nicht abreißender Meldungen über Menschenrechtsverletzungen und Massakern an den indianischen Ureinwohnern des Landes eine überraschende Entscheidung. Präsident Rios Montt aber begrüßte die Entsendung eines UNO-Beobachters gleichfalls: „Eine Gelegenheit für Guatemala, der kommunistischen Desinformation entgegenzutreten."

Das Regime Montt hat weder Angst noch Skrupel vor Nachforschungen der UNO-Kommission über die Hinrichtungen von zehn Personen in den vergangenen sechs Monaten. „Guatemalas Gerichte werden weiterhin unnachgiebig gegen diejenigen vorgehen, die die Gesetze mißachten", sagte Innenminister Ricardo Mendez Ruiz. „Wem Entführung, gefährliche Brandstiftung, Terrorismus, Piraterie, Völkermord, Attentate gegen die Unabhängigkeit des Staates oder Verrat nachgewiesen wird, dem droht die Todesstrafe."

Auf dem Weg zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung läßt sich Guatemalas Regierung auch von internationalen Protesten nicht beirren – selbst wenn sie aus dem Vatikan kommen. Doch jetzt hat die Regierung Guatemalas ihren Vatikan-Botschafter nach 16jähriger Amtszeit entlassen. Offiziell wird die Entlassung mit dem hohen Alter von Botschafter Luis Valladares Aycineia begründet. Im Außenministerium in Guatemala aber wird zugegeben, daß die Entlassung in direktem Zusammenhang mit dem nicht sofort weitergeleiteten Gnadenappell von Papst Johannes Paul II. für sechs zum Tod verurteilte Guerrilleros steht.

Angesichts des noch immer andauernden Bürgerkrieges hält man in Guatemala die Todesstrafe für ein unabdingbares Mittel, um der Gesetzlosigkeit Herr zu werden. Für die Zweifel von Justiz und Gesellschaft an der Rechtmäßigkeit von Todesstrafen und Hinrichtungen aber zeigt man in der Regierung Montt wenig Verständnis und schon gar kein Entgegenkommen. Beweis: Am 18. März wurden fünf weitere Männer, darunter zwei ehemalige Armeeangehörige, wegen Entführung, Raub, Vergewaltigung und Mord zum Tod verurteilt.

Am 17. September wurden erstmals nach der Machtübernahme des Generals am 23. März 1982 vier Todesurteile vollstreckt, wenige Tage vor dem Besuch von Papst Johannes Paul II. im März wurden sechs Männer hingerichtet.

Sie alle waren von „Sondergerichten" verurteilt worden. Diese waren von der Regierung Montt eingerichtet und mit allen Vollmachten ausgestattet worden. Sie unterstehen direkt dem Verteidigungsministerium. Die Namen der Richter sowie der Verteidiger werden aus Sicherheitsgründen geheimgehalten. Die Hinrichtung der sechs jungen Männer Anfang März war nach Berufungen und Rechtsbeschwerden zweimal aufgeschoben worden. Ursprünglich sollte die Vollstreckung des Urteils am 2. Februar stattfinden.

Vor der Hinrichtung wurde in Guatemala heftig und öffentlich über Für und Wider der Todesstrafe polemisiert. Die Kritiker wiesen darauf hin, daß durch die Todesstrafe ein Menschenrecht, nämlich das Recht auf Leben, mißachtet werde. Zu den Gegnern der Todesstrafe gehört auch die katholische Kirche. Die Anhänger der Todesstrafe sind zwar in der Minderheit, ihre Argumente aber sind nicht minderwertiger als die ihrer Gegner. Gonzalo Asturias, Sprecher des Präsidenten, hält die Todesstrafe für ein Mittel, „um den Frieden der Bürger zu garantieren und der Gewalt ein Ende zu bereiten".

Neue weltweite Proteste gegen das Regime von Montt wegen der Vollstreckung von Todesurteilen sind bereits programmiert: Der Fall des US-Bürgers Michael Glenn Ernest und der Spanierin Magdalena Monteverde Ascanio steht vor der Entscheidung. Dem Paar wird von den Behörden vorgeworfen, im Westen des Landes als Guerrilleros einen Gutsverwalter ermordet zu haben.

Für die Verbrechen des Amerikaners und der Spanierin gibt es zahlreiche Zeugen. Damit steht für die Guatemalteken auch das Urteil bereits fest: Todesstrafe mit anschließender Exekution. Die Verteidigung des Amerikaners aber behauptet, er habe sich zu dem fraglichen Zeitpunkt überhaupt nicht im Lande aufgehalten.

Wie die Sache ausgeht, ist ungewiß. Sicher ist, daß es zwischen dem neuen und dem Fall von März erhebliche Unterschiede gibt: Hier setzen sich bekannte Verteidiger mit Vehemenz für ihre Mandanten ein, deren Familien sind unterrichtet und werden als Besucher im Gefängnis vorgelassen. Die sechs Anfang März Hingerichteten aber durften bis zuletzt keine Besuche empfangen und wurden lediglich von bisher nicht bekannten offiziellen Verteidigern vertreten.

Die Regierung aber will auch im vorliegenden Fall hart bleiben. Innenminister Ricardo Mendez Ruiz ließ darüber keinen Zweifel aufkommen: „Wenn die Angeklagten schuldig sind, werden sie erschossen." Ein Mitglied der deutschen Botschaft in Guatemala aber sagte: „Dieser Fall wird zur Feuerprobe für die Regierung und ihre Gerichte."

SPD schickt keine Politiker nach Ost-Berlin

hrk. Berlin

Die SPD hängt die Teilnahme an der am kommenden Montag in Ost-Berlin beginnenden internationalen Marxismus-Konferenz bewußt niedrig und läßt sich nicht durch Politiker vertreten. Der Parteivorstand schickt den Direktor des Marx-Hauses in Trier, Hans Pelger (Historische Kommission der SPD), und Wilhelm Bruns (Friedrich-Ebert-Stiftung) nach Ost-Berlin.

Wie die WELT berichtete, hatte SED-Generalsekretär Erich Honecker im Februar an den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt geschrieben und eine SPD-Delegation in den „Palast der Republik" eingeladen. Ein SPD-Sprecher begründete gestern die Zusammensetzung der Abordnung mit dem von der SED selbst genannten Charakter einer wissenschaftlichen Konferenz.

Bei der SED bestand die Hoffnung, daß die Sozialdemokraten mit einer hochkarätigen Gruppe nach Ost-Berlin kommen würde, zu der zumindest Egon Bahr als SPD-Experte für innerdeutsche Fragen zählte. Fraglich erscheint auch, ob sich die Hoffnung der SED auf den ersten „DDR"-Besuch von KPdSU-Generalsekretär Jurij Andropow anläßlich der Konferenz erfüllt. Von den Parteiführern der französischen und italienischen Kommunisten, George Marchais und Enrico Berlinguer, scheinen Zusagen vorzuliegen. Die Konferenz dauert vom 11. bis 15. April und wird von der „DDR" mit erheblichem propagandistischen Aufwand begangen. Die Teilnehmer aus etwa 120 Staaten wohnen im Interhotel „Palast". Vermutlich gibt Honecker für sie einen Staatsempfang.

Somalia: Äthiopien plant Invasion

AP, Washington

Somalia hat das Nachbarland Äthiopien beschuldigt, mit sowjetischer und kubanischer Hilfe eine großangelegte Invasion vorzubereiten. Botschafter Mohammud Hadschi Nur sagte vor der Presse in Washington, Äthiopien konzentriere gegenwärtig die Hälfte seiner 300 000 Soldaten im Ogaden an der somalischen Grenze. Die andere Hälfte werde in Eritrea und anderen Gebieten zur Unterdrükkung der Befreiungsbewegungen eingesetzt.

Der Botschafter forderte die USA zu sofortiger Militär- und Wirtschaftshilfe auf. Die Sowjetunion habe Äthiopien Waffen im Wert von drei Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt. Dazu kämen etwa 20 000 kubanische Soldaten zur Unterstützung des Heeres und der Luftwaffe. Gegen diese Bedrohung benötige Somalia eine glaubwürdige Verteidigung.

Großdemonstration in Berlin geplant

dpa, Brüssel

Die „Friedensbewegung" will in einer Großkundgebung vom 9. bis 14. Mai in West-Berlin die Frage diskutieren, wie sie die geplante Stationierung von US-Raketen Pershing 2 und Cruise Missiles in Westeuropa verhindern kann. Dies geht aus einer Einladung zu einer Pressekonferenz hervor, die die deutsche Friedensbewegung am Sitz der NATO in Brüssel am 6. Mai über das Berliner Treffen abhalten will.

Nur im Notfall allein ins Krankenhaus

pje. Bonn

Krankenhäuser dürfen Patienten ohne kassenärztliche Überweisung nur im Notfall aufnehmen, entschied jetzt das Sozialgericht Würzburg in zwei Urteilen. Danach ist grundsätzlich die Selbsteinweisung von Patienten nicht zulässig, es sei denn, ein Notfall verlange sofortige ärztliche Hilfe und die Einweisung durch einen Kassenarzt sei dem Versicherten aus zeitlichen Gründen nicht zuzumuten. In allen anderen Fällen einer Selbsteinweisung trägt der Versicherte die Behandlungskosten (Az.: S6/Kr 60/82 bzw. S6/Kr 79/82).

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ausweg aus der Krise

Die Grundbelastung von Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist in den letzten Jahren stetig gestiegen, insbesondere durch Steuern und Soziallasten. Der Spielraum für die Erfüllung von Wünschen und für Investitionen ist so klein geworden, daß die produzierten Waren nicht mehr voll abgesetzt werden. Daher haben wir heute Arbeitslose! Jeder weitere Arbeitslose verstärkt diesen Effekt.

Um aus dem augenblicklichen Dilemma herauszukommen, sehe ich drei Möglichkeiten: Entweder man schränkt sich ein, oder man arbeitet mehr, oder, um schnell zum Erfolg zu kommen, man tut beides zur gleichen Zeit.

Wie könnte dieses Problem sinnvoll gelöst werden? Die Tarifpartner würden in den neuen Verträgen keine Anhebung der Tarife oder sonstige Belastungen für den Unternehmer, sondern eine Erhöhung der tariflichen Arbeitszeit um beispielsweise zwei Stunden pro Woche vereinbaren. Die Regierung würde als Gegenleistung auf die hierfür anfallenden Steuern und Sozialabgaben verzichten, so daß die zwei Stunden brutto für netto ausgezahlt werden. Das entspräche auf den Nettolohn bezogen einer Erhöhung von mindestens 8,4 Prozent, d. h. 5 Prozent für die Mehrarbeit und 3,4 Prozent für ersparte Steuern und Sozialabgaben. Diese zwei Stunden blieben bei der Berechnung Ihrer Rente, eines evtl. Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeldes, der Lohnfortzahlung, des Urlaubsentgelts und Urlaubsgeldes unberücksichtigt.

Von Ausnahmen abgesehen (z. B. bei wesentlicher Verteuerung des Rohmaterials), wäre keine Begründung für eine Preiserhöhung gegeben und dennoch auch Spielraum für die Erhöhung des stark reduzierten Eigenkapitals der Unternehmen geschaffen.

Auch der Staat ginge bei dieser Lösung nicht leer aus. Er würde durch die zusätzliche Mehrwertsteuer und durchschnittlich 50 Prozent Einkommensteuer auf die zusätzlichen Erlöse der Firmen mindestens doppelt so hohe Steuereinnahmen erzielen wie bei einer inflationär wirkenden vierprozentigen Lohnerhöhung. Zwei Stunden Mehrarbeit pro Woche gemäß meinem Vorschlag würden einen kräftigen Schub Richtung Stabilität auslösen, falls – was ich voraussetze – die Geldmenge nur im Rahmen der höheren Leistung vermehrt würde.

Nach diesem Vorschlag wäre, ohne die Inflationsrate anzuheizen, eine beachtliche Steigerung des Reallohnes möglich, wohingegen eine normale Lohnerhöhung von z. B. 3 Prozent den Reallohn nicht einmal absichert (3 Prozent ⁄ mindestens 1,2 für Steuern und Sozialabgaben = 1,8 Prozent). Selbst wenn die augenblickliche Inflationsrate von 3,5 Prozent durch die Lohnerhöhung nicht steigen sollte, bliebe immer noch ein Minus von 1,7 Prozent.

Weiterhin blieben nach diesem Vorschlag die Lohn- und Soziallasten konstant. Die Mehrleistung vergrößerte den Spielraum des Arbeitnehmers für die Erfüllung von Wünschen sowie der Unternehmen und der Regierung für Investitionen. Die erhöhte Kaufkraft führte kurzfristig zur Auslastung der Kapazitäten und sodann zur Verringerung von Arbeitslosen.

Nur wenn Arbeitnehmer, Gewerkschaften, Arbeitgeber und Regierung in Solidarität gemeinsam das Richtige wollen, können Arbeitslose wieder Arbeit bekommen.

Aloys Zeppenfeld, 5960 Olpe / Biggesee

Verdi im Original

„Giuseppe Verdi auf Pu[illegible] Komma gebracht"; WELT vom 15. Feb[illegible]

Sehr geehrte Damen und Herren,

natürlich sind Journalisten oft in Eile, aber auch dann sollte die Hauptsache nicht untergehen wie bei der Rezension der Rigoletto-Premiere in Wien. Riccardo Muti hat weder etwas gesäubert noch etwas gestrichen. Er hat vielmehr Note für Note die Rigoletto-Partitur der neuen kritischen Verdi-Ausgabe dirigiert, von der künftig jedes Jahr ein weiterer der insgesamt vorgesehenen 30 Bände erscheinen wird.

Das Gesamtunternehmen steht unter der Leitung eines internationalen Herausgebergremiums von führenden Verdi-Forschern. Die Partituren und der kritische Apparat werden von der Chicago University Press veröffentlicht. Das Verlagshaus Ricordi steuert das revidierte Aufführungsmaterial bei. Für den Rigoletto als richtungsweisenden ersten Band zeichnet Martin Chusid, Professor an der New York University und Präsident der amerikanischen Verdi-Gesellschaft, verantwortlich.

Man wird Verdi künftig wohl ebensowenig nach alten Ausgaben aufführen können wie heute Bruckners Sinfonien nach den Bearbeitungen Ferdinand Löwes und der Gebrüder Schalk.

Prof. Dr. Ursula Günther, Universität Göttingen

Bankrottländer

„Ursprünge und Heilung der internationalen Bankkrise"; WELT vom 3. März

Sehr geehrte Herren,

mit der Empfehlung Salomons, wonach die Privatwirtschaft aus eigener Kraft die Bankkrise bereinigen möge, bin ich gar nicht einverstanden!

Tatsache ist, daß die bisherigen Bankrottländer (einstweilen etwa Mexiko und Brasilien – weitere kommen demnächst hinzu) garantiert nicht aufgrund von freien privatwirtschaftlichen Beschlüssen ihren Offenbarungseid geleistet haben, sondern aufgrund von souveränen Regierungsdekreten, über die Köpfe der Privatwirtschaftler hinweg!

Um nun hier die völlig verfahrene Lage mit der Zeit vernünftig meistern zu können, müßten sich meines Erachtens die Regierungen der Gläubigerländer mit den Regierungen der Bankrottländer unverzüglich ins Benehmen setzen, um im Wege von streng bilateralen Staatsverträgen grundsätzliche Einigungen mindestens in den folgenden Bereichen zu erzielen:

Moratorium für die von den Bankrottländern selbsttätig eingefrorenen Ausländerforderungen. Aber dann: Während des Moratoriums müssen sanft ruhen alle weiteren Kreditgewährungen (Waren- wie Bankkredite) an das bankrotte Land und natürlich auch alle Garantieleistungen der Hermes-Exportkredit-Versicherungs-Gesellschaft!

Sicherungs-Beschlagnahme der Forderungen des Bankrottlandes im Gläubigerland, wie folgt: (a) Alle Gelder aus den Importerlösen des Gläubigerlandes aufgrund der Importe aus dem Bankrottland müssen auf ein zentrales Clearingkonto bei einer Treuhandbank (einer größeren Geschäftsbank) eingezahlt werden. Gleichzeitig müssen (b) bei derselben Treuhandbank die Forderungen der Inlandsgläubiger gegen das Bankrottland fristgerecht angemeldet werden, wie bei einem Konkursverwalter bei einem Konkursverfahren. Alsdann könnte die besagte Treuhandbank (c) gelegentlich Teilzahlungen leisten an die bei ihr ordnungsgemäß gemeldeten Gläubiger, zu Lasten des besagten Clearingkontos.

Je nach dem relativen Verschuldungsgrad des Bankrottlandes sollten neue deutsche Exporte dorthin entweder völlig gestoppt oder stark rationiert (unter ein Export-Lizenzsystem gestellt) werden. Erst nach erfolgreicher „Abkassierung" deutscher Altforderungen auf die vorstehende Weise sollte die eventuelle Möglichkeit der Gewährung von neuen Krediten (Waren- wie Bankkredite) an das Bankrottland in eventuelle wohlwollende Erwägung gezogen werden.

F. Stolp, Bankkaufmann, München

Doppelstimme

Nach den letzten Landtagswahlen dürfte es offenkundig sein, daß es bei den Bundestagswahlen die Doppelstimme ist, welche klare Parteien- und Machtverhältnisse verhindert.

Es ist verwunderlich, daß überhaupt Erststimmen für kleine Parteien abgegeben wurden, sie verpuffen wirkungslos. Sogar in jedem Wahlbezirk, in dem erfahrungsgemäß eine Großpartei übermächtig ist, braucht man den Kandidaten einer anderen Partei gar nicht mit der Erststimme zu wählen, diese Stimme ist mindestens hinterher verloren.

Dagegen schlägt jede Zweitstimme voll durch, wenn die Fünf-Prozent-Hürde übersprungen werden kann, weil sie die Zahl der Sitze festlegt. Man sollte die Zweitstimme an die erste Stelle setzen.

Die Hälfte aller Abgeordneten wird dann mit dieser Stimme direkt gewählt, wie bisher mit der Erststimme, die andere nach dem d'Hondt'schen Verhältniswahlverfahren.

Hätten wir danach am 6. März gewählt, hätten CDU/CSU 320, SPD 176 von den 496 Sitzen. Jedenfalls wäre der Wählerwille eindeutig zu Tage getreten, nicht verschwommen und unklar. Das Mehrparteiensystem wäre gewahrt, nur die Fünf-Prozent-Hürde muß überwunden werden.

Max Marwan, Bad Oeynhausen

Wort des Tages

„Es gibt nichts Wunde[illegible] bareres, was die W[illegible] heit des Schöpfer[illegible] den Verständige[illegible] ler bezeugt, als [illegible] wegung der Planeten.

Johannes Kepler, (1571–1630)

Personalien

JUBILÄUM

Ein Jubiläum ungewöhnlicher Art feiert am Mittwoch **Helmut Haeusgen**, Aufsichtsratsvorsitzender der Dresdner Bank AG: Seit fünfzig Jahren gehört er der Firma an. Der Jubilar, 1916 in Alexandria geboren, war als langjähriges Vorstandsmitglied in erster Linie für das Auslandsgeschäft der Dresdner Bank verantwortlich und übernahm nach der Ermordung von **Jürgen Ponto** das Amt des Vorstandssprechers. 1978 übergab er dieses Amt an Dr. **Hans Friederichs** und wechselte in den Aufsichtsrat seiner Bank, dessen Vorsitz er seitdem innehat.

GEBURTSTAGE

Am 6. April wird Dr. Ing. Dr. Ing. E. H. **Ulrich Haier**, seit 1968 Mitglied des Vorstands der Siemens AG, Berlin und München, und seit 1981 Leiter des Unternehmensbereichs Bauelemente, 60 Jahre alt. Der aus *Eßlingen (Neckar)* stammende Jubilar studierte Elektrotechnik an der TH Stuttgart, unter anderem setzte er die Entwicklung der Prozeßrechner der Serie 300 durch und erreichte damit die weltweite Marktposi[illegible] mens auf diesem Ge[illegible]

*

Oswalt von Nostiz [illegible] der des Bundesvert[illegible] scher Autoren, vollen[illegible] Lebensjahr. In Dresd[illegible] und in Salem erzog[illegible] Nostiz nach Jahren i[illegible] gen Dienst sich beso[illegible] Namen als Übersetze[illegible] **Saint-Exupéry**, **Grah**[illegible] und **Italo Calvino** – [illegible] ausgeber des Briefwec[illegible] Mutter mit **Hofmann**[illegible] und **Rilke** (1976) gem[illegible]

eta ENERGIE

Hier kommt die alternative Art, BMW zu fahren.

eta-Energie: Die zweite Kraft für die Freude am Fahren.

<u>Für überzeugte BMW Fahrer haben wir eine ganze Reihe idealer Automobile. Jetzt haben wir auch eins für überzeugte Fahrer anderer Marken: Der neue 525e mit eta-Konzept.</u>
BMW präsentiert eine alternative Art, BMW zu fahren – und zugleich eine Energiespar-Technik mit neuer Logik: der neue BMW 525e mit eta-Konzept. »eta« steht in der Physik für den Wirkungsgrad, und »e« beschreibt bei BMW Automobile mit wirkungsgrad-optimiertem Triebwerk.
Ein neuer Typ Ottomotor, der eine ganz eigenständige Leistungs-Charakteristik hat und dabei eine Effektivität entwickelt, die der eines Dieselmotors nahekommt.

Die beste Voraussetzung also für Fahrer-Persönlichkeiten mit einem Fahrstil, der von aktiver Gelassenheit gekennzeichnet ist.

<u>BMW 525e: Jetzt kann man Wirtschaftlichkeit aus dem vollen schöpfen.</u>
Das eta-Konzept bei BMW verwirklicht mit neuer Logik einen großen Schritt zu kleinen Werten.
BMW 525e – das bedeutet:
hohe Wirtschaftlichkeit nicht mehr durch eher kleinen, sondern durch großen Hubraum und außerordentlich hohes Drehmoment bereits bei sehr niedrigen Drehzahlen.
Die entscheidenden Vorteile des neukonzipierten Triebwerks:

<u>eta-Energie: Die neue ökonomische Kraft für ein eigenständiges Fahrerlebnis.</u>
Anders als bei den klassischen BMW Einspritz-Triebwerken mit ihrer außerordentlichen, turbinenhaften Drehfähigkeit bis in höchste Drehzahlen und Geschwindigkeitsbereiche wurde der 525e auf hohe Leistung und höchstes Drehmoment bereits im Bereich niedriger und mittlerer Drehzahlen ausgelegt.
Der 525e besitzt hier in seiner Fahrzeug- und Leistungsklasse einmaliges Durchzugsvermögen.
Das überaus bullige Drehmoment in praktisch allen gängigen Fahrsituationen des unteren und mittleren Geschwindigkeitsbereichs verleiht ihm eine unvergleichliche Elastizität und damit eine ganz spezielle Fahrcharakteristik.
Das führt zu einer neuen Form ebenso zügiger wie komfortabler, aber immer äußerst ökonomischer Vorwärtsbewegung.

– konsequent gesteigerter Wirkungsgrad der Triebwerks-Mechanik und der Gasführung und -verbrennung.
– Digitale Motor-Elektronik zur Steuerung und Regelung der Triebwerks-Funktionen: Computergenaue Einspritzmengen zum jeweils optimalen Zündzeitpunkt sowie die Gemischzusammensetzung werden für jede spezifische Fahrsituation vorgegeben.
Ein spezielles Warmlauf-Programm, eine einzigartige Kaltstartsteuerung, eine Leerlauf-Regelung für eine sehr geringe Drehzahl und die Schubabschaltung sind integriert.
Das eta-Konzept ist der Beweis, daß großvolumige 6-Zylinder-Motoren durch fortschrittlichste Motor- und Getriebe-Technologien sogar deutlich günstigere Verbrauchswerte bieten können als viele leistungsschwächere 4-Zylinder-Motoren mit viel kleinerem Hubraum.
Das eta-Konzept bei BMW ist aber mehr als nur ein neues Triebwerks-Konzept.

Es beschreibt auch die optimale Abstimmung der Triebwerks-Charakteristik auf das Getriebe und umgekehrt.
Das betrifft sowohl das serienmäßige 5-Gang-Getriebe als auch ganz besonders die auf Wunsch lieferbare 4-Gang-Automatic mit Wandlerüberbrückungs-Kupplung – beide mit Schongang-Charakteristik.

525e	5-Gang-Getriebe	4-Gang-Automatic
Höchstgeschwindigkeit km/h	185	180
Beschleunigung 0-100 km/h s	10,7	12,3
Verbrauch nach DIN 70030 l Super /100 km.		
bei 90 km/h	5,9	5,9
bei 120 km/h	7,6	7,5
Stadtverkehr	11,4	11.5

<u>Für überzeugte Fahrer von Automatic-Versionen gibt es jetzt in der gehobenen Mittelklasse eine einzigartige Synthese von Ökonomie, Leistung und Komfort: BMW 525e.</u>
Die Charakteristik des 525e mit seinem enormen Drehmoment bereits bei Leerlauf-Drehzahl liefert die ideale Voraussetzung für eine Automatic.
Sowohl im Hinblick auf Fahrkomfort als auch bei der Ökonomie:
Der 525e Automatic bietet eine für diese Klasse und Leistungsfähigkeit einzigartige Energie-Ökonomie.
Selbst Automatic-Fahrzeuge mit deutlich geringerer Leistung und mit »weltmeisterlicher« c_w-Wert-Karosserie haben erheblich höhere Verbrauchswerte.

<u>Die beste Alternative zu BMW ist die neue Alternative bei BMW.</u>
Machen Sie eine Probefahrt im 525e mit eta-Energie.
Der neue Weg, BMW zu fahren, ist grundsätzlich anders, aber nicht weniger faszinierend.

Der neue BMW 525e.
Kauf, Finanzierung, Leasing – Ihr BMW Händler ist immer der richtige Partner.



STAND PUNKT

Wer träumt, wird leicht ausgebremst

Wer in die Formel 1 aufsteigen will, um in der höchsten Motorsportklasse sein Geld zu verdienen, darf nicht nur davon träumen. Er muß gehörig etwas dafür tun. Er muß nicht nur schnell fahren, er muß auch frühzeitig die Weichen stellen, um aufzusteigen.

Zwei deutsche Rennfahrer, Stefan Bellof aus Gießen und Christian Danner aus München, gehören zu den Stars der Formel-2-Europameisterschaft. Zum Auftakt der Saison, vor zwei Wochen in Silverstone, wurde Danner Dritter, Bellof Vierter. Ein glänzender Start, der Blütenträume reifen ließ. „Doch am Ostermontag gab es ein Desaster", sagt Danner. Konkret: Bellof mußte seinen Maurer-Rennwagen mit technischem Defekt abstellen, Danner quälte sich erst als Dreizehnter ins Ziel. Fazit des Münchners: „Das Auto war unfahrbar. Meine Mechaniker entpuppten sich als hoffnungslose Idioten und wurden bereits rausgeschmissen."

Zurück zu den Träumen von der Formel 1: Bellof hatte Ende des letzten Jahres die Chance, zumindest einmal mit Ken Tyrrell, dem Eigner des gleichnamigen Formel-1-Teams, zu reden. Über seine motorsportliche Zukunft, über ein mögliches Engagement. Das Gespräch kam nicht zustande, weil Bellof erneut für die Aufsteigerklasse Formel 2 unterschrieb. Nebenher hat sich der Gießener noch bei Porsche für die Langstrecken-WM verdingt. Verzettelt sich da bereits wieder ein deutsches Talent, das international hochgelobt wird? Bellof sagt: „Über die Formel 1 mache ich mir jetzt noch gar keine Gedanken."

Danner scheint da ehrgeiziger. Nach drei Jahren Formel 2 will er sich schon in diesen Wochen dahinterklemmen und mit den Leuten im Formel-1-Geschäft reden. „Ich werde zu einigen Grand Prix gehen und Gespräche führen. Es ist langsam höchste Zeit." Wenn es nicht klappt, wird er wahrscheinlich künftig in Amerika Rennen fahren. Denn untertauchen in weniger attraktive Klassen, das mag er nicht. Dafür hat er bereits zu viel investiert, in jeder Hinsicht.

Zwei deutsche Rennfahrer träumen vom Grand Prix. Doch wer nur träumt, kann allzuleicht ausgebremst werden. KLAUS BLUME

FUSSBALL / Die Fortsetzung einer Pokal-Überraschung: Bundesliga-Trainer muß gehen – und eine bierselige Jubelfeier bei einem Zweitligaklub

Dortmund: Präsident beurlaubte Feldkamp – „Keine andere Wahl"

B. W. Dortmund

Gestern, es war 14.30 Uhr, eilte Karl-Heinz Feldkamp aus der Geschäftsstelle des Fußball-Bundesliga-Klubs Borussia Dortmund, sprang in seinen Wagen und fuhr kommentarlos davon. Seine Worte nach dem Pokaldebakel gegen Fortuna Köln hatten sich in einem Punkt, der ihn selbst betrifft, sehr schnell erfüllt. Feldkamp hatte gesagt: „Dieses 0:5 wird der Mannschaft, dem Trainer, dem gesamten Verein noch jahrelang nachlaufen." Der Trainer spürte dieses Nachlaufen gestern als erster: Feldkamp wurde mit sofortiger Wirkung aus seinem Vertrag, der bis zum 30. Juni 1984 läuft, beurlaubt. Sein Nachfolger ist bis zum Ende der laufenden Saison Assistenztrainer Helmut Witte.

Die Begründung des Vereins für diesen schnellen, aber nicht unerwarteten Schritt trägt den Inhalt, der aus den Erklärungen aller Vereine hervorgeht, die sich vorzeitig von ihren Trainern trennen (in dieser Saison ist Feldkamp schon die Nummer sechs): Es gäbe keine Grundlage vertrauensvoller Zusammenarbeit mehr, der Druck der Öffentlichkeit wachse, das angestrebte Ziel, den UEFA-Cup zu erreichen, sei mit Feldkamp ferner denn je.

Die Ablösung des Dortmunder Trainers schien ohnehin nur eine Frage der Zeit. Sein Verhältnis zu den Spielern war schon länger gestört. Rolf Rüßmann mußte nach der Bundesliga-Niederlage in Bremen 1500 Mark Strafe zahlen, weil er Feldkamp offen „taktische Mängel" vorgeworfen hatte. Seitdem kuschten die Spieler und redeten auch nicht mehr bei der Mannschaftsaufstellung mit. Aber sie bemühten sich wenigstens im eigenen Interesse, Feldkamp von Plänen abzubringen, von denen sie glaubten, sie würden Niederlagen begünstigen. Vor dem Spiel gegen Fortuna Köln bat eine Gruppe von Spielern den Trainer händeringend, das taktische Konzept, mit vier Angreifern (Eggeling, Keser, Burgsmüller, Abramczik) anzutreten, umzubauen. Feldkamp tat es nicht – seine Mannschaft wurde vom Zweitliga-Klub zeitweise geradezu klassisch ausgekontert...

Das alles läßt Dortmunds Vereinspräsident Jürgen Vogt jetzt sagen: „Ein ruhiges Arbeiten war für Herrn Feldkamp in Dortmund nicht mehr möglich." Vereinsfunktionäre und Spieler hatten ihrem Trainer schon vorher Führungsschwäche vorgeworfen. Nach dem 2:1-Heimsieg über Hertha BSC forderte der Präsident eine Analyse der mäßigen Leistungen. Feldkamp konterte: „Ich kann dem Vorstand ja Nachhilfe in Sachen Fußball geben", und wurde vom Präsidenten gekontert: „Wir waren bisher lediglich damit beschäftigt, dem Trainer die Fettnäpfchen aus dem Weg zu räumen."

Gestern morgen, vor einer dreistündigen Krisensitzung, die um 11.45 Uhr begann, hatte Vogt in einer Telefonaktion die wichtigsten Spieler um ihre Meinung zu Feldkamp gebeten – das Ergebnis läßt sich auch aus der Beurlaubung absehen. Vogt: „Nach dem Spiel in Köln gab es keine andere Wahl mehr."

Was nach der Übergangszeit mit Assistent Witte auf die Dortmunder zukommt, ist nur in Gerüchten zu erfassen. Schon heute soll ein Gespräch mit DFB-Trainer Dietrich Weise stattfinden, der mit Kaiserslautern noch keine Einigung erzielt hat. Die Spieler selbst bringen den Schweden Leif Eriksson ins Gespräch, der Göteborg zum Sieg im UEFA-Cup führte und zur Zeit mit Benfica Lissabon in Portugal an der Spitze steht. Und auch der Name des früheren Schalker Trainers Friedel Rausch taucht auf...



Auf der Ehrenrunde: Libero Kunze, Mittelstürmer Schatzschneider. FOTO: AP

Köln: Der Präsident griff zum Saxophon . . .

ULRICH DOST, Köln

Um Mitternacht hielt es Hans Löring, den sie in Köln nur Jean nennen, woraus dann ein „Schäng" wird, nicht mehr auf seinem Sitz. Er ging in seinem Lokal „Bacchus" auf ein kleines Podium, griff sich ein Saxophon und spielte sich die Freude von der Seele – frei improvisiert, aber auf Klang und Melodie kam es nun wirklich nicht mehr an. Den Ton hatten seine Spieler schon nachmittags angegeben, als sie im Halbfinale des deutschen Vereinspokals sensationell (dieser abgegriffene Ausdruck ist diesmal wirklich angebracht) Borussia Dortmund mit 5:0 (3:0) besiegten.

Nun also feierten Jean Löring und die Mannschaft den Erfolg so, wie es die große Fortuna-Familie immer tut: mit viel Herz und Gefühl. Wenn Mittelstürmer Dieter Schatzschneider, mit zwei Toren überragender Spieler, mal sein Bierglas und die Zigarette aus der Hand nahm, griff er sich Lörings Frau Käthchen, wagte sich auf die Tanzfläche und flirtete heftig mit ihr. Doch was machte das schon in dieser bierseligen Runde: Der Kölner Zweitligaklub feierte mit dem Erreichen des Pokalfinales (11. Juni in Köln) gegen den größeren Ortsrivalen 1. FC Köln einen der schönsten Erfolge seiner Vereinsgeschichte.

Wenn das in diesem Augenblick einem zu gönnen war, dann Präsident und Mäzen Jean Löring. Dieser erfolgreiche Geschäftsmann und Alleinunterhalter im Verein hat in seinem Fußballer-Leben schon so viel angepackt, was oft nicht zu Gold wurde. Alle zehn Jahre einmal eine große Überraschung – so liest sich die Erfolgsbilanz des Klubs aus der Kölner Südstadt. Fast genau vor zehn Jahren, durch den Aufstieg in die Bundesliga mit dem bekannteren 1. FC Köln auf einer Stufe, kam der Sturz schneller als erwartet: Nach nur einem Jahr wurden die Fortunen wieder auf Zweitligamaß zurechtgestutzt.

Seitdem kämpfen sie jahraus, jahrein um den Aufstieg. Vor jeder Saison gibt Löring dieses Ziel als Maxime aus, erreicht haben sie es nicht mehr. Es wird wohl niemand genau beziffern können, wieviel Löring („Über Geld rede ich grundsätzlich nicht") in dieser Zeit in den Klub gesteckt hat. Inzwischen verstärkt sich aber der Eindruck, daß Löring die Zweitklassigkeit immer mehr leid wird. Das bezieht sich nicht allein auf sein finanzielles Engagement. Er sagt: „Der Pokal ist schön und wichtig, aber wir müssen unbedingt aufsteigen."

„Vielleicht", so Trainer Martin Luppen, „geht jetzt noch einmal ein Ruck durch die Mannschaft, und wir schaffen doch den dritten Platz, um am Qualifikationsspiel teilzunehmen."

Der Aufstieg hat auch beim Trainer Vorrang, der Pokalerfolg bleibt nur ein schönes Momenterlebnis. Was er gefühlt habe, als der Sieg über den Bundesligaklub endgültig feststand, wurde Luppen gefragt. Seine Antwort: „Das war schon ein beglückendes Gefühl, schließlich haben der Trainer und die Mannschaft gemeinsam gewonnen. Die Spieler haben das, was sich der Trainer ausgedacht hat, in die Tat umgesetzt."

In keiner Phase des Spiels entstand dabei der Eindruck, der Zweitliga-Klub würde in seiner Leistung nachlassen. Während der zweiten Spielhälfte saß Bernd Cullmann, ehemaliger Nationalspieler des 1. FC Köln und somit im Pokalfinale Gegner des Lokalrivalen, hinter dem Tor der Fortunen. Immer wenn Libero Kunze den Ball zum Abstoß in die Hand nahm, hinlegte und Anlauf nahm, kam er in Cullmanns Nähe. Der beruhigte ihn immer wieder: „Bleib ruhig, Junge, die Dortmunder schießen kein Tor gegen euch. Eher schießt ihr noch eins."

Es war schon beeindruckend, welchen modernen Fußball die Kölner Fortuna spielte: geradlinig, schnell und gekonnt bei den Pässen, keine sinnlosen Zweikämpfe, kein Schnörkel, nur auf das eine Ziel hinarbeitend, den Ball möglichst schnell und ohne Umweg im Dortmunder Tor unterzubringen.

Auch konditionell hielt der Zweitliga-Klub mit Trainer Luppen: „Das liegt daran, daß ich keinen Assistenten habe und die Konditionsarbeit selber mache. Deshalb weiß ich genau, wie gut meine Spieler in Form sind." Und dieser Form tut es offensichtlich keinen Abbruch, daß Dieter Schatzschneider außerhalb des Spielfeldes kaum einmal ohne Zigaretten anzutreffen ist.

Europacup: „Fast unmöglich, in San Sebastian zu gewinnen"

dpa, Hamburg

Ausgerechnet vor den entscheidenden Wochen der Saison herrscht beim deutschen Fußballmeister Hamburger SV Nervosität und Hektik. Vor dem Wunschtraum vom Europapokal-Finale am 25. Mai in Athen gegen Juventus Turin steht der Alptraum eines Ausscheidens gegen Real San Sebastian. Die Spieler reisten gestern recht kleinlaut ins Baskenland zum Halbfinal-Hinspiel (heute, 20.30 Uhr, live im ersten Fernsehprogramm, ARD).

Einen Tag vor dem Spiel im mit 30 000 Zuschauern ausverkauften Atocha-Stadion war eine von den Spielern geforderte außerordentliche Mannschaftssitzung anberaumt. Denn in Spanien muß sich die Mannschaft wieder aus dem Tal spielen, um das größte Saisonziel zu erreichen: das Endspiel im Europa-Cup.

Felix Magath fordert deshalb: „Wir müssen alle Kräfte mobilisieren." Doch gerade die körperliche Verfassung schätzt der HSV-Spielmacher auch als das größte Problem ein. „An der Einstellung liegt es nicht. Uns fehlte zuletzt die Frische, da nützt das ganze spielerische Vermögen und technische Können nichts." Und: „Wir müssen so spielen wie bei unserem 3:0 in Kiew. Nicht lange den Ball halten, sondern entschlossen angreifen, wann immer sich die Möglichkeit dazu ergibt."

„Die Spanier spielen sehr hart und mit vielen versteckten Fouls", warnt Ditmar Jakobs. Für Uli Stielike (Real Madrid) ist der HSV trotzdem Favorit. HSV-Manager Günter Netzer meint indes: „Es ist fast unmöglich, in San Sebastian zu gewinnen." Seine Zielsetzung: „Hauptsache, wir verlieren in San Sebastian nicht."

Das sind die Halbfinal-Paarungen für heute:

Pokal der Landesmeister: Real Sociedad San Sebastian – Hamburger SV (20.30 Uhr), Juventus Turin – Widzew Lodz (20.30), Pokal der Pokalsieger: Austria Wien – Real Madrid (19.30), FC Aberdeen – FC Thor Waterschei (20.30), UEFA-Pokal: Bohemians Prag – RSC Anderlecht (17 Uhr), Benfica Lissabon – Universitatea Craiova (22 Uhr) – Die Rückspiele finden am 20. April statt.

SCHACH

Remis fast zwangsläufig

LUDEK PACHMAN, Bonn

Ein Sieg des sowjetischen Exweltmeisters Wassili Smyslow und fünf Unentschieden – das ist die Zwischenbilanz des Viertelfinalkampfes im Schach-Kandidatenturnier, in dem Robert Hübner langsam die Zeit wegläuft. Nach dem Remis in der sechsten Partie steht es 3,5:2,5 für Smyslow, der nur noch vier Unentschieden benötigt, um ins Halbfinale einzuziehen, in dem dann der Philipino Torre oder Ribli aus Ungarn sein Gegner wäre.

Die Notation der sechsten Partie (Smyslow weiß):

1.Sf3 Sf6, 2.c4 c5, 3.Sc3 Sc6, 4.g3 d5, 5.cxd5 Sxd5, 6.Lg2 Sc7, 7.0-0 ...

Warum nicht, wie in der für Smyslow erfolgreichen 4. Partie: 7.d3 e5, 8.Sd2 Ld7, 9.0-0 Le7, 10.Sc4? Vielleicht wollte Smyslow das Bauernopfer 10. ... 0-0!? nicht mehr riskieren.

7. ... e5, 8.Se1 ...

Mit dieser seltenen Fortsetzung wird Smyslow keinen Erfolg haben. Bessere Züge sind d3, b3 oder a3.

8. ... Le6,

Auch 8. ... Lg4 wäre eine gute Antwort. Falls dann 9. Sd3?, so natürlich Dxd3!

9.Sd3 ...

Nach 9.Lxc6+!? bxc6, 10.b3 wäre nicht nur die schwarze Bauernkette, sondern auch der weiße König geschwächt.

9. ... f6, 10.f4 e4!, 11.Sf2 exf4, 12.gxf4 Dd7, 13.d3 Td8, 14.Le3 Lb4!, 15.dxe4 Lxc4, 16.Dxd7+ Txd7, 17.Tfd1 Lxc3, 18.bxc3 Sd5, 19.Ld2 f5, 20.e4 ...

Danach geht der schwache Bauer f4 verloren, aber auch sonst wäre die Stellung minderwertig, zum Beispiel: 20.Lf3 0-0 nebst Te8, oder 20.Lh3 Lxe2, 21.Te1 Te7, 22. Lxf5 0-0 usw.

20. ... fxe4, 21.Sxe4 0-0, 22.f5 b6, 23.Lg5 Se5, 24.f6 ...

Es gab kaum etwas besseres, da 24. ... Le2 nebst Sf3+ drohte.

24. ... Sxf6, 25.Sxf6+ gxf6, 26.Txd7 Sxd7, 27.Lh6 Te8, 28.a4 Kf7, 29.a5 b5, 30.Td1 Se5, 31.Lf4 a6, 32.Lf3 ...

Für Hübner ist es jetzt technisch schwer, den Mehrbauern zu verwerten, da Smyslow über ein aktives Läuferpaar verfügt. Trotzdem bot zum Beispiel Te6 gute Gewinnchancen.

32. ... Kg6!?, 33.Td6 Kf5, 34.Lg3 Te3?

Auch jetzt noch käme Te6 in Betracht. Zum Beispiel: 35.Txe6 Kxe6, 36.Lf2 Sb3 usw. Nach Hübners Fortsetzung ist die Partie nicht mehr zu gewinnen.

35.Lf2 Txf3,

Das führt forciert zu einem Remis-Endspiel mit ungleichen Läufern, aber auch 35. ... Txc3, 36.Lxc5 Txf3, 37.Txa6 hätte nicht mehr zum Sieg gereicht.

36.Lxc5 Txc3, 37.Txf6+! Kxf6, 38.Ld4+ Kf5, 39.Lxc3 Ke4, 40.Kf2 Kd3, 41.Lb4 Le6, 42.Ke1 Lg4, 43.Ld6 Kc3, 44.Le5+ Kc2, 45.Ld6 Lf5, 46.Le7 Lg6, 47.Ld6 Lh5, 48.Le7 Kc3, 49.Lf6+ Kb4, 50.Ld8 Ka4, 51.Kd2 b4. – Remis.

GALOPP / Ein erfolgreicher Außenseiter

Curt Reich – Er verkaufte schon Pferde für eine Mark

K. GÖNTZSCHE, Baden-Baden

Der Mann paßt nicht ins Klischee eines Galopprennstallbesitzers. Curt Reich (39), in Brünn in der CSSR geboren, seit drei Jahren in Baden-Baden im Anwesen der Villa Carlotta ansässig, besitzt keinen Anzug und keine Krawatte. Zu Rennbahnbesuchen erscheint er grundsätzlich in dunkler Kluft mit breitkrempigem, pechschwarzem Hut. Am Osterwochenende hat sein Rennstall „Reich's British Art", in den er in den letzten Jahren fast eine Million Mark investierte, die ersten größeren Erfolge erzielt. Der Hengst My Rocky siegte im Dortmunder Flieger-Preis. Noch wichtiger war der Triumph Bertones im renommierten Kölner Frühjahrs-Ausgleich, einem mit 20 000 Mark für den Sieger dotierten Handikap-Rennen der höchsten Kategorie.

Seit dem 1. September 1982 hat Reich sein eigenes Reich auf der Iffezheimer Rennbahn, über 100 000 Mark haben die Pferde des „Robin Hood des Rennsports" (der Hut animierte zu dieser Bezeichnung) seitdem gewonnen. Reich hat in Heidelberg Theaterwissenschaft studiert, machte mit 17 Jahren sein Staatsexamen als Schauspieler und war in Heidelberg, Berlin, Baden-Baden, Aachen und Bern engagiert. Er spielte in zwanzig Fernsehfilmen mit, wurde mit 21 Jahren Sportsprecher beim Südwestfunk, gründete 1969 in Bonn die Studentendisco „Die Falle", betätigte sich als Repräsentant des Londoner Auktionshauses Christie's, heute verdient er sein Geld als Verleger moderner Grafik. Er entdeckte die englische Künstlerin Kathleen Caddick und ihren Kollegen Albert Belasco. Zehn Stunden am Tag widmet er seinem Rennstall.

Mit dem Turf-Geschäft hat er seine ganz speziellen Erfahrungen gemacht. Er kaufte für 20 000 Mark die Stute Federnelke, sie war geschlechtskrank. Für eine Mark wurde sie später abgegeben, der neue Besitzer ließ sie untersuchen, eine Zyste in der Scheide war die Ursache dafür. Reich formulierte im Turf-Informationsdienst „Galopp-Intern" eine ganzseitige Anzeige, die in der noblen Branche einmalig war. Er bot nicht nur die Stute Federnelke für eine Mark an, sondern rief auch zur Gründung eines alternativen Besitzer-Clubs auf und formulierte in Selbstironie: „Trotz eines fünfjährigen Praktikums und eines Lehrgeldes in Millionenhöhe scheint mir jegliche Sachkenntnis abzugehen."

Für ein Rennquintettrennen in Iffezheim wollte er zu einem Besitzerboykott aufrufen, zwölf der 18 Pferde sollten den Ring vor dem Rennen verlassen, wenn die Regierungen nicht einlenken und den Rennsport steuerlich nicht weiter so unterstützen wollten, wie es früher üblich war. Auch auf die Medien war Reich nicht gut zu sprechen: „Die Fotos von Frau Schuster kennt jeder, aber wenn Orofino ein großes Rennen gewinnt, muß man Glück haben, es montags irgendwo nachlesen zu können. Sport in Deutschland, das ist nur Fußball-Bundesliga."

Reich ist aber nicht nur Kritiker, er will auch Verantwortung tragen. Im Vorjahr verkaufte er Grafiken auf der Rennbahn zugunsten der Jockey-Unterstützungskasse und nahm 1000 Mark dafür ein. In Köln soll demnächst ein „Reich's-British-Art-Sprint-Cup" ausgetragen werden, der nicht nur den Namen des ungewöhnlichen Alternativ-Rennstalles aus Iffezheim tragen soll. Curt Reich will auch finanziell einsteigen.

SPORT-NACHRICHTEN

Zuerst in Moskau

Basel (sid) – Der VfL Gummersbach muß im Finale um den Handball-Europapokal der Landesmeister zuerst bei ZSKA Moskau (23. oder 24. April) antreten. Rückspiel-Termin ist der 1. Mai in Dortmund. Gummersbach möchte Moskau aber noch das Heimrecht abkaufen.

BMW und Lufthansa helfen

Hamburg (dpa) – Die Automobilfirma BMW und die Deutsche Lufthansa wollen das deutsche Amerika's-Cup-Projekt finanziell unterstützen. Mit einem Aufwand von 12 Millionen Mark soll eine deutsche Hochsee-Yacht mit Namen „Made in Germany" 1986 um den Amerika's Cup mitsegeln.

Whitaker führt

Birmingham (sid) – Der Engländer John Whitaker übernahm nach einem Sieg in Birmingham die Führung im Weltcup der Springreiter. Bester Deutscher (hinter sechs Engländern): Gerd Wiltfang.

Merkel wieder Trainer

Zürich (sid) – Max Merkel (65) ist bis Saisonende Trainer des Schweizer Fußball-Erstliga-Klubs FC Zürich, der sich vorzeitig von Daniel Jeandupeux getrennt hat.

ZAHLEN

FUSSBALL

Zweite Liga, Nachholspiele: Uerdingen – Mannheim 2:1, Lüttringhausen – Solingen 1:0, Frankfurt – Freiburg 0:0, Offenbach – Augsburg 3:2.

EISHOCKEY

Testspiele: Deutschland – UdSSR 2:5, CSSR – Schweden 11:2.

GEWINNZAHLEN

Elferwette: 1, 1, 1, 2, 1, 1, 2, 0, 1, 1, 0. – **6 aus 45:** 8, 14, 25, 32, 42, 44. – Zusatzspiel: 13. (Ohne Gewähr)

USA: TV-Serien über Krieg und NS-Zeit

Nachhilfe in Geschichte

Eine Flut von Serien, die den Nationalsozialismus zum Thema haben, ergießt sich seit einiger Zeit über amerikanische Bildschirme. Innerhalb weniger Monate standen US-Zuschauern ins Haus: sechs Stunden „Inside the Third Reich"-Speer-Erinnerungen, drei Teile „Blood and Honor" („Blut und Ehre"), die wenig differenzierte Geschichte des Zerfalls einer deutschen Kleinstadtfamilie während der Vorkriegsjahre, drei Stunden „The Scarlet and the Black", der Dreiteiler „Die Geschwister Oppermann" im O-Ton mit Untertiteln, bis zu den monumentalen „The Winds of War".

In dem von der CBS gesendeten Drama „The Scarlet and the Black" spielt Gregory Peck den irischen Monsignore O'Flaherty, der unter Einsatz seines Lebens und mit der stillen Unterstützung des Papstes (gespielt vom unermüdlichen John Gielgud) Tausende Verfolgter in den exterritorialen Vatikan-Staat hinein- und in die Freiheit hinausschmuggelt. Das war jedoch lediglich milde Einstimmung auf das, was ABC zu bieten hat: das Weltkriegsspektakel „The Winds of War". Als Vorlage diente Herman Wouks Bestseller (1971), der zumindest im äußeren Format an Tolstois „Krieg und Frieden" heranreichen soll: 888 Buch- schrieb der Autor in 962 Drehbuch-Seiten um. Die PR-Maschinerie rollt: 285 Sprechrollen auf 400 000 Metern Film an 400 Schauplätzen in sechs Ländern in 1785 Szenen für 40 Millionen Dollar auf Film gebannt, wird das Epos an sechs aufeinanderfolgenden Abenden, insgesamt 18 Stunden lang, vorgeführt.

Ähnlich wie vor 30 Jahren, als die angeschlagene Filmindustrie das aufstrebende Fernsehen mit Megalomanie (Breitwand-Kino, Mammutproduktionen und Starkult) ins Abseits zu drängen versuchte, so läuft das Wettrennen um Zuschauerzahlen innerhalb des „siegreichen Mediums" auf einen Kampf der traditionellen kommerziellen Fernsehanstalten (CBS, NBC, ABC) gegen die Kabelanbieter hinaus. Damit auch ja keinem Zuschauer der totale Unterhaltungsanspruch von „The Winds of War" verborgen bleibt, wird er mit einem Wust entsprechender Vor- und Beiprogramme weichgeklopft: „The Making of Winds of War", „Behind the Scenes of ...", ein siebentägiger Fortsetzungs-„Special Report" als nachrichtliche Zugabe eines ABC-Journalisten über die „Nazi Capital" damals und heute.

Die Einschaltquoten der ersten Folge fallen dann auch dementsprechend aus: 53 Prozent, mehr noch als bei „Roots", und in den weiteren Teilen nur geringfügig weniger. Dabei kommt die Story eher zähflüssig in Gang: Als sich Byron Henry (Jan-Michael Vincent), Sohn des amerikanischen Marine-Attachés in Berlin, Victor Henry (Robert Mitchum), im Sommer '39 in Italien herumtreibt, trifft er in Siena Natalie Jastrow (Ali McGraw), Nichte eines jüdisch-amerikanischen Schriftstellers, und sie verlieben sich. Sie reisen zusammen nach Polen, werden in Warschau von Hitlers Angriff überrascht und von den folgenden Ereignissen durch halb Europa getrieben.

Bei soviel schicksalsschwerer Handlung begnügt sich die Kamera bzw. die Regie jedoch damit, historische Gestalten zu Karikaturen zu verzerren: ein Harvard-aristokratischer, Martini-mixender Roosevelt, ein Machismo-triefender Mussolini, ein Hitler, der von seinen Paladinen umgeben, so schmierenhaft gezeigt wird, daß er eher an Gustav Striese erinnert als an einen Volksverführer. Dabei gelingen Regisseur/Produzent Dan Curtis durchaus Szenen von eindringlicher Authentizität: Etwa wenn sich Byron und Natalie durch das zusammenbrechende Polen schlagen. Oder Henrys Teilnahme an einem fast surrealistisch gefilmten RAF-Bombereinsatz über Berlin.

Aber die dramatische Wirkung des Ganzen wird durch eine unzulängliche Rollenbesetzung erheblich geschmälert: Die drei Hauptdarsteller (McGraw, Vincent und Mitchum) sind durchweg rund zehn Jahre zu alt und brillieren nicht gerade mit Glanzleistungen. Hinzu kommen äußerst dürftige Dialoge, die die zwischenmenschlichen Beziehungen auf Soap-opera-Niveau hinabgleiten und kaum die Spannung entstehen lassen, die nötig ist, das 18-Stunden-Marathon voll Interesse durchzuhalten.

NORBERT NEULING

KRITIK

Nach wie vor ein guter Junge

Auch im Krimi-Geschäft geht es auf und ab. Nach dem herrlichen Schimanski-Tatort „Kuscheltiere" (Dezember 1982) fragte man sich vor dem Schimanski-Streifen „Miriam", ob diese Serie wohl zum derzeitigen König der deutschen TV-Krimis zu krönen sei. Das Rennen ist jedoch offen geblieben. Was mit dem gewohnten Schwung begann, lief in Routine aus: Die Perfektion der „Kuscheltiere" wurde leider nicht mehr erreicht.

Regisseur Peter Adam kam an seinen Kollegen Hajo Gies nicht heran, und Chiem van Houweninge, der Drehbuchautor des Dezember-Tatorts, wurde diesmal als Darsteller im zweiten Glied verbraten. Die Story vom Mord in „höheren Kreisen" lief in Edelkitsch aus, der von Veit Harlan hätte sein können. Die weibliche Hauptdarstellerin verfügte nur über einen einzigen Gesichtsausdruck, und die Spannung ließ schon nach der ersten Hälfte des Filmes nach.

Bleibt, wie immer im Krimi, der Kommissar und sein Gehilfe. Der von Götz George gespielte Kommissar Schimanski ist ein Zwitter. Für den sich keß gebenden Teil des Publikums, vor allem die Jugend, spielt er mit Gorillabrustkasten und Parka den Rocker. Aber auch die letzte deutsche Oma hat inzwischen längst erkannt, daß er „im Grunde" ein guter, zuverlässiger Junge ist. Und in den ersten Streifen mit Schimanski war dessen Gehilfe Thanner (von Eberhard Feik gespielt) in seiner harten Sachlichkeit eine ausgezeichnete Kontrastfigur zum stets etwas wirren Kommissar. Nun lassen ihn die Drehbuchschreiber von Stufe zu Stufe sinken: Er ist nun beim besoffenen Pantoffelhelden angelangt.

Es gibt ungeschriebene Gesetze des Krimis. Werden sie verletzt, so breitet sich langsam Langeweile aus wie Ölflecken. Das ist in diesem anspruchsvollen Genre tödlich.

ANTON MADLER

Entzugserscheinungen

Es gibt Fernsehsendungen, bei denen die Häufigkeit und die Zahl der Folgen die Quantität in Qualität umschlagen lassen. Ist zum Beispiel Onkel Lembkes Ratekränzchen erst einige hundertmal abgehakt worden, so ist es kein Programmteil mehr, sondern ein Programmprinzip; das gilt ebenso für Höfers aseptische Frühschoppenrunde, die ja aus Gewöhnung unsterblich geworden ist. Das gilt nun aber auch für „Dallas".

Diese Blödmannshausener Rhapsodie wäre, nur in drei Fortsetzungen angedient, längst vergessen. Indes als Dauerzustand ist sie Gesprächsgegenstand aller Schichten, und vom Chefprogrammierer bis zum Hilfstürken im Heizungskeller jammert Jedermann über die Sommerunterbrechung dieser moralischen Abrüstung.

Wie das, fragt sich der unverbildete Bundesmensch, wie das? Haben nicht alle die, denen heute die Träne den Bildschirm verschliert, haben sie nicht alle gegen das amerikanische Angebot der geballten Unsittlichkeit gewettert, haben sie nicht Verwahrung eingelegt gegen die Berieselung ihrer Heimstätten mit der ausgekochten Perfidie des Herrn J. R. Ewing? Haben nicht einige sogar anti-amerikanische Kuckuckseier in Dallas vermutet? Ein paar aufmerksamere Betrachter hatten sogar die billige Machart dieses US-Nibelungenliedes durchschaut. Zu Recht, wie man bemerken muß. Die heiße Nadel der Amis war wohl sehr schnell durchs Studio geflitzt.

Wie auch immer, heute klagen dieselben Typen über die nun ganz verpatzten Sommerdienstage. Woche um Woche werden sie, wenn „Dallas"-Time ist, leeren Blicks in die Ferne starren, werden irgendeinen blöden Goethe oder Simmel lesen oder den frommen Haarkranz vom TV-Luther betrachten, werden vielleicht sogar mit Weib und Kind klönen – aber es wird keine Freude in ihnen aufkommen. Der Schmerz sitzt tief. Ausfall- oder Entzugserscheinung nennen das die Kassenärzte.

Dafür gibt es keine Medizin. Von dem Nothelfer in Mainz abgesehen, der uns als Ersatz-„Dallas" den Denver-Clan ins Haus schickt: Das ZDF läßt uns nicht verkommen.

cuch





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Miss Marple: Der Wachsblumenstrauß
11.40 Umschau
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Wall Street Crash
Die englische Gesangs- und Tanzgruppe unter musikalischer Leitung von Keith Strachan und die SFB-Big Band
17.00 Deutsche Puppenbühnen
Dokumentarfilm von Rudolf Fischer
Das Haus in der Ravensberger Straße 12, das die Stadt Bielefeld für die „Bielefelder Puppenspiele" gebaut hat, ist eines der schönsten Puppentheater. Dort kann mit Handpuppen, Stabfiguren und Marioneten gespielt werden.
17.30 Klamottenkiste
17.50 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 ARD-Sport extra
Fußball-Europapokal
Bis 20.30: Ausschnitte aus der Begegnung im Pokal der Pokalsieger zwischen Austria Wien und Real Madrid
20.30 live: Halbfinal-Hinspiel
im Fußball-Europapokal der Landesmeister zwischen Real Sociedad San Sebastian und dem Hamburger SV. Reporter: Fritz Klein
22.15 Zusammenfassung
der Begegnung im Landesmeister-Wettbewerb zwischen Juventus Turin und Widzew Lodz
22.30 Tagesthemen
23.00 Frankreich: Sozialismus am Ende?
23.55 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Anderland
Stefanie und die Geister
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Kiwi – Abenteuer in Neuseeland
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.53 Rauchende Colts
Vetter Henry (Teil 1)
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 Rauchende Colts
Vetter Henry (Teil 2)
19.00 heute
19.30 Der Sport-Spiegel
Große Kämpfe – Große Boxer (2) 1950–1970. Von Sugar Ray Robinson bis Muhammad Ali. Ein Rückblick von Werner Schneider
20.15 ZDF Magazin
Folgende Themen sind vorgesehen: „DDR"-Grenze: Bollwerk gegen Menschenwürde / Neue Schikanen gegen Deutsche in Rumänien / Freiheitskampf in Afghanistan ungebrochen / Ministerstreit um Schule und Bundeswehr
Moderation: Fritz Schenk
21.00 heute-journal
21.20 mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Die Straßen von San Francisco
Notzucht
22.10 Treffpunkt Ü-Wagen 4
Beim Evangelischen Bildungswerk Bremen „Wo man Frieden lehrt"
22.40 Die Mars-Chroniken
Nach dem Roman von Ray Bradbury
00.05 heute



Szene mit Amanda Blake und Glenn Strange aus der Reihe „Rauchende Colts", ZDF, 18.25 Uhr FOTO: KINDERMANN

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
21.45 Auslandsreporter
Medienkrieg um Falkland
22.15 Weekend
Franz. Spielfilm, 1968
23.55 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Natur und Freizeit (2)
19.15 Architektur
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
Die aktuelle Wochenschau
21.00 Politik am Mittwoch
Ein Thema zum Tage
22.05 Auf verbotenen Wegen
Engl. Spielfilm, 1979
23.35 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Fauna Iberica
18.55 Peter ...
19.30 Antiquitäten in der „DDR"
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Stadtgespräch
Heute in Bad Camberg
21.45 Drei aktuell
22.00 Autorreport
22.05 Halbzeit
22.25 Zum Film „She dances alone"

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Englisch (22)
Für Baden-Württemberg
19.00 Die Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Die Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gesamt Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Muskelspiele
Dokumentation über Bodybuilding
20.15 Reisewege zur Kunst
Samos – Patmos – Chios
21.00 Die Katze kennt den Mörder
Amerik. Spielfilm, 1977

BAYERN

18.15 Marco
18.40 Der Verkehrswürfel
18.45 Rundschau
19.00 Das Wort haben die Kinder
19.45 Joan und Harry (12)
20.30 Mickey McGuire
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Z. E. N.
21.50 Weg mit Schaden
Kanad. Spielfilm, 1980
23.40 Rundschau
23.45 News of the Week

Warschau: Bujak steuert Untergrund

AP, Warschau

Die polnische Armeezeitung „Zolnierz Wolnosci“ hat gestern über die Existenz eines „überbetrieblichen Arbeiterkomitees“ berichtet, das die Untergrundarbeit der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ in der Hauptstadt Warschau koordiniere. Aus dem Bericht ging hervor, daß in diesem „Provisorischen Koordinierungsausschuß“ Vertreter aus 63 Warschauer Industriebetrieben und sonstigen Unternehmen zusammenarbeiten.

Der nach Verhängung des Kriegsrechts Ende 1981 untergetauchte Gewerkschaftsführer der Region Masowien, Zbigniew Bujak, gehöre offensichtlich dem Führungskern des Komitees an, hieß es. Erst in der vergangenen Woche habe er zu Demonstrationen am 1. Mai aufgerufen, zugleich aber den Verzicht auf alle Protestaktionen während des für Juni geplanten zweiten Polen-Besuchs von Papst Johannes Paul II. bekanntgegeben. Weiter hieß es, Bujak habe vor Verhängung des mittlerweile suspendierten Kriegsrechts die Bildung von Sonderkommandos der „Solidarität“ geplant, die sich der in Warschau ansässigen Rundfunk- und Fernsehsender bemächtigen sollten. „Zolnierz Wolnosci“ sprach von einer „illegalen, kriminellen Vereinigung“. Neun Anführer würden demnächst vor Gericht gestellt.

Nach Angaben der polnischen Regierungszeitung „Rzeczpospolita“ arbeiteten Polens Zivilgerichte zwischen dem 13. Dezember 1981 und dem 31. Dezember 1982 auf Hochtouren. Sie leiteten unzählige Prozesse ein. Rechtskräftig abgeschlossen seien von den insgesamt 463 000 Verfahren 60,2 Prozent, die höchste Rate seit „mehreren Jahren“, wie es dazu heißt. In diesem Zeitabschnitt seien neun Todesurteile vollstreckt und 59 Personen zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Nahezu 10 000 „Spekulanten“, womit unter anderem auch Geschäftsleute, Handwerker und Kleinunternehmer gemeint sind, hätten Gefängnisstrafen erhalten. 800 Personen, die gegen das Kriegsrecht verstoßen hätten, seien in Schnellverfahren abgeurteilt worden. Ihnen war vorgeworfen worden, „diverse Formen illegaler Propaganda“ betrieben beziehungsweise „organisatorisch oder führend“ an unerlaubten Versammlungen und Streiks teilgenommen zu haben. 159 Personen hätten wegen Teilnahme an Straßendemonstrationen Geld- oder Haftstrafen erhalten.

Japan will sich als Vermittler im Nahost-Konflikt anbieten

Neue Hilfszusagen für Mubarak in Tokio / Überraschende Abreise Arafats aus Amman

dlt/DW. Tokio/Amman

Ihre Vermittlung in den Bemühungen um einen Frieden im Nahen Osten will die japanische Regierung anbieten. Das verlautete gestern in Tokio zu Beginn des fünftägigen Staatsbesuchs des ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak.

Nach Ansicht der japanischen Regierung ist Tokio besser in der Lage, zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln als Washington, das als zu Israel-freundlich gilt. Ministerpräsident Nakasone will vorschlagen, den Friedensplan von US-Präsident Reagan mit jenem der Arabischen Liga, dem sogenannten Fes-Plan, zu verschmelzen.

Die Position Tokios unterscheidet sich von der der USA insofern, als die Japaner nicht nur das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anerkennen, sondern ihnen auch das Recht zur Gründung eines eigenen Staates zubilligen. Außerdem treten sie für die Teilnahme der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) an Friedensverhandlungen ein.

Ein zweites wichtiges Thema bei den Gesprächen Mubaraks, der zuvor China und Nordkorea besucht hatte, wird die künftige Wirtschaftshilfe Japans für Ägypten sein. Wie es heißt, will die japanische Regierung bei den heute beginnenden offiziellen Gesprächen rückwirkend für das Haushaltsjahr 1982/83 Entwicklungskredite in Höhe von 210 Millionen Dollar zusagen. Das sind zehn Prozent mehr als im Vorjahr. Bereits gestern räumte das japanische Handelsministerium Ägypten zusätzlich eine Kreditlinie über 250 Millionen Dollar für 1983 und 1984 für das Aufbauprogramm ein.

Japan, das mit Hilfsgeldern in Höhe von 830 Millionen Dollar seit dem ersten Ölpreisschock 1973 nach den USA Ägyptens zweitwichtigster Kreditgeber geworden ist, sieht in dem Nahost-Land inzwischen auch einen wichtigen Absatzmarkt für seine Exportgüter.

PLO-Chef Arafat hat gestern morgen überraschend die jordanische Hauptstadt Amman verlassen, ohne sich mit König Hussein in vier Gesprächsrunden auf ein gemeinsames Kommuniqué über eine mögliche Friedenslösung im Nahen Osten geeinigt zu haben. Gutunterrichtete PLO-Kreise deuteten jedoch an, daß Arafat und Hussein eine breit gefächerte Übereinkunft erzielt hätten, derzufolge die jordanisch-palästinensischen Bemühungen um eine gemeinsame Haltung bei künftigen Gesprächen mit Israel fortgesetzt werden.

Das Exekutiv-Komitee der PLO, das 15 Personen umfaßt und seit 1970 zum ersten Mal wieder in Amman tagen durfte, lehnte es nach Einsprüchen der prosyrischen und der prolibyschen Fraktionen entschieden ab, daß König Hussein im Namen der Palästinenser verhandelt oder daß eine gemeinsame Verhandlungsdelegation von Jordaniern und unabhängigen Palästinensern gebildet wird.

Die PLO verweigerte auch die Zustimmung zu einer Beteiligung König Husseins am Friedensplan des amerikanischen Präsidenten Reagan und zu Kompromißformeln, die Hussein und Arafat vereinbart hatten. Da König Hussein verlangt hatte, daß die PLO seine Mitwirkung am Reagan-Plan billigen müsse, kann er gegenüber den Amerikanern jetzt erklären, daß er für den amerikanischen Plan nicht eintreten könne. Reagans Vorschläge dürften damit gescheitert sein.

US-Bischöfe gehen auf Bedenken ein

Konzept der nuklearen Abschreckung wird aber weiterhin in Frage gestellt

DW. Bonn/Washington

In der dritten Fassung eines Hirtenbriefes der amerikanischen Bischöfe zu Fragen von Krieg und Frieden sind einige von europäischen Oberhirten inspirierte Änderungen vorgenommen worden, das Grundkonzept der nuklearen Abschreckung wird offenbar weiterhin in Frage gestellt.

Der Wortlaut der neuen Fassung des Papiers lag gestern bei der Deutschen Bischofskonferenz in Bonn noch nicht vor. Die Katholische Nachrichtenagentur (KNA) berief sich in ihrer Berichterstattung auf Informationen des US-Magazins „Time“. Nach Angaben von „Time“ hält auch der jetzt fertiggestellte Entwurf an der Verurteilung der Abschreckungsstrategie fest, sofern in ihr der Wille zur Anwendung atomarer Raketen *zum Ausdruck kommen könne.* Vor allem werde die mögliche Einbeziehung der Zivilbevölkerung in atomare Auseinandersetzungen als nicht mit der „*Lehre vom gerechten Krieg*“ vereinbar bezeichnet.

Andererseits ist die Vorbereitungskommission für den Friedenshirtenbrief nach diesen Informationen von der einseitigen Verurteilung amerikanischer Rüstungsplanung abgerückt und hat auch die Forderung nach einseitigen Abrüstungsvorleistungen des Westens aufgegeben. So erwähnen die Bischöfe nun die Bemühungen der US-Regierung in Fragen der Abrüstung und beziehen ihre Kritik vor allem auf die Rüstungsanstrengungen der Sowjetunion, in denen eine wesentliche Ursache des Wettrüstens liege. An die Sowjetunion wird appelliert, mehr Verantwortung für die Abrüstung der Atomwaffen zu übernehmen.

Ferner heben die Bischöfe in ihrem Brief hervor, daß es vor allem *Aufgabe der Kirchen sei, die universellen* Prinzipien der Gerechtigkeit und des Friedens zu lehren und zu verteidigen. Eine moralische Verurteilung der handelnden Politiker in Fragen der Abschreckung und des Friedens enthalte das Papier nicht mehr, meldete KNA. Mit der offiziellen Veröffentlichung des Entwurfs wird für heute gerechnet. Die Verabschiedung des endgültigen Wortlauts ist für Anfang Mai vorgesehen.

Ende März hatten Alois Mertes (CDU) und Georg Leber (SPD) in einem gemeinsamen Schreiben an den Vorsitzenden der nationalen Konferenz der Bischöfe der USA, Erzbischof John Robert Roach, schwere Bedenken gegen den zweiten Entwurf eines Hirtenbriefes über „Krieg und Frieden“ geltend gemacht. Insbesondere werde durch die einseitige Verurteilung atomarer Waffen das Gesamtkonzept der westlichen Verteidigung, durch Abschreckung den Frieden *zu sichern, untergraben, tadelten* Mertes und Leber, die dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken angehören.

USA: Asyl-Fall belastet Beziehungen mit China

Sportlerin darf trotz chinesischer Proteste bleiben

TH. KIELINGER, Washington

Das amerikanische Justizministerium hat eine Entscheidung getroffen, die gravierende Folgen für die chinesisch-amerikanischen Beziehungen haben könnte: Die Behörde gewährte der chinesischen Tennisspielerin Hu Na, die im Juli 1982 während eines Turniers in Kalifornien ihre Nationalmannschaft verließ, politisches Asyl.

Damit ist ein hinter den Kulissen hart ausgefochtenes Ringen zu Ende, während die möglichen politischen Konsequenzen erst jetzt scharf zutage treten. Sofort nach Bekanntgabe der Asylgewährung für Hu Na meldete sich das chinesische Konsulat in San Francisco zu Wort und ließ durch einen Sprecher einen offiziellen Protest verlesen. Die Beziehungen zwischen Washington und Peking, so hieß es in dem Text, „könnten durch diese Entscheidung nur ungünstig beeinflußt werden“.

Seit Monaten hatten die Chinesen eine intensive Kampagne geführt, die amerikanischen Behörden von dem Schaden zu überzeugen, den eine Asylgewährung für Hu Na dem chinesisch-amerikanischen Verhältnis zufügen müßte. Die Vorhaltungen gingen bis zur höchsten diplomatischen Ebene, zu Außenminister Shultz, der bei seinem jüngsten Besuch in Peking deutliche Hinweise auf die chinesische Auffassung in dieser Frage erhielt.

Parallel zu diesen diplomatischen Vorstößen hatte das chinesische Außenministerium zuletzt direkt mit der *Tennisspielerin in* Kontakt zu treten versucht, um sie von ihrem Entschluß, in den USA Asyl zu suchen, abzubringen. Ein Beamter in Peking hatte vor wenigen Wochen öffentlich verkündet, Hu Na könne in ihr Land zurückkehren, ohne politische Verfolgung befürchten zu müssen. Ja, es wurde ihr in Aussicht gestellt, sie könnte schon bei dem nächsten Auslandstermin der chinesischen Tennis-Nationalmannschaft, in der Schweiz, wieder mit von der Partie sein.

Die Winke waren geschickt ausgeteilt, sollten sie doch das Hauptargument der jungen Überläuferin untergraben: daß sie nach ihrer Rückkehr nach China politische Repressalien zu gewärtigen habe. Hu Na *entschloß sich daraufhin zu* einem Schritt in die amerikanische Öffentlichkeit; in den vergangenen drei Wochen erschien praktisch jede größere Zeitung, jedes Fernsehmagazin des *Landes mit einer* größeren Story über ihren Fall. Jedesmal legte die junge Frau in ausführlichen Interviews die Gründe für ihr Asylgesuch dar.

Am Tag vor der Abreise ihres Teams in die USA, im Juli 1982, so erzählte die Tennisspielerin, habe sich ein hoher Parteifunktionär bei ihr vorgestellt und ihr ohne Umschweife eröffnet, daß ein nationaler Sportheld wie sie nun bald in die Kommunistische Partei eintreten müsse. Dieser Gedanke, so Hu Na, sei ihr besonders widerwärtig gewesen, da sie befürchten mußte, „in die Mühlen der Partei-Flügelkämpfe“ zu geraten und somit in die innerparteilichen Auseinandersetzungen gezogen zu werden. Nach diesem Gespräch sei ihr Entschluß gereift, in den USA um Asyl zu bitten.

Dort war es lange ungewiß, wie der Fall Hu Na ausgehen würde. Der Chef der Einwandererbehörde *hatte* dem Vernehmen nach noch in der vergangenen Woche empfohlen, daß man der jungen Chinesin kein Asyl gewähre. Dahinter stand die Sorge, was ein solcher Präzedenzfall für die vorliegenden Asylgesuche von etwa eintausend chinesischen Staatsbürgern bedeuten müsse, die gegenwärtig in den USA auf eine Entscheidung in ihren Fällen warten.

Der Justizminister entschied letztlich für die Tennisspielerin, wobei er sich auf das überarbeitete US-Flüchtlingsgesetz aus dem Jahre 1980 stützen konnte. Es erlaubt Asylgewährung, wenn der Kandidat „begründete Sorge vor politischer Verfolgung nachweisen“ kann, und zwar aufgrund seiner Rasse, seiner Religion, seiner Nationalität, politischen Überzeugung oder Mitgliedschaft in einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe.

Der Fall Hu Na hatte schon vor seiner Entscheidung zu einer hitzigen inneramerikanischen Kontroverse zwischen den Anhängern einer Ausgleichspolitik mit Peking und den entschiedenen Kritikern dieser Politik geführt. Auch für Präsident Reagan lag hier ein Politikum von beträchtlicher Sprengkraft vor. Eine Entscheidung gegen die junge Asylantin hätte ihn in weiten Kreisen des konservativen *Lagers stark diskreditiert.* Indem er diesen Schaden abwendete, handelte er sich eine neue ernste Verstimmung mit Peking ein.

Saudi-Arabien sucht Hilfe in Pakistan

DW. Riad

Saudi-Arabien und Pakistan haben sich über ein Sicherheitsabkommen geeinigt. Die Verhandlungen fanden, wie jetzt von zuverlässiger Seite bekannt wurde, im Januar in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad statt. Die saudiarabische Delegation wurde dabei von Verteidigungsminister Prinz Sultan geleitet. Das Abkommen, das bereits in den meisten Einzelheiten ausgehandelt wurde, soll Ende dieses Monats von den Innenministern beider Länder unterzeichnet werden.

Die Saudis sind nach zuverlässigen Angaben in erster Linie aus zwei Gründen an dem Abkommen interessiert: Die Sicherheitsdienste Riads haben sich in mehreren Fällen nicht in der Lage gezeigt, Subversionen, die von Iran ausgingen, rechtzeitig zu melden und die entsprechenden Gruppen an ihren Vorhaben zu hindern. Die saudiarabischen *Abwehrorganisationen* rechnen mit weiteren Unruhen. Sie besitzen Informationen, daß Ayatollah Khomeini Aktionen gebilligt habe, das saudiarabische Regime zu stürzen. Khomeini betraute Ayatollah *Mohammed Shirazi* mit dieser Aufgabe. Dabei werden sich die Iraner auf die „Islamische Front für die Befreiung der Arabischen Halbinsel“ und die „Hajj“ (Pilger-Organisation) stützen.

Gegenwärtig befinden sich etwa 8000 pakistanische Offiziere und Soldaten als Sicherheitsberater in Saudi-Arabien. Diese Zahl hat sich für die gestellten Aufgaben als ungenügend erwiesen. Die zusätzlichen pakistanischen Berater sollen in der Königlichen Nationalgarde und in den Polizeikräften vor allem in den östlichen Golfregionen tätig werden.

Molotow-Cocktails an der Startbahn

AP, Frankfurt

In der Nähe der künftigen Startbahn West des Frankfurter Flughafens hat die hessische Polizei ein umfangreiches Waffenlager der Startbahn-Gegner ausgehoben. In dem Versteck befanden sich nach amtlichen Angaben ein Dutzend Molotow-Cocktails sowie Benzinkanister mit Flaschen und Trichtern zum Abfüllen. Außerdem fanden die Beamten Kugelschleudern, Stahlkugeln und größere Mengen Krähenfüße zum Plattstechen von *Fahrzeugreifen. Bei gewalttätigen* Aktionen über Ostern seien ein Mann und eine Frau festgenommen worden.






Hin zum Finanzamt

HH – Ein „Bürokratiemonster" hat der Bund der Steuerzahler die Anfang des Jahres in Kraft getretene Neuregelung des Kindergeldes genannt. Zu Recht, denn dem Bürger werden hierdurch schon in diesem Jahr Mehrkosten von schätzungsweise 125 Millionen Mark aufgebrummt.

Dabei wird die einkommensabhängige Kindergeldkürzung – eine der sozialen Komponenten im Streichpaket des letzten Jahres – nicht kritisiert. Nur rächt sich jetzt erneut der Geburtsfehler der Kindergeldreform von 1975: Damals wurde die Auszahlung über die Arbeitsämter beschlossen, obwohl dadurch die Bürokratie bereits um ein paar tausend Beamte aufgebläht wurde, während die „Finanzamtslösung", also die Abwicklung über die Finanzämter, weit billiger gekommen wäre.

Nun müssen für die Bewältigung der neuen Aufgaben noch mal 1500 Dauerarbeitskräfte eingestellt werden. Ironie des Schicksals: Da streichen die sparsamen Haushälter dem Bund mit großer Anstrengung 3000 Planstellen für dieses Jahr und müssen in Nürnberg die Hälfte davon gleich wieder neu bewilligen. Der Bund der Steuerzahler rät daher: die Kindergeldreform alsbald wieder reformieren und das Kindergeld über die Finanzämter abwickeln. Das wäre auch mit Blick auf das Steuergeheimnis mit Abstand die beste Lösung.

Eine unionsgeführte Bundesregierung und eine entsprechende Ländermehrheit im Bundesrat können nun einmal zeigen, was sie alles können. Bisher sind vernünftige Reformen gerade im Steuerrecht oft an divergierenden Auffassungen der beiden Parlamentsmehrheiten gescheitert. Ausnahmsweise dürfte diesmal jeder Bürger dem Appell des Steuerzahlerbundes zustimmen: „Hin zum Finanzamt."

Osterpause

J. Sch. (Paris) – Selten hat in Frankreich eine Regierungsmaßnahme so viel Aufsehen erregt wie die Verschärfung der Devisenkontrolle im Reiseverkehr. Sie kann – bisher – aber nur als ein Schlag ins Wasser bewertet werden. Möglicherweise sind dadurch manche Franzosen davon abgehalten worden, zu Ostern ins Ausland zu reisen, denn mit ihrem bescheidenen Devisenkontingent müssen sie ja auch noch ihre Sommerferien bestreiten. Außerdem drohen ihnen harte Strafen, wenn sie sich über die Reglementierung hinwegsetzen. Und mußte man jetzt nicht sogar mit Leibesvisitationen und großen Staus an den Grenzen rechnen? Die *französischen Zöllner glänzten* aber durch Abwesenheit. So erhebt sich die Frage, ob die Regierung nicht zunächst einmal die Öffentlichkeit mit dem Rummel um die Devisenkontrolle von den anderen Austerity-Maßnahmen ablenken wollte, durch welche dieses Jahr die Kaufkraft von immerhin 22 Milliarden DM abgeschöpft werden soll.

Besseres Bauspar-Klima

Von WERNER NEITZEL

Kein Zweifel: Am Baumarkt – insbesondere im Wohnungsbau – ist der Frühling eingekehrt. Nach einer langen konjunkturellen Frostperiode registriert das Bauhauptgewerbe deutlich steigende Auftragseingänge. Auch die Fertighaus-Hersteller, die noch im vergangenen Jahr Verkaufsrückgänge von 10 bis 20 Prozent zu verdauen hatten, berichten über eine steigende Bestellfreudigkeit.

Fallende Zinsen und das Bonner Maßnahmenbündel waren offenbar der Auslöser dafür, daß wieder Leben in den Wohnungsbau einkehrt. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß in der Bundesrepublik der Anteil von eigenem Haus- oder Wohnungseigentum am gesamten Bestand mit knapp 40 Prozent im internationalen Vergleich doch einigermaßen bescheiden ist, die eigenen vier Wände nach wie vor hohe Priorität auf der Wunschliste haben, dann war es auch höchste Zeit.

Andererseits war aber auch nach der Überhitzung des Marktes, die in den Jahren 1979/80 Baupreissteigerungen und eine Klettertour der Grundstückspreise in zweistelliger Prozentgröße bewirkte, eine Abkühlung dringend nötig. Diese stellte sich dann auch ein, als die Baukonjunktur in den Jahren 1981/82 stark an Fahrt verlor. Eine derartige Talfahrt, die auf das tiefste Fertigstellungs-Niveau seit Jahrzehnten führte, war freilich des Guten eher zuviel. Die Serie von Baupleiten und der drastische Zusammenschnitt der Kapazitäten in der Bauwirtschaft haben den Boden für erneute extreme Ausschläge bereitet.

Den 31 deutschen Bausparkassen, die einen Bestand von 23 Millionen Verträgen mit Bausparsummen von über 800 Milliarden DM verwalten, von denen sich zwei Drittel noch im Ansparstadium befinden, ist die Erleichterung über das wärmere Klima anzumerken. Ihr Geschäft reagierte ja recht empfindlich auf das düstere konjunkturelle Umfeld der vergangenen zwei Jahre. Die Zahl der Neuabschlüsse verringerte sich drastisch.

Dies wiederum hatte Einfluß auf die Entwicklung des Spargeldeingangs, der ohnedies in seiner Intensität weiter erlahmte. Mit anderen Worten: Die Bausparer leisteten im großen Durchschnitt weniger als früher Sonderzahlungen auf ihre Bausparkonten. Daß sich der Geldeingang insgesamt noch relativ gut hielt, ist den gestiegenen Zuflüssen aus Zins und Tilgung zuzuschreiben, eine Folge des Tatbestandes, daß immer mehr Verträge in die Darlehensphase gelangen. Schlecht sieht es aus der Sicht der Kassen (und auch vieler Bausparer) hingegen mit der dritten Komponente des Geldeingangs, den Wohnungsbauprämien, aus. Ihr Gewicht für den Mittelzufluß, das einmal erheblich war, droht immer mehr auf eine Randgröße zurückzuschrumpfen. So ist es denn auch nicht verwunderlich, wenn die Bausparinstitute nimmermüde auf das Faktum hinweisen, daß immer mehr Bausparer aus den zwar verfeinerten, insgesamt aber enger gewordenen staatlichen Förderkriterien herausfallen. Noch immer gilt, daß beispielsweise zu viele junge Familien mit niederen bis mittleren Einkommen sich in unzureichendem Maße befähigt sehen, ihre Pläne in Richtung angemessenen Wohneigentums zu realisieren.

Die Nervosität, die von den Instituten in der vermögenspolitischen Diskussion an den Tag gelegt wird, resultiert aus der Sorge um ihre Wettbewerbsfähigkeit. Wenn auch der Stellenwert des Bausparens im allgemeinen unbestritten ist, so haben inzwischen auch andere Gruppen der Kreditwirtschaft das Feld der Baufinanzierung stärker für sich erschlossen. Der Anteil der Bausparkassen an der Finanzierung des Wohnungsneubaus in der Bundesrepublik hat sich seit der ersten Hälfte der siebziger Jahre deutlich zurückgebildet. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß Bausparverträge in zunehmendem Maße für Zwecke der Modernisierung und Renovierung von Altbauten sowie für eine Umschuldung länger laufender Kredite eingesetzt werden.

Da die Bausparinstitute im Prinzip nur soviel Geld für die Zuteilung „reifer" Bausparverträge bereitstellen können, wie über den Geldeingang, also Spar- und Tilgungsleistungen sowie Zinsen und Prämien, hereinkommt, konnte die allgemeine Klimaabkühlung nicht ohne Einfluß auf die Wartefristen bleiben. Die Bausparkassen bemühen sich zwar, ihre Kundschaft davon zu überzeugen, daß nur der sogenannte Schnellsparer etwas länger als früher auf die Zuteilung warten muß. Aber auch über diesen Bausparertypus hinaus sind Frustrationen und Ärger über unvorhergesehene Verschiebungen einmal geschätzter Zuteilungstermine aufgetreten.

Im Hinblick auf die nunmehr wieder erkennbaren Wachstumsimpulse für das Neugeschäft hüten sich die Kassen davor, gleich in Euphorie zu verfallen. Sie wären im Interesse einer Verstetigung der Marktverhältnisse auch gut beraten, der Versuchung zu widerstehen, allzu lautstark mit der Formel „jetzt schnell bauen oder kaufen" zu operieren.

WERBEAGENTUREN/Im letzten Jahr ein „bemerkenswert gutes" Ergebnis erzielt

Unternehmen sparen auch in flauen Zeiten nicht an den Werbeausgaben

HANNA GIESKES, Bonn

„Ausgaben für Werbung werden von den Unternehmen mehr und mehr als Investition verstanden." So begründet die deutsche Werbewirtschaft das Umsatzplus von 3,6 Prozent, das die Werbeagenturen im vergangenen Jahr erreichen konnten. Im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sei dies ein „bemerkenswertes Ergebnis", heißt es. Es erhärte die Vermutung, daß die Anbieter von Gütern und Dienstleistungen, anders als in früheren Jahren, auch in flauen Zeiten an ihrer Werbung nicht sparen.

Die im Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW) vertretenen Verbände der Werbeagenturen – Gesellschaft Werbeagenturen (GWA) und Wirtschaftsverband Deutscher Werbeagenturen – betreuten Ende 1982 ein Werbevolumen von über 5,5 Milliarden Mark. Auch für dieses Jahr schätzen sie ihre Aussichten optimistisch ein, „denn eine mittelfristige Planung von Werbeetats in den Unternehmen scheint ebenfalls für 1983 wahrscheinlich". Außerdem löse die wachsende Zahl von Einpersonenhaushalten bei den Anbietern eine Zunahme der werblichen Aktivitäten aus; die hohe Sparquote, von Herstellern und Handel mit Neid und Argwohn registriert, bewirke ein übriges, „und schließlich verstärke sich das Kommunikationsbedürfnis der öffentlichen Institutionen gegenüber dem Bürger".

Morgenluft wittern die Werber zudem bei den neuen Medien: Die meisten Agenturen haben inzwischen eigene Bildschirmtext-Abteilungen installiert, „und eigentlich könnten wir jetzt anfangen", heißt es bei Lintas/Deutschland in Hamburg. Über die nun eingetretene Verzögerung ist man deshalb nicht glücklich, denn hier sei „ein nettes Zusatzgeschäft" zu machen. Die Branche glaubt an die Zukunft dieses Mediums, allerdings nicht unbedingt an die Voraussage der Deutschen Bundespost, daß es bis 1986 rund eine Million Bildschirmtext-Teilnehmer geben werde.

Die Eigenart von Btx werde den Agenturen eine neue Art der Gestaltung abverlangen, heißt es übereinstimmend in der Branche. Gefragt sei vor allem die folgerichtige textliche und graphische Gestaltung; informative Werbung also und nicht solche, die Emotionen weckt und an Sehnsüchte appelliert. Dem Verbraucher könne auf diese Weise in manchen Märkten ein vielfältiges Angebot transparent gemacht werden. Nicht bei Waschmitteln freilich, denn die brauchten ja niemanden mehr erklärt zu werden, aber zum Beispiel bei Waschmaschinen, wenn etwa der Btx-Teilnehmer vor einem geplanten Kauf die Werbung sämtlicher Hersteller auf seinem Fernsehschirm abrufe.

Doch auch im Bereich der klassischen Medien vollzieht sich mittlerweile eine Veränderung, die nach Ansicht von Branchenkennern in die Agenturen hineinwirken wird. Bei den Zeitschriften zum Beispiel wächst die Zahl der Spezialveröffentlichungen unaufhörlich – für Hobby-Köche etwa oder für Bastler oder Feierabend-Gärtner. Dies eröffne den Agenturen die Möglichkeit, fest umrissene Zielgruppen mit ihrer Werbung anzusprechen, heißt es dazu beim Zentralausschuß der Werbewirtschaft.

Diese Entwicklung weg von der Massenkommunikation verlange jedoch von den Werbern ein größeres Fachwissen, denn auch der Wissensstand des Verbrauchers wachse und damit seine Fähigkeit, Werbeaussagen zu überprüfen. Dies bedeute, daß die Werbung näher an das Produkt herangehen müsse „und weg vom schönen Schein ohne erkennbaren Nutzen".

Die „Zeit der Paradiesvögel" in den Werbeagenturen sei vorbei, betont ein ZAW-Sprecher. Dies lege auch die Kostenstruktur der Agenturen nahe: Im vergangenen Jahr machten die Personalkosten rund 70 Prozent der Gesamtkosten aus. Gerade in Zeiten schwacher Konjunktur sei darum die Rentabilität ein großes Problem, heißt es dazu bei der GWA.

So ist es nicht verwunderlich, daß von den Agenturen immer weniger freie Stellen angeboten werden. Laut ZAW-Statistik kamen 1979 noch 43 Prozent aller Stellenangebote für Werbeberufe von den Agenturen; 1982 waren es nur 35 Prozent, bei einer erheblich geschrumpften Zahl von Angeboten. Stärker gefragt sind Werbefachleute bei den Medien und in der werbungtreibenden Wirtschaft.

AUF EIN WORT



„Je stetiger sich der Weg aus der Krise vollzieht, desto größer ist die Chance, daß es zu einem dauerhaften Aufschwung kommt."

Dr. Wilfried Guth, Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG, Frankfurt

FOTO: JUPP DARCHINGER

HWWA: Welthandel belebt sich

dpa/VWD, Hamburg

Der Welthandel wird im Laufe dieses Jahres voraussichtlich wieder zunehmen. Wegen der gedrückten Ausgangslage zu Jahresbeginn wird das Volumen real aber nur um ein Prozent höher sein als 1982 (minus zwei Prozent), prognostizierte das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung (Hamburg) am Dienstag. Das Tempo der Erholung werde auf Grund der gedämpften Einfuhrentwicklung in Erdöl- sowie anderen Entwicklungsländern und der relativ gemäßigten Konjunkturbelebung in den Industrieländern geringer sein als in früheren Erholungsphasen.

Impulse für den Welthandel werden nach Ansicht des HWWA voraussichtlich von den Industrieländern ausgehen. Nachdem ihre Einfuhr 1982 gesunken war, bahne sich jetzt mit der Tendenzwende der Konjunktur eine deutliche Belebung an. Vor allem in den USA sei mit einem kräftigen Anstieg des Imports zu rechnen.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Stimmung der Unternehmer hat sich deutlich verbessert

WILHELM HADLER, Brüssel

Das Vertrauen der Unternehmer in die wirtschaftliche Zukunft hat sich seit dem Jahreswechsel in den europäischen Ländern deutlich verbessert, dies zeigt eine Konjunkturumfrage des Brüsseler Dachverbandes der Industrie, Unice. Klare Beweise für einen Aufschwung gab es allerdings nirgendwo. Der Verband meint, daß die Nachfrage im letzten Quartal 1982 weniger schwach war als zunächst befürchtet. Ein weiterer positiver Faktor sei die anhaltende Verringerung der Inflationsraten in Europa gewesen. Auch der Rückgang der Ölpreise werde voraussichtlich einen positiven Einfluß ausüben, obwohl noch nicht sicher sei, wie er sich auf die Kosten der Unternehmen auswirken werde.

Zu den positiven Faktoren rechnen die Unternehmer auch die Hinweise darauf, daß sich (nach der Anpassung der Wechselkurse in Europa) die Abwärtsbewegung der Zinsen über das Jahr 1982 hin fortsetzen wird. Auch die Aussichten der amerikanischen Wirtschaft seien weniger ungewiß als am Ende vergangenen Jahres.

Die Umfrage ergab, daß 1983 insgesamt in Europa eine Zunahme der Verbrauchsausgaben erwartet werden kann, wenngleich die Lage in den einzelnen Staaten unterschiedlich beurteilt werde. Dagegen werde der öffentliche Sektor voraussichtlich weniger Anreize für eine konjunkturelle Belebung liefern. Die Staatsausgaben stiegen weniger schnell als in früheren Jahren und seien zum Teil sogar real zurückgegangen.

Für Europa insgesamt (einschließlich Spanien, Portugal und den EFTA-Ländern) rechnet die Unice mit einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von rund 0,8 Prozent verglichen mit 0,2 Prozent 1982. Dabei geht sie von einer Zuwachsrate von zwei Prozent am Jahresende aus. Für die Bundesrepublik wird erneut ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,5 Prozent (1982 minus ein Prozent) erwartet.

EXISTENZGRÜNDUNGS-PROGRAMME

DIHT: Verwirrende Vielfalt muß durchforstet werden

HEINZ HECK, Bonn

Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) hat die „verwirrende Vielfalt" der Existenzgründungsprogramme von Bund und Ländern kritisiert und eine „Durchforstung" angeregt. Bevor die öffentliche Hand darangehe, neue Hilfen einzuführen, sollte das bestehende Instrumentarium „überprüft und vereinfacht werden".

Dies ist der Tenor der „Mittelstandspolitischen Leitlinien", die die Dachorganisation der Industrie- und Handelskammern der Bundesregierung jetzt zugeleitet hat. Die Palette der Finanzierungshilfen und Beratungshilfen müsse besser auf die Bedürfnisse junger Unternehmer in den verschiedenen Entwicklungsphasen zugeschnitten werden. Auch die Einführung eines Sparmodells zur Existenzgründung nach dem Vorbild der staatlichen Förderung des Bau- und Prämiensparens hält der DIHT für vorstellbar. Dieses könnte sogar an die Stelle des bestehenden Eigenkapitalhilfe-Programms treten.

Nicht in der Schaffung neuer Fördertatbestände, sondern vor allem im Abbau bestehender steuerlicher, sozialer und administrativer Belastungen sieht der DIHT einen Ansatzpunkt, um die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen wie die der Gesamtwirtschaft zu erhöhen. Denn angesichts des Zwangs zur Haushaltskonsolidierung seien die finanziellen Möglichkeiten der öffentlichen Hände gering.

Die Bundesregierung hat gestern in den „aktuellen Beiträgen zur Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik" einen Überblick über ihre Maßnahmen zur Förderung von Existenzgründungen gegeben. Sie sieht „in der gezielten Ermutigung von Existenzgründungen sowie in einer Steigerung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Klein- und Mittelunternehmen Schwerpunktaufgaben ihrer Mittelstands- und Wachtumspolitik", heißt es darin.

EUROPÄISCHE WERFTINDUSTRIE

Durch Zusammenarbeit die Produktivität verbessern

WILHELM HADLER, Brüssel

Verstärkte Anpassungsbemühungen der europäischen Werften an die internationalen Wettbewerbsbedingungen hält die Brüsseler Kommission für nötig. In einem Bericht mit dem Titel „Orientierungen für die Umstrukturierung im Schiffbausektor" empfiehlt sie den EG-Regierungen jedoch weniger einen weiteren Kapazitätsabbau als gezielte öffentliche Hilfen zur Modernisierung der Werften.

Im großen und ganzen sei die Umstrukturierung vor allem in qualitativer Hinsicht in der Gemeinschaft bisher noch unzureichend, heißt es in dem Bericht. Wegen der strategischen Notwendigkeit eines ausreichenden Produktionspotentials und der sozialen und regionalen Schwierigkeiten, die Betriebsstillegungen mit sich brächten, müßte jedoch „bestimmten Grenzen" beim Kapazitätsabbau Rechnung getragen werden. Auch wenn der Kapazitätsabbau indes in der gegenwärtigen Lage keine vorrangige Rolle mehr spiele „wäre es doch nicht zweckmäßig alle Gemeinschaftswerften in ihrer jetzigen Größe durch beträchtliche Produktionsbeihilfen aufrecht zu erhalten". Vielmehr gelte es der europäischen Industrie durch die Ausstattung mit modernen und lebensfähigen Produktionsanlagen die Rückkehr zu einer „echten Wettbewerbsfähigkeit" zu erleichtern.

Eine Verbesserung der Produktivität läßt sich nach Ansicht der EG-Behörde in der gegenwärtigen „Nachfragekrise" weniger durch eine Steigerung der Produktion der bestehenden Werften erreichen als durch Kosteneinsparungen und ein Angebot qualitativ höherwertiger Produkte. Dies seien die wichtigsten Bedingungen.

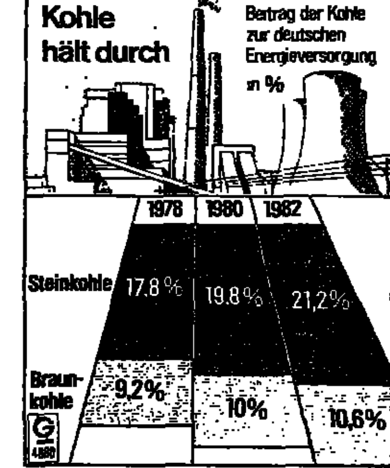
Die erforderliche Spezialisierung und Arbeitsteilung sind nach Meinung der Kommission gegenwärtig wegen der vergleichsweise geringen Betriebsgrößen in Europa nur durch Unternehmenszusammenarbeit zu verwirklichen. Auch auf dem Gebiet von Forschung und Entwicklung sollten Arbeiten größeren Ausmaßes künftig gemeinsam durchgeführt werden. Notwendig sei auch eine stärkere Standardisierung von Bauteilen und -verfahren. Auf diese Weise könnten sich die Werften in der Gemeinschaft nach dem Vorbild ihrer asiatischen Konkurrenz stärker an Sammelbestellungen der Reeder beteiligen. Die Kommission erklärt sich bereit die für derartige Investitionen erforderlichen staatlichen Beihilfen zu genehmigen, da sie den europäischen Werften zur Wiedererlangung der Wettbewerbsfähigkeit helfen und diese in die Lage versetzen würden später ohne Beihilfen auszukommen.

Bis zur Wiederherstellung des Gleichgewichts auf dem internationalen Schiffbaumarkt muß nach Meinung der Brüsseler Experten allerdings „ohne Zweifel das Ende der achtziger Jahre" abgewartet werden. Es bestehe die Gefahr, daß der gegenwärtige Kapazitätsüberhang, der doppelt so groß wie die gesamten Produktionsmöglichkeiten der Gemeinschaft seien, zusätzlich durch ungünstige Nachfrageveränderungen belastet würde, da die asiatischen Werften sich zunehmend auf technisch hochentwickelte Schiffe konzentrierten.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

EG-Inflationsrate

Brüssel (dpa/VWD) – Die Inflationsrate in der Europäischen Gemeinschaft ist nach Angaben des Statistischen Amtes der EG in den letzten zwölf Monaten (jeweils März) erheblich geringer geworden. Am erfolgreichsten war die Inflationsbekämpfung in Großbritannien. Hier konnte die Rate auf 5,3 (11) Prozent gedrückt werden. In den Niederlanden ging sie auf 3,5 (7,1) Prozent und in der Bundesrepublik auf 3,7 (5,8) Prozent zurück. In diesem Zeitraum hatten nur noch Italien mit 16 (17,1), Irland mit 12,5 (18,9) und Griechenland mit 21,5 (19,5) Prozent eine Steigerungsrate von über zehn Prozent. In Frankreich gingen die Preissteigerungen von 13,9 auf 9,2 und in Dänemark von 11,8 auf 8,8 zurück. Von den „reicheren" EG-Ländern haben nur Luxemburg mit 9,5 statt 9,1 und Belgien mit 8,7 statt 7,6 die Inflation noch nicht in den Griff bekommen.



Die Steinkohle hat – wie die Braunkohle – auch 1982 ihren Marktanteil wieder ausdehnen können. Dies obwohl einer der Hauptabnehmer, die Eisen- und Stahlindustrie, in einer Krise steckt. Einen gewissen Ausgleich schaffte die Stromwirtschaft, die mehr Steinkohle einsetzte. Die Absatzsorgen sind allerdings nicht beseitigt.

QUELLE: GLOBUS

VDMA: Weniger Aufträge

Frankfurt (dpa/VWD) – Im bundesdeutschen Maschinenbau lag der Auftragseingang im Februar preisbereinigt um elf Prozent niedriger als im Vorjahresmonat. Beim Inlandsgeschäft waren es nach Angaben des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) in Frankfurt minus 16 Prozent und beim Auslandsgeschäft minus acht Prozent. Damit habe sich das Vorziehen von Aufträgen im vergangenen Dezember wegen der zum Jahresende 1982 auslaufenden Investitionszulage jetzt voll ausgewirkt. Die Zahl der Kurzarbeiter lag bei 178 000 gegenüber 81 000 im Februar 1982.

Privatisierungsbörse

Bonn (HH) – Eine bundesweit wirksame „Privatisierungsbörse" will der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) gründen. Damit will die Dachorganisation der Industrie- und Handelskammern die bisherigen Bemühungen von Bund, Ländern und Gemeinden zur Verlagerung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen auf private Unternehmen und Selbständige unterstützen.

Rekord-Aktienemissionen

Fort Lauderdale (VWD) – Aktienemissionen mit einem Rekordvolumen waren im ersten Quartal in den USA zu verzeichnen. In den drei Monaten nahmen 109 Unternehmen mit der Ausgabe junger Aktien insgesamt neue Mittel von 2,283 Milliarden Dollar auf. Das bisher höchste Quartalsergebnis war 1981 mit einer Mittelaufnahme von 1,26 Milliarden Dollar verzeichnet worden. Allein im März boten 49 Gesellschaften junge Aktien im Gesamtwert von 1,53 Milliarden Dollar an. 1983 dürfte insgesamt ein neues Rekordjahr für Aktienemissionen werden.

Wachstum in der Türkei

Ankara (dpa/VWD) – Die Türkei erzielte 1982 ein Wirtschaftswachstum von 4,6 Prozent. Damit wuchs die türkische Volkswirtschaft sogar etwas schneller als die geplante Rate von 4,4 Prozent, berichtete das Staatliche Institut für Statistik. Trotz dieses beachtlichen Wachstums ging das Pro-Kopf-Einkommen um 143 Dollar auf 1148 Dollar (2788 DM) zurück. Im laufenden Jahr strebt die Regierung eine Wachstumsrate von 4,8 Prozent an.

Thailand: Weltbank-Kredit

Washington (VWD) – Einen Kredit über 175,5 Millionen Dollar stellt die Weltbank Thailand zur Verfügung. Mit dem Kredit soll die thailändische Regierung in die Lage versetzt werden, ihre Auslandsverbindlichkeiten abzudecken, während im Lande ein umfassendes Programm zur Strukturbereinigung der Wirtschaft durchgeführt wird. Ein ähnlicher Kredit über 150 Millionen Dollar war Thailand im März 1982 von der Weltbank zur Verfügung gestellt worden.

ERDGAS / Die Abhängigkeit von Importen nimmt zu

Kartell ähnlich der Opec?

WILHELM FURLER, London

Mitte der neunziger Jahre könnten Europa und die USA einem Kartell erdgasproduzierender Länder ähnlich dem der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) weitgehend ausgeliefert sein. Das befürchtet die Londoner Brokerfirma Grieveson, Grant in ihrem jüngsten „Welt-Gas-Überblick".

Darin schätzt das Brokerhaus, daß die Gas-Exporte von gegenwärtig rund zehn Prozent der Weltproduktion bis zum Ende des Jahrhunderts auf 20 Prozent steigen könnten. Gleichzeitig dürfte die Erdgas-Förderung in Europa und in den USA fallen. Damit, so Grieveson, Grant, wird es immer wahrscheinlicher, daß die westeuropäischen Länder Mitte des nächsten Jahrzehnts bereits 50 Prozent ihres Jahresverbrauchs an Erdgas importieren müssen.

Aufgrund des sich verändernden Produktionsgefüges dürften dem Überblick zufolge Mitte der neunziger Jahre bereits 75 Prozent der Welt-Erdgas-Exporte aus den Ländern der Dritten Welt stammen. Zwar hätten die Tatsache, daß es noch keinen wirklichen Weltmarkt für Erdgas gibt sowie die von der US-Administration kürzlich aufgegebene Festsetzung der inländischen Gaspreise die Märkte für Erdgas weltweit unter Druck gesetzt. Aber Grieveson, Grant zufolge würden mit wachsendem Anteil von Erdgas am Gesamt-Energieverbrauch die Preise für diesen Energieträger stärker steigen.

Wie der Gas-Experte des Brokerhauses gegenüber der WELT erklärte, seien allerdings nahezu alle Gasproduzenten derzeit daran interessiert, die Gaspreise noch fester an die für Rohöl zu binden.

Seinen Schätzungen zufolge dürfte die am Markt absetzbare weltweite Produktion von Erdgas zwischen heute und 1985 von 1,6 Billionen (1600 Milliarden) Kubikmeter auf 1,8 Billionen steigen und bis zum Ende dieses Jahrhunderts 2,55 Billionen Kubikmeter erreicht haben. Innerhalb nur weniger Jahre würde die Sowjetunion, die mit 40 Prozent die größten Gasreserven besitzt, die USA als führenden Erdgas-Produzenten ablösen.

FRANKREICH / 1,3 Millionen Franzosen sollen von Auslandsreise abgehalten werden

Devisenkontrolle teilweise gelockert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die von der französischen Regierung am 25. März im Rahmen ihres neuen Austerity-Plans beschlossene rigorose Verschärfung der Devisenbestimmungen für Auslandsreisen sind inzwischen gelockert worden. Sie sollen nach amtlichen Schätzungen aber doch noch etwa 1,3 Millionen Franzosen davon abhalten, die von ihnen für dieses Jahr geplante Auslandsreise anzutreten.

Grundsätzlich dürfen die Franzosen (und andere Deviseninländer) bis Ende dieses Jahres nur 2000 Franc je Person (für Kinder unter 10 Jahren 1000 Franc) in Reisedevisen bei französischen Banken umtauschen. Die umgetauschten und nach der Rückreise wieder zurückgetauschten Devisen sind in ein „Carnet de Change" einzutragen. Diese Devisenhefte müssen aber erst noch gedruckt werden.

Außerdem dürfen pro Auslandsreise und pro Person (auch für Kinder unter 10 Jahren) 1000 Franc in französischen Zahlungsmitteln über die Grenze mitgenommen werden. Dieses Kontingent erhöht sich auf 3000 Franc für die unter 25jährigen, welche die Auslandsreise aus fremdsprachlichen Gründen durchführen wollen.

Geschäftsreisende werden von den Devisenbeschränkungen praktisch freigestellt. Ihnen stehen 1000 Franc täglich an Devisen zu. Außerdem dürfen sie ihre Kreditkarte im Ausland unbeschränkt verwenden, allerdings nur zu Lasten des Arbeitgebers. Das gleiche gilt für die Teilnahme an ausländischen Kongressen bis zum Höchstbetrag von 5000 Franc. Für künstlerische und sportliche Aktivitäten im Ausland sind zusätzliche Devisen nur durch Sondergenehmigungen zu erhalten.

Eine wichtige Ausnahmeregelung wurde jetzt für Gruppenreisen ins Ausland erlassen, welche vor dem 24. März bei einer französischen oder ausländischen Reiseagentur gebucht und angezahlt worden waren. Deren Restbetrag kann – unabhängig von der Höhe der Anzahlung – bis zum Antritt der Reise ohne Rückgriff auf das normale Devisenkontingent in Franc beglichen werden. Diese Gruppe privilegierter Gruppenreisender kann sogar wie früher bis zu 5000 Franc pro Person an Devisen mitnehmen. Inwieweit diese Gruppenreisen tatsächlich durchgeführt werden können, ist noch unklar. Nach Angaben der Veranstalter sind die dafür erforderlichen Mindestbeteiligungen in den meisten Fällen nicht gesichert.

Die Branche verhandelt gegenwärtig mit den Behörden über eine weitere Lockerung der Devisenbestimmungen, andernfalls sei sie zu Entlassungen gezwungen. Es geht dabei vor allem um die zahlreichen Franzosen, die unmittelbar nach Bekanntgabe der neuen Regelung aber vor der Veröffentlichung aller Durchführungsbestimmungen schnell noch eine Gruppenreise gebucht haben. Im Tourismusgewerbe fragt man sich, ob in diesem Sommer nicht zahlreiche Ausländer von ihrer Frankreich-Reise deshalb Abstand nehmen könnten, weil sie befürchten, hier keine Unterkunft mehr zu finden. Um derartigen Überlegungen entgegenzuwirken, hat die Regierung angekündigt, daß für die Franzosen, die jetzt im Lande bleiben müssen, Staatswälder und Militärterrains als Camping- und Caravanplätze hergerichtet werden sollen.

US-AUSLANDSINVESTITIONEN / Mittel fehlen

Engagement geht zurück

H.-A. SIEBERT, Washington

Die ausländischen Tochtergesellschaften US-amerikanischer Unternehmen halten sich auch in diesem Jahr mit Investitionen zurück. Nach einer jetzt veröffentlichten Umfrage des Handelsministeriums in Washington steigen sie im günstigsten Fall von 41,6 (1982) auf 41,8 Milliarden Dollar. Das sind nominal magere 0,5 Prozent. Da die Inflationsrate in den meisten Ländern noch sehr hoch ist, sinken die preisbereinigten Kapitalaufwendungen zum Teil erheblich. In den USA selbst soll das Minus 1983 real 3,8 Prozent betragen.

Das Ministerium führt die Unlust der US-Unternehmen (mindestens Mehrheitsbeteiligung) auf die gedämpfte Weltkonjunktur, den Mangel an flüssigen Mitteln und die hohen Zinsen zurück. 1981 erreichten die Direktinvestitionen im Ausland 43,7 und ein Jahr zuvor 42,4 Milliarden Dollar. Am stärksten wuchs das US-Engagement 1979 und 1980, als das nominal Plus 25 und 30 Prozent ausmachte. Mit etwa einjähriger Verzögerung folgten die Investitionen mithin dem Konjunkturverlauf.

Nach den letzten Plänen der Unternehmen fließen 29,1 (1982: 28,8) Milliarden Dollar – das sind 70 Prozent des Gesamtbetrages – in die anderen Industriestaaten. Die EG erhält 15,6 (14,8) Milliarden Dollar. *Mit 3,3 (3,0) Milliarden Dollar liegt* die Zunahme in der Bundesrepublik Deutschland weit über dem Durchschnitt. Im vergangenen Jahr und 1981 hatten die deutschen US-Töchter einen Rückgang der Investitionen um 11,8 und 12,8 Prozent hinnehmen müssen. Von 1977 bis 1983 addieren sich die zusätzlichen Investitionen in der Bundesrepublik auf 21,6 Milliarden Dollar.

Wie üblich erhält jedoch Großbritannien wieder das größte Stück vom amerikanischen Investitionskuchen, und zwar 6,8 (6,9) Milliarden Dollar. Frankreich muß sich mit 2 (1,5) und die anderen EG-Länder mit 3,6 (3,2) Milliarden Dollar zufriedengeben. Nach Kanada pumpen die US-Muttergesellschaften – abzüglich der Reinvestitionen – 7,4 (7,3), nach Japan 0,8 (0,9) sowie nach Australien, Neuseeland und Südafrika 2,0 (2,2) Milliarden Dollar.

Für die Dritte Welt werden insgesamt 11,8 (11,3) Milliarden Dollar bereitgestellt. Davon fließen nach Lateinamerika 5,2 (5,2), in das übrige Afrika 1,7 (1,9), in den Nahen und Mittleren Osten 0,6 (0,7) sowie in den asiatischen und pazifischen Raum 4,2 (3,5) Milliarden Dollar. Das US-Engagement in den Mitgliedsstaaten des Erdöl-Exportkartells Opec erhöht sich um 3,2 (2,9) Milliarden Dollar.

Die amerikanische Mineralölindustrie reduziert ihre Direktinvestitionen im Ausland um drei Prozent auf 17,2 Milliarden Dollar, verglichen mit einem Minus von 13 Prozent 1982. Als Gründe werden die Fertigstellung verschiedener großer Projekte und die schwache Autonachfrage genannt. Weiterverarbeitende US-Unternehmen steigern dagegen ihr Auslandsengagement 1983 um drei Prozent oder 17,2 Milliarden Dollar, während Handelsgesellschaften vier Milliarden Dollar (plus elf Prozent) zulegen. Hier handelt es sich in der Hauptsache um Computerfirmen.

OPTIONSHANDEL / Geänderte Regeln

Geschäft wird erleichtert

C. DERTINGER, Frankfurt

Im Optionshandel an den deutschen Wertpapierbörsen sind gestern neue Regeln in Kraft getreten, die das Optionsgeschäft transparenter machen und die Übertragung von Optionen erleichtern sollen.

Die erste Neuregelung betrifft die Basispreise, die sich bisher eng an die amtlichen Kurse der Optionspapiere anlehnten. Von jetzt an gibt es festgelegte Preisstaffeln. Bei Kursen der Optionspapiere bis einschließlich 30 DM kann nur ein Basispreis von 2,50 oder einem Vielfachen davon gewählt werden. Bei Kursen über 30 DM bis einschließlich 100 DM beginnt die Staffel mit 35 DM und setzt sich mit durch fünf teilbaren Beträgen fort. Bei Kursen über 100 DM stehen Basispreise, beginnend mit 110 DM oder entsprechend höhere, durch zehn teilbare Beträge zur Wahl.

So würden zum Beispiel beim Kassakurs eines Optionspapieres von 82 DM als Basispreis für das Optionsgeschäft entweder 80 DM oder 85 DM in Betracht kommen. Der nach diesen Staffeln gewählte Optionspreis muß schon im Auftrag zum Abschluß eines Optionsgeschäfts angegeben werden.

Die zweite Neuerung betrifft die Verfalltermine. Bisher gab es 36 Termine für die auf zwei, drei oder sechs Monate befristeten Optionen. Künftig gibt es ein System fester Verfalltermine. Die Laufzeiten können nur noch am 15. Januar, 15. April, 15. Juli und 15. Oktober enden. Als Fälligkeitstermin kann jeweils einer der drei nächsten nach dem Abschlußquartal liegenden Termine bestimmt werden. Das bedeutet in der Praxis Laufzeiten zwischen einem halben und neuneinhalb Monaten.

IRAN / Mittelost-Verein sieht Belebung des Handels

Günstig für Investitionen

dpa/VWD, Frankfurt

Erfolgversprechende Möglichkeiten für deutsche Firmen sieht der Nah- und Mittelost-Verein (Hamburg) im Rahmen dez iranischen Haushaltsplanes für 1983/84 (21. März 1983 bis 20. März 1984). Nach einer in Frankfurt vorgestellten Analyse genießt der Agrarsektor im Budget weiterhin Priorität. In dem Haushaltsplan, der um 13 Prozent erhöhte Gesamtausgaben von rund 42,5 Mrd. US-Dollar (gut 103 Mrd. DM) sowie um 15 Prozent höhere Gesamteinnahmen von 35 Mrd. Dollar vorsieht, liegen die für den Agrarbereich vorgesehenen Mittel mit 1,1 Mrd. Dollar um rund 80 Prozent über dem Vorjahresniveau. Sie sollen vornehmlich für landwirtschaftliche Verarbeitungsprojekte verwendet werden.

Im Industriebereich will Teheran dem Bericht zufolge die langsam steigende Entwicklung kräftig stützen. Die Vergabe von Industrielizenzen zeige deutliche Aufwärtstendenz. In die Schwerindustrie beabsichtige die Regierung innerhalb der nächsten fünf Jahre 2 Mrd. Dollar zu investieren. Große Anstrengungen erwartet der Verein auch im Energiesektor. Hier sollen innerhalb der nächsten zehn Jahre zwölf Kraftwerke mit 10 000 Megawatt Gesamtkapazität erstellt werden.

Eine Belebung des Handels mit der Bundesrepublik erwartet der Mittelost-Verein hinsichtlich der Neuüberdenkung der Hermes-Deckung. Hermes versichert unter anderem seit Jahresanfang Einzelgeschäfte ohne Zeitbegrenzung bis zu 8 Mill. DM. Während der letzten Wochen des alten Jahres gab es in Teheran eine Vielzahl ausländischer Firmen, die aus noch unausgenutzten Budgetteilen öffentlicher Stellen beachtliche Verträge abschließen konnten.

Btx-Gebühren zum Ortstarif

Rei. Bonn

Im Bundespostministerium wird zur Zeit überlegt, wie die Folgen der Verschiebung der Einführung von Bildschirmtext (Btx) nach dem Europa-Standard für die Teilnehmer gemildert werden können. Am Startbeginn des neuen Fernmeldedienstes zur Funkausstellung in Berlin am 1. September wird festgehalten. Die Technik wird bis auf wenige Abweichungen derjenigen entsprechen, die sonst erst mit Hilfe des IBM-Computersystems vom zweiten Quartal 1984 an angeboten werden kann. Die Post kann jeden Teilnehmer aus dem Bundesgebiet an Btx anschließen, muß nur Berlin sozusagen als Zentrale installieren. Das würde jedoch bedeuten, daß für die Teilnehmer bei der Nutzung Ferngesprächsgebühren anfallen, im Gegensatz zu den niedrigen Ortsgebühren zur nächsten regionalen oder gar lokalen Computerstelle.

Um die Btx-Teilnehmer davor zu bewahren, wird überlegt, Btx-Nutzer in einem Raum zusammenzuschließen, ihre Anrufe über noch einzubauende Konzentratoren laufen zu lassen und sie dann über Datenleitung nach Berlin zu übertragen. In diesem Falle würden nur die Ortsgebühren fällig.

In der Vergangenheit war auch mehrfach Kritik an dem Gefüge der Speicher- und Verkehrsgebühren laut geworden. Einige Wirtschaftszweige halten sie für zu hoch und den Zeitpunkt ihrer Einführung – 1985 zur Hälfte – für zu früh.

GRIECHENLAND / Landesweite Streikwelle

Gegen Regierung gerichtet

E. ANTONAROS, Athen

Mit einer Streikwelle von bisher ungewöhnlichen Dimensionen wird Griechenlands sozialistische Regierung in dieser Woche konfrontiert. Lehrer und Steuerbeamte, Taxi- und Busfahrer, Telefonistinnen und Arbeiter wollen aus Protest gegen die Regierungspolitik in verschiedenen Bereichen die Arbeit niederlegen.

Am Montag streikten die Telefonistinnen in allen griechischen Postämtern, weil sie bessere Bezüge und „menschlichere" Arbeitsbedingungen verlangen. Heute wollen Athens schätzungsweise 16 000 Taxifahrer keine Fahrgäste mehr befördern, weil sie mit der Steuerpolitik des Athener Kabinetts nicht einverstanden sind. Auch die Fahrer der öffentlichen Verkehrsmittel wollen sich von morgen an für ein paar Stunden täglich nicht hinters Steuer setzen. Ebenfalls planen die Hauptschullehrer einen Streik, der möglicherweise bis zum griechisch-orthodoxen Osterfest am 8. Mai andauern könnte.

Zur Tagesordnung gehören ferner die Streiks des Personals der staatlichen Fluggesellschaft „Olympic Airways". Weil die streiklustigen Piloten, Bordingenieure und Stewardessen ihre Streikpläne in der Regel nur sehr kurzfristig mitteilen, werden die Reisepläne von Zehntausenden von Griechen und Ausländern durcheinandergebracht.

Doch den empfindlichsten Nerv der Athener Sozialisten trifft der schon seit acht Wochen anhaltende Streik der griechischen Steuerbeamten: Während Mitte Februar die Fristen zur Einreichung der Steuererklärungen für das Fiskaljahr 1982 abliefen, gingen Tausende von Steuerbeamten in den Ausstand, weil sie mit einem Gesetzentwurf des Athener Finanzministeriums nicht einverstanden sind. Bisher ist es den Politikern nicht gelungen, die Beamten an ihre Schreibtische zurückzuholen. Eine Athener Zeitung hat inzwischen errechnet, daß durch diesen Streik der griechischen Staatskasse täglich ein Betrag von umgerechnet 28 Millionen Mark an Steuereinnahmen verlorengeht.

Während die meisten Berufsgruppen, die in den Streik gehen, verschiedene nichtfinanzielle Forderungen in den Vordergrund stellen, geht es im Grunde genommen bei fast allen Streiks ums Geld. Zahlreiche Teilgewerkschaften, teilweise auch einige von den Sozialisten kontrollierte, sind ganz und gar nicht mit der sehr restriktiven Einkommenspolitik des Athener Kabinetts einverstanden. Erst am 1. Mai soll nämlich im Zuge dieser Politik ein Lohnausgleich ausgezahlt werden, der den Kaufkraftverlust der Drachme in den letzten sechs Monaten knapp zu einem Drittel abdeckt.

Bisher hat sich das Athener Kabinett allerdings kompromißlos gezeigt und keiner einzigen Berufsgruppe zusätzliche Gehaltserhöhungen zugestanden. Darüber hinaus mußten Privatunternehmen, die eigenmächtig solche Erhöhungen zubilligten, sie wieder auf Drängen der Behörden zurücknehmen. Die Regierung profitiert von der weichen Haltung des Gewerkschaftsbundes GSEE, dessen Spitze von den Sozialisten kontrolliert wird. (SAD)

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: „Classen GmbH, Stuck-Putz-Akustikbau", Eschweiler; **Bad Homburg:** Nachl. d. Joseph Thomas Hett, Bad Homburg v. d. Höhe; **Bamberg:** Hans Karl Ruff, Maschinenbaumeister; **Berlin:** Manfred Bach; **Delmenhorst:** August Ohlenbusch, Ganderkesee; **Detmold:** Tappe GmbH – Säge- u. Robelwerk-Holzhandlung – Mittellagen; **Duisburg:** Gerbhaut Handelsges. mbH + Co. KG, Mülheim (Ruhr); Nachl. d. Dieter Krzystalla; Duisburger Rohrleitungsbau Lahrmann & Co. KG; **Essen:** Herbert Schröder, Reinigungsmeister; Endemann GmbH; **Kassel:** Plan Haus ph Bauträgerges. mbH; **Köln:** FDS-Fleischwaren GmbH; Gisela Weyer, **Springe:** Hugo Holzhauer.

Vergleich eröffnet: Flensburg: 1) Paul Jessen Handelsges. mbH & Co. KG Holzimporte u. Holzgroßhandel; 2) Paul Jessen Handelsges. mbH & Co. KG Holzimporte u. Holzgroßhandel, Hamburg; 3) Paul Jessen Handelsges. mbH & Co. KG Holzimporte u. Holzgroßhandel, Bremen; 4) Paul Jessen Handelsges. mbH & Co. KG Holzimporte u. Holzgroßhandel, Hannover; 5) Paul Jessen Handelsges. mbH & Co. KG Holzimporte u. Holzgroßhandel, Ratingen; 6) Paul Jessen Handelsges. mbH & Co. KG, Frankfurt.

Vergleich beantragt: Gießen: BS Baustoff Seibert GmbH & Co. Eisen – Keramik, Reiskirchen; Baustoff Seibert GmbH, Reiskirchen; **Stuttgart:** Anton Busz, Ingenieur, Inh. e. Einzelhandelsgeschäfts, Radio-, Fernseh- u. Elektrogeräte, Renningen; **Wuppertal:** PBM Stahlbau GmbH, Velbert.

POLEN / Nach neuem Gesetz können auch Staatsfirmen Bankrott machen

Manager strafrechtlich verantwortlich

JOACHIM W. GÖRLICH, Bonn

Nach Angaben der Warschauer Tageszeitung „Zycie Warszawy" wird demnächst dem polnischen Sejm (Reichstag) ein Gesetz vorgelegt, wonach zum ersten Mal in der Geschichte des Comecons ein Staatsunternehmen offiziell Konkurs anmelden darf. Das Gesetz sei um so notwendiger geworden, da eine stattliche Zahl von staatlichen Kleinbetrieben praktisch vor dem Konkurs steht und bereits um die Jahreswende der erste polnische Staatskonzern im Bauwesen inoffiziell Pleite gemacht hat. Der Gesetzentwurf befaßt sich jedoch nicht ausschließlich mit dem Konkurs, sondern ebenfalls mit Sanierungen von Betrieben, die in rote Zahlen geraten sind.

Nach den neuen Vorschriften sind sowohl der Direktor des Unternehmens, als auch die zuständige Bank und die staatlichen Kontrollorgane verpflichtet, „rotes Licht" zu geben, wenn der Betrieb in Schwierigkeiten gerät. Der „Mitarbeiterrat", eine Art Beirat, muß innerhalb von 14 Tagen Stellung nehmen, ob das Unternehmen noch zu sanieren ist oder Konkurs anmelden muß. Dieser „Mitarbeiterrat" kann eine Kommission berufen, die entscheidet, ob der Betrieb weiterzuführen ist oder nicht. Schließlich wird eine „Kommissarische Verwaltung" einberufen, die entweder das Sanierungsprogramm überwacht oder das Konkursverfahren einleitet. Die Arbeitnehmer erhalten – mit Vorbehalt – „im Rahmen der ordentlichen Kündigung" ihre Löhne weiter.

Der Direktor und die Selbstverwaltung des Betriebes zeichnen für den Konkurs verantwortlich, das heißt, daß der Direktor nicht nur strafrechtlich und finanziell zur Verantwortung gezogen werden kann und außerdem für fünf Jahre keine leitende Stellung mehr in der Staatswirtschaft erhält. Mitglieder der „Arbeiterselbstverwaltung" dürfen für fünf Jahre nicht mehr in ein solches Organ gewählt werden. Nur wenn das Gericht feststellt, daß der Betrieb ohne Verschulden von Direktor und „Arbeiterselbstverwaltung" in Schwierigkeiten geriet, sind keine Strafen und Disziplinarmaßnahmen vorgesehen. Aus der Gesetzesvorlage geht jedoch eindeutig eines hervor: Die polnische Verfassung garantiert zwar jedermann (theoretisch) eine Arbeit, doch sieht das Gesetzesprojekt bei Konkurs auch ein „persönliches Risiko" für die betroffenen Arbeitnehmer vor.

Für das Management kehren quasi die vierziger und fünfziger Jahre zurück, wo es stets mit einem Bein im Gefängnis stand und bei Fehlentscheidungen von Gerichten mit Freiheitsstrafen wegen „Wirtschaftsverbrechen" belegt wurde. So kam es, daß fähige Leute oft von vorneherein leitende Posten in der Wirtschaft ablehnten.

Für die Arbeitnehmer kann der Konkurs bedeuten, daß sie ohne Arbeitslosenhilfe auf der Straße stehen. Und sollte dies mehr als drei Monate der Fall sein, so kann dann auf sie das „Bummelantengesetz" angewendet werden. Dies wiederum sieht eine unbezahlte Zwangs-„Arbeitsverpflichtung" vor.

ÖL- UND GASEXPLORATION / Bald zwei von drei Tonnen Öl aus dem Meer

Fördertechnik wird ständig verbessert

HANS BAUMANN, Essen

Etwa ein Fünftel der Weltölproduktion und 5 Prozent des Erdgasangebotes werden zur Zeit aus Feldern unter den Meeresböden gefördert. Schätzungen der Deutschen Shell AG in einer Untersuchung über Öl und Gas aus dem Meer über künftige potentielle Ölfunde lassen sich grob in drei Kategorien aufteilen:

1. Ein Drittel der Reserven wird künftig auf dem Festland erschlossen.
2. Ein Drittel wird aus dem Festlandsockel stammen – also in Wassertiefen bis 200 Meter.
3. Ein Drittel der Ölausbente wird aus größeren Meerestiefen und aus Polarregionen stammen.

Das heißt: Von drei Tonnen Rohöl, die künftig benötigt werden, stammen zwei aus dem Meeresboden. Das setzt allerdings voraus, daß die Entdeckung neuer Ölreserven unter dem Meeresboden künftig doppelt so hoch sein muß wie auf dem Festland.

Bei der Ölsuche werden normalerweise die größten Felder zuerst entdeckt. So verteilen sich nach der Shell-Studie nicht weniger als 50 Prozent der sicheren Weltreserven auf nur 33 Ölfelder. Bei diesen großen Mengen handelt es sich in der Regel um Öl, das mit relativ einfachen technischen Mitteln gewonnen werden kann. Der Vorstoß in größere Tiefen, in entlegene und klimatisch schwierige Regionen und dazu noch in kleinere Felder birgt nicht nur technische Probleme, sondern auch wirtschaftliche: die Kosten steigen rapide.

Die Hälfte aller Sedimentbekken, in denen Öl vermutet wird, befindet sich unter dem Meeresboden. Hier bieten sich der Ölsuche noch erhebliche Chancen. Zur Zeit konzentriert sich die Exploration auf den Golf von Mexiko, auf die Nordsee, den Arabischen Golf, die Seegebiete vor Westafrika und Brasilien sowie auf das Südchinesische Meer. So wurde bei Shell die Hälfte aller Aufschlußbohrungen außerhalb der Vereinigten Staaten und Kanadas 1982 auf See durchgeführt.

Die Fördertechnik im Meer wird ständig verbessert. Seismische Messungen sind im Meer häufig weniger aufwendig, dafür aber kann eine Offshore-Aufschlußbohrung rund neun Millionen Dollar kosten – das Fünffache für die gleiche Arbeit an Land. Der Einsatz von Computern bei der Ölsuche hat die Erfolgsrate deutlich verbessert.

Noch vor wenigen Jahren galten Wassertiefen von mehr als 200 Metern als kaum überwindbar. Heute wird mit höchst kompliziertem Gerät schon Tiefen von 1800 Metern gebohrt. Aber auf der ganzen Welt gibt es nicht mehr als zwanzig solcher Anlagen. In der Ölindustrie wird inzwischen an Anlagen gearbeitet, die direkt auf dem Meeresboden stationiert sind, einschließlich der Unterkünfte für die Mannschaften. Die Grenze der Meerestiefe für konventionelle feststehende Förderplattformen wurde bis jetzt allerdings noch nicht erreicht. Selbst in der unwirtlichen Nordsee werden bereits Plattformen aus Stahl und Beton eingesetzt, die in Wassertiefen bis zu 180 Meter reichen.

Noch vor zehn Jahren bedeutete die Suche nach Öl etwa in der Nordsee für die Ölindustrie den Schritt in neue finanzielle Dimensionen. Nach heutigen Maßstäben aber liegt dieser Kapitalaufwand jedoch nur noch im mittleren Größenbereich. Bisher hat Shell im britischen Teil der Nordsee bereits über 5 Mrd. Dollar investiert. Man rechnet mit 8 Mrd. Dollar bis 1986. Falls Großbritannien auch über die späten achtziger Jahre hinaus von Ölimporten unabhängig bleiben will, müssen in den nächsten 20 Jahren 80 bis 100 kleine Felder bewertet und entwickelt werden. Um diese Reserven zu erschließen, werden weitere 500 Aufschlußbohrungen erforderlich, von denen jede einzelne 8 Mill. Dollar kosten wird. Mehr als 50 Mrd. Dollar können für diese Aufgabe in den kommenden 15 Jahren erforderlich werden, meint Shell. Zudem werden dreimal soviele Ingenieure und sonstige Techniker benötigt, als zur Zeit in der Nordsee beschäftigt werden.

Robeco für 1983 weiter zuversichtlich

Py, Düsseldorf

Der weltweit in Aktien anlegende niederländische Investmentfonds Robeco N. V. ist auch für 1983 zuversichtlich. Sinkende Zinsen, geringere Teuerungsraten, abflachende Lohnkosten-Steigerungen und damit höhere Unternehmensgewinne seien „Wegbereiter für eine wirtschaftliche Erholung". Die Aktienkurse können davon nach Ansicht von Robeco kräftig profitieren.

Die erfolgreiche Anlagepolitik beschert den Aktionären für 1982 eine von 12,60 auf 13 hfl gestiegene Ausschüttung je 50-hfl-Aktie nach einem auf 264 (253) Mill. hfl gewachsenen Reingewinn. Die Zahl der ausgegebenen Aktien stieg auf 20,5 (20,3) Mill. Stück im Nominalwert von rund 1,03 (1,01) Mrd. hfl. Das Vermögen vor Gewinnteilung erhöhte sich um 11,6 Prozent auf 5,08 Mrd. hfl, der Wert pro Aktie einschließlich der 81er Dividende um 15,4 Prozent auf 247 hfl. Vom Gesamtvermögen sind 39 (39) Prozent in den USA, 21 (18) Prozent in den Niederlanden 14 (12) Prozent in Japan und 4,4 (4,1) in der Bundesrepublik angelegt.

Pfälzische Hypo insgesamt zufrieden

VWD, Ludwigshafen

Trotz eines erhöhten Abschreibungsbedarfs auf Zinsrückstände zeigt sich die Pfälzische Hypothekenbank AG, Ludwigshafen, für 1982 insgesamt zufrieden. Bei auf 61,0 (58,0) Mill. DM erhöhtem Zinsüberschuß hat sich das Jahresergebnis nochmals auf 22,5 (21,9) Mill. DM verbessert. Daraus sollen zusammen mit dem um 0,50 auf 2,50 DM erhöhten Bonus 12,50 (12,00) DM je Aktie auf das auf 25 (22,5) Mill. DM aufgestockte Grundkapital im Mehrheitsbesitz der Dresdner Bank gezahlt werden. Außerdem werden eine Kapitalberichtigung im gleichen Ausmaß auf 27,5 Mill. DM und ein neues genehmigtes Kapital von 5,0 Mill. DM der Hauptversammlung am 2. Mai vorgeschlagen.

Obwohl nach Meinung des Instituts, dessen Bilanzsumme um 11,1 Prozent auf 10,34 (9,31) Mrd. DM wuchs, die Baubelebung zu spät kam, konnten die Hypothekenzusagen 1982 auf fast 1105 (879,3) Mill. DM ausgedehnt werden. Zugenommen habe die Nachfrage nach Modernisierungsdarlehen und für andere Zwecke.

VEW-Energieabsatz leicht gesunken

dpa/VWD, Dortmund

Der Energieabsatz der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen (VEW) ist im Geschäftsjahr 1982 im Vergleich zu 1981 leicht zurückgegangen. Nach einer am Dienstag veröffentlichten Übersicht über den Geschäftsverlauf nahm der Stromabsatz um 1,5 Prozent, der Gasabsatz um 2,3 Prozent und der Absatz von Fernwärme um 7,5 Prozent ab. Insgesamt lieferten die VEW im Berichtszeitraum 21,6 Mrd. kWh Strom, 21,8 Mrd. kWh Gas und 1,6 Mrd. kWh Fernwärme.

Für den geringeren Energieabsatz waren die milde Witterung und die konjunkturelle Entwicklung verantwortlich. Darüber hinaus habe es in einigen Branchen Strukturprobleme gegeben. So sei in der Eisen- und Stahlindustrie der Stromabsatz um 6,2 Prozent, in der Chemischen Industrie sogar um 19 Prozent zurückgegangen. Die Kohle konnte bei den VEW 1982 ihren Spitzenplatz als Primärenergieträger ausbauen. Der Anteil des Kohlestroms, der 1981 noch 56 Prozent betragen hatte, lag 1982 bei 73 Prozent.

DISKONT UND KREDIT / Rekord-Betriebsergebnis

Tief im Luftfahrtgeschäft

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Über eigenes Erwarten gut habe sich bei der Diskont und Kredit AG, Düsseldorf, 1982 Geschäft und Ertrag entwickelt. Der Vorstand des in der objektbezogenen Investitionsfinanzierung durch Ratenkredite und Leasing tätigen Instituts spricht angesichts des auf 19,3 (10) Mill. DM fast verdoppelten Zinsüberschusses von einem „Rekord-Betriebsergebnis". Die Organmutter Dresdner Bank freilich erhält davon nur 1,4 (1,1) Mill. DM, was einer Dividende von 8 (6) Prozent auf 18 Mill. DM Aktienkapital entspricht.

Das Gros des Ertragsfortschritts wurde mit 6 (0,9) Mill. DM Wertberichtigungen und Rückstellungen zum Kreditgeschäft offen und obendrein auch noch still in die Vorsorge gesteckt. Insgesamt habe man fast viermal so hohe Wertberichtigungen wie im Durchschnitt der Vorjahre gebildet, gut die Hälfte davon wegen einiger Betrugsfälle, in denen die finanzierten Investitionsgüter beim notleidenden Kunden nicht mehr aufzufinden waren.

Trotz ansehnlicher Zuwachsraten im Ratenkredit (plus 10,6 Prozent), im Mobilien-Leasing (plus 10 Prozent) und in der Factoring-Umsatzfinanzierung (plus 13,5 Prozent) kam das Neugeschäft der Disko-Gruppe mit 1,09 (1,1) Mrd. DM nur knapp an die Vorjahreshöhe heran. Denn in der Flugzeug-Finanzierung (General Aviation) erlebte das Institut 1982 erstmals seit dem 2. Weltkrieg einen überdies kräftigen (und branchentypischen) Einbruch im Finanzierungsgeschäft für Geschäftsreiseflugzeuge. Hier mußten sich vom Disko-Bestand immerhin 15 Prozent der Halter (mit 23 Prozent des Finanzierungsvolumens dieser Sparte) aus wirtschaftlichen Gründen von ihren Maschinen trennen.

Mit „gedämpftem Optimismus" erwartet der Vorstand für 1983 eine „zufriedenstellende" Entwicklung von Geschäftsvolumen und Ertrag. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen seien besser geworden, wenngleich man wegen großer Kapazitätsreserven vieler Firmen vorerst noch nicht mit einem Investitionsboom rechnen könne.

Gildemeister noch in roten Zahlen

J. G. Düsseldorf

Einen neuen Betriebsverlust kündigt die zu den führenden Unternehmen der Branche zählende Werkzeugmaschinenfabrik Gildemeister AG, Bielefeld, für 1982 an. Seinen Ausgleich soll neben ao. Erträgen auch ein Griff in die Rücklagen besorgen (1981 noch 22,6 Mill. DM bei 40 Mill. DM Aktienkapital). Zwar erwartet der Vorstand für 1983, nachdem die Konzernbelegschaft 1982 beschleunigt um 11 (1) Prozent auf 2715 Mitarbeiter reduziert wurde, eine befriedigende Auslastung der „erheblich verringerten" Kapazitäten. Doch nach bislang neun dividendenlosen Jahren rechnet er mit der Rückkehr zu befriedigenden Betriebsergebnissen ab 1984.

Der Konzernumsatz ist 1982 um 15 Prozent auf 424 Mill. DM mit 60 (54) Prozent Exportanteil gesunken. Der Auftragseingang schrumpfte um 14 Prozent auf 430 Mill. DM mit noch 59 (67) Prozent Exportanteil. Der Auftragsbestand besserte sich leicht um 2 Prozent auf 289 Mill. DM. Die darin feststellbare jüngste Besserung der Inlandsnachfrage läßt den Vorstand jedoch noch keine Auflösung des langjährigen Investitionsstaus bei der Kundschaft vermuten.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Bankenunion zufrieden

Frankfurt (cd.) – Die Bankenunion, Frankfurt, hat im Geschäftsjahr 1981/82 aus Risikoüberlegungen auf eine Ausweitung des Geschäftsvolumens (292 Mill. DM) verzichtet. Bei leicht verbesserter Zinsmarge wurde, wie es im Geschäftsbericht heißt, ein zufriedenstellendes Jahresergebnis erwirtschaftet. Das gute Ergebnis im laufenden Geschäft (1,8 Mill. DM) habe eine ausreichende Risikovorsorge ermöglicht. Der Bilanzgewinn von 0,1 Mill. DM für das dividendenlose Geschäftsjahr wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Akzeptables Ergebnis

Essen (VWD) – Die Veba-Dienstleistungstochter Raab Karcher AG, Essen, übertraf 1982 mit ihrem Außenumsatz erstmals 10 Mrd. DM. Wie es in der Firmenzeitschrift heißt, wurde ungeachtet der widrigen Wirtschaftsbedingungen „ein akzeptables Ergebnis" erwirtschaftet. Mit Ausnahme von Heizöl (minus 3 Prozent) gab es in allen Bereichen des Unternehmens ein Umsatzplus, wobei die Sparten Wärme-Tank-Technik (plus 40 Prozent) und Holz (plus 19 Prozent) herausragten. Insgesamt betrug der Außenumsatz von Raab Karcher 10,2 Mrd. DM, zwei Prozent mehr als 1981. Schwerpunkte waren das Heizölgeschäft mit 3,8 Mrd. DM und der SB-Handel (Agros und Divi) mit 2,1 Mrd. DM. Ende 1982 waren 14 300 Mitarbeiter beschäftigt.

Wieder fünf Prozent

Nürnberg (VWD) – Die Ausschüttung einer unveränderten Dividende von fünf Prozent auf das Grundkapital von einer Mill. DM schlägt die Verwaltung der Brauhaus Amberg Aktiengesellschaft (Amberg) der Hauptversammlung am 17. Mai 1983 für das Geschäftsjahr 1981/82 vor.

Dividende gekürzt

Walluf (VWD) – Eine auf 6 (Vorjahr 7) DM je Aktie gekürzte Dividende auf 1,9 Mill. DM Grundkapital schlägt die Chemische Werke Brockhues AG, Walluf/Rheingau, für das Geschäftsjahr 1981/82 (30. September) vor. Die Hauptversammlung findet am 17. Mai statt.

Auftragsrückgang

Radolfzell (VWD) – Trotz eines Auftragsrückgangs um 4,9 Prozent gegenüber 1981 ist der Umsatz der Allweiler-Gruppe im vergangenen Jahr um drei Prozent auf 155,5 Mill. DM gestiegen. Nach dem vorläufigen Geschäftsbericht entfielen auf die drei deutschen Werke 123,7 Mill. DM (plus 5,6 Prozent). Die Allweiler-Gruppe investierte 1982 rund 6,1 Mill. DM und beschäftigt 1326 Mitarbeiter. Ertragsverbesserungen im Ausland gab es besonders bei der Allweiler Pump Inc. in den USA. Für 1982 wird eine unveränderte Dividende von 8 DM auf die 50-DM-Stammaktie und 9 DM auf die 50-DM-Vorzugsaktie ausgeschüttet.

Verluste deutlich abgebaut

Nürnberg (VWD) – Die Triumph-Adler AG für Büro- und Informationstechnik (Nürnberg) ist im Geschäftsjahr 1982 auf ihrem Weg zu einem ausgeglichenen Ergebnis ein gutes Stück vorangekommen. Wie der Vorstandschef Dr. Peter Niedner erklärte, konnte der Vorjahresfehlbetrag von rund 450 Mill. DM um etwa 300 Mill. DM verringert werden. Der Umsatz erreichte weltweit rund 2 Mrd. DM oder 180 000 DM pro Kopf.

Umsatzsteigerung

Nürnberg (VWD) – Ganz im Zeichen des erstmals 1981/82 wirksam gewordenen Unternehmensübertrages mit der Paulaner-Salvator-Thomasbräu AG (München) sieht der Vorstand der Hofbräuhaus Coburg AG (Coburg) den Abschluß für das Geschäftsjahr zum 30. 9. 1982. Die Umsatzerlöse wurden um 149 000 auf 4649 Mill. DM gesteigert. Den 1981/82 entstandenen Jahresfehlbetrag von 2,6 Mill. DM habe Paulaner übernommen. Die verbliebenen freien Aktionäre werden für das abgelaufene Geschäftsjahr die garantierte Ausgleichszahlung von 4 Prozent erhalten.

Warenpreise – Termine

Fester notierten die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Montag an der New Yorker Comex kurz vor Marktschluß. Während auch Kakao höher bewertet wurde, zeigte sich Kaffee bis zur Berichtsstunde uneinheitlich.

Getreide und Getreideprodukte

	4. 4.	31. 3.
Weizen Chicago (c/bush)		
Mai	362,00	360,50
Juli	370,25	368,50
Sept	378,25	376,75
Weizen Winnipeg (can. $/t)	4. 4.	31. 3.
Wheat Board cif		
St. Lawrence 1 CW	232,01	232,26
Amber Durum	231,70	231,71
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	123,00	122,70
Juli	126,30	126,00
Okt	131,80	-
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	101,00	191,00
Juli	96,70	97,00
Okt	-	-
Hafer Chicago (c/bush)	4. 4.	31. 3.
Mai	164,50	160,50
Juli	169,50	167,00
Sept.	177,00	176,50
Mais Chicago (c/bush)		
Mai	316,50	313,00
Juli	321,25	317,25
Sept	311,50	308,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)	4. 4.	31. 3.
Mai	106,90	106,40
Juli	105,70	105,80
Okt.	106,30	-
Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	4. 4.	31. 3.
Mai	10,54	10,45
Juli	10,79	10,74
Sept	10,61	10,54
Nov	10,71	10,62
Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
Mai	18,85	18,75
Sept.	18,75	18,75

Genußmittel

Kaffee		
New York (c/lb)	4. 4.	31. 3.
Terminkontr. Mai	123,05	123,40
Juli	122,70	122,25
Sept	122,25	122,40
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. Mai	1721	1707
Juli	1761	1747
Sept	1800	1775
Umsatz	950	1600
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	7,22	7,10
Juli	7,54	7,45
Sept.	7,88	7,82
Okt.	8,18	8,04
Jan.	8,65	8,33
Umsatz	9234	6785
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	4. 4.	31. 3.
	-	6,52
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	31. 3.	30. 3.
Mai	1897–1899	1902–1905
Juli	1721–1723	1940–1941
Sept.	1671–1673	1726–1729
Umsatz	3923	5746
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1275–1276	1285–1287
Juli	1294–1296	1293–1294
Sept.	1310–1311	1306–1307
Umsatz	2080	4404
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Mai	122,10–122,15	124,10–124,25
Aug.	129,60–129,65	132,00–132,20
Okt.	136,25–136,50	139,10–139,20
Dez.	142,75–142,85	145,25–145,40
März	151,00–151,90	154,25–154,50
Mai	154,05–155,50	158,50–159,50
Umsatz	2802	2671

Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	31. 3.	30. 3.
schw. Sarawak spez.	280,00	295,00
weißer Sarawak	350,00	350,00
weißer Muntok	360,00	380,00
Orangensaft		
New York (c/lb)	4. 4.	31. 3.
Mai	115,10	114,70
Juli	114,00	113,90
Sept.	113,00	113,00
Nov	108,60	118,90
Jan.	104,80	104,65
Umsatz	300	250

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl		
New York (c/lb)	4. 4.	31. 3.
Südstaaten fob Werk	23,50	23,50
Maisöl		
New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	20,50	20,50
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	18,80	18,58
Juli	19,18	19,10
Aug.	19,40	19,10
Sept.	19,55	19,20
Okt.	19,60	19,30
Dez.	20,00	19,85
Jan.	20,15	20,20
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	21,00	20,00
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	16,50	16,50
Choise white hog 4% fr. F	15,50	15,50
Talg		
New York (c/lb)		
top white	15,75	15,50
fancy	15,25	15,00
bleichfähig	15,00	14,75
yellow max. 10% fr. F.	13,50	13,25
Schweine		
Chicago (c/lb)		
April	48,80	48,65
Juni	52,40	51,15
Juli	52,75	52,50
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
März	71,70	70,70
Mai	52,40	70,25
Juli	52,75	67,85

Häute		
Chicago (c/lb)	4. 4.	31. 3.
Ochsen einh. schwere River Northern	43,00	43,00
Kühe einh. schwere River Northern	38,00	53,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Mai	643,25	637,50
Juli	659,50	654,00
Aug.	666,00	660,00
Sept.	672,50	667,50
Nov.	687,00	680,00
Jan.	699,00	691,50
März	712,00	704,00
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Mai	190,50	189,90
Juli	195,70	194,70
Aug.	197,80	197,00
Sept.	200,20	199,00
Okt.	202,30	201,00
Dez.	207,20	206,00
Jan.	209,30	208,00
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	4. 4.	31. 3.
Mai	289,00	291,00
Juli	295,50	296,50
Okt.	303,40	296,50
Kokosöl		
New York (c/lb)	4. 4.	31. 3.
Westküste fob Werk	23,125	23,00
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	5. 4.	31. 3.
jegl. Herk. cif	480,00	460,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	397,50	390,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	397,50	375,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	116,00	108,00
Kopra		
Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	-	-
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	537,50	515,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	243,50	243,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle		
New York (c/lb)	4. 4.	31. 3.
Kontrakt Nr. 2:		
Mai	74,58	75,40
Juli	73,91	74,65
Okt.	72,30	72,75
Dez.	71,70	72,05
März	73,10	73,30
Juli	73,60	74,30
Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis		
loco RSS-1	57,50	57,50
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	31. 3.	30. 3.
Mai	395–403	397–406
Aug.	418–419	414–416
Okt.	425–427	424–427
Umsatz	159	103
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	31. 3.	30. 3.
Mai	43,30	43,30
Juli	44,00	44,00
Okt.	44,90	44,90
Dez.	45,30	45,30
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		
Wolle Sydney (austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle Standardtype	31. 3.	30. 3.
Mai	566,0–570,0	567,0–570,0
Juli	587,0–590,0	588,5–590,0
Okt.	587,0–578,5	577,9–578,0
Umsatz	68	122
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	31. 3.	30. 3.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Brazilian Type 2	-	-
Brazilian Type 3	-	-
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	31. 3.	30. 3.
April	14 080	14 050
Mai	14 179	14 166
Kautschuk		
London (p/kg)	31. 3.	30. 3.
Nr. 1 RSS loco	80,00–82,50	80,50–83,00
Mai	80,90–81,00	80,50–81,20
Juni	81,30–82,00	81,40–82,00
Juli/Sept.	82,00–82,20	82,30–82,50
Tendenz: ruhig		

Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	31. 3.	30. 3.
Nr. 1 RSS loco	258,00–259,00	250,00–251,00
April	259,50–260,50	253,00–254,00
Mai	258,50–259,50	257,50–258,50
Nr. 2 RSS April	246,00–247,00	242,50–243,50
Nr. 3 RSS April	243,00–244,00	239,50–240,00
Nr. 4 RSS April	235,50–236,50	232,00–233,00
Tendenz: –		
Jute London (£/lgt)	31. 3.	30. 3.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g. 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	5.4.	31. 3.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	112,20–112,38	112,14–112,32
drittfolg. Monat	116,75–116,93	116,28–116,37
Zink: Basis London		
laufend. Monat	168,76–168,85	166,50–166,68
drittfolg. Monat	174,58–174,67	172,44–172,80
Produz.-Preis	181,58	181,68
Reinzinn 99,9%	3580–3615	3531–3566

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	5. 4.	31. 3.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke		
(DEL-Notiz)*)	406,98–409,17	401,76–403,92
Blei in Kabeln	120,00–121,00	119,75–120,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	370–372	370–372
Vorziehdraht	387	387

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	5. 4.	31. 3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	339–343	336,340
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	379–381	376–378
MS 63	381–384	378–380

Zinn-Preis Penang

	30. 3.	29. 3.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring. kg)	30,50	68,40

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	5. 4.	31. 3.
Leg. 225	300–301	300–301
Leg. 226	303	303
Leg. 231	341–347	341–347
Leg. 233	346–364	346–364

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	5. 4.	31. 3.
Platin (DM je g)	32,50	32,70
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	23 500	32 900
Rücknahmepr.	32 700	32 100
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	33 460	32 670
Rücknahmepr.	32 460	31 690
verarbeitet	35 110	34 290
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 275	32 400
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	867,10	832,80
Rücknahmepr.	836,80	803,70
Verarbeitet	905,50	869,70

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)		
London	5. 4.	31. 3.
10.30	425,75	414,25
15.00	426,75	414,75
Zürich mittags	426,00–427,00	413,75–414,75
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	99 800	unerh.
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	731,20	708,00
3 Monate	749,20	724,60
6 Monate	765,75	742,50
12 Monate	802,00	777,50
Platin (£-Feinunze)		
London	31. 3.	30. 3.
fr. Markt	284,40	292,95
Palladium (£-Feinunze)		
London		
f. Händlerpr.	68,45	69,6

New Yorker Preise	4. 4.	31. 3.
Gold H & H Ankauf	414,75	419,00
Silber H & H Ankauf	1063,00	[illegible]
Platin fr. Händlerpr.	380,00–390,00	380,00–[illegible]
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	101,00–103,00	101,00–103,00
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c Feinunze)		
April	1093,00	[illegible]
Mai	1099,00	[illegible]
Juli	1118,00	[illegible]
Sept	1136,00	[illegible]
Okt.	1166,00	[illegible]
Jan	1177,40	[illegible]
März	1195,90	[illegible]
Umsatz	15 000	13 500

New Yorker Metallbörse

	4. 4.	31. 3.
Kupfer (c lb)		
April	74,85	[illegible]
Mai	75,40	[illegible]
Juli	77,00	[illegible]
Sept	78,50	[illegible]
Dez	80,20	[illegible]
Jan	80,80	[illegible]
März	81,95	[illegible]
Umsatz	3000	7500

Londoner Metallbörse

	5. 4.	31. 3.
Aluminium (£/t)		
Kasse	905,50–906,00	908,50–909,50
3 Monate	934,00–934,50	936,50–937,00
Blei (£/t) Kasse	308,50–309,00	311,50–312,00
3 Monate	321,00–321,50	311,50–312,00
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1106,5–1107,0	1103,5–1104,0
3 Monate	1138,0–1138,5	1135,0–1135,0
abends Kasse	-	
3 Monate	-	
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1086,5–1087,0	1103,5–1104,0
3 Monate	1118,0–1118,5	1113,5–1136,0
Zink (£/t) Kasse	464,00–464,25	462,50–463,00
3 Monate	480,00–480,25	479,00–480,00
Zinn (£/t) Kasse	9255–9256	[illegible]
3 Monate	9270–9271	[illegible]
Quecksilber ($/Fl.)	-	[illegible]
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	-	[illegible]

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

Ihre Residenz in Baden-Baden

wie in einer Burg über der Stadt

Komfort. Hanghaus mit einmaligem Panoramablick. Großzügige Raumaufteilung, Haupt- und Einliegerwohnung: 211,5 m² Wohnfl., 77 m² Balkon- u. Terrassenfl. Doppelgarage, Lift, Grundstücksgröße 918 m²

Kaufpreis DM 948 000,-

Günstige Finanzierung über örtl. Kreditinstitut möglich. Hohe Steuervorteile. Informieren Sie sich vollständig, informieren Sie sich jetzt.

Apartbau Baden-Baden — Apartbau-GmbH, Bauträger- und Betreuungsunternehmen, 7575 Baden-Baden, Maria-Viktoria-Str. 3, Telefon (0 72 21) 2 44 04

MAKLER

Ihre Kunden können

$ 50 000 INVESTIEREN – 1 MILLION VERDIENEN

Einkommensprojektionen wurden durch eine internationale Treuhandfirma vorgenommen. Ihre Kunden können mit einer DURCHSCHNITTLICHEN JÄHRLICHEN RENDITE VON 163 % rechnen. Ideale Anlage mit Einkommen auf unbestimmte Zeit. Mindesteinlage $ 10 000. Attraktive Kommissionssätze. Wenden Sie sich für weitere Auskunft unter E 5509 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Vermittlung von sfr/DM/Dollar

in unbegrenzter Höhe

Anfragen bitte nicht unter 1 Mio. Kontaktaufnahme: WSB Eitorf, Tel.: 0 22 43 / 8 00 66, Telex: 8 869 737 WSB D

Nordfriesland

2 Ferienwohnungen, St. Peter-Ording, zus. 65 m² nur 220 000,–

Reetdach-Resthof, Insel Föhr, Bj. 55, 6500 m² Grdst. 950 000,–

Ferienwohng. in Garding, 2 Zi., ca. 40 m², DM 128 000,–

Resthof, Nähe Garding, Bj. 56, ca. 135/5000 m², DM 250 000,–

Reetdachhaus, Nähe Niebüll, ca. 80/2800 m², DM 165 000,–

Wohnhaus, in Friedrichstadt, ruh. zentr. Lage, best. Zust. DM 215 000,–

3-Zi.Wohng. in Husum, 77 m², gute Lage, Bj. 76, nur DM 170 000,–

NF-Immobilien, H. Brenning, Tel. (0 48 41) 14 39

Exklusives Ein-/Zweifamilienhaus

in Südhanglage, Bergisches Land, 8 km von BAB, 10 Min. bis Wuppertal bzw. Remscheid. Bauj. 1966 (auf 1480 m² Grundstück mit gepfl. Garten), Dopp.-Garage, offener Kamin, Sauna, 2 Bäder, 3 WC, beste Ausstattung. Preis Verhandlungssache. Angebote unter C 5463 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Penthouse

i. Atelierstil, Neubau Hamburg-Eppendorf m. Blick auf Alsterkanal, 236,50 m², davon 79,60 m² Terrassen, 4½ Zi. gr. Luxus-Bad m. Doppelbadewanne + Whirlpool, Duschbad, voll einger. Wohnküche, Fahrstuhl, Keller, Garage. Von Privat: DM 1,2 Mio. (VH). Angebote unter F 5510 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Baufinanzierung und Hypothekenbeschaffung

nach Maß. Auch in schwierigen Fällen (Zwangsversteigerung oder negativer Auskunft) können wir helfen. Eine telefonische Anfrage lohnt sich. Vermittlung: WSB EITORF, Tel. 0 22 43 / 8 00 66 / 7

DIE WACHSTUMSBRANCHE

Profis bieten seriösen Kapitalanlegern den Einstieg in die NEUEN MEDIEN. Ausgereiftes Unternehmenskonzept mit Partnern, die bereits erfolgreich im Markt tätig sind. Der expansive Markt ist in Bewegung. Nutzen Sie unseren Zeitvorsprung. Informationen unter T 5454 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Den Helder

(Holland), Jachthafen; sonn. Haus m. Zhzg., Eigengr., Erdgesch.: Wohnzi., Kü., WC, Kellerschr., Schuppen, Vorder- u. Hintergarten. Oben: 3 Schlafzi., Badezi. u. Dachbod. Preis hfl 145 000,– zzgl. Kosten. Briefe an: H. A. Parree-Luster, Postfach 90 10, NL-1006 AA Amsterdam.

ERFOLGE

Mit unserem Erwerbermodell HH-Wedel sichern Sie sich langfristige ***Erfolge.*** *Ihre Anleger werden wieder zeichnen.*

PROVARIA-VERTRIEB Gesellschaft für die Vermittlung von Vermögensanlagen mbH, Büro Nord, Müllerkamp 15, 2000 Wedel, Telefon 04103/13488

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

8000 m² moderne, beheizbare

HALLENFLÄCHE

zu vermieten, geeignet für Fertigung und/oder Lager.

Industriegebiet Kerpen-Sindorf, 25 km westlich Köln, Autobahnanschluß A 4 / A 61, DB-Gleisanschluß.

Stromversorgung 2 × 630 kVA, Brückenkrananlagen bis 5 t. Ca. 300 m² Bürofläche, Hausmeisterwohnung und zusätzliche ausreichende Verkehrsflächen.

Zuschriften unter D 5464 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ihr Kapital wächst auf **ca. 425% in 11 Jahren**. Bankkonto/Depot: SCHWEIZ. Anlage in US-$ (Weltfirmen). Verfügung im „Notfall" jederz. a. i. USA u. Kanada. Info: Beratungsgemeinschaft, Postf. 50 11 24, 6072 Dreieich

Ehemaliger Gutshof in der Eifel, Grdst. 4000 m², 4 Whgn., Pferdestallung, Scheune, Kühl- u. Gefrierräume gewerbl. genutzt u. verpacht., Schwimmbad, Sauna, Ölheiz., Nebenräume, Teil d. Objektes mögl., Pr. DM 950 000,– v. Priv. Zuschrift. u. G 5511 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

FINANZANZEIGEN

– Wertpapier-Kenn-Nr. 648 300 – **Linde Aktiengesellschaft · Wiesbaden**



Wir berufen hiermit unsere diesjährige

ordentliche Hauptversammlung auf Donnerstag, den 19. Mai 1983, 10.00 Uhr

in die Kleine Kongreßhalle im Ausstellungspark; München, Theresienhöhe 14, Nähe Theresienwiese ein.

Tagesordnung

1. **Vorlage des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1982 mit dem Bericht des Aufsichtsrats und dem Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns. Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1982**
2. **Verwendung des Bilanzgewinns**
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn von 32400000 DM zur Ausschüttung einer Dividende von 9 DM je Aktie im Nennbetrag von 50 DM zu verwenden.
3. **Entlastung des Vorstands**
   Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, dem Vorstand für das Geschäftsjahr 1982 Entlastung zu erteilen.
4. **Entlastung des Aufsichtsrats**
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 1982 Entlastung zu erteilen.
5. **Wahl zum Aufsichtsrat**
   Der Aufsichtsrat schlägt vor, für die neue Amtszeit folgende Herren als Aufsichtsratsmitglieder der Aktionäre zu wählen:

   Dr. Gerhard Belten, Rechtsanwalt, München
   Dr. Horst J. Burgard, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank AG, Königstein/Ts.
   Dr. Gerhard Dittmar, Mitglied des Vorstands der Bayer AG, Leverkusen
   Dr. Klaus Götte, Kaufmann, Müchen
   Dipl.-Ing. Günter Kammholz, Mitglied des Vorstands der Chemischen Werke Hüls AG, Gelsenkirchen-Buer
   Dr. Wolfgang Schieren, Vorsitzender des Vorstands der Allianz Versicherungs-AG, München
   Dr. Walter Seipp, Vorsitzender des Vorstands der Commerzbank AG, Frankfurt/Main
   Dipl.-Ing. Hans Günter Vogelsang, Mitglied des Vorstands der Siemens AG, Erlangen

   Der Aufsichtsrat schlägt ferner vor, folgende Herren als Ersatzmitglieder zu wählen, die in der nachstehenden Reihenfolge an die Stelle vorzeitig ausscheidender Aufsichtsratsmitglieder der Aktionäre treten:

   1. Dr. Winfried Werner, Direktor mit Generalvollmacht der Deutschen Bank AG, Königstein/Ts.
   2. Dr. Helmut Becker, Chefjustitiar der Commerzbank AG, Bad Soden/Ts.

   Der Aufsichtsrat setzt sich nach § 96 Absatz 1 und § 101 Absatz 1 des Aktiengesetzes in Verbindung mit § 7 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 und § 8 des Mitbestimmungsgesetzes zusammen. Die Hauptversammlung ist an Wahlvorschläge nicht gebunden.
6. **Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1983**
   Der Aufsichtsrat schlägt vor, zum Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1983 Herrn Wirtschaftsprüfer Dr. Helmut Beichert, Mainz, zu wählen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bei einer der nachbezeichneten Stellen spätestens am 11. Mai 1983 hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen. Hinterlegungsstellen sind die Geschäftsstelle der Linde Aktiengesellschaft in Wiesbaden, Abraham-Lincoln-Straße 21 sowie folgende Banken und deren Niederlassungen in Frankfurt am Main, Berlin, Düsseldorf, Hamburg, München und Wiesbaden:

Deutsche Bank AG, Deutsche Bank Berlin AG, Bank für Handel und Industrie AG, Berliner Commerzbank AG, Bankhaus Gebrüder Bethmann, Commerzbank AG, Dresdner Bank AG, Merck, Finck & Co., Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, Berliner Bank AG, Deutsche Länderbank AG

Die Aktien sind auch dann ordnungsgemäß hinterlegt, wenn sie mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einem Kreditinstitut bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden.

Die Aktien können auch bei einem Notar oder einer Wertpapiersammelbank hinterlegt werden. Die von diesen auszustellende Bescheinigung über die Hinterlegung hat die hinterlegten Aktien nach Nummern und Stückzahl zu bezeichnen und ist spätestens am 13. Mai 1983 bei einer der übrigen Hinterlegungsstellen einzureichen. Über die hinterlegten Aktien werden den Aktionären oder deren ordnungsgemäß ausgewiesenen Vertretern Eintrittskarten ausgestellt.

Für die Ausübung des Stimmrechts verweisen wir auf § 15 unserer Satzung. Diese auf § 134 des Aktiengesetzes beruhende Bestimmung lautet:

»1) In der Hauptversammlung gewährt jede Aktie eine Stimme. Die Stimmenzahl, die auf eine Sammelaktie (vgl. § 6 Absatz 1 Satz 2) entfällt, ist also gleich der Anzahl von Aktien, die durch die Sammelaktie verbrieft werden.

2) Ist ein Aktionär mit Aktien im Gesamtnennbetrag von mehr als 10% des Grundkapitals beteiligt, so wird abweichend von Absatz 1 sein Stimmrecht auf die Anzahl von Stimmen beschränkt, die Aktien im Nennbetrag von insgesamt 10% des Grundkapitals gewähren. Zu den Aktien, die einem Aktionär gehören, rechnen auch die Aktien, die einem anderen für seine Rechnung gehören. Ist der Aktionär ein Unternehmen, so rechnen zu den Aktien, die ihm gehören, auch die Aktien, die einem von ihm abhängigen oder ihn beherrschenden oder einem mit ihm konzernverbundenen Unternehmen oder einem Dritten für Rechnung eines solchen Unternehmens gehören. Bei der Berechnung einer nach Gesetz oder Satzung erforderlichen Kapitalmehrheit bleiben diese Beschränkungen außer Betracht.«

Der in § 15 Absatz 2 der Satzung genannte Anteil von 10% des Grundkapitals entspricht zur Zeit einem Nennbetrag von 18 000 000 DM – 360 000 Aktien zu je 50 DM.

Wiesbaden, im April 1983 — Der Vorstand

120 Jahre



bewährte Partnerschaft beim Bauen und beim Sparen.

Bilanz '82

Aus unseren Jahresabschlüssen (in Mio DM)	1982	1980	1978	1976
Bilanzsumme	23.976	20.818	17.171	13.355
Darlehensbestand	22.103	19.687	15.929	12.394
Schuldverschreibungen im Umlauf	21.947	18.700	15.837	12.315
Grundkapital und Rücklagen	504	444	393	353
an die Inhaber unserer Schuldverschreibungen gezahlte Zinsen	1.639	1.249	1.079	869

1982 haben wir zur Finanzierung des Wohnungsbaues und gewerblicher Bauten sowie der öffentlichen Hand mit Darlehenszusagen von rd. 3,9 Milliarden DM und der Prolongation früherer Darlehenszusagen von weiteren rd. 1,8 Milliarden DM wieder einen beachtlichen Beitrag geleistet. Zur Beschaffung dieser Kreditmittel hat ein großer Kreis von Sparern rd. 5,3 Milliarden DM in unseren Pfandbriefen, Kommunalobligationen und sonstigen Titeln angelegt.

Bei uns in guter Hut

FHB Frankfurter Hypothekenbank — gegründet 1862 — Aktiengesellschaft

Atlas Copco Aktiebolag

Nacka bei Stockholm

Einladung zu einer ordentlichen Hauptversammlung

Die ordentliche Hauptversammlung der Atlas Copco Aktiebolag findet **am Donnerstag, dem 28. April 1983, um 9.15 Uhr** im Grand-Hotel „Vinterträdgaarden", Stallgatan 4, Stockholm, statt.

Die Versammlung hat u. a. folgende Angelegenheiten zu behandeln: Vorlage des Rechenschaftsberichts und des Revisionsberichts des Verwaltungsrats und des geschäftsführenden Direktors; Vorlage des konsolidierten Rechenschaftsberichts und des konsolidierten Revisionsberichts; Genehmigung der Gewinn- und Verlustrechnung und der Bilanzrechnung sowie der konsolidierten Gewinn- und Verlustrechnung und der konsolidierten Bilanzrechnung; Entlastung des Verwaltungsrates und des geschäftsführenden Direktors; Beschluß über die Verwendung des in der Bilanzrechnung ausgewiesenen Gewinns; Wahl der Verwaltungsratsmitglieder und ihrer Stellvertreter; Wahl der Revisoren und ihrer Stellvertreter; sonstige Angelegenheiten, die der Versammlung ordnungsgemäß vorgelegt worden sind.

Aktionäre, die an der Hauptversammlung teilnehmen wollen, müssen spätestens am Montag, dem 18. April 1983, in das von der Wertpapier-Registrierungs-Zentrale (Vaerdepapperscentralen VPC AB) geführte Aktionärsregister der Gesellschaft eingetragen sein und sich entsprechend der Satzung spätestens bis Montag, den 25. April 1983, vor 16.00 Uhr bei dem Verwaltungsrat unter der Adresse Atlas Copco AB, S-10523 Stockholm, Schweden, anmelden.

Der Stichtag, an dem die im Aktionärsregister aufgeführten Aktionäre zum Empfang der Dividende berechtigt sind, wird in der Mitteilung der Hauptversammlung über die Ausschüttung der Dividende bekanntgemacht. Der Verwaltungsrat schlägt den 3. Mai 1983 als Stichtag der Ausschüttung der Dividende vor. Wenn die Versammlung demgemäß beschließt, wird voraussichtlich ab 10. Mai 1983 die Zahlung der Dividende durch VPC erfolgen.

Abwesende Aktionäre können sich in der Hauptversammlung durch Bevollmächtigte vertreten lassen.

Im März 1983 — Der Verwaltungsrat

Bekanntmachung an die Miteigentümer am Sammelbestand des Deutschen Auslandskassenvereins AG (AKV)

Für die Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts aus Atlas-Copco-Aktien, die auf den Namen des AKV eingetragen und in Miteigentumsanteilen am Sammelbestand des AKV lieferbar sind, gilt folgendes:

Der AKV wird das Stimmrecht aus den Aktien nicht ausüben. Der Miteigentümer am Sammelbestand kann bis spätestens 15. April 1983 über seine Depotbank beantragen, daß bis zur Höhe seines Sammeldepotguthabens vorübergehend Atlas-Copco-Aktien in Form von VPC-Zertifikaten auf seinen Namen umgeschrieben werden. Gleichzeitig ist eine Vollmacht mit einzureichen, daß nach Beendigung der Hauptversammlung die Aktien zur Herstellung der Lieferbarkeit in der Bundesrepublik Deutschland wieder auf den Namen des AKV zurückzuübertragen sind. Die vorübergehende Umschreibung der Aktien zur Teilnahme an der Hauptversammlung wird für den Miteigentümer am Sammelbestand kostenlos durchgeführt.

Im März 1983

Deutsche Bank Aktiengesellschaft

Riedel-de Haën

Riedel-de Haën Aktiengesellschaft · Seelze/Hannover

Wertpapier-Kenn-Nr. 704 900

Die Aktionäre unserer Gesellschaft laden wir hiermit zu der

Ordentlichen Hauptversammlung

am Donnerstag, dem 19. Mai 1983, 11.00 Uhr, in den Räumen der Deutsche Bank AG, Hannover, Georgsplatz 20, ein.

Näheres über die Tagesordnung, die Teilnahme an der Hauptversammlung, die Ausübung des Stimmrechtes und die Hinterlegung der Aktien bitten wir, der Veröffentlichung im Bundesanzeiger Nr. 64 vom 6. April 1983 sowie den Unterlagen, die den Aktionären über die Depotbanken zugesandt werden, zu entnehmen.

3016 Seelze 1, den 6. April 1983

Riedel-de Haën AG, Vorstand

Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber aufgeben **8 579 104**

Titelvermittlung und -kauf sind völlig legal – aber Vertrauenssache – Schenken Sie uns Ihr Vertrauen.

- Wir sind schon lange auf dem Markt,
- wir geben uns mit voller Anschrift zu erkennen und werben nicht unter Chiffre etc.
- Wir sind eine große Firma mit langjähriger Erfahrung auf diesem Gebiet.
- Wir unterhalten weltweite Kontakte.

Vermittelt werden können führbare Titel wie: Dr., Dr. h. c., Professor, Konsul, Senator, Ehrenbürger, Ordenstitel, Rittertitel, Adelsprädikate zur persönlichen oder gewerblichen Führung. Weitere Möglichkeiten auf Anfrage. Diskretion ist uns selbstverständlich.

AVB Treuhand, Frauenbergstraße 8, 7967 Bad Waldsee, Tel. 0 75 24 / 80 48 / 80 49 / 80 40, Telex 752 774 avb d

Medizinstudienplätze — HUMAN-, ZAHN-, TIERMEDIZIN an ausländischen staatlichen Universitäten zum 15. 9. 1983. Ausführliche Information anfordern über Postfach 10 57 66, 2800 Bremen 1, gegen DM 5,– Rückporto.

Gebraucht-Computer
- An- und Verkauf
- Beratung kostenlos
- Angebote unverbindlich
- Ersatzteile sehr preisgünstig
- Alt-/Schrott-Computer zur Ersatzteilgewinnung laufend gesucht.

LABIB GMBH, Tel.: 0 57 41 / 80 10, Postf. 1240, 4990 Lübbecke 1

Bundesanleihen

		5.4.	31.3.
4 Abl. 57*	4/84	100,6	100,5G
8 Bund 75 I	6/85	100,4bG	100,4
8½ dgl. 75	6/85	100,4G	100,6
8 dgl. 75 II	7/85	100,65bG	100,65bG
5½ dgl. 78 I	1/84	100,05	100,05
6 dgl. 64 I	1/84	100G	100
8 dgl. 76 I	2/84	101,95	101,95G
7 dgl. 77	3/84	101,25	101,25
7½ dgl. 76 II	4/84	102	102
5 dgl. 78	5/84	99,5G	99,5bG
6 dgl. 78 III	9/84	100,3	100,25
8½ dgl. 76	9/84	103	103G
6 dgl. 78 IV	12/84	100,13	100,2
6½ dgl. 79	1/85	100,6	100,4
8½ dgl. 75 I	3/85	104,4	104,4
7 dgl. 79	4/85	101,75	101,8
7½ dgl. 79 II	6/85	102,4	102,4
7¾ dgl. 79 I	7/85	103,5	103,5
8 dgl. 76 IV	10/85	104	104
5½ dgl. 78 II	3/86	98,1	98,1
5¾ dgl. 78	5/86	97,55	97,65
7½ dgl. 76 I	12/86	101,2	101,15
6½ dgl. 79	1/87	98,9	98,9
7½ dgl. 76 II	1/87	101,1	101,5
6½ dgl. 77	4/87	99,9	99,85
6½ dgl. 77	7/87	98,8	98,85
6 dgl. 77	10/87	96,9	96,9
6 dgl. 78 I	1/88	96,4	96,3
6½ dgl. 78 I	9/88	97,6	97,6G
6½ dgl. 78 II	12/88	97,4	97,25
6¾ dgl. 79	1/89	98,45	98,45G
7½ dgl. 79 I	4/89	100,3	100,3
10 dgl. 81	4/89	111,6	111,6
7½ dgl. 79 I	6/89	101,1G	101,1
8 dgl. 79 I	7/89	103,05	103,05
8 dgl. 79 II	8/89	102,8	103,10
7½ dgl. 79 II	9/89	101,1G	101,1bG
7¾ dgl. 79 II	11/89	101,9	101,9
7¾ dgl. 80 I	1/90	101,55	101,55G
10 dgl. 80	4/90	112,4	112,6
5¾ dgl. 78	5/90	94,75	94,2bG
8¾ dgl. 80 I	7/90	103,95	103,95bG
8½ dgl. 80 II	11/90	103,9	103,9G
7¾ dgl. 82	11/90	101,4	101,4
9 dgl. 81	2/91	108	108
10¾ dgl. 81	7/91	114,85	114,65
10¾ dgl. 81	9/91	118,25	118
10 dgl. 81 II	12/91	113,85	113,85
9¾ dgl. 82 I	1/92	112,6	112,6
9¾ dgl. 82 II	3/92	112,7	112,75bG
6 dgl. 78 II	3/93	93,3	93,3
9,5 dgl. 82	4/92	111,45	111,2
9 dgl. 82	5/92	108,4	108,4
8½ dgl. 82	6/92	105,85G	105,85
9 dgl. 82	8/92	108,5	108,5
8¾ dgl. 82	9/92	107,15	107,85
7¾ dgl. 82	12/92	101,15	101,15bG
7½ dgl. 83	1/93	100,1	100,2
7½ 83 II	3/93	100,15	100,2
7½ B.Obl. 79 S.1	12/84	102,75	102,75
8 dgl. 80 S.2	2/85	103,35	103,35
8¾ dgl. 80 S.3	2/85	103,85G	103,85G
9¼ dgl. 80 S.4	3/85	105,5	105,5
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	104,85	104,9
8¾ dgl. 80 S.6	5/85	104	104G
8 dgl. 80 S.7	6/85	105,7	105,7
7¾ dgl. 80 S.8	8/85	102,9	102,9
8¾ dgl. 80 S.9	10/85	104,2	104,2
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	104,85	104,85G
9 dgl. 81 S.11	1/86	106,25	105,25
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	108	108
10 dgl. 81 S.13	3/86	108,25	108,25
9½ dgl. 81 S.14	4/86	107,3	107,3
10 dgl. 81 S.15	4/86	108,65	108,65
10½ dgl. 81 S.16	6/86	110	110
11 dgl. 81 S.17	8/86	111,8	111,8
10½ dgl. 81 S.18	10/86	110,45	110,5
10 dgl. 81 S.19	10/86	108,75G	108,75G
9½ dgl. 81 S.20	11/86	107,6G	107,6G
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	109,7	109,75
10 dgl. 81 S.22	11/86	108,95	108,95G
9½ dgl. 81 S.23	12/86	107,3	107,3
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	108,1	108,1
9½ dgl. 82 S.25	3/87	107,8	107,8
9¾ dgl. 82 S.26	4/87	107,05	107,85
9 dgl. 82 S.27	4/87	106,3	106,3
8½ dgl. 82 S.28	5/87	104,5	104,5
9¼ dgl. 82 S.29	7/87	108	108
9 dgl. 82 S.30	8/87	106,05	106,05
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	105,55	105,45
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	103,8	103,75
8 dgl. 82 S.33	11/87	102,85	102,85
7¾ dgl. 82 S.34	12/87	101,95	101,7
7½ dgl. 82 S.35	12/87	100,1bG	100,1
7¼ dgl. 83 S.36	3/88	100,25	100,25
6 dgl. 77	9/87	96,6G	96,8
6 dgl. 78 II	7/88	96,15	96,15
6½ dgl. 77	5/89	96,65	96,65G
8 dgl. 79 I	7/89	102,5	105,5
6 dgl. 78 I	2/90	[illegible]	95,7
8 dgl. 80 II	7/90	103,15	103,15
9 dgl. 81	3/91	107,89	107,9G
10½ dgl. 81	9/91	116,6G	116,6
10¼ dgl. 81	11/91	115,4G	115,4G
8 dgl. 80 I	2/92	103,05	103,05
10 dgl. 82	2/92	114,2G	114,2
9½ dgl. 82	7/92	111,15	111,35
8 dgl. 82	11/92	102,6G	102,6
7¾ dgl. 83	1/93	101,45	101,4

Bundesbahn

		5.4.	31.3.
4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdbahn 58	10/85	100,25	100,25
8¾ dgl. 75	5/85	100,2	100,15
10 dgl. 73 II	11/85	102,55	102,5
7½ dgl. 72	2/84	101,65	101,65
8 dgl. 72	9/84	102,8	102,8G
8¼ dgl. 76	9/84	103,05	103,05
6 dgl. 78 III	11/84	100,25	100,75
6½ dgl. 79	2/85	100,85	100,9
8½ dgl. 73	2/85	104,2	104,2G
7 dgl. 77	2/87	100,35	100,5

Bundespost

		5.4.	31.3.
4 Abl. 57*	4/84	100,5G	100,5G
5½ Bdpost 58	10/85	100,2G	100,2G
6 dgl. 65 II	7/85	100,05bG	100,05bG
8 dgl. 72 II	12/85	101,9	101,9G
6½ dgl. 68	6/88	100G	100G
8 dgl. 72 I	9/87	102,85	102,85
10 dgl. 81	3/89	111,9	111,9
10¼ dgl. 81	6/89	113,4	113,4G
8 dgl. 80	5/90	102,8bG	102,8
7¾ dgl. 80	9/90	101,65	101,45
8¾ dgl. 80	12/90	106,2	106,2G
10½ dgl. 81	10/91	116,55	116,55
9¾ dgl. 82	2/92	112,6	112,65G
8¾ dgl. 82	6/92	107,15	107,15
8½ dgl. 82	10/92	105,3	105,35
7¾ dgl. 83	2/93	101,2	101,05bG

Länder – Städte

		5.4.	31.3.
5½ Bd.-Wttbg. 58	83	99,75G	99,75G
8 dgl. 71	83	101G	101G
6½ dgl. 78	86	98,25bG	97,75
8¾ dgl. 82	92	103,25G	103,25G
7 Bayern 66	86	101	101
6½ dgl. 67	87	101G	101G
6 dgl. 68	85	99,8G	99,8G
7½ dgl. 71	83	100,05	100,05
7 dgl. 72	84	101,25G	101,25G
7½ dgl. 76	84	101,75	101,75
6 dgl. 78	88	95,6	95,4
8¾ dgl. 80	90	105,75	105,75
8½ dgl. 82	92	105,9	105,9
8½ Berlin 70	85	103G	103G
7½ dgl. 71	83	100,1G	100,1G
8 dgl. 72	85	102G	102G
8½ dgl. 75	83	100,15G	100,15G
7½ dgl. 76	84	101,75	101,75G
7 dgl. 77	85	101,25	101,25G
6½ dgl. 78	88	98,75	98,75G
8¾ dgl. 80	88	106,25G	106,25G
7¾ Bremen 71	87	102G	102G
8 dgl. 72	87	103	103G
8½ Hamburg 70	85	103,6G	103,6G
6¾ dgl. 77	92	96,8G	96,8G
8 dgl. 80	90	102,4	102,8
9¾ dgl. 82	92	112,1G	111,9
8 Hessen 71	86	101	100,75
6¾ dgl. 78	88	96,25	96
6 Nieders. 69	84	100,2G	100,2G
8½ dgl. 70	85	103,7	103,7G
7½ dgl. 72	87	102G	102G
8 dgl. 72	87	103,25	103,25G
7½ dgl. 79	87	100,75	100,6G
7¾ dgl. 82	92	100,75G	100,75G
7½ NRW 71	83	101,15bG	101,15
8 dgl. 75	83	100,45bG	100,45bG
7½ dgl. 83	95	99,5bG	99,5bG
6 Rhld.-Pf. 64 II	84	100G	100G
6½ dgl. 68	85	100G	100G
8 dgl. 71	86	101,75	101,5
6½ Saar 68	83	100G	100G
8½ dgl. 70	85	102,75	102,75
7 dgl. 72	87	99,75	99,85
6 dgl. 78	88	95,3G	95,3
5½ Schl.-H. 59	84	100G	100G
6 dgl. 64 II	84	100,6G	100,6G
7½ dgl. 72	87	101,25G	101,25G
8½ dgl. 73	85	104,35G	104,25G
7 Essen 72	85	101	101
7½ Köln 71	83	100	100
6 München 63	83	100G	100
6 dgl. 64	84	100,25G	100,25G
6 Stuttgart 63	83	100,2G	100,2G
7½ dgl. 71	86	102,5	102,5
7¾ dgl. 72	87	102,75G	102,75G

Rentenmarkt lustlos

Der Rentenmarkt stand im Zeichen der unübersichtlichen Zinsentwicklung in den USA, wo man offenbar nicht bereit ist der europäischen Zinssenkungsrunde zu folgen. Enttäuscht hat das bisherige Ausbleiben inländischer Kundenorder, mit denen man nach dem Zinstermin vom 1. April fest gerechnet hatte. Die Kurse öffentlicher Anleihen schwankten um 0,10 Prozentpunkte. DM-Auslandsanleihen waren nahezu unverändert. Das gilt auch für den Pfandbriefmarkt, wo sich ebenfalls kaum wieder Anlageinteresse zeigte. Auch im Großgeschäft kamen bisher keine nennenswerten Umsätze zustande.

Sonderinstitute

	5.4.	31.3.
5 DSLB Pf 35	88,5	88,5
6 dgl. Pf 37	85	85
7 dgl. Pf 63	94,5	94,5
8 dgl. Pf 118	99	99
5 dgl. KO 36	98,75	98,75
5½ dgl. KO 45	98	98
7 dgl. KO 58	105	105
6½ dgl. KO 67	98,75	98,75
8½ dgl. KO 94	109	109
8 dgl. KO 119	102	102
8½ dgl. KO 124	100,25	100,25
6 IKB 68	100	100
6½ dgl. 69	100,5	100,5bG
6¼ dgl. IS 90	92,75	92,75
6 dgl. IS 105	94,2	94,2
6 dgl. IS 108	87	87
5¾ dgl. IS 114	92,9	92,9T
7½ K. f. W. 70	101,2G	101,2G
8 dgl. 70	102,25G	102,25G
8 dgl. 76	102	102G
7½ dgl. 79	100,85	100,5
10 dgl. 81	113,25	113,25
8½ dgl. 82	105,45G	105,45
6 Landw.-Rtbk. 20	99,75G	99,75G
6 dgl. 26	104,5GeZ	104,5GeZ
7½ dgl. 27	100,5G	100,5G
8 dgl. 29	100,15G	100,15G
9¾ dgl. 36	104,5	-Zhg.
6¾ dgl. 59	101G	101G
10 dgl. 128	107G	107G
8½ dgl. 127	104,5G	104,5G
9 dgl. 131	106,25G	106,25G
7¾ LAG 76/16	101,9	101,9
8 dgl. 76/17	103	103G
6½ dgl. 77/18	98,35	98,1
5½ dgl. 78/19	95	95G
7 dgl. 79/20	99,8	99,8

Bankschuldverschreib.

	5.4.	31.3.
7 All. Hyp. Pf 2	101G	101G
6½ dgl. Pf 7	95G	95G
6½ dgl. Pf 98	97G	97G
7 dgl. Pf 99	101G	101G
7¼ dgl. Pf 101	101,5G	101,5G
6 dgl. KO 1	85,75G	85,75G
8¼ dgl. KO 66	100,25G	100,25G
6 Bd. Komm.Ldbk. 69	85G	85G
7 dgl. Pf 76	95	95
6½ dgl. KO 64	88G	88G
6½ Bay. Hdbk. Pf. 3	87,5	87,5
7 Bay. Hdbk. KO 2	101,75	101,75
6 Bay. Hypo. Pf. 30	85	83bG
7 dgl. Pf 3	93,5	93,5
6½ dgl. KO 6	88	88
6 Bayer. Vbk. Pf. 39	83bG	83
6½ dgl. Pf 8	90	90
7 dgl. KO 5	101,75	101,75
8 Bln. Pfbr. Bk. 51 fr. Bln. Pfbr.Am	103G	103bG
7½ dgl. 33	100,25T	100,25T
7½ dgl. 47	100,75T	100,75T
6 Br. H. Hp. Pf 71	83,5	83,5
7 dgl. Pf. 72	101	101
6½ dgl. Pf. 75	89	89
6½ D.Centrbd. Pf 125	90	90
9 dgl. Pf 190	102,25	102,25bG
7 dgl. KO 113	100,5bG	100,5bG
6 DG HYP Pf 48	83G	83G
5½ dgl. Pf 50	78G	78G
7 dgl. Pf 69	102	102G
5¾ D. Gen. Bk. IS 70	95,85G	95,85G
6 dgl. IS 71	100,1	100,1G
6¾ dgl. IS 73	98,3	98,3
6½ dgl. IS 74	96G	96G
6½ dgl. IS 75	99G	99G
7½ D. GiroKO 101	102,6G	102,6G
10 dgl. KO 125	104,35	104,35G
9 dgl. KO 179	107,1G	107,1G
9¾ dgl. KO 180	109,9G	109,9G
9½ dgl. KO 181	109,6G	109,6G
9 dgl. IS/K	101,05G	101,05G
6 D.Hyp.Brem. Pf 118	83G	83G
7 dgl. Pf 123	100,7G	100,7G
6½ dgl. KO 125	97,15G	97,15G
6 Dt. Pfbr. A. Pf 92	86G	86G
7 dgl. Pf 130	94	94G
6½ dgl. Pf 149	88,5G	88,5G
8½ D. Schiffb. Pf 83	103,2	103,2
7½ dgl. Pf 84	101,75	101,75
6 Fr. Hyp Pf 98	83G	83G
7 dgl. Pf. 113	95,5	95,5
6½ dgl. Pf 119	89G	89G
10 dgl. Pf 168	101,75	101,75
8 dgl. KO 220	103,7G	102,4G
7¾ dgl. KO 222	103,55G	103,55G
10 dgl. KO 226	106,9G	106,25G
9¾ dgl. KO 228	111,4G	110,6G
8½ dgl. KO 231	104,25G	103,45G
9 dgl. KO 232	105,9G	104,65G
6 Hbg. Ldbk. Pf 48	84	84
9 dgl. IS 44	100,25	100,25
10 dgl. IS 46	100,8	100,8
9½ dgl. IS 53	105,65	105,65
8½ dgl. IS 92	104,6	104,6
8 dgl. IS 96	103,7	103,7
9½ dgl. KO 110	109,75	109,75
9 dgl. KO 111	107	107
5½ H. Ldbk. Pf 43	81G	81G
7 dgl. Pf 54	96,2G	96,2
9 dgl. Pf 76	102,95G	102,95G
6 dgl. Pf 87	100,15G	100,15G
6 dgl. KO 47	83G	83G
6½ dgl. KO 81	88G	88G
7 dgl. KO 205	97,45G	97,45G
7¼ dgl. KO 204	98,6G	98,6G
6 Hyp.f.Hbg. Pf 46	84,75	84,75
6½ dgl. Pf 80	92,25	92,25
9 dgl. Pf. 117	100,4	100,4
8 dgl. Pf 248	102,4	102,4
9 dgl. KO 125	101,4	101,4
8 dgl. KO 175	103,1	103,1
9 dgl. KO 259	105,5	105,5
9¾ dgl. KO 262	105,1	105,1
6½ Lb.Rh.-Pf. Pf 16	88,75G	88,75G
7 dgl. Pf 24	97G	97G
6 dgl. Pf 26	90G	90G
7 dgl. KO 150	97,5G	97,5G
6½ dgl. KO 151	100G	100G
6¾ dgl. KO 154	99G	99G
8 dgl. KO 168	102,5G	102,5G
8¼ dgl. KO 171	104G	104G
8½ dgl. KO 174	103,25G	103,25G
9 dgl. KO 177	104,4G	104,4G
9¾ dgl. KO 180	105G	105G
9¾ dgl. KO 181	108,5G	108,5G
9 dgl. IS 12	101,4G	101,4G
6¾ dgl. IS 55	100G	100G
6 Ldbk. Saar Pf 18	88,4G	88,4G
6¾ dgl. KO 69	101,25G	101,25G
7 dgl. KO 70	98,9G	98,9G
7 dgl. KO 73	101,25G	101,25G
7½ dgl. KO 76	101,5G	101,5G
7½ dgl. KO 79	102,25	102,25
8½ dgl. KO 85	106G	106G
9 dgl. KO 88	108,4G	108,4G
9¼ dgl. KO 89	105,4G	105,4G
7¾ dgl. KO 90	103,25G	103,25G
6 Ldbk. S.-H. Pf 87	84	84
7 dgl. Pf 93	93,5	93,5
8 dgl. Pf 80	103,5	103,5
7¾ dgl. Pf 81	103	103
7¾ dgl. Pf 85	101,1	101,1
8 dgl. KO 98	102	102
9¾ dgl. KO 242	112	112
7¾ dgl. KO 248	103	103
7 LKB Pf 27 fr. Bd.Ldkr.	96,5G	96,5G
6½ dgl. Pf 29	92,5G	92,5G
6½ LKB Pf 22 fr. W. Ldkr.	95	95
7 dgl. Pf 45	94,5	94,5
8 LKB KO 1	100	100
6½ Lüb.Hyp. Pf 62	90	90
9 dgl. Pf 92	101,35	101,35
8 dgl. Pf 168	102,65	102,65
8½ dgl. Pf 174	103,4	103,4
8½ dgl. Pf 175	104	104
9½ dgl. Pf 178	105,8	105,8
6 dgl. KO 39	85	85
7¼ dgl. KO 170	100,25	100,25
9 dgl. KO 180	105	105
6½ MÜ.Hyp. Pf. 100	88,5	88,5
7½ dgl. Pf 111	99	99
7 dgl. KO 25	96	96
7 Nd.Hyp.W. Pf 28	99,5	99,5
6½ dgl. Pf 34	91	91
6 dgl. KO 27	88	88
9 Nord.LB IS 20	100,8	100,8
8 Old. Lbk. IS 75	100,55	100,55
8 dgl. IS 76 I	102,5	102,5
8 dgl. IS 76 II	103,55	103,56
7½ dgl. IS 77	103	103
6 dgl. IS 78	99,75	99,75
6 Pfälz. Hyp. 57	92,4G	92,4G
7 dgl. Pf 99	100G	100G
8½ dgl. Pf 124	102,9G	102,9G
7½ dgl. Pf 191	100G	100G
9 dgl. Pf 195	102,85	102,85
9¾ dgl. Pf 196	103,8G	103,8G
7¾ dgl. Pf 197	102,1G	102,1G
8½ dgl. KO 169	103,1G	103,1G
8 dgl. KO 173	102,1G	102,1G
7¾ dgl. KO 180	102G	102G
7 Rheinbod. Pf 60	92bG	92bG
6½ dgl. Pf 64	86,5	86,5
6 S.H. Ldsch. Pf 19	86	86
7 dgl. Pf 20	94	94
6½ dgl. Pf 21	88,5	88,5
8½ dgl. Pf 31	106,5	106,5
6½ St.KrOld. Pf 53	90,95G	90,95G
7½ dgl. Pf 66	100,1G	100,1G
8 dgl. Pf 65	100G	100G
9 dgl. Pf 67	103,25G	103,25G
7½ dgl. KO 33	100,25G	100,25G
6 Südboden Pf 41	90,5	90,5
5½ dgl. Pf 57	80,75	80,75bG
7 dgl. Pf 105	100	100
6 Vbk. I. Nbg. Pf 56	92,5	92,5
7 dgl. Pf 102	97,25	97,25
9 dgl. Pf 131	102,75	102,75
10 West LB IS 577	101,3	101,3
6½ Westhyp. KO 58	92	92
6 Wf. Ldsch. Pf 12	91,5G	91,5G
7 dgl. Pf 13	96,5	96,5
5½ dgl. Pf 14	86bG	86bG
6 Württ.Hyp.KO 30	84,25G	84,25G
7 W. Ldbk. KO 44	99,8G	99,8G
7 Wü. Ko.Lbk. Pf 68	99	99
9 dgl. Pf 83	105,6G	105,6G

Industrieanleihen

	5.4.	31.3.
6 Badenwerk 64	99,75G	99,75
6 dgl. 78	95,5	95,5
5 BASF 59	98G	98G
5 Bayernw. 59	98G	98G
8 Chem. Hüls 71	100,7	100,5T
7¾ Cont. Gum. 71	100,5G	100,5G
6 Dt. Texaco 64	98,25G	98T
6 Gelsenb. 64	99,5G	99,25G
6 HEW 58	99,85G	99,85G
5¾ dgl. 62	97,8	97,8G
6 dgl. 65	99,85G	99,85G
7½ dgl. 71	102G	102G
7¾ dgl. 71	102,25	102,25
4½ Harpen 59	1750G	1750G
6 Hoechst 63	99,5G	99G
6 dgl. 64	99,5bG	99,3T
6 Hoesch 64	99,25T	99T
7½ dgl. 71	100T	100G
7½ Karstadt 71	100,25T	100,3G
7½ Kaufhof 71	100,5G	100,3G
7¾ dgl. 71	100,4	100,5G
7½ dgl. 76	100,5G	100,5G
6 Klöckner W. 65	99,5G	99,5G
7½ dgl. 71	97,25	97
8 dgl. 72	99	-
6 Krupp 64	99,75T	99,5T
6 Linde 64	99,5G	99,5T
5 Mannesmann 59	98,5G	98,6G
6 Moselkraft 63	99bGT	98,5T
6 NWK 58	99,85G	99,85G
6 dgl. 61	99,5	99,5G
6 dgl. 62	98,5G	98,5G
6 ObDon. Krwk. 64	95,5G	95,5G
5½ Öst.BayK. 58	99,5G	99,5G
6 Rat.Vdb. Stk. 68	98,25G	98,25G
5½ Rh.Brkw. 58	98,25G	98,25G
6 dgl. 63	97T	96,75T
6 dgl. 65	96,35bG	96,25G
5½ RWE 59	99,25G	99,25G
6 dgl. 63	97,25T	96,8
6 dgl. 65	96,35T	96,25G
7¾ dgl. 71	100,5	100,5
7 dgl. 72	99,85	100
6 Rh.-M.-Don. 62	99G	99G
6½ dgl. 68	100,75G	100,5G
8 Schleswag 71	100,5T	100,5T
5 STEAG 59	98,75G	98,5G
6 Thyssen 63	99,5bG	99G
7½ dgl. 71	100,2G	100,2G
8 dgl. 72	100,75	100,8
7¾ dgl. 77	98,75T	98,75G
5 Veba 59	98,5G	98,5G
8 VEW 71	100,6	100,6
6¾ dgl. 77	96,85G	96,8T
7 VW 72	100,2	99,8
5½ Wintersh. 58	99,5G	99,5G

Wandelanleihen

	5.4.	31.3.
4¾ AKZO 69	86G	86T
3½ All Nippon 78	93,5	94,5
3½ Asahi Opt. 78	105	107,5
4¾ Canon Inc. 77	291,9G	302G
3½ Cas. Comp. 78	187,4	189,5T
5 D Bk. Lux. 77	99,7	99,7
5¾ Daiei Inc. 80	111,5G	111,5
4¾ Fujitsu Lim. 78	391G	392G
5 dgl. 79	262,5G	264,5
5¾ Hoogovens 68	82G	82G
3½ Izumiya Co 78	93	92,5
3½ Jusco Co. 78	93,75bG	93,8T
4 Kansai El. 79	100,75	100,75
6 Konishiroku Pho.81	110,9G	111,25G
6¾ dgl. 82	110,5G	110,5
6 Komatsu 76	141G	143G
3½ Korakuen 78	91,5	91
7½ Kraft Inc. 70	109T	107,5G
3½ Marudai F 78	92,25G	92,25
6 Michelin Int. 70	94G	94G
5¾ Minolta 77	147,5G	147,5
4 dgl. 79	113G	114G
6½ Mitsub. Ch. 76	165T	167T
6,75 Mitsub. H 81	123	123bG
6 dgl. 81	107,25	107,5
6 Nichii Co Ltd 80	112	112G
7 Nippon Sh. Gl. 82	112G	112
3¾ Nippon Sh. 78	165G	163
3½ NissanMot. 78	93,5G	93,5
4 Nisshin Steel 78	133G	133G
6½ Océ v. d. Gr. 69	100G	100G
3½ Olympus 78	210G	215G
3¾ Osram Tat 79	190G	190G
4¾ Orient Fin 79	220G	227G
3½ Ricoh Comp. 78	128T	131,5G
6¾ Rothm. Int. 72	93,5	94G
3¾ SankyoElec. 78	93,25	93,75G
3½ Sanyo Elec. 78	155G	160G
3¾ Seiyu Stores 78	94G	95
6¼ Sekisui 76	157G	158G
3½ Stanley 78	94,5G	94,5T
6 Taiyo Yuden Co. 82	109	109,5T
5 Texaco Int. 66	96,75	96,75
3½ Tok. Elec. 78	245G	248G
4¾ Tok. Sanyo 77	255G	285T
4 Tokyu Land 79	102G	102G
3½ Trio Kenw. 78	94,8	94,8
6½ Uny Ltd. 79	114,25G	114,25

Optionsscheine

	5.4.	31.3.
11 BASF 82	33,8	32,2
7½ Bayer Fin. 79	31,7	29,8
10½ Bayer Fin. 82	42	40bG
6¾ Ciba-Geigy 75	680	659
3½ Commerzbk. 78	42,8	42,2
4¾ Dt. Bk. Comp. 77	150	149
10 Hoechst 75	170T	178T
6¾ dgl. 79	39,5	39,1
8 Hoechst 83	54	52,1bG
7½ Jap.Syn.Rubber82	749,5	745
Mitsui 82	178	181
6½ Wells F. 73	209,8	208,5

Optionsanleihen

	5.4.	31.3.
8½ BASF 74 m O	-Zhg	131
8½ BASF 74 oO	-Zhg	101,5
3½ Stumpf 88 mO	100,5bG	104
3½ Stumpf oO	77	75

Währungsanleihen

	5.4.	31.3.
8 Brasilien 72	98,75G	99,25G
6½ Kopenhagen 72	95,5G	95,5G
7,875 Norwegen 78	99G	99G
9½ dgl. 79	99,75	99,75G

Optionsanleihen

	5.4.	31.3.
3½ ComBk. Int. 78 mO DM	108,2G	108,2G
3½ dgl. 78 oO DM	91	90,5
4½ C F DT. Bk. 77 mO $	135G	135G
4½ dgl. 77 oO $	84,75G	84,5
7½ Jap. Synth. 82	127,5	128G
7½ dgl. 82 oO	99G	99
6½ Wells F. 73 mO DM	112,5T	112,4T
6½ dgl. 73 oO DM	96,6T	96,5T

Optionsscheine

	5.4.	31.3.
8½ BASF 74	–	147,5

Wandelanleihen

	5.4.	31.3.
5 Bayer 69	102,5	102,4
8 Bay Wa 75	100,5	100,5
8 Beiersdorf 82	157bG	157
4½ Commerzbk. 78	99,3	99,25
9 Girmes 74	323bG	323bG

Anmerkungen:

* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen

(Kurse ohne Gewähr)

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

	5.4.	31.3.
7¾ AKZO 83	100G	100G
6 dgl. 84	97,5/8,2	97,5/8,2
6½ dgl. 86	99,25G	99,25G
7¾ Arbed 83	97,5G	97,5G
7½ dgl. 86	83G	85G
9 dgl. 87	93T	93T
6¾ Ardal 89	96,5G	96,5G
10 dgl. 88	104,5G	104,5G
8 Austr. 87	103,75G	103,75G
8¼ dgl. 87	104,25G	104,25G
7½ BEC 83	100,25G	100,25G
4¾ CFDB 83	99,7/100	99,7/100
5 dgl. 84	99,6/100	99,6/100
6½ Estel 84	94,5G	94,5G
6¾ dgl. 85	93G	93G
8½ dgl. 87	93,25G	93,25G
6¾ Euratom 91	93,5G	93,5G
6¾ Eurofima 87	99,5G	99,5G
10 dgl. 89	107G	107G
6 EIB 88	92G	92G
6½ Lufthansa 86	97,75G	97,75G
6 Montanunion 90	93,5/94	93,5/94
6½ Ö. Ko. Bk. 84	99,5G	99,5G
7½ Parker-H. 87	97,5G	97,5G
8 S. A. R. 83 I	100G	100G
8 dgl. 83 II	99,9G	99,9G
7½ Schweden 89	97,5G	97,5G
6¾ Weltbank 85	100,25G	100,25G
6½ dgl. 85	99G	99G
7½ dgl. 87	100G	100G
7¾ dgl. 90	100	100
9 dgl. 88	103,5G	103,5G
8½ dgl. 88	103G	103G
7¾ dgl. 88	101/2,5	101/2,5
9½ dgl. 89	105G	105G
8 dgl. 90	101,25G	101,25G
11 dgl. 91	113,5G	113,5G

Ausländische Aktien

	5.4.	31.3.		5.4.	31.3.
F L'Air Liquide	166	168	D Marubeni	3G	3,1G
D Akzo	52,1	51	F Marudai Food	5,8G	5,8G
F Alcan	72,5	73,5	D Matsushita El.	13G	13,4T
F Alcoa	81	80G	M McDonald's	167,5	170,5
F Alg. Bk. Nedld.	313	313	M Merrill Lynch	202	207,5
F All Nippon Air	3,6G	3,6G	F McDonnell D.	151,5	152,5
F Amax	56,5	56,5	D Minnesota M.	187T	190T
F Am. Cyanamid	101G5	101,5	D Minolta Camera	4,6G	4,6G
D American Expr.	147GexD	155T	F Mitsubishi Chem.	2,6	2,5G
D Am Motors	15	15,4	F Mitsubishi El.	3,8	3,8
F Am. T & T	158	160,7	F Mitsui Bk.	4,6T	4,5
F Amro Bank	53,6	53,6	F Mitsui & Co.	4G	4G
M Anglo Am. Gold	274,5	270B	F Mitsui Engin.	1,55T	1,6
F Anglo Am.m.O.	45,9	45,3	F Mitsui O. S. K.	2G	2bG
F dgl. o.O.	45	45	F Mitsumi El.	4,85	4,85
F Arbed	61,5	59	H Mobil Oil	71	64,5
F Asahi Chem.	2,9G	3	F Monsanto	219,5	215
M Atl. Richfield	102	98,5	F Montedison	0,25	0,25
H Atlas Copco	41G	40G	F Murata	17G	17G
M Avon	77,2	81,2	M Nat. Semicond.	75,1	78,3
F Bell Canada	17,6	17,6	D Nat. Westminster	20G	20,5T
F Banco Central	27,4	27	F Nestlé	4650	4600G
F Banco de Bilbao	23	22,5	D Nikko Sec.	4,25G	4,25T
F Banco de Santander	18,9	18,9	F Nippon El.	9,6	9,7
F Banco de Vizcaya	32,3	31,6	F Nippon Kokan	1,5T	1,5
F Banco Hisp. Americ.	21,4	21,6	F Nippon Shinpan	8,5T	8,3T
D Beatrice Foods	61G	63G	F Nippon Yusen	2,7G	2,7T
D Bell Canada	49G	51T	F Nissan Motor	7,9	7,9
F Black & Decker	46,1	47T	F Nisshin Steel	1,6G	1,65
F Boeing	94,7	98	F Nissho - Iwai	3,2G	3,2T
F Bowater	6,5	6,5	F Norsk Hydro	103,5	103,5
D BP	12,05	11,55bG	F Norton Simon	55G	56G
M Broken Hill	14	14	H Occ. Petroleum	47G	47
F Bull	13,5	13	D Océ v. d. Grint	165T	165T
F Cdn. Pacific	85G	88	F Olivetti Vz.	4,85	4,85
F Canon	13,1	15,4	F Olympus Optical	11,5G	11,8G
F Casio Comp.	11,2G	11,2G	H v. Ommeren	22,6	22,7
F Caterpillar	105	108	F Omron Tateisi	11,1	11,5
D Ch. Manhattan	127,5	126,5	F Pakhoed	51,3	51,3
F Chrysler	41,5	41,4	M PanAm	12,8	13,1
M Citicorp.	100,7	102	M Pepsi	88B	89,2
F City Investing	74G	74	F Pernod-Ricard	155G	152G
F Coca-Cola	129	131,8	F Peugeot	66,5	67,8
D Colgate	55	55	F Philip Morris	154,5	155
F Cons. Gold F.	17,8	17,8	H Philips	38,8	38,7
D Cont. Group	97T	95T	D Phoenix Ass.	11G	11G
F Control Data	112	118G	F Pirelli	3,05	3,1
F Courtaulds	–	–	M Polaroid	74	76
M CRA	9,75	9,55	M Prime Computer	101	108,5
M CSR	5,9	5,75	F Procter & G.	148,5	152T
F Dart & Kraft	175	181	D Ramada Inns	19B	19,8
M De Beers Cons.	19,5	19	F Rank Org.	5,5	5,3
F Deere Comp.	88,5	86,5	F Ricoh	7,4	7,4G
F Diam Sham.	59	55,2	F Rio Tinto NA-St.	19	19
M Digital Equipm.	299	310B	H Robeco	238exD	249,5
M Disney Prod.	184	189	F Rockwell	125	126,9
F Distillers	–	–	H Rolinco	230	228
M Dome Petroleum	7,5	7	F Rorento	167	167
D Dow Chemical	68,5	70,7	F Rothmans Int.	4G	4G
D Dresser	41,7	42,8	H Royal Dutch	101	96,5
F Dunlop	–	–	F Sanko Steamship	2,1G	2G
D DuPont	100,8	98bG	F Sankyo Electric	4,7G	4,7G
			M Santos	9,8	9,55
M East Drief. Gold	78,2	77,6	F Sanyo Elec.	4,85	4,85
D East Air Lines	22,8G	23,5G	F Sanwa Bk.	4,9G	4,9G
F Eastman Kodak	200	207	M SASOL	9,1	9
F Elf Aquitaine	44,9	43	F Schlumberger	102,9	99,9
F Emhart	158bB	157T	F Schw. Alum.	755	750
D Ericsson	175G	123G	F Schw. Bankverein	301,5	300exD
D Esmark	156G	158G	M Sears, Roebuck	85	87,5
D Exxon	75,5	74,8	F Seiyu Stores	6,7G	6,7G
D Fiat St.	5,25	5,2	F Sekisui Prefab.	7,55G	7,55G
D dgl. Vz.	3,8T	3,8	F Selected Risk	29G	29G
F Finsider	–	0,11	H Shell T & T	16,5	16,5
D Fisons	19G	20G	D Singer	62,5	65,5
M Fluor	50	50	F Snia Viscosa	1,8	1,77
D Ford	98bG	99	D Solvay	127G	125
F Foseco Minsep	5,3G	5,3G	D Sony Corp.	36,5	37,7
F Fujitsu	9,4	9,4	D Sperry Corp.	86,5exD	91
F General Electric	253,5	256,5	F Squibb	126	129
F General Mining	58,5	59,2	F Stanley Elec.	4,7G	4,7G
D General Motors	141,5	144,8	F Steyr-Daimler-P.	23,5	22,6
D Gen. Shopping	560G	555G	F Sumitomo Heavy	1,7bB	1,6G
M Getty Oil	145	159	D Sumitomo Metal	1,55G	1,6G
D Gevaert	101G	100	F Sumitomo Shoji	4,7	4,8
F Goodyear	69,5	72	D Sun	80G	78G
H Grace	102G	99G	F Swissair	962	969
D GKN	6,45	6,5bB	F Taisei Kens.	2,5	2,5T
F Gulf	80,5	79,3	M Tandy	140	141
F Highveld m. St.	12G	12	F Tenneco	85T	81,1
F dgl. o. St.	12,7	12,4	D Texaco	79	76,5
F Hitachi	806	819	D Thomson-CSF	–	68,5T
M Holiday Inns	96	97,5	D Thorn Emi	18G	18,2G
F Homestake	67,8	64	D Tokyo Pac	210G	210G
D Hoogovens	21	20,8	F Tokyo Sanyo El.	5,6G	5,6
F IBM	246	252,5	F Trio Kenwood	5,6G	5,6G
F ICI	14,35	14,35	F TRW Inc.	157,5	160G
M Imperial Oil	58	57	D Toray	3,65T	3,7G
F Inco	30,6	31,4	D Toshiba	3,4G	3,45
F Int. T & T	86	89,5	D UAL	82G	86G
D Istituto Fin.	9G	9T	H Unilever	195	195,5
F Italcementi	74	76,4	F Union Carbide	142	149,9
F Izumiya	6,5G	6,5T	D Uniroyal	27,5	28,5G
F Japan Line	1,8bG	1,75	F United Techn.	165bB	166
D Jusco	5,75G	5,7T	F US Steel	55,6	56,8
F Kawasaki Kisen	1,55bB	1,45G	M Vaal Reefs Expl.	258,5	249,5
F Kawasaki Steel	1,5T	1,55	F Veitscher Magn.	–	–
M Kloof Gold Min.	109,2	106,6	D Varf-Stork	66	65
F Komatsu	5G	5	D Volvo A	126T	126T
D KLM	–	143G	D dgl. Nam B	126G	126G
F Kubota	3,65G	3,6G	F Warner Commun.	70	71
D Lafarge	86G	–	F Warner Lambert	76,5	76
D Litton Ind.	136,5	137,5	F Wells Fargo	73,5	72,6
F Lone Star	75,5	79G	M Western Deep L.	134,5	125,9
D LTV	34,7	35,8	M Western Mining	9,95	8,8
M M.I.M. Hold.	18,2	18	F West.-Utrecht H.	112,5	112,5
F Magneti Marelli	–	–	D Xerox Corp.	101	102

VERMÖGENSBILDUNG IN ARBEITNEHMERHAND

Warten auf das Gesetz

Mitarbeiter als Mitbesitzer sind ein neuer Faktor im Wirtschaftsleben. Die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand macht sie möglich. Ein Angebot, das heute zu den drei beliebtesten „freiwilligen Sozialleistungen" zählt, die es gibt. Nach Weihnachtsgeld und 13. Monatsgehalt setzten es die Belegschaften mehrerer Betriebe bei einer Umfrage auf Platz 3. – Aber es ist mehr als nur eine soziale Leistung.

Die größte Gruppe der im Bundesgebiet an vermögensbildenden Maßnahmen beteiligten Mitarbeiter bilden 800 000 Belegschaftsaktionäre in etwa 60 der fast 500 börsennotierten deutschen Aktiengesellschaften.

Weitere fast 250 000 Arbeitnehmer sind im Laufe der letzten 20 Jahre zusätzlich und in anderen Formen am Kapital und Gewinn ihres Unternehmens beteiligt worden. Zum Beispiel durch Darlehen, Investmentzertifikate, durch Schuldverschreibungen, stille Beteiligungen und neuerdings auch durch Genußscheine, wie sie die Bertelsmann AG als erste aus der historischen Schublade zog. Impulse, die Aufsehen erregten.

Eines der am häufigsten verfolgten Prinzipien unmittelbarer Beteiligung von Mitarbeitern an ihrer Firma lautet: Der Gewinn wird geteilt. Eine Hälfte bleibt im Unternehmen. Die andere wird erneut halbiert, einmal pro Kopf und einmal entgeltbezogen. Die Teilhaber erhalten Zinsen und können sich mit ihrem Gewinnanteil in die Firma einkaufen. Kapitalkündigungen unterliegen unterschiedlichen Bedingungen. Ergebnis: Die Mitarbeiter gewinnen Barmittel und Besitzanteil. Die Firmen verbessern ihre Kapitalsituation. Beide können gemeinsam einen Partnerschaftsausschuß bilden. Seine Kompetenzen sind firmenindividuell geregelt.

Oft gab dabei die „Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft" (AGP) Hilfestellung. Sie hat seit zwei Jahrzehnten wesentlich zur Verbreitung vermögensbildender Maßnahmen und der Einsetzung von Partnerschaftsausschüssen beigetragen. Sie zählt heute 400 Mitgliedsfirmen. 1981 verzeichnete sie den bisher stärksten Zuwachs. Zu ihren Mitgliedern gehören so renommierte Firmen wie Rosenthal und Pieroth, beide Vorkämpfer für die Vermögensbildung.

Bei Beteiligungs-Firmen halten die Mitarbeiter Anteile am Firmenkapital, die heute zwischen 5 und 50 Prozent liegen. Eine Teilhaberschaft mit steigender Tendenz. Dennoch wird eine Vielzahl der Modellformen noch immer steuerlich benachteiligt. Den gesetzlichen Vorzug haben die Aktien.

Das soll anders werden. Mindestens drei Kanzler-Erklärungen der sozialliberalen Regierung stellten es bereits in Aussicht. Dann gab das Land Niedersachsen durch Wirtschaftsministerin Breuel im vergangenen Herbst einen realen Anstoß, der den Entwurf eines „Vermögensbildungsgesetzes zur Förderung von Arbeitnehmerbeteiligungen am Produktivvermögen" im Bundesrat einbrachte. Er bildete auch den Anstoß für den Vermögensbildungspassus im Jahreswirtschaftsbericht der neuen Bundesregierung.

Dabei geht es natürlich auch um Risikoabsicherung der neuen Mitbesitzer. Das Gesetz will sie vorsehen zu 50 Prozent während der gesetzlichen Sperrfrist von sechs Jahren.

Erneut lautet also die Devise aller Vermögensbildner „Warten auf das Gesetz". Die Lage bleibt trotzdem unübersichtlich, denn die Gewerkschaften ziehen nur zum Teil mit. DGB, IG Metall, ÖTV erweisen sich als erklärte Gegner einer individualisierten Vermögensbildung für Mitarbeiter. Sie befürworten einen paritätisch besetzten Gemeinschafts-Fonds, in den die Unternehmen Gewinnanteile abführen, die den Mitarbeitern dann als Fondsanteile gutgeschrieben werden.

Gleichzeitig stehen in der Praxis in mehreren Partnerschaftsfirmen Betriebsräte auch als Mitglieder von Gewerkschaften, die der Mitarbeiterbeteiligung nicht grün sind, mit beiden Füßen auf dem Boden ihrer Firmenbeteiligungsmodelle. Und nicht nur die Belegschaften der Werft Nobiskrug oder der New York-Hamburger Gummiwaren haben sich bereit erklärt, sondern auch eine Reihe kleinerer Unternehmen, oft noch erheblich größere Lohnanteile in die Firma zu investieren, um ihr über die Runden zu helfen. Auch das – so die AGP – ist Partnerschaft und Mitbeteiligung.

Außerdem trägt der individuelle Mitbesitz des Mitarbeiters dazu bei, im Zeitalter der Elektronik den persönlichen Bezug zum Arbeitsplatz zu unterstützen. Ein Ziel, das auch die Gewerkschaften verfolgen.

Warum bleibt dann ihre Reaktion auf die Vermögensbildung vor allem kleiner Betriebe so different? Für die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik erschließt der Mitbesitz der Mitarbeiter ein Feld voller Möglichkeiten.

WALTER LEOPOLD

GROSSBANKEN-VERGLEICH / Schatten auf den Glanz der 82er Abschlüsse

Risikovorsorge schmälert die Gewinne

Von CLAUS DERTINGER

Vielen Banken ging es 1982 so wie des Lügenbarons von Münchhausen feurigem Litauer, dem „hinten das Wasser ebenso wieder herauslief, als vorn hineingekommen war, ohne daß es dem Gaul zugute kam oder ihn erfrischte". Von den schönen Gewinnen, die für viele Banken die höchsten waren, die sie überhaupt jemals erzielt hatten, wurde der größte Teil aufgezehrt durch Verluste im Kreditgeschäft und noch mehr durch die Vorsorge für drohende Verluste im heimischen wie im internationalen Kreditgeschäft, die ebenfalls so stark waren wie nie zuvor.

Ganz besonders gilt das für die drei Großbanken. Nach externer Schätzung zweigte die Deutsche Bank etwa 1,7 Milliarden Mark für die Risikovorsorge ab, was knapp 2,5 Prozent des Kreditvolumens entspricht, die Dresdner Bank rund 800 Millionen oder 1,3 Prozent des Kreditvolumens und die Commerzbank rund 700 Millionen oder 1,5 Prozent vom Kreditvolumen. Das Betriebsergebnis, in das der Zins- und Provisionsüberschuß, der Gewinn aus dem Eigenhandel mit Wertpapieren, Devisen und Edelmetallen sowie die Personal- und Sachkosten eingehen, wurde durch diese hohen Aufwendungen bei der Deutschen Bank und bei der Dresdner Bank zu etwa 70 Prozent aufgefressen, und bei der Commerzbank war der Risikoaufwand sogar noch um rund 200 Millionen Mark höher als das Betriebsergebnis, so daß sie 350 Millionen Mark stille Reserven mobilisieren mußte.

So fallen denn schwarze Schatten auf den vermeintlichen Glanz der 82er Bankenabschlüsse, den die hohen Zuwachsraten der Betriebsergebnisse ausstrahlen: bei der Deutschen Bank Steigerung um ein Drittel auf schätzungsweise gut 2,5 Milliarden Mark, bei der Dresdner Bank um 85 Prozent auf etwa 1,1 Milliarden und bei der Commerzbank um 160 Prozent auf fast eine halbe Milliarde Mark.

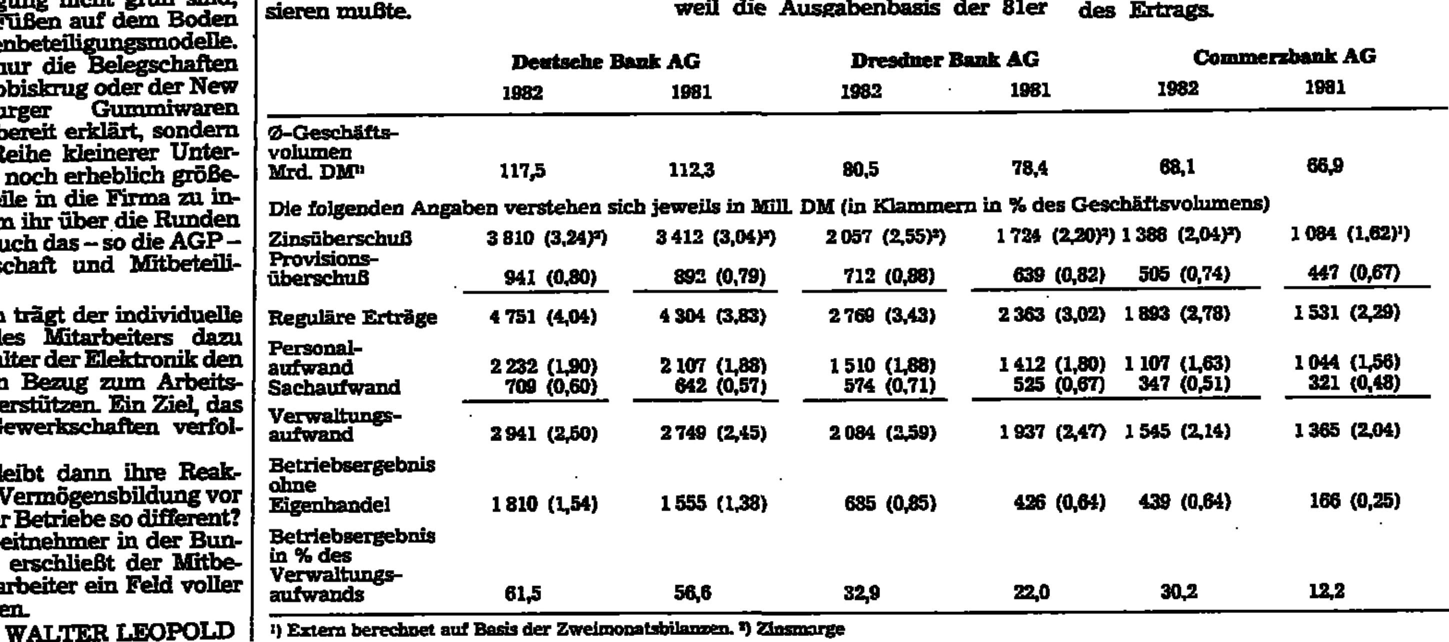
Diese günstigen Ergebnisse waren nur wegen der enorm hohen Eigenhandelsgewinne möglich, die aber nicht nur der Tüchtigkeit der Mitarbeiter zu verdanken sind, sondern auch der ungewöhnlich günstigen Konstellation an den Märkten, besonders am Rentenmarkt. Ohne die Eigenhandelsgewinne, die nicht nach Belieben steuerbar sind, hätten die Betriebsergebnisse für eine derart hohe Risikovorsorge bei keiner der drei Großbanken ausgereicht.

Natürlich kann man hoffen, daß wenigstens ein Teil der latenten Risiken, für die jetzt Vorsorge getroffen wurde, nicht zu tatsächlichen Risiken wird, und Vorsorgebeträge mithin zu stillen Reserven werden; aber das ist vorerst nur ein schwacher Trost.

Wie haben nun die drei Großbanken 1982 im Vergleich miteinander abgeschnitten? Die erwähnten Steigerungsraten der Betriebsergebnisse einschließlich Eigenhandelsgewinne geben ein schiefes Bild. Das Plus bei der Dresdner Bank und erst recht bei der Commerzbank ist nur deshalb so hoch, weil die Ausgabenbasis der 81er Ergebnisse, noch die Folgen der Fehldispositionen von 1977–1979 spiegelnd, sehr niedrig war. Schon die Tatsache, daß die Deutsche Bank ihre Dividende von zehn auf elf Mark je 50-DM-Aktie erhöht, die Dresdner Bank bei dürftigen vier Mark bleibt und die Commerzbank nun zum dritten Mal keine Dividende zahlt, dokumentiert die Unterschiede in der Ertragskraft.

Wie weit die Commerzbank und die Dresdner Bank trotz deutlicher Gewinnverbesserung ertragsmäßig von der Deutschen Bank entfernt sind, geht aus der Tabelle hervor und dort besonders aus den zum Geschäftsvolumen in Beziehung gesetzten Komponenten der Ertragsrechnung im laufenden Geschäft. So erzielte die Deutsche Bank mit 100 Mark Geschäftsvolumen ein Betriebsergebnis ohne Eigenhandel (vor Steuern, Abschreibungen und Wertberichtigungen sowie sonstigen a. o. Posten) von 1,54 DM, die Dresdner Bank von nur 85 Pfennig und die Commerzbank gar nur von 64 Pfennig (vorletzte Zahlenspalte).

Ganz entscheidend wird das Ergebnis vom Zinsüberschuß bzw. von der Zinsmarge geprägt, die bei der Deutschen Bank traditionell höher ist als bei den beiden anderen Großbanken. Hier profitiert die Deutsche Bank einmal von der günstigeren Struktur der Passivseite der Bilanz; der prozentual höhere Anteil von Sichteinlagen und Spargeldern ist gleichbedeutend mit niedrigeren Geldeinstandskosten, deren geschickte Steuerung ausschlaggebend ist für den Zinsüberschuß, der wichtigsten Säule des Ertrags.



	Deutsche Bank AG		Dresdner Bank AG		Commerzbank AG	
	1982	1981	1982	1981	1982	1981
Ø-Geschäftsvolumen Mrd. DM[1]	117,5	112,3	80,5	78,4	68,1	66,9
Die folgenden Angaben verstehen sich jeweils in Mill. DM (in Klammern in % des Geschäftsvolumens)						
Zinsüberschuß	3 810 (3,24)[2]	3 412 (3,04)[2]	2 057 (2,55)[2]	1 724 (2,20)[2]	1 388 (2,04)[2]	1 084 (1,62)[1]
Provisionsüberschuß	941 (0,80)	892 (0,79)	712 (0,88)	639 (0,82)	505 (0,74)	447 (0,67)
Reguläre Erträge	4 751 (4,04)	4 304 (3,83)	2 769 (3,43)	2 363 (3,02)	1 893 (2,78)	1 531 (2,29)
Personalaufwand	2 232 (1,90)	2 107 (1,88)	1 510 (1,88)	1 412 (1,80)	1 107 (1,63)	1 044 (1,56)
Sachaufwand	709 (0,60)	642 (0,57)	574 (0,71)	525 (0,67)	347 (0,51)	321 (0,48)
Verwaltungsaufwand	2 941 (2,50)	2 749 (2,45)	2 084 (2,59)	1 937 (2,47)	1 545 (2,14)	1 365 (2,04)
Betriebsergebnis ohne Eigenhandel	1 810 (1,54)	1 555 (1,38)	685 (0,85)	426 (0,64)	439 (0,64)	166 (0,25)
Betriebsergebnis in % des Verwaltungsaufwands	61,5	56,6	32,9	22,0	30,2	12,2

[1]) Extern berechnet auf Basis der Zweimonatsbilanzen. [2]) Zinsmarge

AUSBILDUNG / Handelskammer appelliert

„Noch mehr Plätze schaffen"

HANS BAUMANN, Essen

Im bevorstehenden neuen Ausbildungsjahr werden noch einmal rund 500 Jugendliche mehr als im Rekordjahr 1982 Lehrstellen in den Betrieben von Industrie, Handel und Dienstleistung des östlichen Ruhrgebietes suchen. Um diese jungen Menschen auch noch unterzubringen, hat der Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund, Rudolf Brickenstein, alle ausbildenden Betriebe aufgefordert, in ihrem Ausbildungsengagement nicht nachzulassen. Betriebe, die nicht mehr ausbilden, aber doch die Möglichkeit dazu haben, bittet Brickenstein, sich wieder für diese Aufgabe zur Verfügung zu stellen.

In einem persönlichen Aufruf an seine Unternehmer-Kollegen, an Geschäftsführer und Kaufleute schreibt der Kammer-Präsident:

- „Obwohl wir alle gemeinsam bereits im Vorjahr fast mehr Lehrstellen als jemals zuvor geschaffen haben, müssen wir erneut eine nochmalige Steigerung erreichen."
- „Obwohl es gilt, Kostensteigerungen zugunsten von Investitionen zu vermeiden, müssen wir unsere Ausbildungskosten unbedingt halten und sogar erhöhen."
- „Obwohl weitere Rationalisierungen dringend sind, um die betriebliche Existenz und die Arbeitsplätze zu sichern, sollten wir uns um jeden einzelnen Jugendlichen bemühen, der ans Werktor klopft."

Noch sei zwar die Situation in vielen Betrieben unbefriedigend. Unternehmerisch handeln heiße aber, auch die Möglichkeiten der Zukunft zu berücksichtigen; und diese seien in letzter Zeit besser geworden. „Ich meine, daß es ein durchaus tragbares Risiko ist, den Wechsel auf die Zukunft bereits heute für die jugendlichen Lehrstellenbewerber einzulösen", sagt der Kammer-Präsident.

Für ihn geht es jetzt darum, einen leistungsfähigen Nachwuchs für die Betriebe heranzuziehen. Diese Chance sei heute größer als in einigen Jahren, wenn die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen wegen der geburtenschwächeren Jahrgänge zurückgehe.

Brickenstein sieht in diesem Jahr aber auch ein Problem für die Betriebe: Eine nicht unerhebliche Zahl von Jugendlichen unterschreibe teilweise mehrfache Lehrverträge. So würden Plätze für andere Jugendliche blockiert und manchmal auch gar nicht besetzt. Jugendliche und Ausbilder ruft Brickenstein hier zu besonderer Sorgfalt auf.

WEBER-FERTIGHAUS / Klima verbessert

Stärkerer Drang nach Norden

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Für den Fertigbau hat sich das Klima gegenüber dem Vorjahr verbessert. Diese Feststellung trifft Jochen Meyers, Geschäftsführer der Weber Fertighaus GmbH & Co KG, Rheinau-Linx. Dieser drittgrößte deutsche Fertigbauer rechnet deshalb für das Jahr 1983 mit einem Umsatz „mindestens in Vorjahreshöhe". In 1982 war der Umsatz um 11,5 Prozent auf netto 192 Mill. DM zurückgegangen. Verkauft wurden 926 Häuser (minus 10,1 Prozent) und fertiggestellt sowie aufgebaut 954 Häuser (minus 21,9 Prozent). Meyers begründet diese Diskrepanz mit Preissteigerungen und mit dem Trend zum höherwertigen Haus.

Das Unternehmen verfügt zur Zeit über einen Auftragsbestand mit mehr als sechs Monaten Beschäftigungsreichweite. Aus der Tatsache, daß die beiden letzten Monate des vergangenen Jahres die umsatzstärksten seit langem waren, leitet man bei Weber eine zumindest regional schon eingetretene Wirkung der Fördermaßnahmen des Bundes ab. Man gehe davon aus, daß der Überhang zuteilungsreifer Bausparverträge durch die Zinsverbilligung mobilisiert werde und der Nachfragestau sich auflöse. Preiserhöhungen würden auf den Ausgleich der Inflationsrate begrenzt bleiben.

Das im vergangenen Jahr erzielte Ergebnis bezeichnet Meyers als „zufriedenstellend". Investieren wolle man im laufenden Jahr 10 bis 13 Mill. DM, wobei Schwerpunkt der Ausbau des Vertriebsnetzes sein soll. Neue Musterhauszentren werden in Regensburg, Erlangen, Hannover, Kassel und Rheda-Wiedenbrück entstehen. Weber, der sein geschäftliches Hauptgewicht bisher in Süddeutschland sah, will nunmehr stärker auch im Norden Fuß fassen. Produziert wird außer im Werk Rheinau noch in Wenden-Bünsborn/Nordrhein-Westfalen. Das Unternehmen, dessen Keimzelle ein in 1960 vom Zimmerermeister Hans Weber übernommener Handwerksbetrieb ist, zählt 960 Mitarbeiter. Als einer der wenigen in der Branche habe man im vergangenen Jahr nicht kurzarbeiten müssen.

ELEKTROHEIZUNG

Bald in jeder dritten Wohnung

HANS BAUMANN, Essen

Die absehbare Steigerung der Kapazität der deutschen Elektrizitätsunternehmen setzt auch künftig Leistung frei, mit der Wohnungen geheizt werden können. Nach Schätzungen der Arbeitsgemeinschaft Regionaler Energieversorgungs-Unternehmen, Hannover, wird um die Jahrtausendwende ein Potential der Elektrobeheizung von rund 30 Prozent des dann vorhandenen Wohnungsbestandes im ländlichen Raum zur Verfügung stehen.

Bei voller Nutzung dieses Potentials könnten rund 2,5 Millionen Wohnungen in ländlichen Regionen elektrisch geheizt werden. Davon entfielen rund 1,5 Millionen Wohnungen auf die Elektrospeicherheizung und rund 0,7 Millionen auf bivalente Wärmepumpen. Durch die Umstellung von 2,5 Millionen Wohnungen auf elektrische Heizungen und auf die Wärmepumpe lassen sich nach Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Jahr für Jahr bis zu 5 Mill. t Heizöl einsparen.

Heute schon werden mehr als 10 Prozent der ländlichen Wohnungen elektrisch geheizt. Die Arbeitsgemeinschaft hat 41 Mitgliedsunternehmen und beliefert 67 Prozent der Fläche der Bundesrepublik mit elektrischem Strom. Daran wird die Bedeutung der elektrischen Heizung für die strukturschwachen und dünnbesiedelten Gebiete deutlich. In den unmittelbaren Versorgungsgebieten der Regionalunternehmen werden zur Zeit bereits 0,9 Millionen Wohnungen, das sind 12 Prozent, elektrisch geheizt. Mit einem Anteil von 0,7 Millionen Wohnungen (über 9 Prozent) ist die Elektrospeicherheizung die wichtigste Stromheizungsform im ländlichen Raum.

Aus einer Befragung der Mitgliedsfirmen der Arbeitsgemeinschaft geht hervor, daß unter Ausnutzung der noch vorhandenen Nachttäler der Stromabgabe bei den regionalen Versorgern insgesamt weitere 110 000 Wohnungen an Nachtspeicherheizung angeschlossen werden könnten. Darüber hinaus könnten knapp 6 Prozent der Wohnungen unter Ausnutzung der Umweltwärme mit bivalenten elektrischen Wärmepumpen geheizt werden. Für dieses Potential brauchten nicht einmal neue Kraftwerke gebaut zu werden. Kurzfristig, so die Umfrage, könnten 20 Prozent der Wohnungen im ländlichen Raum elektrisch geheizt werden, was einer Verdoppelung entsprechen würde.

NUTZFAHRZEUG-HERSTELLER / Gesamte deutsche Produktion verringerte sich 1982 um über fünf Prozent

Nur langsam kommt wieder etwas Hoffnung auf

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Schlimmer kann es wohl kaum noch kommen! Die Hersteller von Nutzfahrzeugen hierzulande, denen die Rückwärtsfahrt des deutschen Marktes der vergangenen Jahre schwere Sorgen bereitete, beginnen wieder etwas Hoffnung zu schöpfen. Daß diese gedämpfte Zuversicht, die auf dem allgemein etwas freundlicheren gesamtwirtschaftlichen Umfeld basiert, nicht in Euphorie ausartet, dafür sorgen rückläufige Exportaufträge.

Waren in früheren Jahren durch zahlreiche Großaufträge aus dem Ausland, die insbesondere von den Ölländern erteilt wurden, die flauen Inlandsgeschäfte beispielsweise bei schweren „Brummern" mehr als kompensiert worden, so tröpfeln die Aufträge aus jener Richtung inzwischen wesentlich spärlicher. Die einstmaligen Großauftraggeber müssen mit ihren Öldollars haushalten.

Schon im vergangenen Jahr hatten sich die Marktschwäche am inländischen Nutzfahrzeugmarkt und die rückläufigen Tendenzen in der Ausfuhr überlagert, wenngleich dies in der Statistik nur bedingt zum Ausdruck kommt. Die gesamte deutsche Produktion von Nutzfahrzeugen verringerte sich 1982 gegenüber dem Vorjahr um 5,6 Prozent (siehe Tabelle).

Dabei war das Bild je nach Fahrzeugart und Gewichtsklasse durchaus unterschiedlich. Relativ deutliche Rückgänge ergaben sich außer bei Transportern in der Klasse der mittelschweren Lkw (über 10 t bis unter 16 t zulässiges Gesamtgewicht). Auch Omnibusse, die in der VDA-Statistik unter Nutzfahrzeugen laufen, warteten mit einem kräftigen Produktionsminus von 17,3 Prozent auf. Bei den Schwerfahrzeugen war zumindest in der ersten Jahreshälfte das Produktionstempo noch verhältnismäßig zügig. Erst der scharfe Einbruch beim Export in der zweiten Jahreshälfte (die Ausfuhr schrumpfte um fast 24 Prozent) drückte bei den schweren Lkw die Produktionszahlen ins Minus.

Am Inlandsmarkt erreichten die Neuzulassungen mit 123 549 Einheiten das niederste Niveau seit sieben Jahren. Im Vergleich zu der vor zwei Jahren registrierten Absatzspitze verringerten sich die Verkaufszahlen quer durch die Gewichtsklassen um rund ein Drittel.

Dabei hat sich die Misere in der Bauwirtschaft und deren gebremstes Investitionsverhalten besonders drastisch in dem für die Nutzfahrzeugindustrie wichtigen Segment der Baufahrzeuge – einer Domäne deutscher Hersteller – niedergeschlagen. Innerhalb von nur zwei Jahren schrumpfte die inländische Nachfrage nach Baufahrzeugen um runde 70 Prozent. Während in „guten" Jahren etwa 16 000 Baufahrzeuge pro Jahr neu zugelassen werden, waren dies im vergangenen Jahr lediglich rund 7000 Stück. Hierbei handelt es sich um Schätzungen aus Branchenkreisen, amtliche Statistiken gibt es für diesen Bereich nicht.

Nachhaltig hat die von der Bauwirtschaft ausgehende Absatzkrise vor allem die über den Iveco-Verbund zum Fiat-Konzern gehörende Ulmer Magirus-Deutz AG zu spüren bekommen, die etwa zwei Drittel ihrer Produktion an Kunden aus der Baubranche absetzt. Personalabbau, langanhaltende Kurzarbeit und hohe Verluste markieren hier einen Weg, wie er sich auch für MAN abzeichnet.

Vergleichsweise besser über die Runden kommt nicht zuletzt auch aufgrund seiner Programmbreite der Branchenführer Daimler-Benz. Die Schwierigkeit bei der Einschätzung der künftigen Marktentwicklung im Sektor der Baufahrzeuge ist auch deshalb groß, weil ein nicht genau zu bestimmender Teil vorübergehend abgemeldeter Fahrzeuge, also brachliegender Kapazitäten, im Fahrzeugbestand den Neuabsatz beeinflußt.

Man schätzt, daß bei den Tiefbauunternehmen jedes dritte Fahrzeug vorübergehend abgemeldet worden ist. Bei den im Hochbau tätigen Unternehmen dürfte es in etwa jedes fünfte Fahrzeug sein, ähnliche Relationen werden für das Ausbaugewerbe angenommen. Andererseits ist aber auch der Verschleiß bei Baustellenfahrzeugen besonders groß. Einem Allradkipper gibt man beispielsweise eine Lebensdauer von durchschnittlich drei Jahren, die höchste „Lebenserwartung" hat ein Brandschutzfahrzeug mit 30 Jahren.

Wenn also „geschonte" Kapazitäten einerseits das Neugeschäft hemmen, so verweist man in der Branche aber auch darauf, daß Kaufentscheidungen aus der Baubranche auch oft unrational getroffen werden. Nicht zuletzt sei eine weitere Rationalisierung am Bau nur möglich, wenn man die Fertigungsabläufe stärker aufeinander abstimme, was dann auch Schubkraft für den Fahrzeugkauf bedeute.

Der schwache Lichtblick einer einprozentigen Steigerung bei den gesamten Nutzfahrzeug-Neuzulassungen im Februar dieses Jahres verbietet der Branche allzu hochgesteckte Erwartungen. Eine Analyse zeigt immerhin eine bessere Entwicklung bei leichteren Fahrzeugen. Schwerere Typen, also auch die Baufahrzeuge, schneiden wesentlich schlechter ab. Gerade hier wird sehr viel von der weiteren Entwicklung des Exports abhängen.

Deutsche NFZ-Produktion (in Stück)

Fahrzeugart	1982	1981
Lkw		
bis 6 t	136 175	144 540
über 6 bis 10 t	42 019	39 620
über 10 bis 16 t	18 476	24 813
16 t und mehr	60 663	63 501
zusammen	257 333	272 474
Omnibusse	14 150	17 108
Straßenzugmaschinen	29 746	29 618
Insgesamt	301 229	319 200

Quelle: VDA-Statistik

IDC / Datenbank für fast 8 Millionen Chemie-Patente

Wo Wachstum zur Last wird

JOACHIM WEBER, Frankfurt

„Unser größtes Problem ist, daß wir es mit naturwissenschaftlichen Erkenntnissen zu tun haben: Die bleiben stets gültig, und alles Neue kommt additiv hinzu." Dabei ist es „nur" ein Fachgebiet, mit dem sich Heinz Hartel herumschlagen muß: Er ist Geschäftsführer der Internationalen Dokumentationsgesellschaft für Chemie GmbH (IDC), Frankfurt, einer Einrichtung, für die es bislang auf der Welt „in dieser Form kein Duplikat" gibt.

Die IDC, gegründet 1967, ist ein Gemeinschaftsinstitut von elf Chemiekonzernen aus Deutschland, Österreich und Japan (ein Mitglied), deren zusammen 180 Firmen jährlich 150 Mrd. DM umsetzen. Seine Aufgabe: Den Gesellschaftern die weltweit veröffentlichten wissenschaftlichen und auch wirtschaftlichen Informationen der Branche aus Patenten, Zeitungen und Zeitschriften möglichst vollständig zu erschließen und sie den Mitarbeitern für Recherchen zugänglich zu machen.

Keine leichte Arbeit: „Seit dem Zweiten Weltkrieg verfolgen wir eine wirklich beunruhigende Zunahme der Informationen", bemerkt Hartel. „85 bis 90 Prozent aller Chemiker, die je geforscht haben, sind unsere Zeitgenossen." Was bei soviel Forschung herauskommt, bekommen die IDC-Spezialisten sehr unmittelbar zu spüren. Ihre Patentdatenbank mit bisher etwa 7,8 Millionen Eintragungen wächst jährlich um rund 750 000 Neueinträge.

Mit den Patenten allein ist es aber nicht getan (wenn sie auch eine wichtige Rolle z. B. bei der Verfolgung der Konkurrenz-Strategien spielen). Auch die Flut der anderen wissenschaftlichen Veröffentlichungen will bewältigt werden. So wird der Bestand der Verfahrenstechnik-Datenbank (118 000 Referate) jährlich um 7000 Referate aufgestockt. In den Speicher der anorganischen Chemie werden jährlich 25 000 Referate neu eingegeben, bisher (seit 1973) insgesamt 120 000.

Die organische Chemie kommt auf etwa 40 000 neue (Bestand 760 000) und der spezielle Polymeren-Speicher (Umfeld der Kunststoffe) auf 13 000 neue (insgesamt 77 000) Referate im Jahr. Allein der Bestand dieser Fach-Datenbanken summiert sich also zu einer beachtlichen Ablage von etwa 1,1 Millionen Literatur-Auszügen.

Schon diese Mengen an Lesestoff wären von den 106 IDC-Mitarbeitern (davon jeder zweite Chemiker) und ihren 55 ständigen – und bezahlten – Helfern im mehrheitlich staatlichen Fachinformationszentrum Chemie in Berlin gar nicht zu bewältigen, auch nicht mit Computerunterstützung. Hier geht es nicht ohne den Zugriff auf fremde Quellen, in- und ausländische Dokumentationsdienste, die auf gleichen Gebieten arbeiten.

Der wichtigste Chemiedienst kommt aus den USA, der Chemical Abstracts Service (CAS). Durch einen gerade zu Jahresbeginn in neuer Form abgeschlossenen Vertrag mit der American Chemical Society hat die IDC sich und ihren Gesellschaftern den Zugriff auf mehrere CAS-Dienste sowie die Eigentumsrechte an den überlassenen und weiterverarbeiteten (vielfach angereicherten) Speichern gesichert.

Das Abkommen bedeutet immerhin einen Bezug von jährlich 50 000 neuen Wirtschaftsinformationen, 525 000 Wissenschaftsreferaten und 300 Neueintragungen in einem Register der chemischen Verbindungen, das, seit 1967 geführt, schon einen Gesamtbestand von 6,9 Millionen Verbindungen ausweist.

Kooperationen gibt es auch mit Patentdokumentationen in London und Wien und mit dem eigenen Gesellschafter Bayer, der seine „Verfahrenstechnischen Berichte" einspeist. „Gefüttert" wird das System auch von anderen Mitgliedsfirmen, nicht zuletzt von den Japanern, die Patentinformationen aus dem eigenen Land einbringen.

So beeindruckend die Datenmengen auch sind – das Kunststück der Chemiedokumentare besteht nur zum kleineren Teil darin, diese Mengen in den Computer zu bringen. Viel wichtiger – und in der Bearbeitung schwieriger – ist es, die Informationen auch wieder auffindbar zu machen. Das Problem: Ein und derselbe Artikel (oder dieselbe Formel) kann unter den verschiedensten Aspekten interessant sein, zum Beispiel, wenn die Firmen-Chemiker nach einer bestimmten Struktur suchen ebenso wie wenn sie einer bestimmten Reaktion auf der Spur sind.

Den Geistes-Dienst, der nicht zuletzt vermeiden hilft, daß derselbe Stoff mehrfach erfunden wird, lassen sich die elf Konzerne in diesem Jahr 23 Mill. DM kosten. Umgelegt wird dieser stattliche Betrag, der zu gut zwei Dritteln auf die Personalkosten entfällt, nach der Zahl der bei den Gesellschaftern jeweils beschäftigten Chemiker und Pharmazeuten, also der insgesamt 7500 potentiellen Benutzer. Der Gemeinschafts-Klimmzug zahlt sich aus: Selbst der größte „Kunde" hätte das Vierfache seines Beitrags zu zahlen, wollte er das Ganze im Alleingang schaffen.

BORROUGHS / Unter dem neuen Chef auf Offensive in Richtung IBM-Markt

Aggressive Pläne für Deutschland

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Mit einer „Offensive in Richtung IBM-Markt" ist der US-amerikanische EDV-Konzern Borroughs auf einen völlig neuen Kurs gegangen. Unter dem neuen (deutschstämmigen) Konzernchef Michael Blumenthal wurden binnen weniger Monate „200 Führungskräfte bewegt und verkrustete Hierarchien abgebaut, auch international", berichtet der ebenfalls 1982 neuangetretene Deutschland-Chef Winfried Hoffmann.

Borroughs hatte sich bislang betont auf Distanz zur IBM-Technik gehalten, die sich im Laufe der Jahre dank hoher Marktanteile zum internationalen Quasi-Standard entwickelt hat. „Das heißt, wir haben uns in Nischen getummelt. Da bleiben dann im Laufe der Zeit nur noch die exotischen Lösungen und die weniger interessanten Kunden übrig", beschreibt Hoffmann die Folgen.

Für 1983 hat das Unternehmen, das weltweit auf mehr als 12 Mrd. DM (gerechneten) Umsatz kommt, ein volles Programm: Die Produktlinien sollen gestrafft werden, in allen Produktfamilien Anknüpfungsmöglichkeiten an IBM-Anlagen geschaffen werden, und die Organisation soll stärker auf die Vertriebskanäle ausgerichtet werden.

Auch in Deutschland hat Borroughs „aggressive Pläne". Bisher lebte das Unternehmen hier in erster Linie vom Geschäft mit Beleglesern und Codierern, Scheckcodierern und Fernkopierern, also weniger vom eigentlichen Computergeschäft. 70 bis 80 Prozent der deutschen Kunden sind traditionell Banken.

Die Belegverarbeitung wird auch 1983 noch die Säule des Geschäfts bleiben. Gleichzeitig will Borroughs aber auch mit einem neuen Minicomputer-System „von unten" ins Projektgeschäft der dezentralen Datenverarbeitung einsteigen, zudem das eigene Händlernetz kräftig ausbauen.

Nachdem die deutsche Tochter 1982 ihren Umsatz um 35 Prozent gesteigert hat, werden für 1983 rund 190 Mill. DM angepeilt. Ein Drittel davon, so hofft Hoffmann, wird bereits aus dem Projektgeschäft stammen. Die Belegschaft von 250 bis 260 Mitarbeitern wird dafür nur geringfügig aufgestockt.

Rhein-Schiffahrt litt unter Flaute

dpa/VWD, Duisburg

Die Wirtschaftsflaute hat sich 1982 auch im internationalen Rhein-Verkehr ausgewirkt. Vor allem die Krise in der Montanindustrie und die Rezession in der Bauwirtschaft ließen das Güteraufkommen am deutsch-niederländischen Grenzübergang bei Emmerich gegenüber dem Vorjahr um 2 Prozent auf 124 Mill. t schrumpfen. Der besonders starke Rückgang im zweiten Halbjahr zwang zu Kurzarbeit besonders in der Schubschiffahrt.

Stromaufwärts (Einfuhren) gab es nach Angaben der IHK Niederrhein Einbußen vor allem bei Erzen, während der Transport von Mineralölerzeugnissen um über 11 Prozent zunahm. In der Gegenrichtung (Exporte) waren vom Abwärtstrend Eisen, Stahl und Kohlen überdurchschnittlich betroffen.

Ausländer suchten Spitzenaktien

Wieder lebhafte Umsätze in Siemens und den Autowerten

DW. – Nach schleppender Eröffnung zu teilweise nachgebenden Kursen belebte sich der Aktienhandel im Verlaufe durch aus dem Ausland eintreffende Kaufaufträge. Sie absorbierten das aus Glattstellungen stammende Material und ließen das nach dem Osterfest noch ausgebliebene Ordervolumen der privaten Bankenkundschaft nicht spürbar werden. Die Ausländer konzentrierten sich allerdings auf wenige Spitzenaktien, darunter die Autowerte Daimler-Mercedes und BMW. Hier kam es gegenüber der Vorwoche zu neuen Kurssteigerungen. Kursgewinne gab es ebenfalls bei Siemens und bei den Papieren der Großbanken.

Das spekulative Interesse der Börsenkulisse erstreckte sich erneut auf Lufthansa-Vorzugsaktien, die mit 126 (4,70) DM einen neuen Spitzenkurs erreichten. Als bemerkenswert stabil erwiesen sich wieder die Papiere der Großchemie, die sich gegenüber den Kursen vom vergangenen Donnerstag leicht verbesserten. Mit 190 DM bewegen sich RWE-Stämme jetzt um 5 DM unter ihrem bisherigen Höchstkurs. Nach den kräftigen Kurssteigerungen während der vergangenen Wochen leidet dieses Papier besonders unter Glattstellungen.

Düsseldorf: Stolberger Zink erhöhten um 20 DM auf 1350 DM und Rhenag um 10 DM auf 285 DM. Kochs Adler stockten um 8 DM auf 271 DM auf und Neckermann um 4,50 DM auf 96,50 DM. Nachgegeben haben Hochtief um 14 DM auf 511 DM und Stahl Bochum um 11 DM auf 217 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Nordstern um 10 DM auf 780 DM und Aachen Münchner Versicherung gaben um 13 DM auf 252 DM nach.

München: Agrob St. erhöhten um 1,50 DM auf 353 DM und Deckel AG um 3 DM auf 114 DM. Flachglas AG stockten um 1 DM auf 288 DM auf und Dehe AG um 5 DM auf 183 DM. Nachgeben mußten Audi NSU um 8 DM auf 285 DM und Dywidag um 7 DM auf 290 DM.

Berlin: DeTeWe zogen um 8 DM und Berthold um 5 DM an. Lehman wurden um 4,50 DM höher taxiert. Orenstein lagen um 3 DM freundlicher. Schering büßten 4 DM, BHF-Bank 2 DM, Bekula 1,80 DM und Adca 1 DM ein.

Nachbörse: fest

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Junge Aktien

5. 4. 83: BMW 280G; Bavaria 210; Jute-Spinnerei 180 G; Philips Komm. 305 G; VEW 132; Allianz Versicherung 569; Herlitz St. 243; Herlitz Vz. 233,5.
Freiverkehr: Reag 410 B.

WELT-Aktienindex vom 5. 4.: 133,3 (133,2); WELT-Umsatzindex vom 5. 4.: 3984 (6190).

Paris

	5. 4.	31. 3.
Air Liquide	486	479
Alsthom Atlant.	168	166,5
Beghin-Say	258	246
BSN-Gerv.-Danone	1615	1612
Carrefour	1400	1392
Club Méditerranée	658	650
C. F. P.	165	167
Elf-Aquitaine	135	129,5
Gal. Lafayette	143	136,5
Hachette	868	855
Imetal	51,80	50,5
Lafarge	254	257,2
Locafrance	230	230
Machines Bull	41	39,8
Michelin	799	798
Moët-Hennessy	980	980
Moulinex	81,5	81,5
L'Oréal	1519	1490
Penarroya	43,1	45,8
Pernod-Ricard	469,9	464
Perrier (Source)	276	275
Peugeot-Citroën	198	197
Printemps	118	116,4
Radio Techn.	365	369,5
Redoute à Roubaix	855	850
Schneider	117	118
Sommer Allibert	245	235
Thomson C. S. F	205	198
Usinor	1,54	1,54
Index: INSEE	–	116,8

Sydney

	5. 4.	31. 3.
ACI	1,13	1,15
Ampol Explor.	1,50	1,45
Bk. New S. Wales	2,48	2,47
Brok. Hill South	–	–
Brok. Hill Prop.	6,50	6,50
Coles	2,55	2,50
CRA	4,50	4,45
CSR (Thelss)	2,70	2,70
Metals Expl	0,55	0,55
MIM-Holdings	4,32	4,25
Myer Emporium	1,55	1,45
North Broken Hill	2,35	2,25
Oakbridge	1,05	1,02
Petro Wallsend	5,70	5,64
Poseidon	4,30	4,10
Thomas Nat. Tr.	1,50	1,48
Waltons	–	0,80
Western Mining	4,18	4,15
Woodside Petr.	0,71	0,70
Index	515,7	512,7

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 5. 4.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM
1 Monat	9⅛–9½	4⅞–5⅛
3 Monate	9½–9¾	4⅞–5¼
6 Monate	9⅝–10	5⅛–5⅜
12 Monate	9¾–10⅛	5¼–5½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 5. 4.: Tagesgeld 5,05–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,15–5,30 Prozent; Dreimonatsgeld 5,25–5,35 Prozent.

Privatdiskontsätze am 5. 4.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 5. 4.: 4 Prozent; Lombardsatz: 5 Prozent.

Ostmarkkurs am 5. 4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,00; Verkauf 25,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 22,00 Verkauf 26,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 5. April folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1300,00	1582,00
10 US-Dollar (Indian)**)	968,00	1229,44
5 US-Dollar (Liberty)	398,00	545,79
1 £ Sovereign alt	236,00	289,39
1 £ Sovereign Elizabeth II	235,00	288,15
20 belgische Franken	181,00	238,43
10 Rubel Tscherwonez	247,00	307,36
2 südafrikanische Rand	233,00	284,76
Krüger Rand, neu	1040,00	1220,40
Maple Leaf	1038,00	1218,14
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	246,00	311,88
20 schweiz. Franken „Vreneli"	206,00	261,03
20 franz. Franken „Napoléon"	205,00	259,90
100 österr. Kronen (Neuprägung)	966,00	1153,73
20 österr. Kronen (Neuprägung)	194,00	241,82
10 österr. Kronen (Neuprägung)	101,00	131,08
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	446,00	543,53
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	105,00	141,25

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Nur zögernd kam der Handel nach der Feiertagsunterbrechung in Gang. Der US-Dollar wurde am 5. 4. zunächst trotz anhaltend hoher Zinssätze bis 2,4120 zurückgenommen. Im Tagesverlauf kam es jedoch zu einer Erholung, so daß man gegen Schluß mit 2,4250 fast auf der höchsten Tagesbasis endete. Weiterhin im Mittelpunkt stand das englische Pfund das von Meinungskäufen im Hinblick auf die Beruhigung am Öl-Spot-Markt profitierte. Der holländische Gulden und der belgische Franc erreichten mit 88,71 bzw. 5,036 neue historische Tiefstkurse. US-Dollar in: Amsterdam 2,7315; Brüssel 48,12375; Paris 7,2660; Mailand 1440,70; Wien 16,9910; Zürich 2,0665. Ir. Pfd/DM 3,159; Pfd/Dollar 1,5019.

Devisenterminmarkt

Die Abschläge für US-Dollar vergrößerten sich zu Beginn des Monats, nachdem es gestern zu einer Befestigung der Tagesgeldsätze in New York auf über 9 Prozent kam.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,06/0,96	2,88/2,78	5,60/5,40
Pfund/Dollar	0,13/0,09	0,26/0,22	0,27/0,22
Pfund/DM	2,50/1,10	5,50/4,10	9,60/8,20
FF/DM	31/15	74/58	148/132

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/3 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,73) – 6,00 (5,13) – 7,00 (5,56) – 7,50 (5,90) – 8,25 (6,23). Ausgabe 1983/4 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,00 (5,16) – 7,00 (5,62) – 7,50 (5,99) – 8,25 (6,37) – 8,25 (6,63)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,88, 2 Jahre 5,53.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,80, Rendite 6,80.

Optionshandel

Frankfurt: 5. 4.: 292 Optionen, 19 600 (31 550) Aktien. Kaufoptionen: AEG 7-55/5, Siemens 7-320/30, 9-320/40, 1-320/50, VEBA 10-160/21, BASF 7-140/10, 10-150/8, 1-140/19, Bayer 7-140/8, 10-140/10, Hoechst 7-140/10, 10-140/10,60, BMW 7-300/17, VW 7-180/10, 10-180/17,50, 1-180/25, Conti 7-80/8, 10-80/9, 1-80/13, Lufthansa 10-130/12, Lufthansa Vorzüge 7-130/6; Commerzbank 7-160/11, 10-160/15,80, 1-160/25, Deutsche Bank 7-330/20, 10-330/34, Dresdner Bank 7-170/10,60, 10-170/17, 1-170/32, Thyssen 7-80/6, 10-80/8, Bay. Vereinsbank 7-350/15, Babcock 7-170/10, GHH 7-180/10, Kaufhof 7-240/20, RWE Vorzüge 10-190/14. Verkaufsoptionen: AEG 7-50/1,50, 1-50/5, Siemens 7-330/12,40, 1-330/35, VEBA 1-160/9,85, Bayer 7-140/3, BMW 7-300/14,40, VW 10-180/13, Commerzbank 7-160/7, Deutsche Bank 10-330/14, Hoesch 7-45/4, Mannesmann 7-170/5,50, Thyssen 10-85/5,40, BBC 7-170/10, 10-170/15, Daimler 7-500/15, Babcock Vorzüge 7-160/9, 10-160/15, Karstadt 7-260/11, Metallgesellschaft 7-240/18, RWE 1-190/7,50. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis)

Superhirn im Fotomodell

Nea. – In einem offenbar von der Frauenbewegung inspirierten Schlager mit dem tiefgründigen Refraintitel „Ich will alles – und zwar sofort" verkündet eine weibliche Stimme ihre Entschlossenheit, „nie mehr betrogen und dumm" zu sein. Unter anderem, singt sie, wolle sie umgehend Schach und Bridge spielen lernen. Es klingt so, als sei dies eine fertig verpackte Ware, die man sich nur mutig aus dem Supermarktregal der Männergesellschaft nehmen müsse.

Die erfreulich vielen Frauen und Mädchen, die neuerdings die Schachvereine und Turniere bevölkern (beim Bridge waren sie nie die Minderheit), sehen allerdings nicht so aus, als würden sie von so krampfigen Motiven gepeinigt. Ganz im Gegenteil, da wird in der Regel auf höchst individuelle Weise, mit Intelligenz, Zähigkeit und Humor versucht, eine sicherlich oft noch vorhandene psychologische Schranke zu überwinden.

In Österreich zum Beispiel macht die 24jährige Salzburgerin Brigitta Cimarolli von sich reden. Sie zählt zu den stärksten Schachspielerinnen des Landes und wagt sich unverdrossen auf offenen Turnieren auch mitten unter die männliche Konkurrenz. Dabei hat sie einen Beruf, den militante Emanzen am liebsten verbieten lassen würden. Sie ist ein bekanntes Fotomodell.

Für einen Moment mag der eine oder andere Gegner, dem Brigitta gegenübersitzt, die Datenspeicher seines Schachhirns durch Unwägbares bedroht fühlen – zumal, wenn er Leser eines bestimmten Magazins sein sollte, in dem (wie österreichische Zeitungen berichten) die wohlgeformte Schachdame kürzlich sogar ohne störende Kleidung anzuschauen gewesens sein soll.

Aber das sind nur Augenblicke. Wer der Schönen und ihren Gegnern länger zuschaut, stellt fest, daß hier sehr bald absolute Gleichberechtigung herrscht, daß die ehrgeizige Brigitta ihre Schacherfolge ihrem gescheiten Spiel und ihre Beliebtheit unter ihren Schachfreunden ihrer durchaus natürlichen Art verdankt.

In diesem Metier bedarf es also keiner Frauenbefreiungsschlager. Nur ein wirklicher Trottel – ob Mann oder Frau – könnte unter Schachspielern auf die Idee kommen, die Unterdrückungsmechanismen der Gesellschaft dafür verantwortlich zu machen, daß er (um es fachlich auszudrücken) ein Patzer ist. Schlagertexter sollten dies bedenken (wenn sie können).

Gewinnstreben und Eitelkeit – Warum man Dali und de Chirico fälscht

Bittersüße Folgen des Ruhms

Man mag den Zweifel nicht. Aber die Gewißheit mag man noch weniger. Der Zweifel ist gesät. Wer einen Dali an der Wand hängen hat, einen de Chirico, Vasarely und noch manches anderen Künstlers Werk, muß mit dem Zweifel leben, sich eines Bildes zu erfreuen, das möglicherweise nicht von des Meisters Hand stammt. Die Gewißheit, daß man für viel Geld vielleicht eine Fälschung erwarb, ist den meisten jedoch noch unsympathischer. Deshalb verzichtet so mancher private Sammler darauf, sich Gewißheit zu verschaffen.

Solche Überlegungen sind dieser Tage wieder aktuell geworden. Denn in Florenz wird morgen der Prozeß gegen den Maler Umberto Lombardi fortgesetzt, dem vorgeworfen wird, Bilder de Chiricos gefälscht zu haben. Lombardi bestreitet das nicht, will es jedoch seit 1961 im Auftrag des Malers selbst getan haben: „Die Gemälde von de Chirico sind vom Meister selbst verfälscht worden, der sich nicht nur von mir, sondern auch von anderen helfen ließ. Bereits seit 1930 begann er, sich helfen zu lassen."

Dieselben Argumente sind auch im Fall Dali zu hören. In der spanischen Zeitschrift „Cambio 16" behauptete der Maler Manuel Pujol jetzt, daß er seit 1974 „Dalis" produziert habe. Bis 1981 habe er mehr Aquarelle, Gouachen, Lithographien und Gemälde geschaffen als Dali selbst. Allerdings hätten von seiner Arbeit nur Dalis Frau und die drei Sekretäre – Peter Moore, Enrique Sabater und Jean-Claude Verité – gewußt und profitiert.

Und es ist noch gar nicht so lange her, da ging in Paris der Maler Jacques Valluet vor Gericht, um sich das Urheberrecht an einem Gemälde zusprechen zu lassen, das bis dahin als ein „Vasarely" galt. Dieses Gemälde hätte er, erklärte der Maler, zwar in Vasarelys Auftrag geschaffen, aber da dieser ihm den verabredeten Betrag schuldig geblieben sei, wolle er nun auf diesem Weg sein Recht erstreiten.

Vasarely ließ sich davon nicht anfechten. Er bestritt nicht, daß er Valluet und andere mit der Ausführung von Arbeiten beauftragt hatte. Allerdings wollte er das nur als rein handwerkliche Hilfe verstanden wissen, weil „die materielle Verwirklichung des Werkes nur eine Randerscheinung der Schöpfung sei und daß die Begründung der Einzigartigkeit des Werkes in dessen Idee liegt".

Die Anhänger der Concept Art haben es einfacher. Sie werfen dem Betrachter einfach ihre „Idee" vor die Füße und kümmern sich nicht um die „Randerscheinung" der Realisation. Doch da die meisten Kunstkonsumenten mehr als eine Idee um sich haben wollen, waren die berühmten Künstler stets auf Hilfen angewiesen. In der Alten Kunst war das verhältnismäßig einfach. Da gab es die Werkstatt, in der Lehrlinge und Gesellen im Auftrag eines Cranach oder Rubens arbeiteten. Die fertigen Bilder, vielleicht noch mit einigen Korrekturen versehen, gingen dann als Werk des Meisters hinaus.

Es wäre allerdings zu einfach zu behaupten, damals wäre es dem Kunden nur auf das Bild, nicht auf den berühmten Namen angekommen. Denn dann hätte Dürer nicht Prozesse gegen seine Nachahmer führen und sich um Privilegien, die vor allem seine Graphiken vor den Nachstechern schützten, bemühen müssen. Und Wouvermann war nicht der einzige, der à la Rembrandt malen konnte. Nur was er zum Vergnügen seiner Freunde tat, machten andere weniger berühmte Maler um des Gewinnes willen. Nicht zufällig sind die Forscher, die einen wissenschaftlichen Katalog der Werke Rembrandts erarbeiten (der erste Band über die frühen Jahre zwischen 1625 und 1631 erschien Ende 1982) zum Schrecken des Kunsthandels und der Museen geworden, weil sie den Bestand der echten „Rembrandts" drastisch reduzierten. Ähnlich geht es den Verehrern von John Constable. 1978 wiesen Experten nach, daß Bilder und Skizzen, die ihm bisher zugeschrieben wurden, von seinem vierten Sohn Lionel stammen. Und daß auch die übrigen drei Söhne sowie die Tochter Isabel und Enkel Hugh gute Maler waren. Viel Zweifel und wenig Gewißheit also.

Im Fall Dali herrscht dagegen Gewißheit vor. Beispielsweise weil der französische Zoll 1974 an der Grenze zu Andorra 40 000 Papierbögen entdeckte, die Dalis Signatur und sonst nichts trugen. Die Unterschrift war echt und über jeden Zweifel erhaben. Damit hatte der Maler „Originale" autorisiert, die er nie zu Gesicht bekommen hatte.

Dali ist der erste Fall, bei dem sich nachweisen läßt, daß er an der Fälschung seiner Werke mit zu verdienen versuchte. Sonst sind die Künstler eher Opfer dieser Praktiken, die fast zwangsläufig eine Folge des Ruhmes sind. Oskar Kokoschka legte sich deshalb ein Foto-Archiv der „falschen Kokoschkas" an. Es umfaßt rund 250 Gemälde und ebenso viele Zeichnungen und Aquarelle. Nicht anders sieht es bei den Malern der klassischen Moderne aus. In Italien wurde 1975 eine „Fabrik" für Falsifikate ausgehoben, die seit 1971 „Kandinskys", „Picassos", „Poliakows", „Pollocks", „Tangyus"', „Magrittes", „Fontanas", „Bacons" oder „Carràs" lieferte. Und der Fälscherring, der sich auf „de Chirico" spezialisiert hatte und der 1976 aufflog, umfaßte ein wohlorganisiertes Netz von 24 Mann, angefangen bei den Malern bis hin zu Kunsthändlern und einem Gerichtsgutachter, der in Prozessen, die de Chirico wiederholt angestrengt hatte, die falschen Bilder gegen die Aussagen des Malers (den er als vertrottelt, senil und damit unfähig, die eigenen Werke wiederzuerkennen, hinstellte) zu echten erklärte.

Das eigenartige bei den Kunstfälschungen ist die Vermischung von Gewinnstreben und Eitelkeit. So wie Manuel Pujol jetzt etwas aufdeckt, was vorher nicht bekannt war, und dafür sogar eine Strafe riskiert, um sich stolz als Dali ebenbürtig hinzustellen, kamen auch andere große Fälschungen ans Tageslicht. Die italienische „Fabrik" flog auf, weil ihr „Kandinsky-"-Spezialist Marco Chiappa sich einerseits finanziell übervorteilt, andererseits um seinen Ruhm geprellt fühlte. Han van Meegeren, der grandiose Vermeer-Fälscher, verriet 1945 sein Geheimnis, als er der Kollaboration mit den Deutschen während des Zweiten Weltkriegs angeklagt werden sollte, weil er Göring einen „echten Vermeer" verkauft hatte. Und auch Lothar Malskat ging 1952 an die Öffentlichkeit und erzählte, daß die „gotischen Fresken" in Lübecks Marienkirche von ihm selbst stammten, als er sich von seinem Mitwisser und Auftraggeber schlecht behandelt fühlte.

Für Malskat hat sich das, trotz der 18 Monate Gefängnis, die er absitzen mußte, gelohnt. Seine Bilder gewannen dadurch an Marktwert. Und die Fälschungen van Meegerens oder Elmyr de Horys, der in wenigen Minuten „Picassos", „Miros", „Modiglianis" zu malen verstand, haben inzwischen einen eigenen Markt. Mit den Dali-Fälschungen ist es dagegen anders. Wenn sich die Behauptungen Pujols als wahr – und nicht nur als der Coup eines eitlen, unfähigen Malers – erweisen, dann wird der Marktwert der Ware „Dali", soweit sie nicht über jeden Zweifel erhaben ist, rapide sinken.

Über den Kunstwert der echten Dalis ist damit nichts gesagt. Genausowenig wie über den Kunstwert der echten de Chiricos oder Vasarelys. Denn Fälschungen sind eine Sache des Kunst*marktes* und der Kunstsoziologie, nicht der Ästhetik.

PETER DITTMAR



Motive aus der Geschichte der Knechtschaft des Volkes Israel: jüdische „Haggadah" aus dem 18. Jhd. Aus der Jerusalemer Ausstellung FOTO: DW.

Jerusalem zeigt handgezeichnete „Haggadoth"

Wenn Israel erzählt

Aus Anlaß des jüdischen Passah-Festes, das vorgestern zu Ende ging, zeigt das Israel Museum in Jerusalem eine Sammlung handgezeichneter „Haggadoth" aus dem 18. Jahrhundert, die von jüdischen Künstlern in Europa stammen. Die „Haggadah" ist eine – meist mit Motiven aus der Geschichte der Knechtschaft des Volkes Israel in Ägypten illustrierte – Schrift. Neben den rituellen Anweisungen zur Vorbereitung und Zelebrierung des Seder-Abends enthält sie auch die Geschichte von der Knechtschaft und dem Auszug der Kinder Israel aus Ägypten, die im Verlauf des Seder-Abends, am ersten Tag des Passah-Festes, verlesen wird.

Das Besondere dieser „Haggadoth" ist, daß sie alle gezeichnet sind, obwohl die Buchdruckerkunst längst bekannt und in Gebrauch war. So ist jedes Exemplar ein Einzelstück, das vom Künstler auf Bestellung zum Ausdruck des Dankes oder der Verehrung für eine bestimmte Familie oder eine bestimmte Person entworfen wurde. Die Sachverständigen erklären die Popularität der handgezeichneten Haggadoth im 18. Jahrhundert mit der Anlehnung des jüdischen Bürgerstandes an die christlichen Bräuche und Gepflogenheiten der damaligen Zeit.

Als Vorlage und zur Inspiration dienten den Künstlern die gedruckten Haggadoth mit den traditionellen Illustrationen (darunter die bekannten Haggadoth von Prag, Venedig und Amsterdam, die ebenfalls in der Ausstellung zu sehen sind). Durch Änderung von Kleidung, Dekoration und architektonischem Hintergrund erreichten sie eine Angleichung traditioneller Motive an ihre eigene Zeit.

Die ausgestellten Haggadoth sind von den Sammlungen des Israel Museums, der nationalen Bibliothek der hebräischen Universtität Jerusalem sowie Privatsammlungen entliehen. (Bis Mitte Mai; Katalog im Druck, der Preis ist noch unbestimmt.)

ILANA BRÜNELL

JOURNAL

Deutsche Filmwochen in Tokio

SAD, **Tokio**

Zwei deutsche Filmwochen in Tokio veranstalten vom 9. bis 22. April die Exportunion des deutschen Films zusammen mit der Gesellschaft zur Förderung des deutschen Films im Ausland und der Dalei International Film Co. Auf dem Programm stehen unter anderem „Fitzcarraldo" von Werner Herzog, „Der Stand der Dinge" von Wim Wenders, „Die weiße Rose" von Michael Verhoeven und „Mozart" von Klaus Kirschner. Das Goethe-Institut in Tokio hat aus diesem Anlaß die Regisseure Herzog, Sanders-Brahms und Wenders zu Podiumsgesprächen über die Situation des deutschen Films eingeladen.

Günther Deschner verläßt Lübbe

DW. **Bonn**

Zum 15. April dieses Jahres werden sich Verlagsleiter Dr. Günther Deschner und Verleger Gustav Lübbe „in gegenseitigem Einvernehmen" trennen. Deschner (41) war 1979 in den Bergisch Gladbacher Verlag eingetreten, wo er das Programm der Unterhaltungsliteratur sowie den historischen und zeitgeschichtlichen Bereich erfolgreich ausbaute. Außerdem gründete er mit Wolfgang Venohr die florierende Lübbe-TV. Grund der Trennung sind verschiedene Vorstellungen in der Führung und Unternehmenspolitik des Verlags. Deschner führt inzwischen Gespräche mit anderen großen deutschen Verlagen.

Carl Sternheims Grab bleibt erhalten

dpa, **Brüssel**

Durch Intervention der deutschen Botschaft in Brüssel ist das Grab des in der belgischen Emigration gestorbenen Schriftstellers Carl Sternheim im letzten Augenblick vor dem Einebnen gerettet worden. Das Grab Sternheims, der 1942 in Brüssel in ärmlichen Verhältnissen starb, sollte nach dem neuen belgischen Friedhofsgesetz Ende März aufgehoben werden, weil sich keine Hinterbliebenen mehr meldeten.

Schmiedeeiserne Grabzeichen

DW. **München**

„Geschmiedete Grabzeichen 1982" heißt eine Ausstellung im Bayerischen Nationalmuseum, die noch bis zum 29. Mai zu sehen ist. Sie will gute Beispiele in geschmiedetem Eisen vorstellen, um Friedhofsreferenten, Landschaftsarchitekten und Heimatpflegern Anregungen zu geben. Die ausgestellten Beispiele stammen aus einem Wettbewerb des Nationalmuseums gemeinsam mit dem bayerischen Fachverband Metall, an dem sich 1981 Künstler aus Deutschland, Österreich, Italien und der Schweiz beteiligten.

Fernseh-Opernpreis und ein Kongreß

Reg. **Salzburg**

Die Stadt Salzburg veranstaltet wieder in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Rundfunk und dem Internationalen Musikzentrum Wien einen Wettbewerb um den Salzburger Fernseh-Opernpreis. Im Anschluß an die Preisvergabe am 21. August findet ebenfalls in Salzburg der 16. Internationale Kongreß des IMZ unter dem Titel „Hören und Sehen: Musik für alle Tage – Neue Formen der Präsentation von Musik in den Medien" statt. Der Kongreß steht im Zusammenhang mit dem Jahr der Kommunikation 1983, das die UNO ausgerufen hat, und vergibt zum ersten Mal einen Preis für Schallplattencovers aus dem Bereich „Klassik" und „Pop". Anläßlich des Wagner-Jahres ist ein Tag dem Thema „Richard Wagner im Medienverbund" gewidmet.

Monika Mösslang †

dpa, **Hamburg**

Im Alter von 44 Jahren ist Monika Mösslang, Redakteurin des NDR-Fernsehens, in Hamburg nach schwerer Krankheit gestorben. Frau Mösslang leitete von 1973 bis 1977 die aktuelle Fernsehredaktion des NDR-Funkhauses Hannover und berichtete von 1978 bis 1980 aus London als zweite Korrespondentin des ARD-Büros.

Wagners „Tristan und Isolde" unter Hans Hollmann in Kassel

Hier kommt König Marke als Papst

Jeder Blick, jedes Atemholen, jede seelische Irritation sei in Wagners „Tristan und Isolde" komponiert und dann auch noch durch eine Regieanweisung unterstrichen, kurz: er nehme Wagner genau beim Wort, sagte der Regisseur Hans Hollmann zu seiner Inszenierung der Liebestod-Oper, die jetzt am Staatstheater Kassel herauskam. Das machte natürlich neugierig: Sollte hier ein prominenter und gerade in Dingen des psychologischen Realismus versierter Theatermann es wirklich wagen, nach den Epochen der Abstraktion und der Überaktion zum gestenreichen Stil des 19. Jahrhunderts zurückzukehren? Wohl doch nicht ganz, denn zugleich war die Rede von „schauspielmäßiger Genauigkeit", und beides läßt sich nun einmal nicht unter einen Hut bringen. Die Zeitabläufe in der Oper und bei Wagner zumal geben das nicht her. Ein gesungener Satz dauert fünfmal so lange wie ein gesprochener. Unterstreichende Gesten im Zeitlupentempo also?

Wer das genau durchdenkt, ahnt wohl, daß das Ergebnis lächerlich aussehen muß – eben so lächerlich, wie Hollmanns Inszenierung dann auch tatsächlich aussieht. Daß sich die Kasseler Sänger nicht gerade durch schauspielerische Wendigkeit auszeichneten, kann allenfalls die halbe Entschuldigung sein.

„Tristan und Isolde" als Salonstück aus dem 19. Jahrhundert, von dem Kunst-Installateur Bernhard Leitner, der hier zum erstenmal für die Bühne arbeitete, höchst einfallslos ausgestattet (Kostüme: Nina Ritter). Perser auf dem Boden, Polstermöbel, zwei dekorative Stelen. Aber, das weiß auch Hollmann: So kann das Stück bestenfalls bis zum Schlürfen des Liebestranks gehen; dann fährt Wagner das Drama hoch in die Transzendenz, in den Mythos, in die Kontemplation. Für Hollmann ist dies das Stichwort, Tristan und Isolde zu spalten, die Sänger in Engelsgewändern vom Rande des Orchestergrabens schmettern zu lassen, Tanzdoubles im Kostüm agieren zu lassen, als hätte John Neumeier mit seinen choreographischen Seelenspaltungen geistig Pate gestanden.

Aber auch diese Idee Hollmanns bricht im zweiten Akt zusammen. Wenn dann König Marke als Papst auftritt, hat man längst schon alle Hoffnungen begraben, irgendwann aus diesem dramaturgischen wie bildnerischen Tohuwabohu noch Sinnreiches oder gar theatralisch Zwingendes herauszulesen. Hollmanns Regieeinfälle häufen sich bedenklich seit einiger Zeit. Vielleicht geht er einmal in Klausur und denkt über die Ursachen nach.

Aber was soll man überhaupt zu einer Aufführung von „Tristan und Isolde" sagen, deren Titelheldin (Anna Green) in den wenigsten Momenten auch nur die Minimalforderungen an Wagnerschen Schöngesang erfüllen kann? Zu einer Aufführung, bei der das Zuhören streckenweise zur Pein wird? Außer: Sie hätte besser gar nicht stattgefunden.

James McCray als Tristan, Constanze Fee als Brangäne, Wicus Slabbert als Kurwenal und vor allem Michail Litmanow als König Marke erbringen, für ein Haus dieser Größenordnung, respektable Leistungen, aber von der Faszination Wagner übermitteln sie letztlich auch nichts.

Woldemar Nelsson, Kassels Musikchef und Bayreuth-Mitstreiter, mochte verständlichen „Tristan"-Ehrgeiz hegen. Doch auch sein Orchester klingt zu robust und unflexibel, als daß es eine Aufführung dieses Werks tragen könnte. Nelsson modelliert recht geschickt die tönende Oberfläche; das innere Feuer, die Ekstase, das Delirium dieser Musik entfacht er nicht. Vollständig gute Aufführungen müßten das Publikum verrückt machen, nur mittelmäßige könnten ihn retten, sagte Wagner. Aber so war das wohl nicht gemeint.

REINHARD BEUTH

Schwanengesang: Laurence Olivier als Lear im britischen Fernsehen

Späte Mühe mit der Herrscherkrone

Es geschieht selten, daß eine Klassiker-Inszenierung im Fernsehen mit größerer Spannung erwartet wird als auf der Bühne. Lord Olivier sorgte für diesen Fall mit seinem Entschluß, als 75jähriger noch einmal eine der großen Tragödienrollen Shakespeares zu verkörpern, mit denen er über Jahrzehnte der ungekrönte König des englischen Theaters war, an dem Rivalen nicht nur im angelsächsischen Sprachraum Maß zu nehmen hatten. Olivier, von drei lebensbedrohenden Krankheiten schwer heimgesucht, hat der strapaziösen Bühnenarbeit schon 1974 entsagt. Was auf den Brettern nicht mehr zumutbar war, das wagte er noch einmal im britischen Fernsehstudio: King Lear.

Die kommerzielle Fernsehgesellschaft Granada ließ sich diesen Schwanengesang des Theaterlords die Rekordsumme von fast vier Millionen Mark kosten. Regisseur Michael Elliott konnte aus der Schauspielerelite des Landes eine Traumbesetzung zusammenstellen: mit Diana Rigg als Regan, der unvergessenen Shakespeare-Heroine der fünfziger Jahre, Dorothy Tutin, als Goneril und mit Anna Calder-Marshall als einer an herber Lieblichkeit schwer zu übertreffenden Cordelia. Colin Blakely war Kent, Leo McKern der Graf Gloster und der Filmstar John Hurt ein in seiner Sensibilität tief bewegender Narr. Es gab keinen, der es abgelehnt hätte, bei der Abschiedsvorstellung des Größten unter ihnen mitzuwirken. „Es sind acht Schauspieler mit von der Partie, die unter normalen Umständen nur die Hauptrolle angenommen hätten", versicherte Elliott.

„Ich bin Lear", hatte Laurence Olivier bei den Dreharbeiten vieldeutig gesagt. Er hat (fast) das Alter des shakespeareschen Königs, er ist (in seiner Ehe mit Vivien Leigh) durch die Hölle gegangen und hat mit Heroismus physische Leiden durchgestanden. Den Lear hatte Olivier schon einmal gespielt, als 39jähriger im Jahre 1946 in der legendären Spielzeit des Old Vic.

Bei der Ausstrahlung der knapp dreistündigen TV-Version am Ostersonntag im britischen Kanal 4 beschlich einen das Gefühl, als habe dieser Lear seine freiwillig aus der Hand gegebene Krone noch einmal an sich gerissen. Er hatte freilich seine Not mit ihr. Donner und Blitz in Stimme und Mimik Oliviers gibt es nicht mehr. Es wetterleuchtet nur noch.

Wo Olivier keine Schleusen des Gefühls mehr zu öffnen hatte, da war seine Beherrschung der Technik dennoch immer noch atemberaubend. Er brachte das Kunststück fertig, die Übergänge vom aufbrausenden Lear der Reichsteilungsszene über den, der auf der Heide im Wettstreit mit den Elementen rast, und den, der aus dem Wahnsinn zu später Reife findet, fast allein mit Farbnuancierungen der Stimme zu realisieren. Am stärksten war er in den Szenen, wo die Seelenschmerzen Lear in den Wahnsinn treiben, und in den Erkennungsszenen mit dem geblendeten Gloster und Cordelia. Immer dann, wenn der Ton auf kammermusikalische Intimität gestimmt war, kam der gehetzte, kurzatmige Sprechrhythmus Oliviers zu eindrucksvoller Geltung. Olivier vermochte es aber nicht mehr, Lear aus der Fülle der Kraft realistisch darzustellen. Er bot den greisen König naturalistisch und nahm ihm damit weitgehend die tief bewegende Wucht des tragischen Helden.

Vorgeführt wurde dieser TV-Lear von einer geradezu musealen Regie auf einer aus Menhiren und Dolmen gefugten Stonehenge-Szenerie. Oliviers Filmportraits von Heinrich V., Hamlet, Richard III., von Othello und Shylock blieben unerreicht. Aber als Vermächtnis seiner Kunst noch im hohen Alter wird auch Oliviers Lear um die Welt gehen.

SIEGFRIED HELM

Ein Altmeister zieht Bilanz – Zinnemanns Film „Am Rande des Abgrunds"

Bergtour der vielen Hindernisse

Ein Zug rattert durch die Nacht. In einem Schlafwagenabteil sieht man das Antlitz einer jungen Frau. Sie liegt wach und grübelt, während im unteren Bett der Mann tief schläft. So beginnt Fred Zinnemanns jüngster Film „Am Rande des Abgrunds". Dieser Auftakt verrät, daß keine Idylle zu erwarten ist.

Die Geschichte wurde ähnlich schon oft erzählt: Der ältere, bereits ergraute Arzt Douglas Meredith (Sean Connery) aus Schottland fährt mit der jungen hübschen Kate (Betsy Brantley) zum Bergsteigen in die Schweiz, ins Engadin. Doch eine anmutige Ferienidylle will sich nicht einstellen. Aus kurzen Rückblenden fügt sich das Psychogramm einer unglücklichen Liebe: Kate liebt seit Kindesbeinen Douglas, der aber ist ihr Onkel und verheiratet. Jahre später verführt sie ihn, und nun packt auch ihn die Leidenschaft.

Der Film schildert ihre ersten gemeinsamen Ferien – samt einheimischem Bergführer, der sich in Kate verliebt und am Ende zu Tode kommt, sowie der unvermeidbaren Trennung des Paares. Die gewaltigen Schweizer Berge müssen dabei als Metapher herhalten. Das mühsame Hinaufklettern zum Gipfel soll als Symbol dieser hindernisreichen Liebe verstanden werden.

Der Regisseur Fred Zinnemann, vor 75 Jahren in Wien geboren und in Deutschland zuerst mit dem Film vertraut geworden, greift hier auf die Tradition des Bergfilms zurück, wie er schon zu Stummfilmzeiten in hoher Blüte stand. Arnold Franck und Luis Trenker stehen für dieses Genre, das gern die Reinheit und Unberührtheit der Bergwelt gegen die Kleinheit und Kleinlichkeit der Menschen ausspielt.

Auch Zinnemann schwelgt gern in großartigen Aufnahmen der Naturschönheit, in Panorama-Schwenks über die Berge, im Mondlicht, im hellen Sonnenschein oder bei Gewitter. Dräuend und symbolträchtig stets. Besonders, wenn ein toter Bergsteiger nach 40 Jahren in einer Gletscherspalte gefunden wird und dem jung gebliebenen Körper seine Braut, heute eine Greisin, gegenübertritt.

In der bislang unbekannten Hauptdarstellerin sucht Zinnemann gleichfalls so etwas wie die unverstellte Natur. Immer wieder holt er ihr Gesicht in Großaufnahmen heraus und läßt die Umwelt in der Unschärfe versinken, um Angst und Entschlossenheit, Abneigung oder Zärtlichkeit zu vermitteln.

Es ist der Film eines Mannes, der Bilanz zu ziehen versucht, und darum zu seinen Anfängen zurückgeht.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER



Einer der allerletzten Stars des frühen Kinos: Gloria Swanson FOTO: DPA

Große alte Dame von Sunset Boulevard – Zum Tode von Gloria Swanson

Badeschönheit von gesittetem Sex

Solange der Film noch sehr stumm war, gab sie in Hollywood den Ton an. Sie war in Chicago geboren, hatte am dortigen Art-Institute Schauspielerei studiert. Mit 16 Jahren bekam sie ihre erste Statistenrolle bei dem Klamottenproduzenten Essanay. Sie wechselte bald zu dem anderen sagenhaften, eifrigen Produzenten filmisch naiven Frohsinns, zu Mack Sennet, über, der schon Chaplin und viele andere zappelnde Früherscheinungen des fidelsten Kintopps unter Vertrag hatte.

Sie war eine der sagenhaft schönen und verrückten „Bathing Beauties", jener Badeschönheiten, die immer, während sie ihren (damals noch äußerst gesitteten) Sex preisgaben, ständig mit Sennets „Cops", den gierigen und blödsinnig strampelnden Polizisten, in turbulente Konflikte kamen. Sie war eine blendende Königin der Klamotte.

Dann stieg sie schnell in die Welt der ernsthafteren Filmkomödien auf. Sie wurde die „Dame von Hollywood", wurde die Nachfolgerin von dem Superstar, Mary Pickford. Cecil de Milles holte sie in seine frühen Salonlustspiele. Ihr Ruhm wuchs beträchtlich. Erich von Stroheim drehte mit ihr (schon als Mitproduzentin) sein klassisches Lichtspiel, „Queen Kelly", 1928. Das wurde der Höhepunkt ihrer Karriere. Jetzt war der Tonfilm erfunden.

Sie hat (sprechend) nur noch selten gespielt. Billy Wilder holte sie, 1950, aus ihrer damals schon legendären Zurückgezogenheit heraus, als er sie in seiner melancholischen Satire auf Hollywood, „Sunset Boulevard", mit allen alten und falschen Prächten wieder ausstellte. Da war sie wieder erstaunlich, war souverän selbstironisch und von einer schier giftigen Präsenz. Sie spielte ein Gespenst ihrer eigenen Vergangenheit als gealterte Diva. Eine erschreckende Leistung.

Seitdem blieb sie zurückgezogen. Zuweilen trat sie noch im Fernsehen auf. Sie schrieb ihre Memoiren („Swanson über Swanson"). Das Buch war aufschlußreich und zeigte sie als eine durchaus geistvolle und aufgeweckte Betrachterin ihrer selbst – und des partiell genialen, aber durchweg verrückten Filmdorfes Hollywood.

Sie lebte die letzten 30 Jahre, eine Hollywood-Emigrantin, vereinsamt und unauffällig in New York. Da ist sie am letzten Wochenende, in ihrem 84. Lebensjahr, verstorben. Eine der allerletzten rückstrahlenden, frühesten Stars des Kinos.

FRIEDRICH LUFT

Auch im hohen Alter kann das Hirn noch lernen und behalten

Auf die Methode kommt es an / Max-Planck-Institut der Lernfähigkeit auf der Spur

„Ein Kopf ohne Gedächtnis ist wie eine Festung ohne Besatzung." (Napoleon im Tagebuch von St. Helena)

HANS-R. KARUTZ, **Berlin**

Nicht das Alter entscheidet über die Gedächtnisleistung, sondern wahrscheinlich eher die Art, wie man lernt. Auch ein grauer Kopf ist durchaus merkfähig, das Gedächtnis nimmt nur mengenmäßig ab. Zu diesen Erkenntnissen gelangte jetzt ein Team von Gedächtnisforschern im Berliner Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Bundespräsident Karl Carstens ließ sich kürzlich bei einer Visite im ultramodernen Bau im vornehmen Dahlem ihre Arbeit erläutern.

„Gedächtnisentwicklung im Erwachsenenalter" heißt der Titel des Projekts, an dem in Berlin die beiden Wissenschaftler Alexander von Eye (Privatdozent) und sein junger amerikanischer Kollege Roger A. Dixon arbeiten.

In ihren Experimentalgruppen gingen die beiden Forscher mit über 60jährigen, mit unter 30jährigen und Testpersonen, die um 45 Jahre alt sind, bestimmte Texte durch. In ihnen werden teils bildhafte, teils nur abstrakte Sachverhalte und Ereignisse geschildert.

Um herauszufinden, ob bestimmte „Eselsbrücken" tatsächlich das Lernen abstrakter Texte erleichtern, wurden zwei Gruppen gebildet: Ein Team wurde nach der Lektüre gebeten, den Text schriftlich nachzuerzählen. Die andere Gruppe erhielt die Order, sich die Texte lediglich einzuprägen und später nachzuerzählen.

Eye und Dixon kamen dabei zu folgenden Resultaten:

- Der Mittelwert der Gedächtnisleistung älterer Menschen ist geringer als der des „Mittelalters". 45jährige wiederum erreichen in der Regel schlechtere Merkergebnisse als jüngere Semester – ob beim Nacherzählen auf dem Papier oder im Gespräch. Aber: Einige Senioren erzielten bessere Ergebnisse als wesentlich Jüngere.
- Je „tiefer" die Texte verarbeitet und „verinnerlicht" wurden, desto intensiver blieben sie haften.
- Texte, die „bildhafte Inhalte" beschreiben, werden besser wiedergegeben als abstrakte.

Interessant sind die dazu gegebenen Theorien, die besagen, daß der Mensch für bildhafte Objekte zwei „Gedächtnisspuren" entwickelt – eine für die konkreten, sinnlichen Eigenschaften, eine andere für die Beschreibung in Worten.

„Bei abstrakten Objekten wird dagegen nur die Spur für die verbalen Charakteristika gebildet – solange nicht durch ‚Eselsbrücken' die Bildung zusätzlicher konkreter Spuren ermöglicht wird", notierten die beiden Forscher.

Sie nehmen an, daß für das unterschiedlich gute Gedächtnis von Menschen vor allem Unterschiede im Lernprozeß wichtig sind. Im Max-Planck-Institut soll deshalb ein Experimental-Labor eingerichtet werden. Mit Apparaturen sollen die typischen Blickbewegungen der Menschen beim Lesen und Bearbeiten von Texten aufgezeichnet und analysiert werden.

Privatdozent von Eye und sein amerikanischer Kollege halten es für möglich, daß nicht das Alter *über Erfolg oder Mißerfolg beim* Lernen entscheidet, „sondern die Unterschiede mehr auf die individuellen Eigenschaften der Lernenden zurückzuführen sind".

Carstens fand dies alles so „hochinteressant", daß er sich gern intensiver informiert hätte, aber die Zeit drängte. Und auf die Vergeßlichkeit seiner Protokollbegleiter hoffte der Bundespräsident vergebens . . .



Der Perron, das Wahrzeichen Lüttichs, symbolisiert die bürgerlichen Freiheiten der Maasmetropole – vor der Pleite konnte er die Stadt auch nicht bewahren. FOTO: CGT

In Lüttich ging der Stadt das Geld aus

Verwaltung schickte ihren Bediensteten Schuldscheine

BODO RADKE, **Brüssel**

Die rechte Osterfreude wollte in diesem Jahr nicht aufkommen bei den rund zehntausend Bediensteten und etwa dreitausend Pensionären der belgischen Industriestadt Lüttich. Statt ihrer fälligen Gehälter oder Ruhestandsbezüge für April hatten sie am Karfreitag, der in Belgien kein Feiertag ist, aus dem Rathaus die schlichte Mitteilung erhalten, daß die Gemeindekasse leer sei. Aber selbstverständlich hätten sie Anspruch auf eine Entlohnung für geleistete Arbeit und sollten die Mitteilung als Schuldschein betrachten.

Wie schon häufiger in der Vergangenheit, werden die Kommunalbediensteten der Hauptstadt Walloniens auch diesmal das ihnen zustehende Geld nachträglich erhalten. Aufgeschreckt von den verzweifelten Hilferufen des sozialistischen Bürgermeisters Edouard Close und den Streikdrohungen der Gewerkschaften, ließ das Brüsseler Innenministerium gestern der Lütticher Stadtkasse nochmals einen Überbrückungskredit von einer Milliarde Francs (50 Millionen Mark) überweisen. Aber, so beteuerten Sprecher der Zentralregierung, dabei handele es sich um die allerletzte Hilfsaktion zur Abwendung des Bankrotts. Nun müßten Stadtverwaltung und Stadtrat von Lüttich endlich ernst machen mit der Vorlage eines glaubwürdigen Sanierungsplans.

Doch die katastrophale finanzielle Situation der 212 000-Einwohner-Stadt Lüttich steht nur stellvertretend für die Finanznot, in der sich vier Fünftel aller 596 Gemeinden des Königreiches Belgien befinden. Überall hat man in den letzten Jahrzehnten weit über seinen Verhältnissen gelebt. Da wurden zum Beispiel mit Blick auf die nächsten Kommunalwahlen in jeder Menge Schwimmbäder gebaut, ohne daß sich jemand Gedanken machte über die Höhe der Unterhaltungskosten. In Charleroi will Bürgermeister van Cauwenbergh die Schwimmbassins seiner Stadt jetzt abdecken und darauf Ping-pong-Tische aufstellen lassen, weil eine solche Form der kommunalen Vorsorge für das Wohlbefinden der Bürger erheblich billiger ist.

Für die Verschuldung Lüttichs als Zentrum eines Industriegebietes mit insgesamt einer Million Menschen gibt es aber noch weitere Gründe. Der Todeskampf des maroden Stahlkonzerns Cockerill-Sambre als bisheriger Hauptarbeitgeber der Region zieht die Stadt stark in Mitleidenschaft. Schon vor Jahresfrist gab Bürgermeister Close offen zu, daß Lüttich am Rande des Abgrunds stehe. Inzwischen haben Belgiens „Grüne" nicht nur ihren Einzug ins Stadtparlament gehalten, sondern wurden von den Sozialisten auch als Koalitionspartner in die Arme geschlossen. Damit liegt eine Reihe neuer Pläne zur Steigerung der Lebensqualität auf dem Tisch, die sich zwar wunderschön anhören, aber auch entsprechend teuer würden im Falle der Verwirklichung.

Und dann lasten auf der oftmals in der Geschichte hart umkämpften Stadt Lüttich auch noch die Schatten der Vergangenheit. Von den zu zahlenden Zinsen für Schulden aller Art bezieht sich zum Beispiel eine nicht unerhebliche Summe auf Kredite, die vor über 60 Jahren zur Wiederherstellung der im Ersten Weltkrieg zerstörten Maas-Brücken aufgenommen worden waren. (SAD)

Wachsende Seuchengefahr in Popayan

dpa, **Popayan**

Fünf Tage nach dem schweren Erdbeben, das die kolumbianische Stadt Popayan zu 60 Prozent zerstörte, kampieren dort noch immer Zehntausende von Obdachlosen unter freiem Himmel. Wie Sprecher des Roten Kreuzes in der Nacht zu gestern erklärten, ist die Versorgung der Überlebenden mit Zelten, Lebensmitteln und Medikamenten trotz einer ablaufenden internationalen Hilfsaktion noch immer unzureichend. Nach Angaben von Ärzten wird die Seuchengefahr immer größer. Hunderte von Kindern sollen bereits erkrankt sein. Das Erdbeben, das am Gründonnerstag in 18 Sekunden vor allem das historische Zentrum der 250 000 Einwohner zählenden Stadt im Südwesten Kolumbiens in Trümmer legte, hat nach offiziellen Angaben rund 250 Menschenleben gefordert. Etwa 1500 Personen wurden verletzt. Die Zahl der Obdachlosen wird auf fast 100 000 geschätzt. Der kolumbianische Präsident Belisario Betancur versprach unterdessen mit energischen Maßnahmen für eine zügige und gerechte Verteilung der eintreffenden Hilfsgüter zu sorgen.

In die Luft gesprengt

AP, **Kronach**

Ein 20jähriger Mann ist in der Nacht zum Montag in Marktrodach im Landkreis Kronach (Oberfranken) bei der Explosion von Munition tödlich verletzt worden. Der junge Mann hatte in einem Zimmer der elterlichen Wohnung mit der Munition hantiert. Die Herkunft des Sprengstoffs ist noch ungeklärt.

Urteil zum Autokauf

AP, **München**

Wer beim Händler ein rotes Auto bestellt hat, aber ein grünes geliefert bekommt, muß dieses nicht abnehmen. Auf ein entsprechendes Urteil des Oberlandesgerichts Hamm wies der ADAC gestern hin. Eine vom Kaufvertrag abweichende Farbe des Neuwagens entspreche „nicht mehr dem Interesse des Käufers an dem vereinbarten . . . Gegenstand" (Az.: 28 U 149/82).

Gefährlicher Donnerstag

dpa, **München**

Die meisten Kinder im Bundesgebiet verunglücken am Donnerstag nach 16.00 Uhr. Der Anteil der Jungen ist größer als derjenige der Mädchen. Im Sommer registrierten die Statistiker mehr Unfälle als im Winter. Diese Angaben veröffentlichte gestern die Landeszentrale für Gesundheitsbildung in Bayern zum Weltgesundheitstag 1983 am 10. Juni.

Heroin-Fang

AFP, **Washington**

Heroin im Schwarzmarktwert von rund 12 Millionen Dollar (umgerechnet knapp 30 Millionen Mark), haben amerikanische Zöllner auf dem New Yorker Flughafen sichergestellt. Das Heroin wurde bei einem Pakistani gefunden, der insgesamt sechs Kilo der Droge in seine Kleidung eingenäht hatte. Erst in der vergangenen Woche waren dem Zoll zwei Kilo Heroin in die Hände gefallen.

Todessprung überlebt

AP, **Bristol**

Ein 19jähriger Student hat Ostermontag in Bristol einen Sprung von der 79 Meter hohen High-Clifton-Brücke über den Avon fast unverletzt überlebt. Der Student, der offenbar in Selbstmordabsicht von der Brücke gesprungen war, renkte sich nur die Schulter aus und erreichte aus eigener Kraft das Ufer.

LEUTE HEUTE

Schnellschlucker

Einen Weltrekord ganz besonderer Art hat der 22jährige Fabrikarbeiter **Mark Ryder** gestern in Gloucester aufgestellt. Er verschlang schätzungsweise 1200 winzige Jungaale im Gesamtgewicht von einem Pound (454 Gramm) in nur 29,7 Sekunden. Damit unterbot der den bisherigen Rekord im Aalschnellschlukken um fünf Sekunden.

Haftbefehl aufgehoben

Der Haftbefehl gegen den Hamburger Juwelier **Renatus Wilm** ist dreieinhalb Monate nach seiner Verhaftung Ende Dezember 1982 aufgehoben worden, weil, so ein Sprecher der Justiz, keine Verdunklungsgefahr mehr bestehe. Damit entfalle auch das für den Juwelier nach seiner zwanzigtägigen Untersuchungshaft ausgesprochene Verbot, seine Geschäftsräume zu betreten. Es wird jedoch weiter wegen des Verdachts auf Steuerhinterziehung ermittelt.

Schlagfertig

US-Sänger **Bob Dylan** (42) ist jetzt von einem Fotografen wegen Körperverletzung verklagt worden. Der freiberuflich tätige **Gary Arlolan** erklärte, der Star habe wütend auf ihn eingeschlagen, als er ihn auf dem Flughafen von Los Angeles auf die Platte bannen wollte. Dylon lehnt bislang jeden Kommentar zu dem Zwischenfall ab.

Die Inflation nimmt Räubern ihren Rekord

Über Ostern räumten sechs Männer die Tresore einer Londoner Geldtransportfirma aus/Beute: 18 bis 25 Millionen Mark

FRITZ WIRTH, **London**

Zwölf Millionen Pfund, das sind rund 44 Millionen Mark, werden jährlich *allein in London* gewaltsam aus britischen Banken und Geldeinsammel-Instituten herausgeholt. Die illegale Selbstbedienung aus angeblichen sicheren Banksafes ist zum Gewohnheitsverbrechen geworden in dieser Stadt. Es muß also schon Außergewöhnliches an dieser düsteren Geldfront geschehen, um die Briten aufhorchen zu lassen.

Das Außergewöhnliche geschah am geheiligten zweiten Ostertag in der Londoner City. Sechs bewaffnete und maskierte Männer ließen sich acht Stunden Zeit, die Tresore einer Firma auszuräumen, die sich darauf spezialisiert hat, das gebündelte Bare aus Supermärkten und Kaufhäusern nach Feierabend einzusammeln und es über Nacht aufzubewahren, bis die Banken wieder öffnen.

In den Tresoren dieser Firma namens „Security Express" lagerten also die Einnahmen des Ostergeschäfts. *Die Polizei sagt, die* Summe sei „beträchtlich" gewesen, inoffizielle Schätzungen liegen zwischen fünf und sieben Millionen Pfund (zwischen 18 und 25 Millionen Mark). Die Summe reichte, um eine Belohnung von 500 000 Pfund auszusetzen und britische Zeitungen in Rekordlaune zu versetzen und vom „größten Geldraub in der britischen Geschichte" zu sprechen, der sogar die Beute der legendären Posträuber übertraf, die im Jahre 1963 mit „nur" 2,6 Millionen Pfund zufrieden sein mußten.

Tatsächlich jedoch ist auch das Bankraubgewerbe lange nicht mehr inflationssicher, und deshalb bleibt die Beute der Posträuber, absolut gesehen, unbestrittener Rekord. Denn im Jahre 1963 war das Pfund 11,60 Mark wert – und damit betrug die Posträubersumme umgerechnet rund 30 Millionen Mark –, während das Pfund heute nur noch 3,60 Mark einbringt.

Die gesamte Inszenierung des jüngsten Geldraubs wirkt ausgesprochen mühelos. Sie begann am Ostermontag um sieben Uhr morgens, als sich nur ein einziger Wärter im Gebäude der Firma „Security Express" befand. Sie überwältigten in den folgenden Stunden noch sechs weitere Sicherheitsbeamte, die nach und nach eintrafen, und zwangen sie schließlich mit vorgehaltener Pistole, die Tresore zu öffnen.

Der Rest war Routine, allerdings gekonnte Routine. Denn die Summe war so umfangreich, daß mit Sicherheit mehrere Lieferwagen benutzt werden mußten. Dennoch hat niemand in der Umgebung dieses Gebäudes, das Nachbarn auch gern anspruchsvoll das „Fort Knox der Londoner City" nennen, irgend etwas Verdächtiges entdeckt. Es wurde niemand verletzt, und Fingerabdrücke, die seinerzeit den Posträubern zum Verhängnis wurden, sind bis zur Stunde nicht entdeckt worden.

Die bestohlene Firma „Security Express" ist eine Tochter des Unternehmens „De La Rue", das neben Spielkarten auch im Auftrage der Regierung Papiergeld druckt. Die Herren Geldräuber befanden sich also an der richtigen Adresse. Die Polizei ist überzeugt, daß sie es mit sehr erfahrenen Profis mit beträchtlichem „Insiderwissen" zu tun hat. Wenn ihnen der außergewöhnliche neue Reichtum nicht im gleichen Maße die Sinne verwirrt, wie es seinerzeit den Posträubern widerfuhr, hat Scotland Yard ein langes und hartes Stück Arbeit vor sich.

Brücke über den Atlantik

Schau präsentiert deutsche Unternehmen in den USA

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Das Poster zeigt eine angeschnittene Torte; aus buntem Zuckerguß ist die Flagge der USA, das Sternenbanner, aufgespritzt. „Ein Stück amerikanischen Lebens hat eine deutsche Füllung", steht in großen Lettern darüber. Etwas kleiner: „Am 6. Oktober 1683 trafen die ersten 13 deutschen Familien mit dem kleinen Schiff ‚Concord' ein . . . Mehr als sieben Millionen deutsche Einwanderer folgten. Rund ein Viertel der Bevölkerung der Vereinigten Staaten beruft sich heute auf deutsche Vorfahren."

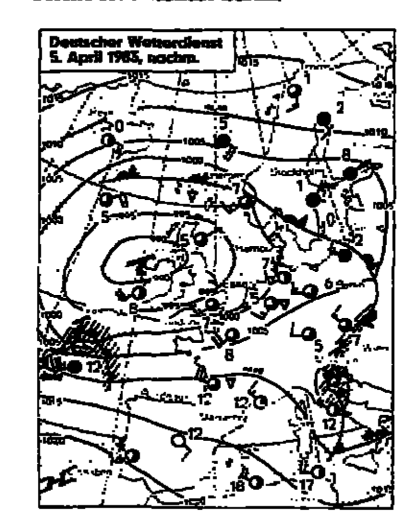
Mit diesem Plakat wird in Washington für die Ausstellung „Brücke über den Atlantik" geworben, die vom 1. bis 5. Oktober im neuen Kongreßzentrum stattfindet. An der Eröffnung wird Bundespräsident Carstens, vermutlich zusammen mit Präsident Reagan, teilnehmen. Die Schau soll die Bedeutung der deutsch-amerikanischen Industriekooperation dokumentieren – ein wesentlicher Teil der „Füllung". Immerhin sind in den USA auch rund 2000 Tochtergesellschaften deutscher Firmen ansässig, die einen nicht unerheblichen Teil zum US-Bruttosozialprodukt beitragen. Sie beschäftigen 350 000 amerikanische Bürger.

Die deutsche Botschaft in Washington fungiert als Speerspitze des Bundeswirtschaftsministeriums für die Ausstellung, die von der Messegesellschaft Hannover aufgezogen wird.

Wie der Gesandte Wiegand Pabsch erklärte, sollen die deutschen Unternehmen „zeigen, was sie in den USA tun". Bisher liegen erst 20 feste Zusagen vor – ein Beweis für die derzeit schlechte Konjunktur. Bis Oktober, so hofft man aber in Washington, könne sich das Klima noch ändern.

WETTER: Bewölkt und regnerisch

Wetterlage: Regenfronten ziehen über Mitteleuropa hinweg ostwärts und führen erneut frische und wolkenreiche Atlantikluft heran.



Vorhersage für Mittwoch:

Ganz Deutschland: Zunächst starke Bewölkung und Durchzug eines Regengebietes von Westen her. Im Tagesverlauf Übergang zu wechselnder Bewölkung mit Schauern, im Bergland Schneeschauer. Tagestemperaturen 7 bis 11 Grad, nächtliche Tiefstwerte 1 bis 4 Grad. Mäßiger, in freien Lagen frischer Wind aus Südwest, später West.

Weitere Aussichten:

Wechselhaft, zeitweise Regen oder Schauer.

Temperaturen am *Dienstag, 13 Uhr:*

Berlin	6°	Kairo	23°
Bonn	4°	Kopenh.	6°
Dresden	7°	Las Palmas	18°
Essen	5°	London	7°
Frankfurt	7°	Madrid	12°
Hamburg	7°	Mailand	12°
List/Sylt	6°	Mallorca	16°
München	5°	Moskau	16°
Stuttgart	6°	Nizza	16°
Algier	18°	Oslo	3°
Amsterdam	5°	Paris	8°
Athen	17°	Prag	6°
Barcelona	15°	Rom	12°
Brüssel	7°	Stockholm	1°
Budapest	11°	Tel Aviv	22°
Bukarest	13°	Tunis	17°
Helsinki	8°	Wien	7°
Istanbul	18°	Zürich	4°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 6.46 Uhr, Untergang: 20.04 Uhr; **Mondaufgang:** 4.59 Uhr, Untergang: 13.19 Uhr. * in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Hinter Gittern polieren schwere Jungs schöne Steine

A. RAVINOVICH, **Ramle**

In Israels wohl einziger Diamantenwerkstatt ohne Alarmsystem arbeiten Mörder, Betrüger und Räuber. Trotzdem könnte jeder Schuljunge den Safe des Betriebes knacken. Die Chancen der Angestellten, sich unrechtmäßig zu bereichern sind dennoch gleich Null. Die Werkstatt liegt im sichersten Gefängnis Israels – in Ramle. So macht sich Michael Rapatsky, der das Unternehmen hinter Gittern aufzog, um die Sicherheit auch keine Sorgen: „Wer in die Werkstatt einbrechen will, muß erst einmal in das Gefängnis einsteigen." Die Idee, seine Diamanten von Gefangenen polieren zu lassen, kam dem Juwelier aus Tel Aviv vor zwei Jahren, als er im Fernsehen eine Sendung über die Rehabilitation von Häftlingen sah. Die Justizbehörden ermutigten Unternehmer, Teile ihrer Produktion in die Gefängnisse zu verlegen – natürlich auf streng kommerzieller Basis. Rapatsky (38) gibt zu, daß er zunächst an eine „stabile Belegschaft" dachte. Er ärgerte sich schon seit langem über die große Fluktuation in seinem Betrieb. „Im Gefängnis kann man sicher sein, daß die Leute einem nicht weglaufen, nur weil sie an der nächsten Ecke einen Schekel mehr geboten bekommen." Schließlich sei aber neben seinen Vorteilen auch die Bedeutung für die Rehabilitation der Strafgefangenen nicht zu übersehen.

Gar nicht begeistert zeigten sich dagegen zunächst die Gefängnisbehörden. Aber Rapatsky blieb hartnäckig und gewann Mordecai Wertheimer, den neuen Gefängnis-Beauftragten Israels für seinen Plan. „Ich bin offen für jede Idee", sagt Wertheimer, „egal wie verrückt sie klingt. Ich verlangte überzeugende Gründe, als meine Leute den Diamanten-Vorschlag zurückwiesen." Als diese dann dem Chef mit dem Diebstahlsrisiko kamen, erklärte der schlicht, daß dies das Problem Rapatskys sei.

Rapatsky schlug vor, es genauso zu handhaben, wie draußen in der Freiheit. Jeder Beschäftigte bekommt genau abgewogen sein Arbeitspensum und muß abends das gleiche Gewicht wieder abliefern. Aber auch damit war der Weg noch nicht frei. Als den Gefangenen auf dem schwarzen Brett der Anstalt der Glitzer-Job angeboten wurde, fühlten diese sich hochgenommen. Tagelang meldete sich keiner und auch als Anstaltsangestellte versicherten, daß es sich um ein ernsthaftes Angebot handele, blieben sie zurückhaltend. Es bedurfte regelrechter Überredungskünste, die Leute davon zu überzeugen, daß man ihnen nicht nur teure Klunker in die Hände geben, sondern sie für die Arbeit damit auch noch bezahlen wollte. Ihnen winkt der staatliche Mindestlohn und nach einer Einarbeitungszeit kommen dazu noch Prämien, mit denen die meisten der Gefangenen hinter Gittern mehr verdienen als sie jemals draußen bekamen.

Das zog. Nach drei Monaten arbeiten jetzt schon 15 Mann in der Werkstatt. In den nächsten Monaten soll die Zahl langsam bis auf 100 steigen. Schon heute wird der Versuch als Erfolg gewertet: „Sie haben gelernt von acht bis vier an der Werkbank zu sitzen und sie sind regelrecht lernbegierig", versichert Rapatsky. Und bisher ging auch noch kein einziger Stein verloren. Eines abends fehlte zwar einmal ein kleineres Stück, es wurde aber wenige Tage später von anderen Anstaltsinsassen beim Putzen in der Werkstatt gefunden und anstandslos zurückgegeben.

Für Rapatsky sind die Probleme auf jeden Fall geringer als draußen. „Bei mir haben auch schon Mitarbeiter zum Mittagessen einen Stein mitgehen lassen und gegen einen gleichen Gewichts aber von geringerem Wert umgetauscht. Das ist im Gefängnis unmöglich."

Rapatsky ist inzwischen bereit, auch Vertrauen zu investieren. Er bot dem Gefängnis an jeden freigelassenen Mitarbeiter der Anstalts-Werkstatt in seinem Unternehmen in Tel Aviv zu beschäftigen. Einer machte von dem Angebot bereits Gebrauch. Rapatsky: „Ich habe ihm die Schlüssel gegeben und er schließt jeden Morgen den Laden auf. *Kann sein, daß er irgendjemand* beraubt – mich aber mit Sicherheit nicht."

So sehen das auch die Betroffenen. Anwar, ein in Irak geborener Häftling, sitzt wegen dreifachen Mordes seit 16 Jahren in Ramle: „Arbeit", so sagt er, „ist das wichtigste. So vergeht wenigstens die Zeit. Und es ist wunderschön diese Steine zu nehmen und sie glänzen zu lassen." Daniel muß fünf Jahre wegen Scheckbetrugs absitzen. Er ist mit seinen 30 Jahren noch nie einer regelmäßigen Beschäftigung nachgegangen. Er schwärmt förmlich von seinem ersten richtigen Job: „Ich liebe es. Ich hatte vier Tage Hafturlaub und konnte es kaum erwarten, wieder an meine Arbeit zu gehen . . ."

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Franklin Porzellan GmbH, Ottobrunn, bei.

ZU GUTER LETZT

„Der Veterinärmediziner glaubt, daß er und seine Mitarbeiter die Lippizzaner-Stuten noch heuer trächtig bekommen können." Aus dem „Wiener Kurier".